Heft 4 April 2003 € 4,80

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

Folter: der Zivil-gesellschaft letzter Schrei

Pop-Kultur: Give piss a chance

Frank Schulz: No sports!

12 SEITEN KONKRET EXTRA ZUM IRAK

4 191202 704806 04

IRAK-ATTACK

Krieg für eine neue Welt?

in konkret April 2003

hier konkret von Ludwik Krasucki

Am 19. April vor sechzig Jahren beginnt der Warschauer Ghettoaufstand: Die Deutschen, die an jenem Tag ins Ghetto einmarschieren, treffen auf massiven Widerstand. Bis in den Frühsommer hinein finden immer wieder Gefechte mit den schlecht ausgerüsteten, aber entschlossenen jüdischen Kampfgruppen statt. – Der Warschauer Ludwik Krasucki (78) ist Vorsitzender des polnischen Verbandes der jüdischen Kriegsveteranen und – versehrten, der größten jüdischen Organisation in Polen. Er ist Publizist, u.a. übersetzt er Heinrich Heine ins Polnische.

von Konkret

an Konkret

God save America von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

»Beherzter Schritt« von Oliver Tolmein

Aufhängen! Foltern! Kastrieren! Der kleinste Anlaß genügt, schon gerät die deutsche Zivilgesellschaft außer sich (das heißt: zu sich).

Feuchter Finger von Georg Fülberth

Das Bundesverfassungsgericht hat das NDP-Verbotsverfahren eingestellt – aus Gründen politischer Opportunität.

... und morgen die ganze Welt von Tobias Pflüger

Mit dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee rüstet sich das vorgeblich pazifistische Deutschland für den weltpolitischen Aufstieg.

Route 66 von Ralf Schröder

In der Irakfrage stehen die osteuropäischen EU-Kandidaten zu den USA. Muß Berlin über seine kontinentale Hegemonialpolitik noch einmal gründlich nachdenken?

Die Gunst der Stunde von Bernhard Schmid

Weil dann »Burgfrieden« herrscht, lassen sich soziale Grausamkeiten in Kriegszeiten besonders leicht begehen. Wie Gerhard Schröder will Jacques Chirac die Chance nutzen.

Zu Protokoll

Man muß ihnen nur zuhören, um zu erfahren, daß sie in der Wolle kaum gefärbte Nazis sind: KONKRET_dokumentiert Auszüge aus einer Rede, die Horst Rudolf Übelacker, Vorsitzender des Witiko-Bundes und Bundesvorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), auf einer Veranstaltung im Rahmen des Sudetendeutschen Tages 2002 gehalten hat. Die Preise übrigens, die die Sudetendeutsche Landsmannschaft verteilt, treffen stets die Richtigen: Ihren »Karlspreis« 2002 erhielt der konservative Historiker Baring; ihren »Menschenrechtspreis« nahm am 19. Februar 2003 der Gründer und Generalsekretär der »Gesellschaft für bedrohte Völker«, Tilmann Zülch, entgegen (siehe Editorial)

In Bräune fest von Erich Später

Ingolstadt ist überall von Horst Pankow

Was trägt das einsame Individuum unter den Bedingungen der Aussichtslosigkeit? Und was trinkt es?

Front gegen Israel von Ilka Schröder

Warum die Fraktionsführungen des EU-Parlaments einen Ausschuß zur Untersuchung der EU-Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde verhindern wollen.

Little Slobo Kennedy? von Matthias Gockel

»Judentum ist unattraktiv« von David Gall, Thomas von der Osten-Sacken
Interview mit dem Mitgründer der Internetzeitung »Hagalil«, David Gall, über die Wahrnehmung von Juden in den deutschen Medien und Nazis im Netz

CIA-Pop von Ralf Schröder

Der Feind stand links von Volker Weiß
Eine Studie erinnert an Rechtsanwälte der Roten Hilfe in der Weimarer Republik und an die Notwendigkeit politischer Strafverteidigung.

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg?Regierungspazifisten & Demokratiebellizisten von Heiner Möller
Der Irakkrieg und die deutsche Friedensbewegung.

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg?Dammbruch von Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken
Minimalprogramm und offene Fragen: Was will die irakische Opposition?

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg?Lichtblick in der Hölle von Rashid Ghewielib, Inga Rogg, Corry Görgü
Gespräch mit dem Mitglied der Kommunistischen Partei des Irak, Rashid Ghewielib, und der Journalistin und Ethnologin Inga Rogg, die seit Jahren aus Irakisch-Kurdistan berichtet

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg?»Gemeinsam gegen den Faschismus« von Barham Salih
Rede des Premierministers der Regionalregierung Kurdistan im Irak, Barham Salih, gehalten am 20. Januar 2003 vor dem Socialist International Council (SIC) in Rom. Der SCI ist ein internationaler Dachverband sozialdemokratischer Parteien, dem auch die deutsche SPD angehört

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg?Demokratie und islamische Identität
Deklaration der Schiiten im Irak

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg?Das erste und das letzte Wort
Abschlußerklärung der Versammlung des Koordinations- und Nachfolgekomitees der Irakischen Opposition in Salahaddin, Irakisch-Kurdistan, vom 26. Februar bis 1. März 2003

Popkameraden von Marit Hofmann
Kulturkolumne

Kunst & Gewerbe von Carsten Otte
Singen für den Frieden

Kunst & Gewerbe

Politische Theologie von Gerhard Scheit
In seiner »Theorie des Partisanen« hat Carl Schmitt die Rechtfertigung des Selbstmord-Attentats vorweggenommen.

Links & Rights von Jenna L. Brinning

Ästhetik des Ungehorsams von Georg Seeßlen

In München werden Zeichnungen Paul Klees aus dem Jahr 1933 gezeigt.

Art goes Science von Armin Schreiber
Unter dem Titel »Science + Fiction« präsentiert das ZKM in Karlsruhe eine neue Begegnung von Wissenschaft und Kunst.

FilmTheater von Marit Hofmann
Soloalbum

FilmTheater von René Martens
Hans Kafka: Hollywood Calling. Die Aufbau-Kolumne zum Film-Exil. Conference Point, Hamburg 2002, 132 Seiten, 25 Euro

FilmTheater von Jan Pehrke
Die göttliche Intervention

Film des Monats von Andreas Busche
Dem Himmel so fern

Forschungsziel Nestbeschmutzung von Sabine Lueken
Eine Kommission untersucht die Beteiligung der Kaiser-Wilhelm-Institute, dem Vorläufer der Max-Planck-Gesellschaft, an den Nazi-Verbrechen.

Absurdität des Denkens von Peter O. Chotjewitz, Marit Hofmann
Interview mit Peter O. Chotjewitz über seinen neuen Roman »Machiavellis letzter Brief«, die Aktualität der Politik der Neuzeit und Dichtung und Wahrheit

Lyrik mit Hau von Gert Ockert

Der Kneifer des Kommissars von Magnus Klaue
Im März 1900 wurde im westpreußischen Konitz ein Schüler ermordet. Zwei Studien zeigen, wie das Verbrechen zum »jüdischen Ritualmord« umgelogen wurde.

Buch & Deckel von Jens Hoffmann
Herman Melville: Pierre oder Die Doppeldeutigkeiten. Neu übersetzt von Christa Schuenke. Hanser, München 2002, 741 Seiten, 34,90 Euro

Buch & Deckel von Werner Jung
Gerd Fuchs: Die Auswanderer. Edition Nautilus, Hamburg 2003, 256 Seiten, 19,90 Euro

Buch & Deckel von Michel Raus
Philip Roth : Das sterbende Tier. Hanser, München 2003, 164 Seiten, 16,90 Euro

Buch des Monats von Marit Hofmann
Robert Walser: Europas schneeige Boa. Texte zur Schweiz. Hg. von Bernhard Echte. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2003, 352 Seiten, 23 Euro

EIN SCHÖNER LAND - Leichtes Pragma, schweres Los von Frank Schulz
Eine Odysse des spinalen Schmerzes.

»Kraß wie die Hamas« von Hannes Loh
Wenn ein deutscher HipHopper gegen »die Amerikaner« wettert, sind antisemitische Stereotype nicht weit.

Melodie & Rhythmus von Thomas Behlert
Franz Josef Degenhardt: Quantensprung. Koch MusicKai Degenhardt: Briefe aus der Ebene. Plattenbau

Melodie & Rhythmus von Michael Klarmann

Michael Moynihan/Didrik Soderlind: Lords Of Chaos. Satanischer Metal: Der blutige Aufstieg aus dem Untergrund. Prophecy, Zeltingen-Rachting 2002, 420 Seiten, 20 Euro

Melodie & Rhythmus von René Martens

Diverse: Tape 10. Ware/Efa

Platte des Monats von Alexander Kasbohm

Wayne Shorter: Alegria. Verve/Universal

»Es geht stets um mehr als Ästhetik« von Georg Knepler, Christian von Borries

Jetzt, da er 96jährig gestorben ist, gilt Georg Knepler als der bedeutendste deutschsprachige Musikhistoriker des 20. Jahrhunderts. Auszüge aus zwei Gesprächen, die der Berliner Dirigent und Produzent Christian von Borries 1996 mit Georg Knepler in dessen Haus in Berlin-Grünau führte

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/03, S. 3

Ludwik Krasucki

hier konkret

Am 19. April vor sechzig Jahren beginnt der Warschauer Ghettoaufstand: Die Deutschen, die an jenem Tag ins Ghetto einmarschieren, treffen auf massiven Widerstand. Bis in den Frühsommer hinein finden immer wieder Gefechte mit den schlecht ausgerüsteten, aber entschlossenen jüdischen Kampfgruppen statt. – Der Warschauer Ludwik Krasucki (78) ist Vorsitzender des polnischen Verbandes der jüdischen Kriegsveteranen und – versehrten, der größten jüdischen Organisation in Polen. Er ist Publizist, u.a. übersetzt er Heinrich Heine ins Polnische.

konkret: Wo hielten Sie sich am 19. April 1943 auf?

Krasucki: Ich war auf dem Weg nach Warschau, um meine Mutter aus dem Ghetto zu holen. Zu dieser Zeit kämpfte ich als Partisan in einer Einheit der Heimatarmee in Ostpolen. In Warschau bekam ich keinerlei Informationen, der Aufstand war gerade losgebrochen, also machte ich mich unverrichteter Dinge auf den Rückweg. In Radom wurde der Zug gestoppt, und alle jungen Männer mußten aussteigen. Ich hatte sehr gut gefälschte Papiere und eine perfekte Legende, außerdem war ich groß und sportlich, weswegen mich die Deutschen nicht für einen Juden hielten. Sie hatten dieses Stereotyp, ein Jude müsse klein, schmächtig und dunkel sein. Außerdem waren sie Pedanten, sie suchten einen anderen. Das Verhör durch die Gestapo war schrecklich, aber ich konnte ihnen nichts sagen und bin bei meiner Geschichte geblieben. Ich wurde dann mit der Begründung »Banditenverdacht« in das KZ Stutthof gebracht und bekam dort die Nummer 24390 P; P bedeutete »Pole«; die Deutschen haben nicht herausbekommen, daß ich Jude bin – so galt ich als polnischer Häftling und hatte wenigstens eine Chance zu überleben.

konkret: Haben Sie später etwas über das Schicksal Ihrer Mutter in Erfahrung bringen können?

Krasucki: Ja, sie war schon Ende 1942 aus dem Ghetto geflohen und arbeitete nur achtzig Kilometer vom Standort meiner Einheit entfernt in einem Dorf in einer illegalen Schule als Lehrerin. Alle Angehörigen meiner Familie, 36 Menschen, wurden ermordet. Wir sind die Ausnahmen. Der Gott, der mich rettete, heißt Zufall.

konkret: Welche Bedeutung hat der Ghettoaufstand aus Ihrer Sicht?

Krasucki: Er war ein Teil des Kampfes der polnischen Juden gegen die Hitler-Okkupation. Es darf nicht vergessen werden, daß 360.000 polnische Juden unter Waffen standen, in der polnischen Armee, in den Partisaneneinheiten der verschiedenen politischen Richtungen und in jüdischen Organisationen. Von den über drei Millionen polnischen Juden hat jeder zehnte in einer bewaffneten Einheit gekämpft. Damit war das antisemitische Stereotyp widerlegt worden, Juden seien gute Händler, Philosophen oder Künstler, aber unfähig, mit der Waffe zu kämpfen. Nicht zuletzt deshalb waren die Besatzer auch so überrascht, als der Aufstand losbrach. Zugleich war der Aufstand der letzte Abschnitt in der Geschichte des jüdischen Warschau, der größten jüdischen Metropole der Vorkriegszeit, einer Geschichte, die im sechzehnten Jahrhundert begonnen hatte. Vor dem Krieg lebten in Warschau 1,4 Millionen Menschen, jeder dritte war jüdisch. Das hat die Stadt geprägt, die Künste, die Philosophie, den Handel, und das wurde alles vernichtet, restlos.

konkret: Sie sind nach der Befreiung nach Warschau zurückgekehrt und leben seitdem dort. Wie bewerten Sie den Antisemitismus im Polen der Nachkriegszeit?

Krasucki: In der Zeit der Volksrepublik gab es einen starken, auch offiziellen Antisemitismus, der in der Kampagne von 1968 gipfelte. Es war eine schreckliche Zeit. Seit 1989 jedoch gibt es eine günstige Entwicklung. Selbstverständlich gibt es hier den alten Antisemitismus noch. Es gibt noch immer die Leute, die davor warnen, die Juden könnten zu viel wirtschaftlichen Einfluß gewinnen, aber angesichts der Lage würde ich mir wünschen, hier lebten 100.000 Juden. Aber es sind in ganz Polen nur knapp über 10.000, und die meisten von ihnen sind sehr alt. Wir sind Überbleibsel, die letzten Zeugen einer verschwundenen Epoche. Und wir werden immer weniger.

konkret: Welche Reaktionen gibt es in Polen auf die Verschärfung des sogenannten Nahost-Konflikts?

Krasucki: Polen war in den vergangenen beiden Jahren eines der zurückhaltendsten Länder in dieser Angelegenheit. Anders als in anderen europäischen Ländern gab es hier keine neue antisemitische Welle. In Polen ist unbestreitbar noch viel zu tun, aber die hiesige Israel-Feindlichkeit nimmt nicht solche Formen an wie zum Beispiel in Frankreich.

konkret: Wie wird in Polen des 60. Jahrestages des Ghettoaufstands gedacht werden?

Krasucki: Wir arbeiten eng mit staatlichen Stellen zusammen, und die Zusammenarbeit entwickelt sich gut. Die Armee wird einen Appell abhalten, es ist ein offizielles staatliches Gedenken. Ende April besucht der israelische Staatspräsident Mosche Katsav Polen, und es findet der traditionelle »Marsch der Lebenden« statt, zu dem junge Juden aus aller Welt kommen.

Ludwik Krasucki und weitere jüdische Überlebende aus Polen werden am 6. April an einer Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstands in Berlin sprechen. An der vom »Berliner Bündnis gegen IG Farben« und der »Gruppe Offene Rechnungen« organisierten Versammlung nehmen außerdem Arno Lustiger, Ingrid Strobl, Ilka Schröder u.a. teil (Beginn 13 Uhr, Rathaus Schöneberg).

Konkret 04/03, S. 4

von Konkret

Peinlich, die rechthaberische Erwähnung eigener Hervorbringungen, mit denen man recht nicht nur gehabt, für die man auch recht bekommen hat. Peinlicher, bei solcher Gelegenheit die Wahrheit über Hervorbringungen vorgeführt zu bekommen, die ihr Verfallsdatum nicht erreicht haben. »Spiegel«-Leser, z.B. wissen mehr, d.h.: weniger. Was nach der Bundestagswahl zu erwarten war, hatte ihr Blatt unter den Titel »Der Kanzler der Genossen« gestellt, obwohl KONKRET doch vier Wochen zuvor mit seiner Titelzeile »Die Wahlsieger« und den dazugehörigen Firmenlogos des deutschen Kapitals den ganz anderen, zutreffenden Hinweis gegeben hatte. Aber wer nicht hören will, muß so was nachlesen.

Im Mai 1990 hatte Gremliza über einen Tilman Zülch referiert, *der sich stolz als »Gründer der zweitgrößten Menschenrechtsorganisation in der Bundesrepublik« vorstellt, eines Vereins, dem ich schon zu jener Zeit, als er noch mit australischen Aborigines reiste, angemerkt habe, daß er sich damit nur auf seine größere Aufgabe vorbereitete: eine Gesellschaft für das eigene bedrohte Volk zu werden.*

Auch wiederholte Nennung seiner Gesellschaft als einer völkischen konnte den Zülch nicht daran hindern, sich schließlich zum Träger des Menschenrechtspreises einer Vereinigung zu qualifizieren, die nach 1945 die Nachfolge von Henleins Nazi-Partei angetreten hat und seit dem Tod der alten Garde von deren Erben geführt wird: der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Bei ihr bedankte sich Zülch jetzt mit völkischen Elogen wie diesen:

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft ist der Zusammenschluß einer Volksgruppe, von deren Angehörigen viele Flucht und Vertreibung, aber auch Inhaftierung in Konzentrationslagern, Massentötungen und dann Heimatlosigkeit in der Fremde erlebt haben. Auch meine Familie war seit dem 21. Januar 1945 auf der Flucht ... (Es ist) eine weitere Tragik, daß auch deutsche Politiker diese unsäglichen Benes-Vertreibungsdekrete hingenommen haben ... Wenn die Alliierten, einige, nicht alle, der barbarischen Mittel der Nazis übernommen haben, darf das nicht verschwiegen werden ... Ich habe nie verstanden, wenn einzelne Deutsche die Vertreibung der Ost- oder Sudetendeutschen im nachherein befürworten oder entschuldigen. Wer das tut, der müßte gleichzeitig vertreten, daß es so legitim gewesen wäre, alle anderen Deutschen und Österreicher zu vertreiben. Und damit stellt er sich auch selbst physisch zur Disposition.

Näheres über den preisverleihenden Verein in diesem Heft auf Seite 26.

In ihrer Laudatio »Günter Wallraff zum sechzigsten Geburtstag« macht die »Frankfurter Allgemeine« eine Entdeckung:

eine Seite von ihm, die bislang wenig wahrgenommen ... wurde: als Schelm, Clown und Eulenspiegel.

Bislang wenig, einmal aber doch wahrgenommen, diese Seite:

Das Rollenspiel, die Verkleidung und Verstellung, könnte immerhin künstlerischen Reiz gewinnen, wenn der Spieler ein Künstler wäre, der den Betrieb geistreich und exzentrisch auf den Kopf stellte, anstatt die Zeit, die er dort verbringt, damit zu vertrödeln, Fälle von mangelhafter Befolgung des Betriebsverfassungsgesetzes zu sammeln, die sich irgendwann zu Anfragen der Opposition an die Landesregierung verdichten lassen. Doch er bringt den Witz des Schalks, der ihm das Eindringen ermöglicht, sogleich herunter auf den Ernst des Sozialpädagogen, der an den Petitionsausschuß schreibt (aus der Rede zur Verleihung des Karl-Kraus-Preises an Wallraff, KONKRET 11/87).

Termine: Anfang April erscheint in der Reihe **konkret texte** der Band 34: Moshe Zuckermann: *Zweierlei Israel. Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß*. Auf einer Lesereise stellen die Autoren das Buch vor: **18.4. Hamburg**, Patriotische Gesellschaft, 19 Uhr (mit Gremliza, Zuckermann, Ebermann, Weiß); **19.4. Leipzig**, siehe www.konkret-verlage.de/kvv/termine.php (mit Zuckermann, Weiß), Veranst.: »Phase 2«; **20.4. Essen**, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee, 19.30 Uhr (mit Zuckermann, Weiß), Veranst.: Zeche Carl, Hannah-Arendt-Bildungswerk, Diss; **21.4. Aachen**, siehe www.konkret-verlage.de/kvv/termine.php (mit Zuckermann, Weiß), Veranst.: Aachener Friedenspreis, Antikriegsplenum, Pax Christi, Buchh. 39; **22.4. Bielefeld**, Uni-Hörsaal 4, 18 Uhr (mit Gremliza, Zuckermann, Ebermann), **23.4. Siegen**, Uni, 12 Uhr (mit Zuckermann, Ebermann), Veranst.: Asta GH Siegen; **23.4 Münster**, Aula, Scharnhorststr. 100, 19.30 Uhr (mit Zuckermann, Ebermann).

Thomas Ebermann spricht am 4.4. um 19.30 Uhr in Bochum, Bahnhof Langendreer, über die offizielle Kriegsablehnung.

Thomas von der Osten-Sacken, Koautor des **konkret-texte**-Bands *Saddam Husseins letztes Gefecht?* spricht am 2.4. um 19.30 Uhr im Forum im Dominikanerkloster, Evangelische Stadtakademie Frankfurt (Kurt-Schumacher-Str. 23) über arabischen und islamischen Antisemitismus.

Hermann Gremliza ist am 4.4. in Bremen (Schlachthof, 20 Uhr) und am 9.4. in Hamburg (Nachtasyl im Thalia Theater, 20.30 Uhr) Gast im Toten Salon von Gerhard Henschel und Rayk Wieland.

Konkret 04/03, S. 6

an Konkret

Schwank

KONKRET 2/03: »Freunde in Not« von Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer

Bwana von der Osten-Sacken und Bwana Uwer erklären weiße Welt, wie weiße Sahibs immer haben gegeben und haben genommen; oft leider an schlechte Chiefs gegeben. Aber nicht schlimm. Dann nix mehr Imperialismus, nur Mandat; nix Nilpferdpeitsche, nur Bombe und Kapitalismus. Schlechte Chief jetzt schlimm für weiße Sahib: bö-öse! Erste Massa Bush hat genommen Rakete, aber leider nicht kaputt gemacht böse Chief. Pech für Eingeborene. Zweite Massa Bush jetzt macht gut, nimmt Rakete, Bombe und weiß alles, um zu machen Eingeborene glücklich. Inschallah! Die Sahibs nehmen, die Sahibs geben, der Name der Sahibs sei gepriesen.

Omar Aziz

Berlin

Schwur

KONKRET 2/03: »Krieg den Palästen« von Hermann L. Gremliza

Besonders impertinent finde ich den Vergleich zwischen der Deutschen Kommunistischen Partei und der neofaschistischen NPD. Als DKP-Mitglied verwahre ich mich, auch im Andenken unserer antifaschistischen Widerstandskämpfer, wie des noch lebenden Peter Gingold, aufs schärfste gegen diese Negierung der antikommunistischen, antiimperialistischen, antisemitischen (sic!), antinationalen und antikolonialen Tradition der Kommunistischen Partei auf deutschem Boden; einer Tradition, welcher der Herausgeber längst abgeschworen hat.

Thomas Pfister

Greifenstein

Schlußfolgerung

KONKRET 3/03: »Germania, hoffensdick« von Hermann L. Gremliza

Gremlizas Schlußfolgerung, man möge unter bestimmten Umständen, die seiner – Gremlizas – gewissensmäßigen Befindlichkeit nicht zu arg Pein verursachen, diesen Hussein hinwegbefördern, paßt einfach nicht zur sonstigen guten Argumentation in der Kolumne! Warum? Ganz einfach: Der Irak, regiert von einem widerlichen Hussein, hat bislang (im relevanten Zeitraum) niemanden angegriffen! Ob es nun die Phantasie eines Bush ist, der zur Umsetzung seiner Phantasien und Aufgaben allerdings auch die Marines, das Geld und das strategische Bomberkommando hat, um den Irak zu besetzen; oder ob es sich um das deutsche Großmaul handelt, das außer einem großen Maul und intriganten Winkelzügen und seiner allerdings begnadeten Fähigkeit zur Verleumdung und Verhetzung anderer, Schwacher, nichts hat, um anderswo so richtig deutsch aufzutrumpfen und auch noch friedlich, sozusagen mit Uno-Rechtstitel in der intriganten Rocktasche, den Irak besetzen will, oder ob es sich um Hermann Gremliza handelt, der nach guter Analyse die frappant falsche Schlußfolgerung zieht und dafür ist, unter bestimmten Voraussetzungen, den nicht kriegführenden Widerling abzuservieren – alle drei und alle, die so oder so die Position eines der drei teilen, reden rechtsnihilistischen Unfug!

Die Besetzung oder der Überfall oder die verbale Zustimmung zu einer solchen Handlung ist das Falsche! Das einzig Legitime ist, den Widerling in Ruhe zu lassen – denn er hat niemanden angegriffen. Sie alle wollen Präzedenzfälle schaffen, meine Damen und Herren! Der Spieß kann auch herumgedreht werden! Und Sie alle wissen, das diese Logik des Unterstellens mit anschließendem selbstbegründetem Eingreifen auch inländisch auf Einzelpersonen und Gruppen angewendet werden wird!

Ihnen allen – dem Bush, dem Schröder und ihren Parteigängern, aber eben auch Zynikern und Falschargumentierern wie Gremliza ist der sittlich-rechtlich-moralische Kompaß abhanden gekommen! Sie handeln falsch, Sie schlußfolgern falsch, Sie schaffen mehr als bedenkliche Präzedenzfälle einer Nichtmoral! Wir werden uns dies merken! Verlassen sie sich alle darauf!

Harras Schenck

per E-Mail

Dank dafür, daß Sie immer wieder an das Stillhalten der Friedensbewegung wie auch des weitaus größten Teils der Linken bei der Aggression gegen Jugoslawien erinnern. Von den Propagandisten für sie ganz zu schweigen. Es hat ja auch danach keine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Versagen gegeben. Vielmehr akzeptiert die deutsche Linke offensichtlich das Paradigma von der notwendigen »Erneuerung«, in Wahrheit natürlich Restauration, zu der eben auch gehört, sich nicht unablässig mit früheren Fehlern und Versäumnissen zu beschäftigen – ganz so, wie es der Freundeskreis Kohl und Koch schon immer fordert. So stellt wohl die jetzige massenhafte Unterstützung für die Bundesregierung in der Irakfrage tatsächlich den Versuch dar, inspiriert durch die Beteiligung der Kirchen an der Friedensbewegung, eine Art purgatio zu absolvieren, gespeist von der illusionären Hoffnung, man könne sich so solcher mißlichen Lagen ein für allemal entledigen. Sollte es nämlich Deutschland tatsächlich gelingen, »den ihm gebührenden Rang« in der Weltpolitik (»Wir haben in Afghanistan und anderswo schon viel für das Bündnis getan«, Struck) einzunehmen, wird man vielleicht gar niemanden mehr fragen müssen und niemandem mehr antworten? Die Kriege, die wir selber führen wollen, werden ja hoffentlich in der Zukunft wenigstens »anständige« sein – so wie in Afghanistan.

Richard Benze

per E-Mail

Schulung

KONKRET 3/03: »Nationales Interesse« von Thomas Ebermann

Ebermann schreibt, noch nie sei aus einer US-Invasion ein demokratischer Staat (bzw. das was gemeinhin als solcher bezeichnet wird) hervorgegangen. Vielleicht kann er mir ja erklären, was denn die BRD und Österreich seit der dort stattgefunden habenden US-Invasion der Jahre 1944/45 sind. Oder woran es lag, daß diese sich vom Nazi-Staat in Demokratien verwandelt haben, wenn nicht an der (britischen und) US-Invasion.

Walter Fruth

Frankfurt a. M.

Schuld

KONKRET 3/03: Buch & Deckel

Wie schön, daß sich Ihr Knüller des Michael Moore nicht nur bei Ihnen, sondern auch auf der Website des rotbraunen Jean-Pierre Chevènement und im Forum des ganzbraunen Web des Martin Müller-Mertens angepriesen findet. Selbst in Schuld (westfälisches Umgangsdeutsch, genauso wie »Ich wähle der Doris ihrem Mann seine Partei«), wenn man Sie ebendort ansiedelt.

Gudrun Eussner

Perpignan

Schade

KONKRET 3/03: Buch des Monats

Das soll es gewesen sein? Da legt Klaus Briegleb, endlich, seine Studien zur Rolle der Gruppe 47 beim Ausschluß einer jüdischen Perspektive aus der westdeutschen Nachkriegsliteratur als kompakte »Streitschrift« vor. Er koppelt profunde Nachweise mit Nachdenklichkeit, inwiefern hierbei von Antisemitismus zu reden wäre. Die noch lebenden Akteure wehren vehement ab, das Feuilleton stellt unisono Brieglebs »Furor« als sein persönliches Problem, mithin ihn als Verrückten dar. Und wie reagiert KONKRET – ein Organ, das in seinen frühen Erscheinungsjahren an der Tradierung der 47er-Konsense an eine neue Protestgeneration durchaus beteiligt war? In KONKRET erscheint eine Rezension, die man wohl nur als alternativen Verriß kennzeichnen kann.

Zwar würdigt Oliver Tolmein einige Passagen der »Streitschrift«, doch kommt er allzu schnell zum Schluß, Brieglebs Text sei zu weitschweifig, unverständlich, »kein Buch«, das Ganze solle neu geschrieben werden. Als »Buch« kann demnach nur gelten, was sich dem Sachfremden in erster, flüchtiger Lektüre vollständig erschließt? Was sich nicht zweimal in die Hand zu nehmen lohnt, weil journalistische Schreibe alles sofort glasklar erscheinen läßt?

Berthold Brunner

Hamburg

Konkret 04/03, S. 9

Hermann L. Gremliza

God save America

»Der Erste Kalte Krieg hat vierzig Jahre gedauert. Er endete mit der Kapitulation der Sowjetunion. Der Zweite Kalte Krieg dauert erst sieben Jahre, und bevor die Welt so recht weiß, daß er geführt wird und von wem, ist er schon entschieden: gegen die USA.«

»Stars in Streifen«, KONKRET, März 1998

Heute nacht, am 18. März 2003 um zwei Uhr mitteleuropäischer Zeit, hat der Präsident der USA, George W. Bush, den Präsidenten des Irak, Saddam Hussein, aufgefordert, zusammen mit seinen Söhnen das Land binnen 48 Stunden zu verlassen; tue er es nicht, werde ein Krieg beginnen.

Ich weiß noch nicht, was der Leser, der diese Kolumne in zehn Tagen zu lesen bekommen wird, schon weiß: ob Saddam Hussein, all seinem Maulheldentum zum Trotz, Bushs Anweisung gefolgt ist; ob er es, vergeblich, weil keiner seiner arabischen Brüder ihn haben wollte, versucht hat; ob und auf welche Weise die Truppen der USA und Großbritanniens nach Husseins Abzug den Irak unter ihre Kontrolle gebracht haben; ob das irakische Militär, um das eigene Leben zu retten, das seines Führers geopfert hat, sofort oder nach dem ersten Bombardement; ob der Krieg schon gewonnen ist oder ob er seine Blutspur durch die Straßen von Bagdad zieht; ob zehn Menschen getötet sind oder zehntausend.

Was ich nicht weiß, wird die Antwort auf die Frage, ob George W. Bushs Vorgehen erfolgreich gewesen ist oder werden kann, in einem mehr oder weniger milden Licht erscheinen lassen. Entschieden ist sie. Auch der für die USA günstigste Ausgang des Abenteuers wird die Lehren, die auf dem Weg dorthin bezogen wurden, nicht aus der Geschichte streichen.

Deren erste ist, daß die USA, wenn’s ernst wird, allein sind auf der Welt. Die den Erdball bevölkernden Massen begegnen den Vereinigten Staaten mit einer Mischung aus Furcht und Haß. Freiwillig, ungeschmiert und unbedroht, geht keine Regierung den Amerikanern zur Hand. Selbst so abhängige Staaten wie Mexiko und Chile waren weder mit Scheckbuch noch mit vorgehaltenem Revolver zu bewegen, dem großen Nachbarn auch nur mit ihrem Stimmchen bei den Vereinten Nationen gefällig zu sein. Daß nicht jeder, der die USA haßt, dafür so gute Gründe hat wie die Chilenen, denen Washington eines der widerlichsten Folterregime des vergangenen Jahrhunderts oktroyierte, ändert nicht den Befund. »Nicht einmal im Vietnam-Krieg sind die USA mit so geringer internationaler Unterstützung in eine derart gewagte Militäraktion gegangen«, klagte Edward Kennedy, und Thomas Daschle, Führer der Demokraten im US-Senat, sagt, er habe sich eine derartige Isolation nicht in seinen »kühnsten Alpträumen« vorgestellt.

Lernen mußten die USA, daß die beiden von ihnen erfundenen und ein halbes Jahrhundert lang alimentierten Organisationen der politischen Domestizierung und militärischen Dominanz, die UN und die Nato, selbst dann nicht mehr zu ihrer Verfügung stehen, wenn Washington, mit dem Recht zur Exaltation, das der 11. September ihm gibt, einen nationalen Notstand reklamiert. Ausgerechnet Generalsekretär Kofi Annan, der nie den Anschein gescheut hatte, den USA den Uncle Tom zu machen, beschuldigte sie jetzt, wider die UN-Charta und also das Völkerrecht zu handeln, was wiederum deutsche Völkerrechtler erwägen ließ, ob Tony Blair nicht nach Ablauf seiner Amtszeit vor den Internationalen Strafgerichtshof zu stellen wäre.

Gelernt hätte werden können (und wurde nicht), was die Rede von Frieden und Völ-kerrecht bedeutet. Schröders »Wir kämpfen bis zum letzten Moment um den Frieden« heißt: Dieser Krieg ist nicht unser Krieg, was man daran erkennt, daß er nicht frieden-schaffende Mission heißt. Der Frieden, den Schröder meint, heißt: Allah ist groß, herzlich ihre Bundesregierung. Und Völker- recht ist sowieso je nachdem: Manchmal gebietet es, einen durchschnittlich autoritä- ren Staat zu überfallen, dann wieder verbietet es, eine bestialische Diktatur anzugreifen. Recht, Völkerrecht hat, wer die Mehrheit hat oder die Macht, der Mehrheit zu widerstehen.

Gelernt werden durfte auch, wie gut im Griff Deutschland sein Europa hat, einschließlich der Grande Nation, deren Präsidenten – Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz – für seine Pirouetten um das Vetorecht der Bundeskanzler die Bühne überließ. Auch Chiracs Zurechtweisung der Osteuropäer, die dem US-Präsidenten ihre Solidarität versichert hatten, sie hätten »eine gute Gelegenheit verpaßt, den Mund zu halten«, war bloß eine eitle Zugabe – *ein* strafender Blick aus Berlin übern Tisch, an dem der Beitritt zur EU verhandelt wird, und die Polen, Kroaten undsoweiter hatten in dieser Sache ihren letzten Furz gelassen.

Am Ende konnte das Deutschland-Magazin »Spiegel« die Woche der Entscheidung mit der Schlagzeile beginnen: »Die eingebildete Weltmacht – Übernimmt sich Amerika?« Die Genugtuung derer, die endlich die Zeit gekommen sehen, da die Deutschen Revanche für die zwangsweise Befreiung von ihrem geliebten Führer nehmen können, triefte von den Kanzeln und Schreibtischen. Gerade haben ihre Historiker und anderen Werbeonkel die Bombardierung deutscher Städte durch die

Anti-Hitler-Koalition zu einem jener Völkermorde promoviert, den die USA auch jetzt wieder gegen das irakische Volk vorbereiteten. Ungezählt die Auftritte deutscher Friedensmenschen, die mit ihrem »Wir wissen, was Krieg bedeutet« den einzigen moralisch unanfechtbaren Krieg der letzten hundert Jahre zu einem Verbrechen erklärten und also das Verbrechen gegen die Menschheit, das ihn erzwang, leugneten.

Vor einer Zukunft, für die von den Deutschen und ihrer Politik Schlimmeres für die Welt zu befürchten ist als von den USA, sind diese durch ein politisches Personal paralysiert, das nicht nur die Welt, sondern auch den eigenen Staat nicht mehr versteht. Bush und Rumsfeld halten Europa für »alt« und die USA für »neu«, aber alt sind die USA, deren Gesellschaft seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts keinen nennenswerten Fortschritt gemacht hat, und neu, flexibel, »gut aufgestellt« ist Europa. Was die starken Wurzeln ihrer Weltmacht angeht, das Militär und den Dollar, so wird sich den USA nach dem Balkan und Afghanistan nun im Irak zum dritten Mal in Folge zeigen, daß dem militärischen Triumph der politische Katzenjammer folgt. Sie kommen, siegen und müssen zusehen, wie die Konkurrenz die Region in den Griff nimmt, weil es den Amerikanern an geeigneten Leuten und, je mehr der Euro den Dollar als Leitwährung ablöst, auch an Geld fehlt.

Hätte ihre politische Klasse den Jubel, der überall in der Welt über den Anschlag vom 11. September 2001 ausgebrochen war, zu verstehen und das Mitgefühl so vieler, die *Gods own country* nicht nur Wohltaten verdankten, zu würdigen versucht, stünden die USA heute nicht so verlassen da. Die stupide Antwort: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« hat die Freunde der USA auf jene *»broad coalition«* zusammenschnurren lassen, die anzuführen der Präsident heute nacht rührend sich mühte. Sie umfaßt alle, die noch »für uns« sind: 2 Premierminister (abzüglich ihrer Wähler), 1 Kontinent (Australien), 5 Mitglieder der Gruppe Antideutsche Kommunisten Berlin und *God*. Der Rest der Welt ist »gegen uns«, vorneweg der Gott von Leipzig und der von Rom.

Konkret 04/03, S. 10

Herrschaftszeiten

Aus der sozialen Hängematte

24. Januar, »Tageszeitung«:

Barbara B. ist schizophren und deshalb schwerstbehindert. Sie leidet unter dem Lärm in der Nachbarschaft, findet keine Ruhe, was die Krankheit verschlimmert. Ihr Arzt sagt, sie muß umziehen, wenn sie leben will. Auch der Amtsarzt hat einen unverzüglichen Wohnungswechsel befürwortet. Ihr Sachbearbeiter bleibt untätig, läßt sich verleugnen. Als Barbara B. ihn doch erwischt, sagt er: »Du, ich habe darauf gewartet, daß du im Lotto gewinnst.« Ein Jahr später lebt sie immer noch in derselben Wohnung.

Jörg W. ist inzwischen an Krebs gestorben. Kurz vor seinem Tod beantragte er beim Sozialamt einen neuen Kühlschrank – für die Lagerung seiner Medikamente. Der Sachbearbeiter sagte: »Stellen Sie sich mal nicht so an, Sie Weichei. Dann legen Sie die Medikamente eben auf den Balkon.« Jörg W. kollabierte. Der Sachbearbeiter gestattete der Ehefrau nicht einmal, einen Krankenwagen zu rufen.

Mensch Meyer

2. Februar, Herbert Grönemeyer, Schlagersänger, in »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«:

Rupert Neudeck von Cap Anamur hat mir einen sehr schönen Brief geschrieben – als sie auf dem Weg waren, um die vietnamesischen Flüchtlinge zu retten, haben sie an Bord sehr oft die Platte »Bochum« gehört, zur Motivation. Die hätten sie immer ganz laut aufgedreht, und die Musik hätte ihnen gutgetan. Fand ich klasse.

Aus unseren Kolonien

4. Februar, »Labor Alerts« der Campaign for Labor Rights:

Nach drei Wochen Arbeit ohne Lohn begannen 190 der 250 ArbeiterInnen (der Puma-Vertragsfirma Matamoro in Puebla, Mexiko) am 13. Januar einen spontanen Streik. Neben dem ausstehenden Lohn klagten die Streikenden, daß sie zu Überstunden hinter verriegelten Türen gezwungen würden und daß der Tageslohn unter dem gesetzlichen Minimum für diese Region (39 Pesos) liege. Puma versprach »sofortiges Handeln« und das sofortige Entsenden eines Firmenvertreters. Am 17. Januar verkündete der Manager der Fabrik, John Wittinghill, das Ergebnis von Pumas »sofortigem Handeln«: Die Kündigung seiner Aufträge und die Ablehnung, für die ausstehenden Löhne aufzukommen.

Joseph bin Goebbels

4. Februar, Newsletter der Deutsch-Arabischen Gesellschaft:

Als Generalsekretär der Deutsch-Arabischen Gesellschaft kann ich in dieser Situation nicht schweigen. Wir Europäer kennen diese »Befreiungsfeldzüge«. Wir erinnern uns an die Zerstörung, den Tod, den verzweifelten Existenzkampf, den die Bomben auf Coventry, London, Dresden, Würzburg, Hamburg, Berlin und viele andere Städte ausgelöst haben.

Goethe hat die Rolle und die Bedeutung der Französischen Revolution überhaupt nicht begriffen

---

Marcel Reich-Ranicki, Bockenheimer Literaturpapst

Alter Kack im neuen Attac

18. Februar, »Trierischer Volksfreund«:

Wegen umstrittener Äußerungen über den Zentralrat der Juden ist der bisherige Sprecher der Trierer Regionalgruppe von Attac, Wolfgang Schmitt, zum Rücktritt gedrängt worden. Bei einer öffentlichen Veranstaltung hatte Schmitt kritisiert, daß die Bundesregierung dem Zentralrat der Juden drei Millionen Euro für die Förderung des Judentums in Deutschland zur Verfügung stellt: »Es drängt sich mir der Verdacht auf, daß die Juden die bessere Lobby haben«, schreibt er weiter und fordert, daß die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und dem Holocaust ein Ende haben müsse: »Es ist Geschichte. Die Zeit ist aus.«

Franz Alt: Bin so Frey

21. Februar, »Tageszeitung«:

»Wie viel Holocaust-Zweifel sind erlaubt?«, »Was bleibt von Deutschland, wenn Millionen Türken kommen?« und »Treibt Israel Bush zum Krieg?« – Fragen, auf die die rechtsextreme »Deutsche National Zeitung« allwöchentlich Antworten gibt. Die Frage »Weltkrieg ums Erdöl?« darf indes Franz Alt in der Postille von Gerhard Frey, Parteivorsitzender der Deutschen Volksunion (DVU), beantworten. Den renommierten Fernsehjournalisten, der das 3sat-Magazin »Grenzenlos« leitet, scheint die Ausrichtung der »DNZ« nicht zu stören. »Dr. Frey hat mir die Fragen geschickt«, erklärt Alt auf Nachfrage: »Diese habe ich beantwortet, wie ich das bei jeder Zeitung tue.«

Bush allein zu Haus

Schlagzeile aus »Die Zeit« vom 6. März

Guido macht mobil

25. Februar, »DDP«:

Osnabrück – FDP-Chef Guido Westerwelle fordert eine »Entmachtung der Gewerkschaften«. Die Gewerkschaftsführer benähmen sich wie »Sonnenkönige der Verkrustung«, sagte Westerwelle. Ausdrücklich bekräftigte Westerwelle seinen Vorwurf, dass die Gewerkschaftspolitik gegenwärtig »eine Plage für unser Land« darstelle.

Aus dem befreiten Kabul

4. März, Christa Nickels, Menschenrechts-Beauftragte des Bundestags:

Nachdem Präsident Karsai Ende letzten Jahres über eine Amnestie etliche Frauen aus dem Kabuler Gefängnis entlassen hat, herrscht bei uns die Meinung, das frauenfeindliche islamistische Sexualstrafrecht gebe es in Afghanistan nicht mehr. Eine Fehleinschätzung: Dieses Recht, auf dessen Grundlage Frauen, die Opfer von Gewalt sind, als Täterinnen eingesperrt werden, ist nach wie vor in Kraft. Das Kabuler Frauengefängnis ist wieder voll belegt mit Frauen, die vor Männern geflohen waren, die sie mißhandelt hatten, die von Angehörigen trotz Verheiratung in eine andere Ehe weiterverkauft oder zum Selbstschutz nach Anzeige einer Vergewaltigung bei der Polizei eingesperrt worden waren.

Für die Zukunft der Frauenrechte fürchten läßt auch, daß in diesem bettelarmen und zerstörten Land schon wieder ein gut organisiertes Ministerium für Pilger und religiöse Stiftungen arbeitet – mit einer großen Abteilung zur Überwachung der Einhaltung religiöser Vorschriften – , das alleine über 290 Mitarbeiter verfügt.

Guter Rat im Schlußverkauf

5. März, »DPA«:

Der ehemalige FDP-Spitzenpolitiker Jürgen Möllemann hat über seine Firma Web-Tec zwischen 1995 und 2000 zwei Millionen Euro vom Kirch-Konzern bekommen. Möllemann sagte, Web-Tec habe Kirch in juristischen Fragen beraten.

Give piss a chance

6. März, »DDP«:

Am 58. Jahrestag der Zerstörung von Chemnitz im Zweiten Weltkrieg hat der Chemnitzer Oberbürgermeister Peter Seifert (SPD) einen Friedensappell in die Welt geschickt. Sinnlos dahingemetzelte Menschenleben könne niemand und nichts ersetzen. Auch in Chemnitz seien die Folgen der anglo-amerikanischen Luftangriffe vom Frühjahr 1945 noch sichtbar. Damals verloren rund 4.000 Menschen ihr Leben. Den Umgang mit der Schuldfrage des Bombenkrieges bezeichnete Seibert als kompliziert.

Kein Zweifel, daß Amerika die stärksten Trümpfe in der Hand hält

---

Leitglosse aus »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 6. März

»Klinsmann is a Jew«

7. März , »Frankfurter Rundschau«:

Vertreter der Londoner Clubs Arsenal und Chelsea haben dem Stadt- und Ligarivalen Tottenham Hotspur vorgeworfen, an antisemitischen Schmähungen durch gegnerische Fans eine Mitschuld zu tragen. Den Fans der »Spurs« müsse klargemacht werden, daß es nicht akzeptabel ist, sich selbst als »Yiddos« zu bezeichnen. Die Anhänger des Teams von Christian Ziege sprechen von sich selbst oft als »Yid Army«, als jüdische Armee, als »Yiddos«, »Yids« oder schlicht als Jews. Ihren Ursprung hat die Adoption einer »jüdischen Identität« durch die Spurs-Fans mutmaßlich in der großen Zahl strenggläubiger chassidischer Juden, die im Viertel Stanford Hill im Londoner Norden nahe dem Tottenham-Stadion an der White Hart Lane leben. Gegnerische Fans begleiten Spiele gegen Tottenham nicht selten mit übel antisemitischen Schmähgesängen. Und wenn der gegnerische Mob schon was von beschnittenen und unbeschnittenen Geschlechtsteilen grölt oder gar zischend das Geräusch ausströmenden Gases nachahmt, warum nicht offensiv reagieren. Daß beim Anhang der Weißhemden keine religiöse Erweckung im Gang ist, hatte sich schon bei der Ankunft von Jürgen Klinsmann verfolgen lassen. »Jürgen was a Nazi, but now he's a Jew«, sangen die Fans der »Spurs«.

Glaubensbrüder

9. März, Pressemitteilung des Falun Gong Informationszentrums Deutschland:

Vom 4. bis 8. März demonstrierte eine Gruppe Falun Gong-Praktizierender vor dem Auswärtigen Amt in Berlin, um alle nur möglichen Initiativen der Bundesregierung in Genf moralisch zu unterstützen, damit China auch von den Vereinten Nationen aufgefordert wird, die Verfolgung von Falun Gong zu beenden. Bei diesem Anlaß kam es im Foyer des Auswärtigen Amtes unerwartet zu einer Begegnung mit Joschka Fischer, dem deutschen Außenminister. Falun Gong-Praktizierende stellten sich ihm vor und dankten ihm für seinen Einsatz für die Freiheit von Falun Gong in China bei der vorjährigen Uno-Menschenrechtskonferenz. Er schüttelte ihnen die Hände und antwortete. »Gern getan und tu ich immer wieder!«

Homo homini

10. März, »Stern«:

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle ist nach Darstellung seines früheren Stellvertreters Jürgen Möllemann vom israelischen Geheimdienst Mossad erpreßt worden, um ihn, Möllemann, politisch kaltzustellen. In seinem neuen Buch »Klartext« bezieht sich Möllemann auf den Israel-Besuch Westerwelles im Mai 2002. Beim Warten auf eine Audienz bei Ministerpräsident Ariel Sharon habe ein »Mann ohne Namen« dem Parteivorsitzenden »in unmißverständlichen Worten knallhart gesagt, daß die israelische Regierung meinen politischen Kopf verlange«. Westerwelle habe später einen seiner kundigen Begleiter gefragt, wer das gewesen sei und habe zur Antwort erhalten: »Der Mossad!«.

Sharons Leute hätten sicherzustellen gehabt, daß er, Möllemann, im Falle eines Regierungswechsels nach der Bundestagswahl nicht Außenminister werde. »Vielleicht wollte Dr. Westerwelle dieser Erpressung am Anfang wirklich wiederstehen. Aber wer weiß, wie oft sie nach seiner Israel-Reise in Deutschland wiederholt und verschärft worden ist.« Möllemann wirft die Frage auf, was der Geheimdienst gegen Westerwelle in der Hand gehabt habe, »das ihn mit Entsetzen, Furcht und Schrecken erfüllt«, und antwortet darauf: »Man muß nicht selbst Chef eines Geheimdienstes gewesen sein, um zu wissen, wie gnadenlos diese Dienste auch das Wissen um die privatesten Dinge einsetzen, wenn es geboten erscheint.« Möllemann fährt fort: »Jedes Mal, wenn er angsterfüllt, entrüstet und weinerlich zugleich davon sprach, fragte ich Dr. Westerwelle natürlich: ›Womit um Gottes Willen, drohen ihnen diese Leute denn?‹ Er hat bis heute nicht geantwortet. Die FDP aber hat ein Recht auf die Antwort ihres Bundesvorsitzenden.«

Postmodern times

11. März, »Süddeutsche Zeitung«:

Wenn es darum geht, die Öffentlichkeit nachhaltig zu schockieren, läßt sich die radikale amerikanische Tierschutzorganisation Peta nicht so schnell übertreffen. »Der Holocaust auf deinem Teller« heißt die teils beunruhigende, teils abstoßende Bildinstallation, die jetzt in Kalifornien begonnen hat und nach und nach in ganz Amerika gezeigt werden soll. Auf fünf Quadratmeter großen Tafeln werden Fotos ausgemergelter KZ-Häftlinge den Bildern von Legebatterien oder von aufeinandergetürmten Schweinekadavern gegenübergestellt.

Zum Kronzeugen für ihre Theorie vom Holocaust an den Tieren ruft Peta keinen geringeren auf als den jüdischen Schriftsteller Isaak Bashevis Singer. »Was Tiere betrifft sind alle Menschen Nazis«, hatte Singer geschrieben, »sie leben in einem ewigen Treblinka.« Der Schriftsteller, der selbst Vegetarier war, habe verstanden, dass »Menschen solange nicht über den Frieden sprechen können, wie sie den Mund voll haben von den Opfern ihrer Gewalt«, meinen die Peta-Aktivisten.

Die Bilder der Ausstellung sind zu gleichen Teilen verstörend und empörend, beklemmend und provokativ: Hier Kinder in gestreifter KZ-Kleidung hinter einem Stacheldrahtzaun, dort Ferkel, die sich hinter einem Gitter drängen. Hier die chaotische Szene bei der Ankunft eines Todestransportes an der Rampe von Auschwitz, dort eine Herde panischer Rinder am Eingang zum Schlachthof.

Die Amerikaner sind demokratische Bolschewisten

Daniel Cohn-Bendit, Bockenheimer Lokalhumorist

Reisende, meidet Bayern!

12. März, »Rheinische Post«:

Ausländer müssen geduldet werden, auch wenn sie sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten. Das gilt nur für den Fall, daß sich die Ausreise ohne Verschulden des Ausländers verzögert, so das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil. Ein Syrer war zuvor von bayerischen Gerichten zu vier Monaten Haft verurteilt worden, weil er illegal im Land war. Der Mann wartete auf die notwendigen Dokumente zur Ausreise.

Konkret 04/03, S. 12

Oliver Tolmein

»Beherzter Schritt«

Aufhängen! Foltern! Kastrieren! Der kleinste Anlaß genügt, schon gerät die deutsche Zivilgesellschaft außer sich (das heißt: zu sich).

»Wenn eine unaufschiebbare polizeiliche Maßnahme getroffen werden muß und eine andere Möglichkeit nicht besteht, halte ich es nicht für gerechtfertigt, von Folter zu sprechen. Folter ist die Zufügung von Schmerzen um der Schmerzen willen, nicht um ein Ziel zu erreichen.«

Wolfgang Daschner, Polizeivizepräsident in Frankfurt/Main

»Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet ›Folter‹ jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zum Beispiel um von ihr oder einem Dritten eine Aussage zu erlangen, wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes ... verursacht werden.«

Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Bundesgesetzblatt 1990 II, Seite 247

Das Komitee findet es bedenklich, daß eine präzise Definition von Folter, wie sie Artikel 1 der Konvention enthält, immer noch nicht in das deutsche Strafgesetzbuch aufgenommen worden ist ... Besorgniserregend ist auch, daß das deutsche Strafrecht nicht absolut klarstellt, daß jede Form der Rechtfertigung oder Entschuldigung von Folter durch Notwehr oder Notstand kategorisch ausgeschlossen ist, wie es die Konvention verlangt.«

Fünf Jahre ist es her, daß das Antifolter-Komitee der Vereinten Nationen auf seiner zwanzigsten Sitzung im Rahmen seiner routinemäßigen Diskussion der Lage in Deutschland deutliche Kritik übte. Angesichts des kurz zuvor erschienenen Berichts von *Amnesty International* über dutzendfache Mißhandlungen von Flüchtlingen durch deutsche Polizeibeamte, fielen auch die Empfehlungen des Komitees nicht allzu freundlich aus – obwohl ihm die Bundesregierung gerade noch selbstzufrieden ihre Spende über 180.000 Mark an den *United Nations Voluntary Fund for Victims of Torture* in Erinnerung gerufen hatte. Neben anderem sollten Disziplinarmaßnahmen und die Strafverfolgung von Polizisten, die gegen das absolute Folter- und Mißhandlungsverbot verstoßen hatten, deutlich verschärft werden. Außerdem sollte sichergestellt werden, daß jede direkte oder indirekte Verwertung von Beweisen, die durch Folter gewonnen worden sind, kategorisch zu unterbleiben hat.

Die diplomatisch formulierte, aber deutliche Kritik am zielgerichteten Einsatz deutscher Polizeigewalt stieß schon 1998 in Deutschland nicht gerade auf offene Ohren. Immerhin mühten sich die politisch Verantwortlichen damals, die vielfältigen und schwerwiegenden Verstöße der Polizei gegen deutsche Grund- und internationale Menschenrechte zu leugnen.

Heute geht der Streit nicht mehr um die Fakten, nur noch um deren Bewertung. Der Vizepräsident der Frankfurter Polizei hat in mehreren Interviews detailliert dargestellt, wie er den festgenommenen mutmaßlichen Entführer Jakob von Metzlers malträtieren lassen wollte, um an Informationen über den Aufenthaltsort des entführten Kindes zu gelangen, dessen Leben seine Beamten noch hofften retten zu können. Daß ein Polizist, den das Präsidium offenbar als einen kannte, der besonders effizient Schmerzen zufügen kann, schon eingeflogen und auch ein Polizeiarzt zur Überwachung der peinlichen Befragung bereits angefordert worden waren, läßt keinen Zweifel, daß die Ermittler es ernst meinten.

Zugleich zeigt der Vorgang, daß es in einer solchen Situation keine funktionstüchtige institutionelle Kontrolle im Apparat gibt: Folter anzudrohen gehört für deutsche Polizistinnen und Polizisten sicher nicht zum täglichen Geschäft. In der konkreten Lage, in der die Verantwortlichen meinten abwägen zu dürfen zwischen der Aussicht, das Leben eines Kindes zu retten, und der Gewißheit, die Menschenrechte eines höchst Verdächtigen von Staats wegen zu mißachten, schien es weder den Streifenbeamten, noch den Vernehmern aus dem gehobenen Dienst, weder den Führungskräften, noch den der Polizei lose assoziierten Ärzten unvorstellbar, einen Festgenommenen physischer Gewalt auszusetzen.

Wie sich schon in den ersten Tagen nach Bekanntwerden der Vorgänge im Frankfurter Polizeipräsidium herausstellte, ist auch die zivile bundesdeutsche Gesellschaft mittlerweile so weit, daß über die Frage »Foltern oder nicht?« ernstlich ausgiebig gestritten werden kann. Die politische Spannbreite der Bedenkenträger gegen das absolute Folterverbot reicht, wenn’s dem Wohl der Kinder dient, für deren Sicherheit niemand Tempo 30 in den Innenstädten auch nur vorzuschlagen wagte, mittlerweile vom CSU-Rechtsaußen Gauweiler bis zum SPD-Populisten Lafontaine. Und auch etliche Kommentatoren in den Medien stellen sich auf den Standpunkt, daß Folter ein legitimes Mittel sei, dem Bösen Einhalt zu gebieten.

Charakteristisch für die Debatte, in der von der einen Seite grübelnde Unentschiedenheit demonstriert und damit der weniger zögerlichen Macht des Faktischen Generalpardon erteilt wird, sind zwei Beiträge in der »Taz«, einer Zeitung, die, wenigstens erinnern sollte man daran, vor einem Vierteljahrhundert als Reaktion auf die entfesselte Staatsmacht im Deutschen Herbst gegründet worden ist. »Taz«-Redakteur Patrik Schwarz bringt die gegenwärtige Aufbruchstimmung auf den Punkt, als er der Debatte über den Nutzen der Folter auch »ein Gutes« abgewinnen kann: »Sie hat uns vor Augen geführt, wie fragwürdig unsere Selbstgewißheiten sind. Wir merken daran, wie schwer es ist, richtige Entscheidungen in einer unübersichtlichen Welt zu treffen.«

Auch »Taz«-Autorin Monika Goetsch mag keine Gewißheiten, ohne die Welt ganz unübersichtlich zu finden. Sie kann sich deswegen ganz utilitaristisch gegen die »Moralisten« wenden, die Folter in »Bausch und Bogen« verwerfen, und das hohe Lied vom kleineren Übel singen, denn »wer sich an Prinzipien zu klammern pflegt, (gerät) im Fall von Jakob von Metzler leicht in die Zwickmühle«. So schlicht und routiniert wie die Wahl der Metaphern ist auch die Überlegung, die die Autorin anstellt: »Die Androhung eines Schmerzes, sonst ein erheblicher Verstoß gegen die Menschenwürde, mag da durchaus als das kleinere Übel erscheinen und der Tabubruch durch die Polizei ... vielleicht sogar als beherzter, einzig richtiger Schritt.« Ob die Folter das kleinere Übel ist oder nicht, läßt die Schreiberin vorsichtshalber offen, statt dessen schließt sie mit einer klug durchdachten Forderung: »Daß dem Mißbrauch der Folter als Mittel zum Zweck dadurch Tür und Tor geöffnet wird, muß eine gründliche Argumentation allerdings unbedingt verhindern.«

Sicher hat sie nicht sagen wollen, was sie da schrieb, genauso sicher ist aber, daß sie genau das denkt: Folter darf nicht mißbraucht werden. Denn gegen den pragmatischen Gebrauch von Folter im Kampf für eine gute Sache hat die Zivilgesellschaft mittlerweile nichts mehr einzuwenden, Hauptsache sie wird von Sicherheitskräften im eigenen Land angewandt, mit Maß und mit Ziel.

Tatsächlich schreiben allerdings, so leichthin und unbedarft, ungelenk und vage formuliert die Texte sind, die beiden Journalisten nicht über das moralische und rechtliche Dilemma, dem sich die Polizei zur Zeit des Verhörs real ausgesetzt gesehen haben könnte: Ob es nicht doch noch eine Chance gäbe, den vermißten Jungen, dessen konsequent schweigenden mutmaßlichen Entführer man vor sich sitzen hat, zu retten? Den Angriffen auf moralische Prinzipien, die in die Rhetorik des kleineren Übels münden, boten die Frankfurter Ereignisse nur eine weitere Gelegenheit, sich mit der besten aller Welten einverstanden zu erklären, Abschied von den alten Idealen zu nehmen, Abschied von der einfachen Sicht der Dinge, und sie zu ersetzen durch die noch einfachere, daß alles so schrecklich kompliziert sei und mithin allein ein rückhaltloser Fall-zu-Fall-Pragmatismus weiterhelfen könne.

Andere denken schärfer und prinzipieller. Ihnen geht es auch wirklich um Folter. Das gilt vor allem für den Heidelberger Völkerrechtler Winfried Brugger, der in den letzten Jahren aus dem akademischen Off mehrfach Plädoyers für die Legalisierung der Folter formuliert hat. Brugger ist kein bornierter Rechtsaußen und auch kein in Erinnerungen schwelgender Emeritus. Der 1950 geborene Jurist agiert unter anderem als Mitglied des Vorstandes der Deutsch-Amerikanischen Juristenvereinigung und zeichnet als Mitherausgeber der angesehenen Zeitschrift »Der Staat«. Außerdem ist er Mitglied des Beirats des Projekts »Europäische Grundrechte«.

Hatte Brugger früher zur Begründung seiner Position, daß es sogar eine Pflicht zu foltern geben könnte, noch die Bedrohung einer ganzen Stadt durch Terroristen imaginiert, die über eine chemische Bombe verfügen, reicht ihm heute eine durch sieben Merkmale charakterisierte Ausnahmesituation: »Eine (1) klare, (2) unmittelbare, (3) erhebliche Gefahr für (4) das Leben oder die körperliche Integrität einer Person durch (5) einen identifizierbaren Aggressor, der (6) gleichzeitig die einzige Person ist, die zur Gefahrenbeseitigung in der Lage (7) und auch verpflichtet ist.« Diese Merkmale, behauptet Brugger, seien Juristen vertraut, sie seien justitiabel und ausreichend bestimmt, weshalb ein Dammbruch als Folge eines so enggefaßten Folterverbots nicht zu befürchten sei.

Brugger meint, daß Lebensschutz Vorrang vor der Wahrung der Zivilität habe. Da der Staat ein Gewaltmonopol beansprucht, das den Bürgern untersagt, ihre Rechte selbst durch Anwendung von Gewalt zu schützen, sei der Staat seinerseits verpflichtet, alles zu tun (und notfalls auch zu foltern), um Gefahren insbesondere für das Le-ben seiner Bürger abzuwehren. Andernfalls müßte er sein Monopol legitimer Zwangsgewalt aufgeben und den Bürgern ihren Schutz selber überlassen.

Brugger und die anderen Vertreter der Aufweichung des Folterverbots im westlichen Diskurs werben für ihre Position damit, daß die Anwendung dieses außerordentlichen Zwangsmittels systematisch eng begrenzt werden könnte und damit dem seit einigen Jahren in manchen deutschen Polizeigesetzen erlaubten (aber auch scharf kritisierten) »finalen Rettungsschuß«, der gezielten Tötung beispielsweise von Geiselnehmern, verwandt sei: Folter soll demnach nur als Mittel zur Abwehr von Gefahren, nicht aber als Maßnahme im Strafverfahren legitim sein.

Bruggers Vorstellung fordert, von einer zentralen Vorstellung des Strafprozesses Abschied zu nehmen: Nicht zufällig schreibt der Heidelberger Ordinarius durchgängig von »dem Entführer«, der sein Recht auf Unversehrtheit verwirkt habe, und verlangt, daß es als Voraussetzung für Folter einen »identifizierten Aggressor« gebe: Mit der Vermutung der Unschuld

des Beschuldigten bis zu seiner rechtskräftigen Verurteilung ist das nicht in Übereinstimmung zu bringen. Die Frage, die Emnid in diesem Zusammenhang an 500 repräsentative Bundesbürger stellte, ist eben unsinnig: »Fänden Sie es gut, wenn die Polizei die Möglichkeit hätte, überführte Straftäter unter Anwendung von körperlicher Gewalt zu einer Aussage zu zwingen, wenn dadurch das Leben eines Opfers gerettet werden kann?« Sollte ein Straftäter bereits rechtswirksam überführt sein, wird es für Gefahrenabwehr in diesem Sinne keinen Bedarf mehr geben. Dabei geht es nicht nur um ein begriffliches Problem. Es hat schon viele Verdächtige gegeben, bei denen die Polizei lange Zeit sicher war, sie seien die Täter, deren Schuld im Verlauf des Verfahrens dann aber doch nicht bewiesen werden konnte.

Das grundsätzliche Problem zeigt sich, wenn man den aktuellen Fall weiterdenkt. Zweck der Strafe ist zwar im deutschen Recht in erster Linie das an die rechtstreue Bevölkerung ausgehende Signal, daß das Recht sich bewährt. Auch die Sicherung der Bevölkerung vor dem Straftäter für die Dauer seiner Haft kann ein Zweck der Strafe sein. Wenn die Indizien aber zu seiner Verurteilung nicht ausreichen, obwohl ihn die Polizei als »Aggressor« identifiziert hat, ein Geständnis aber mit den herkömmlichen Mitteln nicht zu bekommen ist, warum sollte dann dem Staat, der seiner Polizei zuvor zur Gefahrenabwehr die Folter erlauben durfte, weil sie von der Schuld des Täters ausging, nun erlaubt sein, das Risiko einzugehen, den als Entführer Angeklagten, aber so nicht zu Verurteilenden, auf freien Fuß zu setzen? Müßte dann nicht konsequenterweise ein zweiter Folterdurchgang zur Erlangung des erforderlichen Geständnisses folgen?

Aber nicht nur die notwendigerweise damit verbundene Absage an die Unschuldsvermutung verbietet ein bißchen Folter. Bruggers Argumentation übergeht vor allem, daß das Verhältnis von Staat zu Festgenommenem ein ganz anderes ist als das vom Staat zum Entführungsopfer. Der Staat hat zwar eine Schutz- und Rettungspflicht gegenüber dem Opfer des Verbrechens, er ist für dessen Lage aber nicht ursächlich verantwortlich, seine Möglichkeiten, sie zu ändern, sind notwendigerweise begrenzt. Der Staat kann nicht nur nicht alles, er muß auch nicht alles, was er könnte, tun, um seine Aufgabe, Sicherheit zu gewährleisten, zu erfüllen. Selbst wenn es beispielsweise aussichtsreich erschiene, über einen Stadtteil eine zweitägige Ausgangssperre zu verhängen und dort alle Wohnungen zu durchsuchen, um einen Entführten zu finden, wird der Staat dazu jedenfalls nicht verpflichtet werden können, auch wenn die Einschränkung der Bewegungsfreiheit im Vergleich zum Leben des Entführungsopfers weniger schwer wiegen mag. Andernfalls wären die ohnedies in den letzten Jahren substantiell beschnittenen Freiheitsrechte nichts mehr wert.

Der festgenommene Verdächtige dagegen ist dem Staat ausgeliefert, sein Wohl und Wehe hängt alleine davon ab, wie weit der Staat der Polizei zu gehen erlaubt – das unterscheidet ihn übrigens auch vom Straftäter, gegen den die Polizei gegebenenfalls mit einem tödlichen Schuß vorgehen kann: Der befindet sich in Freiheit, wird auf frischer Tat ertappt und hat selbst in dieser Lage stets die Möglichkeit, sein Unterfangen abzubrechen. Über die Menschenwürde und das Leben des Entführten kann der Staat nicht entscheiden, die Menschenwürde und das Leben des Festgenommenen sind dagegen ganz in seiner Hand. Dieser asymmetrischen Situation trägt das Übereinkommen gegen Folter Rechnung, und es speist sich aus dem Wissen, daß bei Folter nicht allein das Ausmaß des tatsächlich erlittenen Schmerzes die Traumatisierung bewirkt, sondern die Verknüpfung von Angst vor dem ungewissen Schmerz mit der Erfahrung des restlosen Ausgeliefertseins.

Winfried Brugger hat in der gegenwärtigen Debatte für seinen Versuch, das absolute Folterverbot zu unterminieren, nicht mehr Unterstützung seiner akademischen Kollegen erfahren als bei seinen Vorstößen in den neunziger Jahren. Dennoch ist die Situation eine gänzlich andere. Denn anders als damals hat er jetzt offene Verbündete bei den Praktikern in der Polizei, wie dem Polizeivizepräsidenten Daschner, und bei den Gerichten, die für eine Relativierung des Folterverbots mindestens Verständnis äußern, wie der Vorsitzende des Richterbundes Geert Mackenroth, wenngleich mit weniger systematischen Überlegungen. Auch Innen- und Rechtspolitiker aus der Union haben das absolute Folterverbot öffentlich relativiert, ebenso wie die neue Bundesjustizministerin Zypries, die sich nach ersten verständnisvollen Worten später allerdings auf die bemerkenswerte Erklärung zurückzog, die Bundesregierung beabsichtige nicht, das bestehende Folterverbot durch ein neues Gesetz in Frage zu stellen. Immerhin.

In der deutschen Öffentlichkeit aber ist Folter mit dieser Debatte endgültig enttabuisiert – nicht weil sich bei verschiedenen Umfragen aus diesem Anlaß eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger für die Anwendung von Polizeigewalt gegen einen Verdächtigen ausspricht, wenn dadurch Menschenleben gerettet werden können, sondern weil Folter jetzt wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Thema geworden ist, bei dem alle nur erdenklichen Standpunkte als menschlich verständlich präsentiert werden.

Und nicht nur das. Da selbst das von der CDU radikal reformierte Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung die Anwendung unmittelbaren Zwangs zur Erlangung einer Aussage ausdrücklich ausschließt, hat Daschner eindeutig gegen geltendes Recht verstoßen. Jetzt wird zwar gegen ihn ermittelt, Konsequenzen hat das für ihn bislang aber keine. Seine Dienstvorgesetzten und die politisch Verantwortlichen mochten an eine Suspendierung nicht einmal denken. Ganz allgemein wird angenommen und offensichtlich auch gebilligt, daß das Strafverfahren gegen Daschner zu keiner Strafe führen wird. Als Verteidigungslinie wird ein bemerkenswerter Entschuldigungsgrund ins Feld geführt: Der zweithöchste Frankfurter Polizeibeamte soll sich in einem unvermeidbaren Verbotsirrtum über das Verbot, Folter anzudrohen, befunden haben. Eine bemerkenswerte Aussage über die rechtsstaatliche Verfaßtheit der Bundesrepublik.

Zwar ist die Diskussion über Folter keine deutsche Besonderheit. Gegenüber der andauernden Debatte in Ländern wie beispielsweise Israel oder auch den USA nach dem 11. September weist das deutsche Szenario aber doch bemerkenswerte Eigentümlichkeiten auf. Sowohl in den USA als auch – stärker noch – in Israel findet die Kontroverse über Folter vor dem Hintergrund von Verbrechen statt, die, was Ausmaß, Intensität und Opferzahl angeht, außergewöhnliche Dimensionen haben. In Deutschland lieferte ein zwar schreckliches, aber doch in seiner Dimension nicht außergewöhnliches Verbrechen den Anlaß, innerhalb weniger Tage das Thema Folter auf einen der oberen Plätze der politischen Tagesordnung zu setzen.

Auch im Rückblick auf den rigiden Umgang mit Gefangenen aus der RAF in den siebziger und achtziger Jahren, der immerhin zur Gründung von Komitees gegen die Folter geführt hat, fällt der gravierende Unterschied auf, daß die RAF damals, wie schwach sie auch tatsächlich gewesen war, immerhin dem Staat und seinen Repräsentanten den Krieg erklärt hatte. Im Vergleich mit den USA und Israel fällt zudem auf, daß die Debatte hierzulande eine bemerkenswerte Schieflage aufweist: Während sich dort Gegner aus weiten Teilen der Gesellschaft vehement gegen Folter artikulieren und engagieren, fanden sich hier zwar in den Medien etliche Stimmen, die für eine konsequente Beibehaltung des Folterverbots argumentierten und das zivilisatorisch Regressive dieser Debatte kritisierten. Die soziale Basis dieser an grundlegenden Menschenrechten orientierten Haltung erweist sich beim zweiten Blick aber als bemerkenswert schmal: Nur der kleine Kreis liberaler Strafjuristen hat eindeutig Stellung bezogen. Selbst Mitglieder von Menschenrechts-Organisationen wie *Amnesty International* in Deutschland haben sich über den strikten Antifolterkurs ihrer Offiziellen beschwert.

Für ein rotgrün regiertes Land, dessen politische Elite bereit ist, für die Wahrung der Menschenrechte weltweit sogar Krieg zu führen, ist das eine aufschlußreiche Entwicklung. Daß fast gleichzeitig mit der Debatte über Folter ein deutscher Ministerpräsident (Peter Müller, CDU) für die Zwangskastration von Sexualstraftätern plädiert, ist mehr als nur ein Hinweis darauf, wie dünn der Lack ist, der die deutsche Gesellschaft als zivilisiert erscheinen läßt.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 3/03 über den unbotmäßigen deutschen Hinterhof

Konkret 04/03, S. 15

Georg Fülberth

Feuchter Finger

Das Bundesverfassungsgericht hat das NDP-Verbotsverfahren eingestellt – aus Gründen politischer Opportunität.

Am 18. März hatte das Bundesverfassungsgericht wieder einmal mit einem jener Fälle zu tun, die es nicht so sehr mag, für die es aber gegründet wurde. In der Regel behandelt es Normenkontrollklagen und Beschwerden, von denen Individuen und Unternehmen sich Hilfe gegen Benachteiligungen, die ihnen die Verwaltung oder der Gesetzgeber angeblich zugefügt haben, versprechen. Das ist so etwas Ähnliches wie einst in der DDR die Eingaben beim Vorsitzenden des Staatsrates.

Alle paar Jahre aber muß ein Hochamt der Rechtsprechung gefeiert werden. Dann stellt sich dem Gericht die Aufgabe, einerseits juristische Prinzipien zu bestätigen, diese andererseits aber mit Staatsschlaumeierei (vgl. Hacks: *Jona*, 1987) zu vereinbaren. Für eine solche Aufgabe ist eine Doppelqualifikation vonnöten: Man muß die Zweite Juristische Staatsprüfung bestanden haben (dies ist leicht), und man muß vom Richterwahlausschuß – letztlich also von einer parteipolitisch bestimmten Instanz – ausgesucht sein. Das schaffen nur ganz wenige.

Fiat iustitia, pereat mundus – so fundamentalistisch sind die beiden Senate in Karlsruhe nicht. Die Kunst besteht darin, Staatsräson und Nachgiebigkeit gegenüber Regierungen und unabweisbaren gesellschaftlichen Entwicklungen als Recht zu formulieren. Das Legalitätsprinzip wird durch das Opportunitätsprinzip gemildert.

Denken wir an das Urteil vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR. Er sei verfassungskonform, befand das Gericht, tat damit Brandt/Scheel einen Gefallen und öffnete den damals einzig denkbaren Umweg zur Einheit Deutschlands. Diese aber, so stand in der Begründung, müsse in den Grenzen von 1937 gedacht werden.

Oder die Urteile zum Paragraphen 218 von 1975 und 1993. Das Gericht hielt die Rechtsauffassung hoch, daß Schwangere ein fötales Umfeld sind und sonst gar nichts, also das werdende Leben auszutragen haben. Zugleich wußte es, daß weiterhin abgetrieben wird. Eine solche Distanz zur Realität kann, wenn sie zu offensichtlich ist, die Autorität der Behörde untergraben. Deshalb öffnete das Bundesverfassungsgericht Hintertüren: Man könne ja an soziale Indikation denken (1975), und außerdem sei Abtreibung zwar rechtswidrig, aber nicht unbedingt strafbar (1993).

1975 hatte es über die Berufsverbote zu urteilen. Hier bestätigte es den rechtsstaatlichen Grundsatz der Einzelfallprüfung. Aber die öffentlichen Arbeitgeber dürften sich auch nach einem Verdacht richten, der sich gegen eine ganze Menschengruppe – die Mitglieder einer unbeliebten Partei – wendet. Zur Erleichterung dieses Geschäfts blieb unerklärt, was das überhaupt ist: verfassungsfeindlich.

Im neuesten Beispiel, 2003, ging es um den Antrag der Bundesregierung vom Januar 2001, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zu verbieten. Er gehörte zum »Aufstand der Anständigen«, den der Kanzler einige Monate vorher ausgerufen hatte. Das Gericht zeigte sich leicht belästigt, denn es sollte zu einem politischen Demonstrationszweck benutzt werden. Andererseits schien es juristisch kaum Probleme zu geben. Offenbar war mit ausreichendem Beweismaterial gegen die NPD zu rechnen. Norm und politischer Zweck schienen leicht zur Deckung zu bringen. Ein Fall für Referendare.

Da passierte die Sache mit den V-Leuten. Es stellte sich heraus, daß ein nicht geringer Teil der NPD-Funktionäre aus Spitzeln des Verfassungsschutzes bestand, und es war nicht auszuschließen, daß sie einen Teil des Belastungsmaterials hergestellt hatten. Es wurde also eine recht mitgliederschwache Partei von Kadern auf den Beinen gehalten, die der Staatsschutz für sich angeworben und bezahlt hat. Einer von ihnen hat sein Extra-Geld an die NPD gespendet.

Daß der Verfassungsschutz eine Partei mit Spitzeln durchsetzt, ist nicht neu und nicht weiter aufregend. Interessanter ist die Art und Weise, wie sie aufgeflogen sind: Einige von ihnen haben sich der NPD-Führung und deren Rechtsanwalt Mahler selbst offenbart und diesen damit einen großen Gefallen getan. Gleiches gilt dort, wo ein Landesamt für Verfassungsschutz selbst einräumte, mit Spitzeln gearbeitet zu haben. In beiden Fällen wurde dafür gesorgt, daß die Chancen für ein Verbot sanken. Es hätte ja sein können, daß das Delikt nicht von der NPD begangen wurde, sondern von den Boten des Staates.

Nicht nur über die V-Leute lohnt es sich nachzudenken, sondern auch über die Beamten, die sie angeworben und danach doch wohl branchenüblich »geführt« haben. Daß durch die Produktion von belastendem Material und dessen anschließende Entwertung der NPD geholfen wurde, ist vielleicht kein Kunstfehler, sondern Absicht.

Verständlicherweise war das Gericht jetzt ungehalten: Es wußte nicht mehr, was von ihm verlangt wurde. Der Wink mit dem Zaunpfahl – auch die Justiz habe dem Aufstand der Anständigen beizutreten – widersprach dem Benehmen des Auftraggebers.

Zur Qualität von Politik gehört ihre Flexibilität, also ihre Fähigkeit, die Ziele rechtzeitig zu wechseln. Der Anlaß für den Verbotsantrag – der Aufstand der Anständigen – ist nicht mehr aktuell. Er ist jetzt durch den Verdruß mit den USA ersetzt. Hier kann aber die NPD nicht als Gegner betrachtet werden. Zur Friedensdemonstration am 15. Februar kündigte sie die

Teilnahme von 400 Mitgliedern an. Die Ausländerfeindlichkeit dieser Partei ist zwar eine Tatsache, unterscheidet sich von der offiziellen Politik aber nur graduell. Und ihre antikapitalistischen und antiimperialistischen Sprüche sind ebenfalls kein Verbotsgrund. Dadurch, daß diese Ansichten von einer Nazi-Partei vorgebracht werden, lassen sie sich leicht diskreditieren. Insofern trägt die NPD zur politischen Bildung bei.

Eine Einstellung des Prozesses sah unter den neuen Umständen doch wieder nur nach Referendarsarbeit aus: So offenkundig ging das rechtsstaatlich Gebotene mit dem politisch Gewünschten zusammen. Der Bundesgerichtshof hatte diese leichte Übung bereits am 11. März absolviert, als er der Sparkasse Leipzig verbot, ein NPD-Konto zu kündigen.

Allerdings war noch eine weitere Überlegung angebracht. Wenn die NPD als anti-US-amerikanische Kraft, als Mahnerin gegen Zuwanderung und mit dem Antiimperialismus der Dummen Kerls neue Legitimität gewann, bestand da nicht die Gefahr, daß sie eines Tages den anderen Parteien Konkurrenz machen konnte? Damit war die Frage nach der Integrationsfähigkeit des offiziellen Parteiensystems unter künftigen Belastungen gestellt. Schätzte man sie als hoch ein, war die NPD zu verbieten, bevor es zu spät war. Hielt man sie aber für gering, dann sollte das Verfahren eingestellt werden.

Dagegen haben die Antragsteller – Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung – vorsorglich protestiert. Ob das ein Tip für das richtige Urteil sein sollte, kann man erst feststellen, wenn man um die Ecke denkt. Es könnte eine Vorlage gewesen sein: Wenn das Gericht das Verfahren einstelle, beweise es Unabhängigkeit und liefere doch das Gewünschte.

So geschah es dann auch. Und wir sehen, was ein Mitglied der Karlsruher Einrichtung vor allem braucht: einen feuchten Finger, um zu merken, woher der Wind weht.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 3/03 über den erfolgreichen Absturz der SPD

Konkret 04/03, S. 16

Tobias Pflüger

... und morgen die ganze Welt

Mit dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee rüstet sich das vorgeblich pazifistische Deutschland für den weltpolitischen Aufstieg.

Manchmal werden bahnbrechende Weichenstellungen übersehen: »Mit seinem Satz, die Freiheit könne auch am Hindukusch verteidigt werden, hätte Verteidigungsminister Struck hierzulande eigentlich einen pazifistischen Aufschrei erzeugen müssen. Aber auch als Bundeswehr-Generalinspekteur Schneiderhan Präventivschläge mit deutscher Beteiligung ins Spiel brachte, blieb es ruhig. Fast unbemerkt haben Struck und sein oberster Soldat eine Diskussion über die strategische Neuausrichtung der Bundeswehr angestoßen, die in der (sic!) größten Bundeswehr-Reform aller Zeiten münden kann«, so stand es am 2. Februar in der »Welt am Sonntag«.

Bleiben zwei Fragen zu klären: 1. Warum blieb es so ruhig nach den genannten Ankündigungen? 2. Was bedeutet die »strategische Neuausrichtung der Bundeswehr«? Beide Fragen lassen sich ohne den Kontext des Krieges gegen den Irak nicht beantworten.

Es ist richtig, daß die bundesdeutsche Gesellschaft auf Peter Strucks Satz vom 4. Dezember 2002: »Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt« nur sehr verhalten reagierte. Diese Zurückhaltung (die sich auch als Zustimmung lesen läßt) kennzeichnet seit Jahren die Einstellung der großen Mehrheit der Deutschen zur seit einigen Jahren forcierten Militarisierung Deutschlands. Kritik an den Äußerungen Strucks kam lediglich aus den Reihen der Friedensbewegung. Es ist daher falsch, ihren Aktivisten in Bausch und Bogen vorzuwerfen, sie würden nur die US-Regierung für ihre Kriegspolitik kritisieren. Gerade auch die Auseinandersetzung mit der deutschen Militär- und Kriegspolitik ist für viele der dort engagierten Gruppen und Institutionen von zentraler Bedeutung. Nur wird eben über diese Kritik an deutscher Kriegs- und Kriegsunterstützungspolitik weniger berichtet. Viele (auch linksliberale und linke) Medien folgen lieber der Propaganda der Bundesregierung, die eine Kriegsgegnerschaft fingiert, während sie in Wahrheit eine militär- und außenpolitische Doppelstrategie verfolgt: Einerseits eine militärische Unterstützung der Nato-Verbündeten im Rahmen bestehender Vereinbarungen (Stützpunkte, Überflugrechte etc.), andererseits diplomatische Initiativen gegen den US-geführten Irakkrieg.

Ziel dieser Doppelstrategie ist es, einerseits gemeinsam mit Frankreich eine »Gegenmacht« gegen die USA zu etablieren und andererseits bei einer möglichen Neuordnung des Irak (und eventuell des gesamten Nahen Ostens) doch mit dabei zu sein (»FAZ«, 26.9.02). Diese Doppelstrategie hat den weiteren weltpolitischen Aufstieg Deutschlands zum Ziel. Bisher hat die rotgrüne Bundesregierung diesen Aufstieg vor allem militärisch organisiert, etwa durch die Teilnahme an den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan. Das deutsche Agieren im Irakkonflikt hat das Erreichte nun diplomatisch abgesichert. Künftig soll weltpolitisch an Deutschland keiner mehr vorbeikommen (und wenn er es doch versucht, holt er sich, so die deutsche Kalkulation, eine blutige Nase – wie möglicherweise zur Zeit gerade die USA).

Was aber bedeutet die »strategische Neuausrichtung der Bundeswehr«? Die Gesamtstärke der Bundeswehr soll weiter reduziert werden bis auf 280.000 Mann und Frau, wobei sich Peter Struck »offen« gezeigt hat für den Vorschlag des ehemaligen Heeresinspekteurs Helmut Willmann, der 240.000 für ausreichend hält. Die Kerntruppen der Bundeswehr, die sogenannten Einsatzkräfte, sollen 150.000 Soldaten zählen. Was gegenwärtig bei der Bundeswehr stattfindet, ist eine quantitative Abrüstung und eine »qualitative Aufrüstung« mit dem Ziel, die Bundeswehr in eine zur Kriegführung fähige Interventionsarmee umzubauen. Nach Struck heißt das: »Neuausrichtung der Bundeswehr weg von der Landesverteidigung hin zu einer territorialunabhängigen Krisenbewältigung«. Strategischer Kernpunkt der Veränderungen ist eine Neufassung der »verteidigungspolitischen Richtlinien«.

Der Militärhaushalt wurde von den Kürzungen im Bundesetat ausgenommen und auf 24,4 Milliarden Euro für die Jahre 2003 bis 2006 festgeschrieben (wobei das nur der offizielle »Verteidigungs«-Haushalt ist, hinzu kommen noch ca. 25 Prozent zusätzliche Ausgaben, die in anderen Haushalten versteckt sind). Es findet eine interne Umschichtung des Militärhaushaltes statt: Der sogenannte investive Bereich – also der Kauf von Kriegsmaterial – wird kontinuierlich erhöht. Unter der rotgrünen Bundesregierung wurden seit Amtsantritt 1998 Verträge »zur Verbesserung der Fähigkeiten der Bundeswehr« in Höhe von rund 14 Milliarden Euro abgeschlossen. Die Beschaffungsprojekte sind darauf ausgerichtet, die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr weiter zu steigern.

Das Verteidigungsministerium hat festgelegt, daß folgende Investitionen Priorität haben: neuer Schützenpanzer, gepanzertes Transport-Kraftfahrzeug (also ebenfalls ein Panzer), Führungsinformationssysteme, Bewaffnung für die neuen Korvetten, Entwicklung und Beschaffung von unbemannten Luftfahrzeugen, Entwicklung eines »Taktischen Luftverteidigungssystems«, das IT-Vorhaben Herkules, die sogenannte Rollenanpassung des Eurofighters sowie spezielle

Ausrüstung für die Sondereinheiten der Bundeswehr, die in der »Division Spezielle Operationen« zusammengeschlossen sind.

Zentraler Punkt der veränderten strategischen Militärplanungen sind die in Arbeit befindlichen »Verteidigungspolitischen Richtlinien«, die im Mai vorgelegt werden sollen. Offiziell bekannt sind davon aber bisher nur die elf Kriterien, die Peter Struck so annoncierte: »Sie wissen, daß seit Jahren vorrangig Aufgaben im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung die Einsatzrealität der Bundeswehr bestimmen. Meine weiteren Überlegungen gehen von der Annahme aus, daß der Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr auf absehbare Zeit im multinationalen Einsatz und jenseits unserer Grenzen liegen wird.«

Im einzelnen beinhalten die neuen Richtlinien folgende Punkte:

1. Die Aufgaben der Bundeswehr werden angesichts einer gewandelten sicherheitspolitischen Lage neu gewichtet.

2. Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht.

3. Die sicherheitspolitische Lage erfordert eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die umfassend angelegt und gemeinsam mit Verbündeten und Partnern organisiert ist.

4. Die multilaterale Sicherheitsvorsorge ist ein grundlegender Bestimmungsfaktor deutscher Verteidigungspolitik.

5. Für die Bundeswehr stehen Einsätze der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie zur Unterstützung von Bündnispartnern auch über das Bündnisgebiet hinaus im Vordergrund.

6. Die ausschließlich für die Landesverteidigung vorgehaltenen Fähigkeiten werden in aktiven Strukturen nicht länger benötigt.

7. Die knappen Ressourcen müssen künftig noch stärker als bisher vor allem zur Erfüllung der originär militärischen Aufgaben eingesetzt werden.

8. Für die Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung wird ein fähigkeitsorientierter Gesamtansatz entwickelt. Rüstungskooperation im europäischen und transatlantischen Rahmen ist prioritär.

9. Die Bundeswehr ist effektiver auf die wahrscheinlichsten Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung auszurichten.

10. Die Bundeswehr benötigt nach Einsatzbereitschaft und Präsenz differenzierte Streitkräfte, die schnell und wirksam zusammen mit den Streitkräften anderer Nationen eingesetzt werden können.

11. Die Wehrpflicht bleibt in angepaßter Form für Einsatzbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr ohne Alternative.

Inoffiziell sind weitere Detailpläne der Bundeswehrumrüstung bekanntgeworden: Wolfgang Schneiderhan gab in diversen Interviews zu verstehen, daß Teil der neuen »verteidigungspolitischen Richtlinien« ein Präventivkriegskonzept sein soll – gewissermaßen die deutsche Antwort auf das US-Konzept, das zum erneuten Irakkrieg geführt hat. Die National Security Strategy (NSS) der USA, besser bekannt als Bush-Doktrin, enthält im Kern ein Präventivkriegskonzept, welches besagt, daß die US-Regierung bereit ist, Staaten oder nichtstaatliche Akteure mit Krieg zu überziehen, wenn sie durch diese ihre Interessen bedroht sieht. Insofern ist der Irakkrieg auch der Testlauf des neuen Präventivkriegskonzepts. Am Rande der wichtigen Nato-Tagung am 21./22. November 2002 in Prag wurde unter den Regierungschefs und Nato-Vertretern diskutiert, ob die Präventivkriegsstrategie in ihren wesentlichen Bestandteilen von der Nato übernommen werden solle.

Kurz darauf befragte ich dazu den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Gernot Erler: »Es ist im Rahmen des Nato-Gipfels von US-Seite vorgeschlagen worden, daß so was Ähnliches wie die National Security Strategy, also die Bush-Doktrin, auch für die Nato gelten soll. Wolfgang Schäuble hat jetzt im Bundestag vorgeschlagen, man solle sich die Kernelemente dieser Strategie zu eigen machen, z. B. sogenannte Präventivkriege. Die Bundesregierung hat bisher keine Position bezogen.« Wurde da der Nato-Gipfel nur abgewartet? Erlers Antwort: »Ich denke schon, daß jede Änderung der amerikanischen Doktrinen eine mittelfristige Auswirkung auf die Strategiedebatte der Nato hat. Eine einfache Übernahme dieser Doktrin, die übrigens eine sehr amerikanische Doktrin ist und also so eins zu eins gar nicht Nato-Doktrin werden könnte, steht nicht zur Debatte. Hindernisse wie der Parlamentsvorbehalt in Deutschland würden das sowieso ausschließen, aber das ist eher eine Einzelheit in diesem Kontext. Dementsprechend ist auf dem Prager Gipfel auch nichts in dieser Richtung beschlossen worden. Vielleicht gab es am Rande des Gipfels Gespräche zu diesem Thema.« Erler räumte aber auf Nachfrage ein, daß die Debatte »mittelfristig« kommen wird. Überraschend ist eigentlich nur, wie kurz »mittelfristig« inzwischen ist.

Der von Erler erwähnte Parlamentsvorbehalt ist der impliziten Großen Koalition von CDU/CSU und Bundesregierung schon lange ein Dorn im Auge: Deshalb hat Peter Struck jetzt verkündet, daß im Lauf des Jahres ein sogenanntes Entsendegesetz zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr verabschiedet werden soll. Sein Ziel ist, daß der Bundestag weiterhin über Auslandseinsätze entscheidet, aber die Regierung alleine eine Mandatsverlängerung bewilligen kann. Wenn

es also Probleme bei einem Einsatz gibt, kann der Bundestag diesen nicht mehr stoppen. Musterbeispiel dafür sind die Bundeswehreinsätze im Rahmen von »Enduring Freedom«, die am 16. November 2001 mit der Vertrauensfrage durchgepeitscht wurden. Ein Jahr später hat die Bundesregierung im Bundestag relativ geräuschlos eine Verlängerung des Mandats erreicht, obwohl der Auftrag in mehreren Bereichen (z.B. Kommando Spezialkräfte in Afghanistan, Marine am Horn von Afrika) deutlich ausgeweitet wurde. Als Folge des Beschlusses sind auch die ABC-Abwehrsoldaten in Kuwait stationiert worden, deren Teilnahme am Irakkrieg durchaus wahrscheinlich ist. Die tschechischen Soldaten der gleichen Einheit sind von den USA bereits angefordert worden.

Zu der geschilderten Gesamtentwicklung paßt die schleichende Ausweitung der Möglichkeiten, die Bundeswehr auch im Innern einzusetzen: Seit dem Vorfall mit dem durchgeknallten Privatflieger über Frankfurt wird die Bundeswehr auch zur »Terrorabwehr im Luftraum« bereitgehalten. Außerdem bewacht sie mit ca. 3.000 Soldaten seit Ende Januar 59 der 95 US-Militärobjekte in Deutschland. Schmiere stehen, damit andere Krieg führen können.

Tobias Pflüger ist Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (imi-online.de)

Konkret 04/03, S. 22

Ralf Schröder

Route 66

In der Irakfrage stehen die osteuropäischen EU-Kandidaten zu den USA. Muß Berlin über seine kontinentale Hegemonialpolitik noch einmal gründlich nachdenken?

»Gleichzeitig dürften ... Gewichtsverschiebungen im tripolaren System der Weltwirtschaft eine unausweichliche Folge der Öffnung Osteuropas sein. Europa gewinnt mit neuer Gestaltungskraft und Wachstumsdynamik an Statur. Es wird damit vom Juniorpartner zum echten Partner und potenten Konkurrenten der USA. Die Vereinigten Staaten müssen sich jetzt im internationalen politischen und militärischen Geflecht neu positionieren.«

Osteuropa-Special der volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bank, 1990

Im Verhältnis der Staaten untereinander gibt es verschiedene Typen der Hierarchie. Eine Region, die in politischen Analysen gewohnheitsmäßig mit dem wenig schmeichelhaften Begriff »Hinterhof« bezeichnet wird, ist das mittlere und südliche Amerika. Im allgemeinen Verständnis und ein wenig grob gesagt handelt es sich um unterentwickelte Landstriche, die von Washington aus regiert werden. Die Märkte, die Rohstoffnutzung, der Agrarsektor, das Finanzwesen und die Verwaltung der dortigen Staaten sind nach dem Bedarf nordamerikanischer Unternehmer und Verbraucher eingerichtet, und die Politiker, Geheimdienste und Militärs der USA wachen darüber, daß sich daran nichts ändert. Stört jemand diesen Zustand, gibt es Alarm, die USA spielen den Hausmeister und bringen die Verhältnisse notfalls mit Gewalt wieder ins Lot. Die Staatsmann-Darsteller des südlichen Amerika hatten einerseits nie eine Alternative zu dieser Bevormundung durch Washington, andererseits war letztere die Bedingung ihrer Existenz.

In anderen Teilen der Welt kam während des Kalten Krieges eine andere Form der Abhängigkeit zur Blüte. Mit der Stabilisierung des sozialistischen Lagers und im Zuge der antikolonialen Dynamik in Afrika und Asien wurde die Staatenwelt neu sortiert und ständig um neue Mitglieder erweitert. Von den beiden feindlichen Blöcken wurden Regierungen und nicht zuletzt auch Befreiungsbewegungen unausweichlich mit der Frage konfrontiert, welchem Lager man sich denn anschließen wolle. Das gleichzeitige Werben der USA und der UdSSR machte auch die Führer der kleinsten Staaten und Guerillatrupps prominent, und obendrein wurden allerlei Belohnungen, Geschenke und Kredite verteilt, die man zur Entwicklungshilfe erklärte.

Diese Situation des Entweder-Oder brachte den zweit- und drittrangigen Staaten des Globus nicht zuletzt deshalb einige Gratifikationen, weil ihre Führer unablässig so tun konnten, als sei man im Fall mangelnder Unterstützung durch die Vormacht bereit, notfalls das Lager zu wechseln. Zum Daseinsprinzip innerhalb der gespaltenen Staatengemeinschaft wurde dieser Zweifel für jene Länder, die sich zur Bewegung der »Blockfreien« zusammengetan hatten. Die Blockfreien spielten in internationalen Fragen, etwa auf dem Parkett der Vereinten Nationen, gerne die Rolle von selbstbewußten Schiedsrichtern. Um deren demonstrative und häufig kritische Neutralität zu neutralisieren, mußte der als reich geltende Westblock nicht selten besonders viel Geld und Höflichkeit aufwenden. Diese Höflichkeit verwandelten die Hofierten, etwa der jugoslawische Präsident Tito, immer wieder geschickt in internationales Renommee. In Anbetracht der Umstände war die Strategie der Blockfreiheit weder dumm noch unsympathisch, und in einigen Fällen trug sie eine zeitlang etwas zum Wohlergehen der Einwohner der betreffenden Staaten bei.

Mit dem Ende der Sowjetunion war nicht nur die Bewegung der Blockfreien erledigt, sondern es fielen auch viele der Umstände weg, die bis dahin die Deutschen zur Bescheidenheit gezwungen hatten. Sobald der Anschluß der DDR genehmigt war, gaben die hiesigen Politiker und Unternehmer bekannt, man werde nun – u.a. zum Nachteil der Konkurrenz aus den USA – nach Osten expandieren, und zwar unter dem Firmenzeichen der Europäischen Union. In den folgenden zehn Jahren beschäftigten sich die Deutschen mit zwei Dingen: erstens und weit erfolgreicher als alle anderen mit der ökonomischen Durchdringung Ost- und Südosteuropas, zweitens und ebenfalls erfolgreich mit der Durchsetzung völkischer Prinzipien und entsprechender Loyalitäten in diesem Gebiet – ein Prozeß, der ein paar ethnisch homogene Stammesgebiete neu auf die Landkarte brachte.

Gegenüber den unmittelbar von ihr Betroffenen und gegenüber dem Rest der Welt begründete Deutschland seine Hegemonialpolitik mit seiner eigenen, historisch klar erwiesenen Gefährlichkeit. In einem Papier zur Ostausdehnung der EU schrieb die damalige Regierungsfraktion von CDU/CSU 1994: »Ohne eine solche Weiterentwicklung der europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.« Diese Drohung kam in Mode, wurde allerdings meistens um den ebenso populären wie obskuren Gedanken angereichert, an ihrer Gefährlichkeit seien nicht die Deutschen selbst, sondern genetische Merkmale ihres Gemeinwesens schuld. Außenminister Fischer trug dies im Mai 2000 den Studierenden der Berliner Humboldt-Universität so vor: »Die in Deutschlands Dimension und Mittellage objektiv

angelegten Risiken und Versuchungen werden durch die Erweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung der EU dauerhaft überwunden werden können.«

Kanzler Helmut Kohl hatte schon zu Beginn der neunziger Jahre eine erfolgreiche europäische Integration als »eine Frage von Krieg und Frieden« gekennzeichnet. Der gleichen Vernunft folgend, forderte ein für die bisherige deutsche Gemütsverfassung typischer Kommentar der »Süddeutschen Zeitung« im Vorfeld des Erweiterungsgipfels von Nizza Ende 2000 einen »schmerzhaften Souveränitätsverzicht« der europäischen Staaten; andernfalls »bestünde sogar die Gefahr, daß aus dem Europa der Nationen wieder ein Europa der Kanonen wird«. Mit solchem oder ähnlichem Charme sondert Deutschland seit etlichen Jahren die unverschämte und erpresserische Warnung ab, nur im Falle eines freiwilligen Verzichtes auf ihre Hoheit werde es die Staaten Europas nicht durch Krieg unterwerfen müssen. Im Zuge der Auflösung Jugoslawiens haben Kohl, Genscher, Schröder und Fischer verschiedentlich demonstriert, daß diese Warnung ernstgemeint ist.

Daß die latente deutsche Drohung mit Krieg und Diktatur wenig Widerrede erfuhr, liegt zum einen daran, daß die hiesige Linke diese Drohung aus völlig verdrehten Gründen quasi mitträgt. Man weiß um die aggressiven Potentiale des Vaterlandes, hofft aber insgeheim, daß die EU-Mechanik zu einer zivilen Satisfaktion der deutschen Gier nach Herrschaft führt. Das ist die Denkweise ewiger Verlierer: Sie beruht auf der Erfahrung, daß alle Versuche, den germanischen Expansionsdrang zu stoppen, letztlich erfolglos blieben.

Warum bisher auch die Regierungen jener Staaten relativ gelassen blieben, die Berlin vollständig unter sein Kommando zwingen will, wurde zwischen Ende Januar und Mitte Februar deutlich. Mit der Frage konfrontiert, wie man den Irak behandeln solle, entschieden sich jene ost- und südosteuropäischen Staaten, die für einen baldigen Eintritt in die EU vorgesehen sind, mit überwältigender Mehrheit für die Position der USA und gegen die Position Schröders und Chiracs. Unter den Berliner und Münchener Politikern lösten diese Bekenntnisse einen Schock aus, weil sie auf eine sehr kühle und bestimmte Weise das Scheitern der aktuellen deutschen Europa-Strategie anzeigten. Hatte Berlin bisher vor, die Gebiete zwischen Gdansk und Skopje in etwa mit jenen Methoden zu verwalten, die die USA seit Jahrzehnten in ihrem südamerikanischen Hinterhof benutzen, zeigten nun Polen, Tschechien, Ungarn und die übrigen ein Format, das die ihnen zugedachte Rolle als deutsche Neukolonien überraschend sprengte. Im Einklang mit den osteuropäischen Regierungen erinnerte etwa die litauische Tageszeitung »Lietuvos Rytas« daran, »daß sich Osteuropa nicht aus der kommunistischen Tyrannei Moskaus befreit hat und an die Türen der EU klopft, um stimmloser Vasall Frankreichs und Berlins zu werden«.

Ähnliche Stellungnahmen waren aus allen EU-Beitrittsländern zu hören, nachdem ihre Regierungen vom französischen Präsidenten Chirac zum Ende des Brüsseler EU-Sondergipfels am 17. Februar wegen ihrer Haltung in der Irakfrage wüst beschimpft worden waren. Chirac hatte u.a. gesagt, »diese Länder« seien »ein wenig ahnungslos hinsichtlich der Gefahren, die ein zu schnelles Einschwenken auf die amerikanische Position mit sich bringt«. Der französische Präsident drohte den Angesprochenen mit einem Scheitern ihres EU-Beitritts und sagte, die Osteuropäer hätten »eine gute Gelegenheit zum Schweigen verpaßt«.

Während sich die deutschen Kabinettsmitglieder mit Äußerungen zur proamerikanischen Parteinahme Osteuropas zurückhielten, setzte ansonsten allenthalben Ärger und Verbitterung ein. Der »Spiegel« rechnete vor, Polen bekäme bis 2006 über 16 Milliarden Euro an EU-Subventionen. »Aufgebracht wird das Geld von den Steuerzahlern aus dem alten Europa, vorweg von den Deutschen«, wofür man in Warschau keineswegs angemessenen Dank finde: »Die Polen kaufen 48 Jäger des Typs F-16 beim US-Konzern Lockheed Martin, obwohl Franzosen, Briten und Schweden dagegen intervenierten.« SPD-Vordenker Peter Glotz empfahl, zur Rettung einer europäischen Außenpolitik sollten sich »Frankreich, Deutschland, die Beneluxstaaten und andere« schnellstens zu einem »Kerneuropa« zusammenschließen und die Osteuropäer erst mal außen vor lassen. Im »Freitag« beklagte Mitherausgeber Wolfgang Ullmann die »intellektuelle Dürftigkeit« und die »Dreistigkeit der Heuchelei«, mit der die Osteuropäer das »Weltkriegsprogramm« der USA unterstützen, und im gleichen Blatt war zu lesen, man müsse den »Mittelosteuropäern klar machen, daß der Schlüssel für Europas Sicherheit ... nur in einer multipolaren trans-eurasischen Verteidigungsidentiät liegen kann«, keinesfalls also in einer Anlehnung an die USA.

In der »SZ« wurde die proamerikanische Erklärung, die acht europäische Staaten Ende Januar abgaben, als US-lanciertes »Komplott« und als »Akt der Vasallentreue« gegenüber Washington gedeutet. Zudem, so schrieb am 5. Februar Kommentator Stefan Kornelius ebendort, habe die »außenpolitische Chuzpe der osteuropäischen EU-Novizen« nicht nur Joschka Fischer einen glänzenden Auftritt zum Beginn des deutschen Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat versaut, sondern alle in Brüssel seien »starr vor Wut über den Brief der Acht, diktiert und unterzeichnet« – ausgerechnet – »im Stile Bismarckscher Geheimdiplomatie«. Die »Zeit« sah in dem »Coup« eine »Verrohung der Sitten« und monierte, die EU-Kandidaten hätten »vorbei an allen gemeinsamen Gremien und guten Gepflogenheiten« gehandelt. Martin Schulz, stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, forderte ein »Signal an die Beitrittsländer«: »Es geht nicht, die wirtschaftliche Zukunft in der EU zu suchen, in zentralen politischen Fragen aber die Karte der Vereinigten Staaten zu spielen.«

Andere dagegen glauben, daß es noch viel schlimmer kommt. Zum einen wurde überall und recht einstimmig das Ende der – bisher munter herbeihalluzinierten – gemeinsamen europäischen Außenpolitik beklagt. Der »Spiegel« zitierte Mitarbeiter des EU-Chefaußenpolitikers Solana mit dem Vorwurf, die USA würden sich »der östlichen Beitrittskandidaten bedienen, um ein Erstarken der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik zu behindern«. Auch die geplante Europäische Verfassung, so die einhellige Ansicht, sei vorerst erledigt. Statt dessen werde nun »Europas Kräftespiel neu justiert« (»Zeit« 7/03), es beginne ein »neues Spiel um Europa« (»Zeit« 8/03), es müsse überhaupt »Europas Rolle im neuen Spiel der Mächte« ganz von vorne bedacht werden. Die Frage sei: »Wer führt, wer folgt im gemeinsamen Haus?«, und festzuhalten sei auch dies: »Wo es um Krieg und Frieden geht, wird nicht nur über die Macht Europas, sondern auch über die Macht in Europa entschieden« (»Zeit« 10/03). In der »SZ« (und anderswo) trafen diese sehr grundsätzlichen Thesen auf Zustimmung: »Jetzt hat das Spiel der Mächte wieder Konjunktur.«

Während »das alte Europa« auf das proamerikanische Coming-out der Osteuropäer im ersten Augenblick »verwirrt, überrascht, übertölpelt« reagierte (»SZ«), lieferten seine Analytiker nach einer kurzen Erholungspause zumindest Bruchstücke plausibler und selbstkritischer Erklärungen für das deutsch-französische Desaster. In der »Zeit« schrieb Josef Joffe: »Im Klartext lautet die Botschaft der acht: ›Wir verwahren uns gegen den Führungsanspruch von Berlin und Paris; vor die Wahl gestellt, stehen wir an der Seite Amerikas.‹ Kein Wunder: Je näher ein Land geographisch bei Rußland liegt, desto dichter will es politisch an Amerika heranrücken – nach dem kühlen Kalkül, daß seine Sicherheit dort besser aufgehoben ist als unter der Fuchtel von Paris und Berlin.« In der »SZ« bemerkte der schwedische Journalist Richard Swartz über die Osteuropäer: »Zwischen Moskau und Berlin angesiedelt, sind ihre Erfahrungen mit einer europäischen Verständigung im großen Stil eher von zweifelhafter Art. Die Nato ist ihnen wichtiger als die Europäische Union, weil die Nato für sie die Vereinigten Staaten bedeutet ...«

Auch Kommentator Schmidt-Häuer (»Zeit«) wies darauf hin, einzig die USA hätten den Osteuropäern den Zugang zur Nato offengehalten: »Die Franzosen wollten die Osterweiterung nicht. Für die Deutschen war sie den guten Beziehungen zu Rußland nachgeordnet.« Im Leitartikel der »FAZ« war am 24. Februar einiges über »das wachsende Mißtrauen« Osteuropas »gegenüber der Achse Paris-Berlin« zu lesen. »Amerika genießt einen Vorschuß an Vertrauen, den Deutschland, Rußland und Frankreich nicht in Anspruch nehmen können. Denn gemeinsam ist den Ländern des alten, von Deutschland und Rußland in die Zange genommenen Zwischeneuropa die Lehre des 20. Jahrhunderts: Es führte sie stets in die Katastrophe, wenn ihnen Entscheidungen abgepreßt und Bündnisse aufgezwungen wurden.« Günter Verheugen, als EU-Kommissar für die Erweiterung der Union zuständig, berichtete der »Welt« über entsprechende Beschwerden. Es gebe schon »erste Stimmen aus den Kandidatenländern, die mir sagen, früher hat uns die Sowjetunion den Kurs vorgegeben, und jetzt sagt uns die EU, was wir denken und sagen sollen«.

Abgesehen vom rückwirkenden Antikommunismus und anderen Schrägheiten, die diese Analysen prägen: Die Osteuropäer fangen an, sich zu gebärden wie die ehemaligen Blockfreien, Sie erinnern sich? Das wird ihnen mehr Respekt, mehr Höflichkeit und auch mehr Geld bringen. Und Deutschland, zumindest vorerst, um seinen Hinterhof und die Sudeten. Es gibt Dinge, die weniger erfreulich sind.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 1/03 über deutsche Friedensfreunde gegen Israel

Konkret 04/03, S. 25

Bernhard Schmid

Die Gunst der Stunde

Weil dann »Burgfrieden« herrscht, lassen sich soziale Grausamkeiten in Kriegszeiten besonders leicht begehen. Wie Gerhard Schröder will Jacques Chirac die Chance nutzen.

»Der Direktor der Deutschen Bank meint: Das beste Mittel, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, ist ein Krieg. Ich denke wie er.«

Frankreichs Wirtschaftsminister Francis Mer, 13. November 2002

Vor einem Jahr noch hieß er *Supermenteur,* Superlügner, ein Spottname, den ihm die satirische TV-Puppensendung *Les guignols de l'info* für seine demagogischen Wahlversprechen verliehen hatte. Heute ist Jacques Chirac *Superman.* Demonstranten in London wie in Washington danken ihm, in Paris hängen »Merci Chirac«-Plakate, beim Staatsbesuch in Algerien bereitete ihm eine jubelnde Menge einen triumphalen Empfang.

Chirac, der Friedensfürst? In Wahrheit ist er nur ein Paradebeispiel für die Wandlungsfähigkeit solcher Politiker. Dem irakischen Vizepräsidenten, einem gewissen Saddam Hussein, versicherte der damalige französische Premierminister, ein gewisser Jacques Chirac, auf dem Flughafen Paris-Orly, er sei nicht nur ein Verbündeter, sondern auch sein »persönlicher Freund«. Das war am 5. September 1975. Einige Jahre später, während des zweiten Golfkriegs 1991, zieh der damalige Oppositionspolitiker Chirac den damaligen Präsidenten Mitterrand der Schlappheit, weil der erklärt hatte, Frankreich, das mit rund 15.000 Soldaten am Krieg der US-geführten Allianz im Irak teilnahm, werde keine ABC-Waffen einsetzen – eine unverantwortliche Festlegung, meinte Chirac, »wo das Leben vieler unserer Soldaten auf dem Spiel steht«.

Frankreich hat im Irak lange Zeit eine Sonderrolle gespielt. Die Kriege gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Algerien (1954/62) und der Überfall auf Ägypten im Herbst 1956, der durch USA und UdSSR gemeinsam gestoppt wurde, hatten die alte Kolonialmacht Frankreich im Mittelmeerraum politisch isoliert. Die US-Amerikaner saßen in Saudi-Arabien und im Iran, die Briten kontrollierten ihre früheren Kolonien am Golf. Der einzige Staat, der sich Frankreich als Bündnispartner anbot, war der Irak. Während die USA und die BRD im iranisch-irakischen Krieg der Jahre 1980/88 beide Kriegsparteien zugleich aufrüsteten, ergriff Frankreich offen Position für das irakische Regime. Der Irak wurde als Bollwerk der Moderne »gegen die fundamentalistischen Horden des Iran« dargestellt, unter Beifall auch aus der Bundesrepublik. Ein damaliger Abgeordneter sorgte im Herbst 1987 für Zoff in der grünen Bundestagsfraktion durch eine Presseerklärung unter dem Titel »Solidarität mit Frankreich am Golf«. Sein Name: Otto Schily.

Im Sommer 1990 ließ Frankreich seinen Verbündeten fallen und schloß sich der Allianz unter Führung von George Bush senior an. Doch anders als Firmen aus den USA, Großbritannien und Japan erhielt Frankreich am Ende keinen der lukrativen Aufbauverträge für Kuwait. Deswegen versuchte Paris (ebenso wie Moskau) ab 1992, wieder Geschäftsbeziehungen zum amtierenden Regime in Bagdad zu knüpfen. Die Erdöl-Förderverträge, die Frankreichs damals führender Konzern Total und Rußlands Ölfirma Lukoil 1999 abschlossen, stehen aber unter dem Vorbehalt der Aufhebung des Embargos.

Nicht zuletzt hat das »friedenspolitische« Agieren Chiracs und anderer kontinentaleuropäischer Politiker handfeste innenpolitische Gründe. Einerseits lehnt die Mehrzahl der nationalen öffentlichen Meinungen in Europa den drohenden Krieg im Irak jeweils mit deutlicher Mehrheit ab, unter anderem auch weil ihre Medien, anders als 1990/91, keine Kriegspropaganda gemacht haben. Andererseits benötigt gerade die Regierung unter Präsident Chirac und Premierminister Jean-Pierre Raffarin dringend einen Legitimitätsschub. Noch nie hatte ein amtierender Staatspräsident ein so schwaches Ergebnis im ersten Wahlgang erhalten – 19 Prozent stimmten im April 2002 für Chirac, das waren gut fünf Millionen von über 40 Millionen Wahlberechtigten. Die zwei Drittel der Parlamentssitze, welche die Konservativen im Juni gewannen, widerspiegeln, unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts, die Zustimmung von rund 29 Prozent der Wahlberechtigten. Im übrigen muß die französische Regierung, wie die anderer europäischer Staaten, soziale Errungenschaften der Nachkriegsjahrzehnte im Namen der Anpassung an die Erfordernisse der modernen Wirtschaft abräumen. Die Regierung will die Gunst der Stunde nutzen, um a) den Sicherheits- und Repressionsapparat auszubauen – die Einstellung von 13.500 zusätzlichen Polizisten, gut 10.000 neuen Justizbediensteten und die Schaffung von 11.000 neuen Haftplätzen sind geplant – und b) die Sozialsysteme zu »deregulieren« – bis zum Sommer soll die umstrittene »Rentenreform« durchgesetzt werden, mit Verlängerung der Beitragszeiten für die öffentlich Bediensteten und Einführung einer »privaten Säule« der Versicherung.

Noch hat die regierende konservative Einheitspartei UMP den Streikherbst 1995 gegen die Vorgängerregierung unter Alain Juppé nicht vergessen. Um so verlockender ist jetzt die Chance, die ein konsequentes Eintreten gegen einen bisher unpopulären Krieg und die Projektionen sozialer Wut auf die USA bieten. Damit knüpft Chirac an eine spezifisch

französische Politiktradition an, die Charles de Gaulle 1966 mit seiner berühmten »Rede von Phnom Penh« begründet hatte. Damals ging der Chef einer konservativen, antikommunistischen Regierung auf Äquidistanz zu Washington und Moskau, um dem militärisch wie ökonomisch schwachen Frankreich in der internationalen Politik ein unverhältnismäßig großes Gewicht zu verleihen.

Chirac jedoch ist eher eine Karikatur de Gaulles als sein Wiedergänger. Während de Gaulle Frankreich 1966 aus dem militärischen Verbund der Nato herausführte, hat Chirac Frankreich 1995/96 teilweise in die Nato zurückgeführt. Auch das politische Gewicht Frankreichs, das Chirac reklamiert, ist durch die Einbindung in die EU stark reduziert. So ist ein Erfolg von Chiracs »Friedenspolitik« durchaus zweifelhaft (auch wenn die ihm zur Zeit traumhafte Umfrageergebnisse beschert). Selbst die Antikriegsbewegung traut ihm nur zu Teilen. Während ihr traditionell-pazifistischer Flügel Unterschriften sammelt, um dem Präsidenten im Fall eines Vetos im UN-Sicherheitsrat den Rücken zu stärken, lehnt der linke Flügel es ab, in einem zwischenimperialistischen Konflikt Partei zu ergreifen.

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 1/03 über die Interessen der Großmächte im Irakkrieg

Konkret 04/03, S. 26

Zu Protokoll

Man muß ihnen nur zuhören, um zu erfahren, daß sie in der Wolle kaum gefärbte Nazis sind: KONKRET_dokumentiert Auszüge aus einer Rede, die Horst Rudolf Übelacker, Vorsitzender des Witiko-Bundes und Bundesvorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), auf einer Veranstaltung im Rahmen des Sudetendeutschen Tages 2002 gehalten hat. Die Preise übrigens, die die Sudetendeutsche Landsmannschaft verteilt, treffen stets die Richtigen: Ihren »Karlspreis« 2002 erhielt der konservative Historiker Baring; ihren »Menschenrechtspreis« nahm am 19. Februar 2003 der Gründer und Generalsekretär der »Gesellschaft für bedrohte Völker«, Tilmann Zülch, entgegen (siehe Editorial)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe sudetendeutsche Freunde, verehrte Patrioten!

Die Fragestellung »Benes-Dekrete oder Menschenrechte?« ist ganz einfach und für jedermann sofort zu verstehen. Sie lautet: Soll es künftig als Mittel der Politik zulässig sein, daß man mehr oder weniger große Minderheiten einfach außer Landes jagt, sofern man sie nicht umbringt, so wie es dem Staat, der dort herrscht, einfach gefällt, ja oder nein? Ist Vertreibung, ist Völkermord, ist Genozid künftig als Mittel der Politik zulässig, ja oder nein?

Wenn man sie so einfach stellt, die Frage, ist für jedermann klar, das kann nicht sein. Es darf auch nicht sein, daß ein Staat eine Minderheit verjagt oder mehrere Minderheiten verjagt, sich raubweise in den Besitz ihres Eigentums bringt und anschließend sagt, um des Friedens in Europa willen lassen wir die Dinge so, wie sie sind, samma wieder gut. Genau das ist aber die Politik, die uns entgegenschlägt, und das sind die Gefahren, die ich wittere, wenn ich an einer Veranstaltung wie der heute morgen teilgenommen habe. Da waren sich alle einig: Vertreibung ist völkerrechtswidrig; Genozid ist nicht akzeptabel. Und dann kommt ganz am Schluß die kühne Wendung: aber Vermögensansprüche stellen, das sollten wir besser unterlassen. Meine Freunde, dies ist der Ort, wo Klartext gesprochen wird. Das nehmen wir nicht hin, und wenn die gesamte SL-Spitze der Meinung wäre, daß man das zulassen muß, wir werden das nicht zulassen. Dafür werden wir garantieren.

Heftiger Beifall

Adenauer war in Israel, und dort hat man ihm am Ende seiner Amtszeit in einer Tischrede klargemacht, daß Deutschlands Verantwortung nie enden wird. Man hat ihm indirekt den gebückten Gang empfohlen und die Unterwürfigkeit, so wie man das von unseren heutigen Politikern kennt. Nur: Adenauer war keiner der heutigen Politiker. Adenauer hat darauf verzichtet, in dieser Tischrede überhaupt eine Erwiderung abzugeben, und er hat sich mit Chaim Weizmann zurückgezogen zu einem Vier-Augen-Gespräch, und am Ende dieses Vier-Augen-Gespräches sind die beiden wieder erschienen, und es war während des gesamten Staatsbesuches nicht mehr von der ewig währenden deutschen Verantwortung die Rede. Auch so konnte man damals Politik machen, allerdings unter einer entscheidenden Voraussetzung: Es mußten deutsche Politiker mit Rückgrat da sein.

Heftiger Beifall

Die Tschechische Republik betreibt eine Raubsicherungspolitik. Es ist gut, daß wir nicht locker gelassen haben, die Vermögensfrage ins Zentrum der Überlegungen zu stellen. Denn was nützt uns ein Heimatrecht, wenn wir uns irgendwo einen neuen Bauernhof kaufen müssen und den alten dem tschechischen Räuber oder dem tschechischen Räuber-Staat überlassen müssen? Ich verstehe nicht, wieso man es insbesondere von den deutschen Politikern hinnimmt, daß die Räuber die Opfer öffentlich diffamieren dürfen und das folgenlos. Das ist keine Interessensvertretungspolitik der deutschen Politiker für deutsche Staatsbürger, sondern das ist eigentlich die Unterwerfung unter tschechische Raubsicherungspolitik. Dafür haben wir unsere Politiker nicht gewählt.

Nun müssen wir feststellen: Nicht nur die Opfer werden diffamiert, sondern die Fakten werden umgedreht. Wir haben heute früh von dem sehr geehrten Herrn Bundesinnenminister Schily – ich bin einer seiner größten Verehrer – hören müssen, daß die Vertreibung zwar sehr bedauerlich ist und auch ein Völkerrechtsbruch, natürlich, aber daß ja schließlich die ersten Vertreibungen von dem Dritten Reich, von den Deutschen, an den Tschechen begangen wurden. Also wer ihm diese Rede geschrieben hat – ich hoffe, er hat sie nur vorgelesen und hat nicht mitgedacht, das wollen wir zu seinen Gunsten mal annehmen – wer ihm diese Rede geschrieben hat, gehört sofort aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Wenn dieser Beamte über das Münchner Abkommen schreibt und nie etwas von den Optionsabkommen gehört hat und nie davon gehört hat, daß es den Tschechen freigestellt war, entweder zu bleiben, da wo sie bisher waren, oder dorthin zu gehen, wohin in aller Regel oder woher in aller Regel der tschechische Staat sie versetzt hatte, und zwar mit Möbelwagen, mit allem Drum und Dran und unter dem freundlichen Winken ihrer sudetendeutschen Nachbarn – wer das mit den Ereignissen von 1945/46, mit den Schrecken der Todesmärsche und mit den ganzen Greueln der Lager und der Umgebrachten und der Füsilierten und der Angezündeten und der in tagelangen Schächtungen Ermordeten vergleicht, an dessen Verstand müssen wir wohl mit Fug und Recht zweifeln dürfen.

Lebhafter Beifall

Meine lieben Freunde, daß man diese Lüge verbindet mit den NS-Greueln und dann sagt: Wie können wir den Raub erhalten? Nur dadurch, daß wir die Opfer diffamieren, als NS-Willige, Böswillige hinstellen, eine Vertreibung der Tschechen konstruieren, die es nicht gegeben hat, worauf dann 45/46 nicht sich als eigenständige Tat herausstellt, sondern nur als die sehr verständliche Antwort auf das den Tschechen zuvor zugefügte Unrecht – wenn man es in diesen Kontext bringt, in diesen lügenhaften, verworfenen Kontext, dann erzielt man das, was man haben will. Dann sagt man in einer breiten Öffentlichkeit, die das nicht übersehen kann, na ja, die Sudetendeutschen haben sich ja doch einiges zuschulden kommen lassen, so ganz unschuldig waren die ja nicht.

Und da gibt's Leute, die sagen, die Sudetendeutschen ... waren beim Einmarsch in Prag dabei. Waren sie beim Einmarsch in Prag denn dabei auf sudetendeutschen Befehl? Nein, sie waren, wenn überhaupt, dabei auf Berliner Befehl. Was hatte ein Sudetendeutscher, eine sudetendeutsche Volksgruppe damit zu tun? Nichts hatte der damit zu tun. Und wieso müssen sich dann sudetendeutsche Spitzenpolitiker entschuldigen für die angebliche – ich sage angebliche! – Teilnahme von Sudetendeutschen an NS-Verbrechen? Das ist unerfindlich, und das entspricht nicht ihren Aufgaben, die sie als Spitzenfunktionäre übernommen haben. Die sollen in sich gehen und sollen das überprüfen und sollen das künftig unterlassen.

Wenn jemand behauptet, es hat eine sudetendeutsche Beteiligung an NS-Verbrechen gegeben, ich will das nicht ausschließen, aber wenn das jemand behauptet, dann sind nicht wir entschuldigungspflichtig, sondern er ist beweispflichtig! Wir müssen ihm die Frage stellen, wer hat wann wo was begangen, und wenn ich das weiß und geprüft habe, dann kann ich die Entscheidung treffen, ob ich mich entschuldige; aber nicht auf bloßen Verdacht hin fange ich an, vom aufrechten Gang in die tiefe Bücke zu gehen, entschuldige mich einige Male ... Und außerdem nutzen sich die Hosen ab, wenn man nach dem Muster von Willy Brandt den Kniefall übt.

Beifall

Wir haben ja diese ganze Litanei von Beschuldigungen und Beleidigungen in den letzten Wochen und Monaten über uns ergehen lassen müssen, und dafür sollen wir, als Dank dafür, auch noch mit notarieller Urkunde den Übergang des geraubten Besitzes an den Räuber beurkunden?? Wo samma denn, sagt der Bayer, wo samma denn? Das ist nicht nachvollziehbar.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Deutschland und Österreich ist ein Opferverband, so wie der Jüdische Weltkongreß ein Opferverband ist. Und ein Opferverband ist kein Täterverband, und ein Opferverband ist auch kein entschuldigungspflichtiger Verband. Sondern ein Opferverband hat die Aufgabe, gemäß Satzung die Ansprüche geltend zu machen, die den Opfern zustehen, und zwar nicht aufgrund von Faustrecht, wie 1945/46, sondern aufgrund der Menschenrechte und aufgrund des geltenden Völkerrechts. Das ist die Aufgabe des Opferverbandes.

Ich komme zu den Benes-Dekreten ... Man spricht über sie allenfalls im Zusammenhang mit 1938/39, selten im Zusammenhang mit 1918/19. Der erste zentrale Fehler bei der Diskussion und Bewertung. Das Problem hat sich gestellt 1918, als die Tschechen und Slowaken jenes Selbstbestimmungsrecht mit Erfolg gefordert haben, das sie gleichzeitig den Minderheiten der Deutschen und Ungarn vorenthalten haben. Da liegt der Geburtsfehler der ersten Tschechoslowakischen Republik, und davon muß man reden, wenn man von den Benes-Dekreten redet.

Und man muß auch davon reden, daß unter den Staatszielen bei der Gründung der ersten Tschechoslowakischen Republik 1918/19, da war bereits die Assimilierung der Minderheiten enthalten.

Es ist geradezu eine Notwendigkeit gewesen im Jahre 1938, daß die Sudetendeutschen die Vereinigung mit Deutschland gewollt und erhalten haben.

Heftiger Beifall

Es war eine Notwendigkeit. Und das geht noch weiter. Das ist dem Benes nicht abgezwungen worden, sondern der Benes hat sich mit dem Grundsatz der Abtretung selbst einverstanden erklärt. Er hat selbst diplomatischen Druck aus London und Paris sich erbeten, der Benes, der Mann mit den Benes-Dekreten, und hat gesagt, um die Abtretung der Sudetengebiete, in welcher Größe war offen, durchzusetzen innenpolitisch, brauche ich außenpolitischen Druck. Der schlaue Fuchs hat sich also den Druck selbst bestellt, dem er dann seufzend nachgegeben hat und gesagt hat, na wenn ihr das in Paris und in London wollt, dann mache ich es halt. So ist das gelaufen, nicht wahr, und das heute hinzustellen, nicht wahr, als die Schuld der Sudetendeutschen und die Beteiligung der Sudetendeutschen an den NS-Verbrechen, das ist eine ungeheuerliche Lüge, die dem einzigen Zweck dient: der Raubsicherung ...

In Wahrheit war es der Blumeneinmarsch der deutschen Armee, der entweder gar keinen Toten oder einen Unfalltoten hatte. Das ist eine Sache gewesen, die bei einer Bewegung so großer Menschenmengen immer vorkommen kann. Es kann sogar sein, daß ich den Saal verlasse und überfahren werde, das kommt vor, das gibt es.

Die Sudetendeutschen haben bis zum April 1938 versucht, eine Autonomielösung zu erreichen. Die Prager Regierung hat das vereitelt. Danach ist die Sudetendeutsche Partei umgeschwenkt und auf Anschlußkurs gegangen, aber erst dann, erst im April 38. Dann kam das, was wir wissen, die Runciman-Reise durch das Sudetenland, der Bericht an die Londoner Regierung, die (Necas?)-Mission nach Paris, der Wunsch Benes', einen politischen Druck zu bekommen, um die Abtretung bewerkstelligen zu können, also noch habe ich immer nichts von NS gehört. Abtretungsbereitschaft war da, das Münchner Durchführungsabkommen war ein Folgeabkommen eines zuvor geschlossenen Abkommens. Das wird verschwiegen, auch das habe ich immer wieder gesagt, weil der böse, böse Diktator nicht beteiligt war, da waren nur beteiligt London, Paris und Prag, und das war ein diplomatischer Notenwechsel vom 19. und 21. September 1938. So, damit haben wir diesen Fall geklärt. Damit haben wir aber auch die Zeit ausgeleuchtet, in der wir angeblich diese schweren Verbrechen begangen haben und in der wir uns so schuldig gemacht haben, so daß man uns mit guten Gründen hinausexpediert hat.

Das Glanzstück der liberalen Optionsvereinbarungen, über die ich gesprochen habe, der Umzug des tschechischen Nachbarn in die innere Tschechei mit Möbelwagen und die Unvergleichlichkeit mit dem Exodus von 45/46 habe ich erwähnt.

Das Münchner Abkommen, Sie werden staunen, hatte einen Makel: Es ist 20 Jahre zu spät gekommen. Es hätte schon 1918 eigentlich kommen sollen, und die Sudetendeutschen hatten ja erklärt, wir wollen zu Wien, nicht wahr, damals, zu Wien, und Wien hat erklärt, wir wollen mit Berlin gemeinsam da sein.

Da hätten wir die Lösung, die ist von den tschechischen Intriganten verhindert worden, sogar mit gefälschten Landkarten.

Wir kommen an ein ganz heißes Eisen. Jetzt muß man sich auch bei diesem Wetter warm anziehen. Die CSR galt als Flugzeugträger in der sowjetischen Planung. Es gab einen Litwinow-Pakt von 1935, aufgrund dessen sowjetische Flugzeuge und Militärkräfte an bestimmten Stellen der Tschechoslowakei installiert wurden, mit der weiteren Folge, daß in Flugzeiten zwischen 35 und 40 Minuten von dort aus Berlin erreicht werden konnte. Welcher vernünftige Mensch kann sich vorstellen, bei diesen Umständen, bei diesen Fakten, daß irgend jemand hätte sagen können: Die Rest-Tschechei, na selbstverständlich bleibt die außerhalb des deutschen Einflußbereichs, die sollen machen, was sie wollen, die sollen den Bolschewismus dort hochpäppeln. Natürlich konnte das Berlin nicht tun, und es fanden Verhandlungen statt zwischen dem Staatspräsidenten Hacha und der Berliner Reichsregierung.

Übrigens, ich habe heute gehört – es hat mich fast vom Stuhl gerissen – , daß Deutschland die Rest-Tschechei annektierte. Die haben noch nichts davon gehört, daß es ein selbstständiger Staat war, der lediglich kein Kriegsministerium und kein Außenministerium hatte, dessen er beim Protektoratsstatus auch nicht bedurfte. Damit war er außenpolitisch keine Gefahr, und innenpolitisch lief alles so hervorragend, daß die Londoner Exilregierung Benes Mörder ausbilden lassen mußte und über Prag oder in der Nähe von Prag abspringen lassen mußte, um Reinhard Heydrich zu ermorden, damit endlich etwas Zwist zwischen die Deutschen und Tschechen kommt. Die Verhältnisse waren so gut und so problemfrei im großen und ganzen, daß es eines politischen Mordes bedurfte, und das stellt man heute als die großen Leiden des tschechischen Volkes dar, die noch dazu unter sudetendeutscher Beteiligung stattgefunden haben sollen.

Beifall

Die Tschechen ... waren ein selbstständiger Staat im Protektoratsstatus. Sie hatten also keine Wehrpflicht, sie hatten ein ausgesprochenes Wohlleben in der breiten Masse. Ich habe mir von Sudetendeutschen erzählen lassen, wenn sie etwas haben wollten zu Festtagen, ein Ganserl oder drei Kilo Mehl, dann sind sie ins Protektorat gefahren, denn dort gab es das, was es im Krieg im Sudetenland eben nicht mehr gab.

Beifall

Das sind die Leiden der Tschechen!

Beifall

Und sie hatten, wogegen wir natürlich nichts einzuwenden haben in dieser modernen Zeit, einen Geburtenboom, es war die höchste Geburtenrate in ganz Europa. Das wollen wir ihnen gönnen als tolerante Menschen: Wo die Lust ist, kann nichts anderes Schlimmes geschehen.

Kichern, Beifall

(Die Reaktionen) auf die Ermordung Heydrichs waren vorausberechnet, und sie fanden auch so statt. Natürlich. Sollte, muß man sich mal fragen, die Reichsregierung ein Dankschreiben an die Mörder schicken? Ist das vorstellbar? Man muß es mal so kraß formulieren. Natürlich war das klar, die konnten kein Dankschreiben schicken und haben auch keines bekommen.

Wenn man dem NS-Regime vorwirft, es habe in Lagern Ermordungen gegeben, Menschenrechtsverletzungen – ich gebe das neutral mal so wieder – dann ist das eine schlimme Sache, eine ganz schlimme Sache, für die ich mich allerdings nicht entschuldige, weil ich – als Neunjähriger war ich einfach daran nicht beteiligt. Aber das ist eine schlimme Sache, und das nehmen wir so hin und das nehmen wir in unser Gedächtnis auf. Aber eine viel, viel schlimmere Sache ist es, wenn dieser

Massenmord und diese Drangsalierungen auf offener Straße unter dem Beifall eines Pöbels stattgefunden haben, wie 1945/46, das muß man einmal herausstellen. Auch das darf man nicht vergleichen. Es ist unvergleichlich schlimmer! Und wer ist nicht bereit, sich dafür zu entschuldigen, im Gegensatz zu den Deutschen, die sich täglich und stündlich entschuldigen? Das sind die Prager Politiker, und die Umfragen in der Tschechischen Republik zeigen, daß die große, große Mehrheit der derzeitigen tschechischen Bevölkerung ebenfalls nicht bereit ist, sich zu entschuldigen und Einkehr zu halten und das als Unrecht zu akzeptieren, was hier geschehen ist. Und warum tut man das? Die einzig überzeugende Begründung in Zeiten des Kapitalismus kann nur heißen: Raubsicherung.

Der Opferverband ist kein Täterverband, ist kein Entschuldigungsverband, und es ist nicht einzusehen, wieso sich jemand, der so unsägliches Leid erlitten hat und kollektiv abgeurteilt worden ist in schlimmster Form wie geschildert, daß der sich am Schluß auch noch entschuldigen muß. Wenn ich als Neunjähriger damals mich entschuldigen würde, dann könnte man sagen, vielleicht hat er einem Tschechen ein Bein gestellt. Aber daß sich also die Nachgeborenen, die noch gar nicht am Leben waren, zu entschuldigen beginnen, das kann ich nur als krankhafte Auswüchse der heutigen politischen Kultur betrachten.

Heftiger Beifall

Der Aufnahmestaat Deutschland, die zwei Verträge und eine deutsch-tschechische Erklärung von 1997, von den Parlamenten in Bonn und Prag ratifiziert, haben versucht, den Unrechtsfakten Anerkennung zu verschaffen, die wechselseitigen divergierenden Rechtsstandpunkte sind wechselseitig belassen worden. Wir vertreten einen Rechtsstandpunkt, und die Tschechen vertreten offenkundig einen Unrechtstatbestand. Das sind die Fakten; und wenn zwei Staaten sich zusammensetzen und sagen, der Rechtsstandpunkt und der Unrechtsstandpunkt werden wechselseitig akzeptiert, dann ist das ein Bruch der geltenden Rechtsordnung, und der geht nicht zu Lasten der Tschechei, sondern der geht zu Lasten von damals Bonn und heute Berlin. Das müssen wir eindeutig mal festhalten. *(Beifall)*

Konkret 04/03, S. 28

Erich Später

In Bräune fest

Im Februar 1997 verleiht die Sudetendeutsche Landsmannschaft Horst Rudolf Übelacker für »seine jahrzehntelange, kraftvolle Tätigkeit im Dienste der Volksgruppe« eine ihrer höchsten Auszeichnungen, die »Lodgmann-von-Auen-Medaille«. Lodgmann von Auen war einer der Führer der völkisch-antisemitischen deutschen Nationalpartei in der ersten Tschechoslowakischen Republik. Für den Einmarsch der deutschen Truppen im Oktober 1938 hatte Lodgmann sich an höchster Stelle bedankt: »Sie, mein Führer, haben uns Vaterland und Heimat, dem deutschen Volke die Selbstachtung und den Glauben an seine nationale Idee gegeben, Europa aber den Weg gewiesen, ohne den es einer unvorstellbaren Vernichtung preisgegeben worden wäre.«

1950 wird Lodgmann von Auen von seinen alten Kameraden zum ersten Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) gewählt. Die SL wird in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens von den überlebenden Mitgliedern der NS-Funktions- und Vernichtungselite des Reichsgaus Sudetenland, die sich im 1949 gegründeten »Witiko-Bund« zusammengeschlossen haben, organisatorisch aufgebaut und politisch kontrolliert. Vier der zehn Mitglieder des derzeitigen gewählten Bundesvorstandes der Landsmannschaft sind als Mitglieder des »Witiko-Bundes« und langjährige rechtsextreme Aktivisten identifizierbar. Einer von ihnen: Horst Rudolf Übelacker.

Übelackers politische Karriere symbolisiere, schrieb der »Witikobrief«, »die Übergabe der Führung von der älteren Generation – der Erlebnisgeneration – auf die jüngere Generation – die Bekenntnisgeneration«. Während seines juristischen Studiums wurde der 1936 geborene Übelacker nach eigenen Angaben »politisch geweckt« durch Hermann Raschhofer, der im Würzburg der sechziger Jahre Staats- und Völkerrecht lehrte, zu größerer Zeit aber den 1946 als Massenmörder hingerichteten »Reichsprotektor von Böhmen und Mähren«, Karl-Hermann Frank, juristisch beraten hatte.

Unter dem Einfluß seines »wesentlichen Lehrers« Raschhofer verfaßte Übelacker 1966 die Arbeit *Zur Problematik des Münchener Abkommens in der Gegenwart*, dessen zentrale Thesen »von der Befreiung der Sudetendeutschen im Jahr 1938« und dem »Sudetenland als tschechischer Besatzungszone« ihm die Protektion führender Nazis der Landsmannschaft eintrugen, unter ihnen der ehemalige stellvertretende Gauleiter des »Sudetenlandes«, Fritz Köllner (später Oberregierungsrat im bayerischen Arbeitsministerium), und des als »Volksgruppenführer« der sogenannten »Karpatendeutschen« im Nazi-Marionettenstaat Slowakei an der Ermordung von 60.000 jüdischen Bürgern der Republik beteiligten und 1947 in Abwesenheit zum Tode verurteilten Fritz Karmasin (später Geschäftsführer des »Witiko-Bundes« und langjähriger Verlagsleiter der »Sudetendeutschen Zeitung«).

1969 ist Übelacker bereits Mitglied im »Exilparlament« der Sudetendeutschen, einige Jahre später sitzt er im Bundesvorstand. 1996 wird er Vorsitzender des »Witiko-Bundes«. Im Zivilberuf war er Direktor bei der Bundesbank. In unzähligen Reden und Artikeln wiederholt und variiert Übelacker bis heute seine 1967 in einem NPD-Verlag publizierten Thesen. Zum Haß auf die tschechische Republik und zur Liebe zu Konrad Henleins NS-Mustergau Sudetenland treten in jüngerer Zeit Antizionismus und Kritik am »Vertreiberstaat« USA.

Als der tschechische Ministerpräsident Zeman im Frühjahr 2002 Israel besuchte und die historische Verbunden- heit beider Staaten betonte, durfte Übelacker die Antwort der Sudetendeut-schen in der rechtsextremistischen österreichischen Zeitschrift »Aula« formulieren: »In der Tat dürfte ein eigener Palästinenserstaat – womöglich unter EU-Schutzgarantie – ... das einzig wirksame Mittel sein, weiteres Wüten israelischen Staatsterrors in den ›Autonomie-Gebieten‹ Einhalt zu gebieten. Das heutige Palästina, geprägt von ›Blut und Tränen‹, ist das derzeit wohl größte Massengefängnis dieser Erde.«

Der drohende Krieg gegen den Irak ist für Übelacker und den »Witiko-Bund« willkommener Anlaß, ihre Kritik an den USA zu radikalisieren. Ursache hierfür ist die von der Clinton- und Bush-Administration abgegebene Garantieerklärung an die tschechische Republik, die völkerrechtliche Gültigkeit des Potsdamer Abkommens der Alliierten Siegermächte von 1945 zu verteidigen. Bernd Posselt (CSU), Sprecher der Landsmannschaft, warf den USA »neokoloniales« Verhalten vor; Übelacker veröffentlichte im Namen des »Witiko-Bundes« eine Erklärung, welche die Haltung der Landsmannschaft politisch begründet:

Angesichts ihrer Mitverantwortung für den Völkermord an den Sudetendeutschen hätten die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sich für Wiedergutmachung zu verwenden. Und überhaupt: »Das gilt für den alliierten Bombenterror des Zweiten Weltkrieges gegen die Zivilbevölkerung in Deutschland, z. B. in Hamburg und Dresden, in Japan für Hiroshima und Nagasaki ..., kürzlich in Afghanistan und demnächst im Irak, wo das Blut hunderttausender Zivilisten für Ölinteressen geopfert werden soll. Der völkerrechtlich garantierte Schutz der Zivilbevölkerung muß künftig strikt beachtet werden und absoluten Vorrang vor Wirtschafts- und Machtinteressen haben.«

Ganz schön pampig, die Nazi-Erben. Aber wenn rotgrüne Minister und Parlamentspräsidenten ihnen die Ehre geben, braucht sich keiner zu wundern.

Konkret 04/03, S. 30

Horst Pankow

Ingolstadt ist überall

Was trägt das einsame Individuum unter den Bedingungen der Aussichtslosigkeit? Und was trinkt es?

Mangel macht erfinderisch, lautet eine abgedroschene Volksweisheit, die aber nur die halbe Wahrheit enthält. Denn so richtig erfinderisch werden die Leute erst, wenn zum Mangel die höhere Einsicht sich gesellt. Papiermangel brachte im Mittelalter christliche Mönche, die Intellektuellen ihrer Zeit, zum Überschreiben bereits beschrifteter Pergamente, höhere Einsicht in theologische Notwendigkeiten befähigte sie zur Auswahl der zu überschreibenden Texte. Auf diese Weise stifteten sie der Nachwelt den Begriff des Palimpsests. Ein Begriff, der, wie uns nicht nur die dekonstruktivistische Literaturwissenschaft aufklärt, vorzüglich geeignet ist, Phänomene der Ideenwelt auch außerhalb mittelalterlicher Klosterstuben zu erhellen. So sind denkende Zeitgenossen heute in der Lage, falls sie das wollen, etwa die »großen Erzählungen der Moderne« – Geschichtsphilosophien und politische Heilslehren – auf ihre religiösen »Urschichten« zurückzuführen. Und tatsächlich: Daß Erlösung erst am Ende eines Kreuzweges voller Leiden zu haben sei, daß die Akkumulation von Tränen dereinst einen qualitativen Umschlag in globale Freude erfahren werde, ist auch nach dem Ende des »ideologischen Zeitalters« Allgemeingut einer demokratischen Weltgemeinschaft, die »Neoliberale« und »Globalisierungskritiker« eint. Aber nicht der Frage, warum die erlauchten Geister des Dekonstruktivismus und des Poststrukturalismus die einzig sinnvolle Konsequenz aus der Erkenntnis des palimpsestischen Charakters aktueller Politerzählungen meiden und ihrerseits zum Überschreiben vorhandener Texte auffordern, soll hier nachgegangen werden. Der Umstand, daß es nicht immer die Bibel sein muß, deren Erlösungsverheißungen das Reden und Schreiben engagierter Zeitgenossen vorstrukturieren, sondern daß auch romantische Unterhaltungsliteratur diesen Zweck erfüllen kann, ist schließlich nicht uninteressant.

Ein Beispiel: In Nürnberg wurden im Herbst des Jahres 2001 Gedanken artikuliert, deren ursprüngliche Fassung fast zweihundert Jahre zuvor in einem fiktiven Ingolstadt entstanden war. Wie das funktioniert? So: Für den 20. September lädt die Zeitschrift »GegenStandpunkt« zu einem »Vortrag mit Diskussion« in der fränkischen Metropole ein. Im Einladungstext heißt es: »Wir nehmen uns die Distanz heraus, die es braucht, um die neue Art von Krieg gegen die Weltmacht ebenso zu analysieren wie deren Antwort darauf.« Die Einlader nehmen sich zusätzlich die Distanz heraus, Ergebnisse ihrer Analyse nicht vorwegzunehmen, diese jedoch im Titel der Einladung anzudeuten: »Terror – die Gegengewalt der Ohnmächtigen. Eine neue Form des Krieges gegen die Supermacht«. Es ist heute schwer festzustellen, ob sich der Nürnberger Philosoph Robert Kurz einige Tage vor oder nach dieser Veranstaltung an seinen PC setzt und einen Aufsatz mit dem Titel »Totalitäre Ökonomie und Paranoia des Terrors. Der Todestrieb der kapitalistischen Vernunft« schreibt.

Der Aufsatz handelt wie die »GegenStandpunkt«-Veranstaltung vom Massenmord des 11. 9. Aber nicht Ohnmächtige sieht Kurz am Werk – was ihm einen niedrigeren Rang auf der Skala zur Messung von Realitätsresistenz sichert – , vielmehr »die innere Nemesis des globalisierten Kapitals selbst«. Als gelernter Materialist vermag er Wesen und Erscheinung exakt zu trennen: »Was als fremdartige Furie des Terrors erscheint, ist aber nicht nur auf dem *Nährboden* der marktwirtschaftlichen One World *herangewachsen*, sondern auch von den repressiven Machtapparaten der westlichen Demokratien *selber gezüchtet worden*, die jetzt ihre Hände in Unschuld waschen ... Saddam Hussein wurde vom Westen gegen das iranische Mullah-Regime aufgerüstet ... Die Taliban wurden von den USA *gepäppelt*, geschult und mit effizienten Flugabwehrraketen ausgerüstet ... Und der jetzt zur mythischen Figur des Bösen aufgeblasene Usama bin Laden betrat aus demselben Grund ursprünglich als *›baby‹ der westlichen Geheimdienste* die Weltarena der bewaffneten Paranoia ... Aber weil diese Welt aus den Fugen geht, verselbständigt sich ein *Wechselbalg* nach dem anderen. *Das ›baby‹ von heute ist immer schon das ›unbegreifliche Monster‹ von morgen*« (Hervorhebungen von mir, H. P.).

Ganz recht, wir sind im Ingolstadt des Victor Frankenstein. Hier hatte der ehrgeizige Mediziner seinen künstlichen Menschen geschaffen, der sich auf unheilvolle Weise vom Willen seines Schöpfers emanzipieren sollte. Gleichgültig, ob man Mary Shelleys erstmals 1818 erschienenen Roman als religiöse Allegorie auf das Verhältnis von Schöpfergott und Menschengattung liest oder auf deutsche Art als Warnung vor einer »hybriden Wissenschaft«, gleichgültig auch, ob man den Roman überhaupt kennt oder sich nur an mindestens eine Verfilmung erinnert, eines wissen alle: Frankensteins Monster ist an sich kein schlechter Kerl. Es ist ein sensibles Wesen, das wie alle anderen auch nur geliebt werden will, dem aber von einer ignoranten Welt ein verzweifelter Kampf aufgenötigt wird. Ein Kampf, den Zivilgesellschaftler und Kommunitaristen wohl als einen um »Anerkennung« kennzeichnen würden. Die Verbrechen, die es darin begeht, gehen aufs Konto Victor Frankensteins, der sein Geschöpf auf ästhetisch disparate Weise mit den Körperteilen von Leichen, die er zuvor auf dem Ingolstädter Friedhof geklaut hatte, ausstattete. Das abstoßende Erscheinungsbild der Kreatur ist es, was, ungeachtet seiner schönen Seele, die Menschen gegen es aufbrachte und selbst seinen Demiurgen einen Nervenzusammenbruch erleiden ließ. Das verzweifelte und unfreiwillig destruktive Ringen des Frankensteinschen Geschöpfs um menschliche Akzeptanz und Zuneigung begründet als Kampf der kreatürlichen Ohn- mit der

gesellschaftlichen Supermacht seine Monstrosität. Und interessanterweise kommt das ursprüngliche Leiden der Autorin an der Verlassenheit der Gotteskinder durch ihren Schöpfer im spätkapitalistischen Palimpsest wieder zu sich selbst: »So erweist sich der Selbstmord-Attentäter als die logische Fortsetzung des einsamen Individuums in der universellen Konkurrenz unter den Bedingungen der Aussichtslosigkeit« (Kurz).

Das hatte auch der Rest der Öffentlichkeit schnell, durchaus ohne Belehrung durch die semiprofessionellen Palimpseste von »Krisis« und »GegenStandpunkt«, begriffen. Politiker aller Parteien, Medienfuzzis aller Sparten und die ganz gewöhnlichen Konsumenten und Mitläufer waren sich weitgehend einig: Die *Ursachen* des Terrors gehörten bekämpft, nicht aber in jedem Fall, zumindest nicht im Fall des islamistisch motivierten, dieser selbst. Der könnte ja auch eine – zwar übertriebene, aber grundsätzlich legitime – Gegenmaßnahme gegen zuvor erfolgte Unterdrückung und Entmündigung sein. Die öffentliche Einfühlung in eine vorgestellte »Verzweiflung« palästinensischer Selbstmord-Attentäter findet ihre politische Ergänzung in der Alimentierung von Arafats »Autonomiebehörde« durch die EU. Doch anders als die oben zitierten Linksintellektuellen, die den Palimpseste produzierenden Mönchen des Mittelalters sowohl in Sachen intellektueller Rechtgläubigkeit wie materieller Bescheidenheit recht ähnlich scheinen, wollen die ganz gewöhnlichen Zeitgenossen mehr: nämlich Spaß haben, Party machen undsoweiter.

Ihre Sympathie für die unschuldigen Monster einer seelenlosen, frankensteinhaften Welt, die im aktuellen Europa als eine von US-amerikanischen *mad scientists* beherrschte imaginiert wird, verzichtet auf dürftig formulierte Pamphlete im Stile des ewigen Seminaristen, sie will sich hedonistisch, *stylish* präsentieren und findet ihren konsequenten Ausdruck in der Gestaltung des Konsums als Demonstration. »Ich habe was gegen Hochhäuser« soll die Übersetzung der arabischen Schriftzeichen auf einem T-Shirt lauten, das von deutschen Jungnazis ebenso gern getragen wird wie von manchen ihrer linken Feinde; es erlaubt europäischen »Globalisierungskritikern«, ihrer Sympathie mit dem Massenmord vom 11. 9. nicht nur unjustiziabel, sondern – wie sie glauben – auch originell Ausdruck zu verleihen. In Deutschland wird dieses T-Shirt u.a. über den Versandhandel der Tageszeitung »Junge Welt« vertrieben.

Wer auf mehr als T-Shirts und drögen Politaktivismus steht, muß deshalb keinesfalls auf solcherart originelle Manifestationen verzichten, wie das folgende Beispiel aus dem September letzten Jahres zeigt: »Eine ›Taliban-Kollektion‹ hat die Madrider Mode-Woche mit einem Skandal enden lassen. Der Debütant David Delfin löste mit seinen ungewöhnlichen Modellen beim Publikum und bei den Veranstaltern Empörung und Proteste aus. Die Kollektion des 31jährigen Modeschöpfers orientierte sich teilweise an der Kleidung, die Frauen unter dem Taliban-Regime in Afghanistan tragen mußten ... Delfin hatte bei der Schau die Köpfe seiner Modells in Kapuzen gesteckt. Die Frauen waren zum Teil in sackähnliche Gewänder gehüllt und trugen Henkerstricke oder Kruzifixe um den Hals. Bei anderen Frauen waren die Beine und Arme mit medizinischen Verbänden umwickelt. In Hintergrund waren die Geräusche eines Orgasmus zu hören. Einige Models taumelten über den Laufsteg, weil sie durch die Kapuzen kaum etwas sehen konnten« (»Rhein-Zeitung online«, 16.9.02).

Immerhin löste so etwas in Spanien noch »Empörung und Proteste« aus, wenngleich hauptsächlich wegen der für die Models unzumutbaren Arbeitsbedingungen. In Deutschland protestiert man bekanntlich aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft nicht mehr gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und aus Gründen multikultureller Toleranz gegen lustvolle Inszenierungen islamistischer Barbarei erst recht nicht. Wenn diese jedoch hierzulande ihrerseits sich gegen westliche Dekadenz erhebt, regiert man verständnisvoll und – wie das folgende Beispiel zeigt – sehr »kämpferisch«.

»Süddeutsche Zeitung« vom 26. Februar 2003: »Essen – Das Folgwang-Museum hat nach Protesten Essener Muslime eine in der Ausstellung ›Klopfzeichen‹ gezeigte Skulptur ›Mekka‹ in ›Mokka‹ umbenannt. Das Objekt des Kölner Künstlers Georg Herold besteht aus einer über ein Metallgestell gespannten, schwarz gefärbten Unterhose.« In einem Interview gibt der Museumsdirektor Hubertus Gaßner Auskunft über Anfechtung und Triumph deutscher Multikulturalität: »SZ: Die Kunstfreiheit ist ein hohes Gut. Was hat Sie bewogen, einem Druck von außen nachzugeben? Gaßner: Am 14. Februar protestierten 20 Muslime vor dem Museum. Sechs kamen herein und drohten damit, eine Großdemonstration durchzuführen, wenn die Skulptur nicht entfernt würde. Es stünden Tausende hinter ihnen. Einige hatten die Arbeit von Herold gefilmt und diesen Film in ihren Moscheevereinen gezeigt. Es war eine unglaubliche Wucht dahinter, die sich über Wochen hin aufgeheizt hatte ... SZ: Was genau war der Vorwurf? Gaßner: Eine Beleidigung des Islam. Für sie war das Gestell mit der schwarzen Unterhose die Kaaba. Ich habe versucht zu erklären, daß für uns Mekka eher eine übertragene Bedeutung hat, als Zentrum von etwas ... SZ. Aber Sie haben nachgegeben? Gaßner: Ich bin da absolut kämpferisch, konnte aber nicht das Kunstwerk gefährden ... Ich habe dann das ›Mekka‹ am Sockel mit einem gelben Merkzettel überklebt, auf dem ›Mokka‹ steht. Jeder, der will, kann dieses Schamtuch hochheben. Ich sehe das so: Wir haben diese Angelegenheit innerhalb eines spielerischen Rahmens modifiziert.«

Zeitgleich zum Skandal auf der Madrider Modemesse und zum ersten Jahrestag des Massakers vom 11. 9. präsentierte deutscher Schöpfergeist in der Reichshauptstadt etwas, das im Berliner Lokalteil der »Taz« (1.10.02) als »Zwischending aus Imkerhaube, SM-Maske und Taliban-Burka als Modeaccessoire« umschrieben und dem gleichwohl »zeitgeistiger, ökologischer und erotischer Mehrwert« attestiert wurde. In der Tat verkörpert »Catch I«, so die Selbstbezeichnung des sich

als »avantgardistisch« gerierenden »Labels«, die mysteriöse Erotik der Taliban und des palästinensischen Ku-Klux-Klan-Mummenschanzes und noch etwas mehr, wie die Betreiberinnen des »Labels« in einer Presseinformation ausführen: »Die Idee des Labels ist die Kreation eines neuen Verhüllungsstils, die vor feindlichen Blicken und der daraus resultierenden Angst und Einsamkeit unserer Gesellschaft schützen soll. Catch I entspricht dem Lebensgefühl im Jahr 2002: der Sehnsucht nach Schutz. Bei der Entwicklung der verschiedenen Modelle für Kinder, Frauen, Männer und Unisex spielten modische Aspekte ebenso eine Rolle wie auch praktische Erwägungen. Eine weitere Funktion von Catch I ist Schutz vor Umwelteinflüssen wie beispielsweise Smog und UV-Strahlung.«

Da meldet es sich also ganz selbstbewußt zu Wort, das Robert Kurzsche »einsame Individuum in der universellen Konkurrenz unter den Bedingungen der Aussichtslosigkeit«. Als deutsches fürchtet es sich besonders vor Vergiftung, Verstrahlung und Verschwörung. Das hatten bereits ein Jahr zuvor die von Catch I verschwiegenen eigentlichen Inventoren des Projekts deutlich gemacht, als friedensbewegte Initiativen in Berlin zu einer Demonstration »Keine Vergeltung – Kein Krieg« wie folgt aufriefen: »Bildet den internationalistischen Block der globalen Solidarität und tragt weiße Masken. Wir werden die weißen Masken tragen, um uns vor einer vergifteten Atmosphäre zu schützen, in der ein Großteil der Medien eine Stimmung von zivilisatorischem Patriotismus und Vergeltungsmentalität transportiert, in der die politisch Verantwortlichen mit Kreuzzugsmentalität die innere Einheit im Kampf gegen das Böse der Welt beschwören ... Wir rufen deshalb alle auf ... weiße Schutzmasken mitzubringen, um sich in diesem Nebel die Luft zum Atmen wieder zu verschaffen.« Der Aufruf endete mit der Bemerkung: »PS: Weiße Atemschutzmasken gibt es in jedem Baumarkt oder Werkzeugladen.«

Und dort gibt es Catch I, was sich ja noch in der Projektphase befindet, nicht zu kaufen. Auch nicht bei C&A, Karstadt oder Woolworth. Es besteht aber offensichtlich großer Bedarf nach einem Konsumprodukt, das gleichermaßen das Bedürfnis des »einsamen Individuums« nach Zurschaustellung seiner eingebildeten Opferrolle und sein Verlangen nach Quälerei und Vernichtung zum Ausdruck bringt und das obendrein zum Just-for-Fun-Lifestyle paßt. So etwas wurde nun endlich mit der »Mecca-Cola« gefunden.

Der »Soft Drink gegen Uncle Sam« (»Taz«) kommt aus Frankreich und wurde dort im letzten Ramadan als Geschäftsidee des Radiojournalisten und Unternehmensberaters Tawfik Mathlouthi mit über 1,2 Millionen verkauften 1,5 Liter-Flaschen erfolgreich gestartet. Ende Januar 2003 sollen laut »Taz« bereits 16 Millionen Flaschen weltweit geordert worden sein. Die Aufforderung *Ne buvez plus Idiot, buvez engagé* (Trinke nicht wie ein Idiot, trinke engagiert) ziert jede Flasche. Ja, so politisch kann Cola-Konsum sein, vor allem wenn den Konsumenten seitens des Herstellers versichert wird, bei ihnen handele es sich um Menschen, welche »die Verbrechen, die Amerika begeht, nicht mehr ertragen können« (»Taz«). Für gläubige Moslems prangt auf der Flache ein Hinweis: *Nicht mit Alkohol mischen*. Allen anderen teilt der Hersteller mit, Mecca sei beileibe nicht nur der Name einer islamischen Kultstätte, sondern auch der eines von den perfiden Amerikanern ausgerotteten Indianerstammes. Daß selbst eingefleischte Hobby-Indianerforscher noch nie von einem solchen Stamm gehört haben, bedeutet nichts weiter als das Zutagetreten der Wirksamkeit der US-Desinformation.

Engagiert trinken bedeutet auch, über die Gewißheit zu verfügen, daß 20 Prozent des Gewinns aus dem Mecca-Cola-Verkauf an höchst soziale Projekte fließen. Zehn Prozent an eines für palästinensische Schulkinder und weitere zehn Prozent nach Frankreich an eine von dem auch hierzulande recht populären antisemitischen Jesuiten und Holocaustleugner Abbé betriebene Obdachlosenorganisation. Wie es Mecca-Cola mit palästinensischen Schulkindern hält, kann man übrigens auf der Website *mecca-cola.com* nachvollziehen. Neben Fotos toter Palästinenser, weinender und verwundeter Kinder sowie martialisch ausschauender israelischer Soldaten gibt es dort auf zum Teil beweglichen Bildern den heroischen Kampf von Kindersoldaten, die mit Steinen und Zwillen gegen Panzer vorgehen, zu bewundern.

Mecca-Cola steht in der Tradition einer Reihe von islamischen Alternativ-Getränken. Der niederländische Heineken-Konzern etwa läßt von seiner ägyptische Filiale Al Ahram Beverages »islamisches Bier« herstellen. Mit bislang allerdings nur mäßigem Verrkaufserfolg, denn auch dieses Bier enthält Alkohol, neben dem Sex der große Feind des Moslem-Mannes. Der frühere iranische Vertragspartner von Pepsi-Cola produziert seit einiger Zeit Samsam-Cola, so genannt nach der Quelle Samsam im Vorhof der großen Moschee in Mekka. Sie weist allerdings einen großen Marktnachteil auf, denn sie ist ein schiitisches Produkt, das trinken Sunniten und andere Rechtgläubige nicht so gern. Sehr erfolgreich zeigte sich hingegen die Einführung von Muslim Up, dem Seven Up des großen amerikanischen Teufels abgeluchst. Auch diese Limo wurde ursprünglich in Frankreich kreiert und von dort mit dem Vermerk, es handele sich um ein Getränk für die »Generation, die die Probleme der Gegenwart erkennt«, in die islamische Welt importiert. Schließlich kann auch das Steinigen von Ehebrecherinnen durstig machen. Aber wenn dann der Imam nach vollbrachtem Werk eine Runde Muslim Up spendiert ...

Mecca-Cola ist bislang das einzige islamische Getränk, das offensiv in einen nicht-moslemischen Markt eingeführt werden soll. Mit wahrscheinlich gutem Erfolg, nimmt man das bisherige Presseecho als Indikator. Schnell entbrannte ein kreativer Wettbewerb um die treffendste Benennung der Innovation. Während die »Hamburger Morgenpost« noch mit der rhetorischen Frage »Kult-Cola oder Terror-Brause« aufwartete, machten andere bereits treffsicherere Vorschläge: »Allahs

Brause« (»Spiegel online«) oder »Protest-Limo« (»Berliner Zeitung«) kamen dem Bedürfnis des »einsamen Subjekts« nach kritisch-demonstrativem Konsum schon recht nahe. Ins Zentrum des deutschen Kollektivbewußtseins dürfte hingegen der »Tagesspiegel« mit der Kennzeichnung des in mehrfacher Hinsicht braunen Gesöffs als »Friedens-Cola« getroffen haben. Diese sei »für all diejenigen« bestimmt, »die mit der US-Außenpolitik nicht einverstanden sind«.

Dabei gelangte Mecca-Cola zunächst auf völlig unislamische Weise nach Deutschland. Nämlich über den Genuß von Absinth. Nein, Sie sollten jetzt nicht an die Van Goghschen Absinthtrinker denken und sich in Sozialromantik ergehen. Auch nicht an Robert Jordan, Hemingways Helden aus *Wem die Stunde schlägt*, dem ein Schluck spanischen Absinths die gleiche Hellsichtigkeit bescherte wie anderen der maßvolle Genuß von Cannabisprodukten. Ein bißchen mehr Glamour darf schon dabei sein. Etwa so: »Absinth ist eine Spirituose aus Wermut, Anis und Fenchel und ist als das mystische Getränk des ausgehenden Fin de Siecle und der französischen Boheme bekannt.« Mystik und Boheme sind Dinge, unter denen es das »einsame Subjekt«, das hierzulande was auf sich hält, nicht machen will. Und gelegentlich auch ein ganz ordentliches Geschäft damit machen kann. Jedenfalls konnte das die Berliner Firma *Lohmann Spirituosen*, aus deren Internet-Werbung der zitierte Satz stammt. Absinth war seit 1923 in Deutschland aufgrund der hier herrschenden irrationalen Drogenpolitik als gefährliche Rauschdroge verboten, mußte aber 1998 aufgrund einer EU-Verordnung wieder zugelassen werden, wenngleich nur mit einem Fünftel seines ursprünglichen Rauschpotentials. *Lohmann Spirituosen* ergriff die Chance beim Schopf und verdiente sich eine goldene Nase mit Absinthimport.

Jetzt sollte eine neue Geschäftsidee diesen Erfolg noch übertreffen. Dagmar Lohmann, Inhaberin von *Lohmann Spirituosen*, offenbarte am 16. Januar der »Berliner Zeitung« das Erfolgskonzept: »Mecca-Cola ist für die Leute gemacht, die eine Alternative zu Coca-Cola haben wollen, weil sie mit der Außenpolitik der USA nicht einverstanden sind.« Deshalb habe das Zeug nicht nur eine »politisch korrekte Botschaft«, sondern entfalte auch eine die Volksgemeinschaft festigende Wirkung: »Wenn es zu einem Irak-Krieg kommt, werden viele Leute auf Mecca-Cola umsteigen. Das ist ein Getränk für alle Deutschen, nicht nur für Muslime«, verkündet »Lady Absinth« (»Welt am Sonntag«) selbstbewußt.

Doch wie alle Drogenszenen ist auch die Absinthszene eine mit Tücken. Im Internetmagazin *dopeamsonntag.de* wird das recht präzis auf den Punkt gebracht: »Die Kulturgeschichte des Absinth besteht im Kern aus Delirien, Wahnsinn, Selbstverstümmelungen, Mordanschlägen und Verzweiflung. So viel muß klar sein.« So viel war aber Frau Lohmann offensichtlich nicht klar, als sie sich auf Dr. Frankensteins Spuren begab und vor einem Selbstversuch und gar vor Versuchen an Kindern nicht zurückschreckte. »Zehn Kinder zwischen vier und dreizehn Jahren, darunter ihre eigenen, hätten vergangene Woche vier verschiedene Cola-Sorten getestet. Ergebnis: ›Mecca-Cola war der Sieger.‹ Sie selbst habe aber keinen Geschmacksunterschied zwischen der Boykott-Brause und Coca-Cola feststellen können.« Das letzte hätte sie lieber nicht verraten sollen, denn noch am Tag des Erscheinens ihrer Konfessionen erwies sich das Projekt buchstäblich als in den Sand gesetzt. »Aus privaten Gründen sind wir aus dem Geschäft ausgestiegen. Es hat sich ganz kurzfristig ergeben«, zitierte sie am nächsten Tag der »Tagesspiegel«.

Dabei hatte sie bereits, eingedenk der absinthfeindlichen moslemischen Trinksitten, für den Cola-Vertrieb eine eigene Firma, *Lohmann Getränke,* gegründet. Aber hochprozentiger Alkohol, noch dazu in den Händen einer unreinen Frau, dürfte die moslemische Toleranz ein wenig überstrapaziert haben. Hinzu kommt, daß in Berlin ein Unternehmen *Dr. Dagmar Lohmann pharma + medical Gmbh* existiert, das sich auf den Vertrieb von Kondomen spezialisiert hat: »Birds'n Bees mit Noppen und Rillen – macht beiden echt mehr Spaß! Black Jack, das schwarze Kondom – schwarz kleidet bei allen Gelegenheiten!« usw. Nichts fürchtet der Moslem-Mann neben Alkohol und Ungläubigen mehr als Sex – jedenfalls dessen heterosexuelle Variante – und so geriet die Mecca-Cola denn bald auch hierzulande in rechtgläubige Hände.

Heute wird sie von dem Hamburger Unternehmer Mahmoud Hinnaui vertrieben. Der aus Syrien stammende 27Jährige bekannte kürzlich im Hamburger »Taz«-Lokalteil, es gebe »verschiedene Arten von Antisemitismus und Antiamerikanismus«. Die Nachfrage welche Arten von Antisemitismus er denn zu unterscheiden wisse, wollte er nicht beantworten. Braucht er auch nicht, das Kurzsche »einsame Subjekt«, verurteilt seine Verzweiflung in demonstrativem Konsum auszudrücken, kennt die Antwort.

Horst Pankow schrieb in KONKRET 1/03 über politische Paranoia nach dem 11.9.

Konkret 04/03, S. 34

Ilka Schröder

Front gegen Israel

Warum die Fraktionsführungen des EU-Parlaments einen Ausschuß zur Untersuchung der EU-Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde verhindern wollen.

Was ist los, wenn Abgeordnete, die Nation und Staat generell für eine dufte Sache halten, gegen übliche Polizeimaßnahmen den Vorwurf des Staatsterrorismus erheben und an jeder Ecke den allmächtigen, weil jüdischen Geheimdienst am Werk sehen? Worum geht es, wenn bürgerliche Politiker von der sogenannten Kontrollfunktion des parlamentarischen Betriebes, für deren politikwissenschaftliche Verkitschung erkleckliche Summen ausgegeben werden, plötzlich nichts mehr wissen wollen und wenn die ungeklärte Verwendung von öffentlichen Geldern den Bund der Steuerzahler einmal nicht auf den Plan ruft? Dann weiß man: Es geht um Israel.

Deswegen war es schwierig, 160 Abgeordnete des Europäischen Parlaments (EP) für meinen Antrag zur Einrichtung eines Ausschusses zu gewinnen, der die EU-Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) untersuchen sollte. Die meisten Parlamentarier möchten eine solche Untersuchung vermeiden. Denn wenn festgestellt werde sollte, daß die PA die europäischen Hilfsgelder an antisemitische Terrororganisationen weiterleitet und die EU das augenzwinkernd toleriert, dann geht es nicht allein um veruntreute Euros. Dann könnte die gesamte Nahost-Politik der EU in Frage stehen.

Insofern war es folgerichtig, daß die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden beschloß, den Antrag, obwohl er von genügend Abgeordneten unterstützt wird, gar nicht erst dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Die Geschäftsordnung war bis dato in diesem Punkt durchweg anders interpretiert worden: Wenn die Fraktionschefs Anträge auf Untersuchungssauschüsse nicht befürworteten, legten sie diese dennoch – mit der Empfehlung, sie abzulehnen – im Plenum vor. Die Neuinterpretation der Geschäftsordnung in diesem Fall sollte jedoch nicht überraschen. Der Anlaß ist den Fraktionsführungen eine Revision wert gewesen, handelt es sich doch bei dem Gegenstand des geplanten Untersuchungsausschusses um einen Pfeiler der europäischen Außenpolitik, den man nicht beschädigt sehen will. Das zeigt auch die Größenordnung, die die Finanzhilfen an die Region im europäischen Haushalt einnehmen: Die EU hat in den Jahren 2000 und 2001 zusammen mindestens 330 Millionen Euro über verschiedene Kanäle in die palästinensischen Autonomiegebiete fließen lassen. Schon seit dem Osloer Friedensprozeß rüstet die EU die Palästinensische Autonomiebehörde zu einem halbwegs funktionsfähigen staatlichen Gebilde auf, das in der Lage ist, von Israel weitere Zugeständnisse zu erpressen – oder Israel mit Krieg zu überziehen.

Nach außen betont die EU stets, daß sie – ganz ausgewogen – beide Seiten mahne, Frieden miteinander zu schließen. Doch nicht nur die Resolutionen des EP sprechen eine andere Sprache: Während die israelische Seite in aller Regel als die Partei ausgemacht wird, von der die Gewalt ausgeht, wird jede palästinensische Aktion als bloße Reaktion verstanden und die Palästinenser stets als Opfer.

Zur Frontstellung gegen Israel gehört auch die Forderung des EP, das israelisch-europäische Assoziationsabkommen aufzukündigen. Europäische Vertreter plauderten auf der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban gerne über den rassistischen Charakter des »Zionismus«, und diverse europäische Parlamentarier verlangten von Israel Schadensersatz für die von der israelischen Armee durchgeführten Zerstörungen z.B. des durch die EU gesponserten antisemitischen Propagandasenders der PA.

All das liefert die ideologische Begleitmusik zur handfesten Konkurrenz mit den USA, welche den Ausgangs- und Zielpunkt für die Ausrichtung der EU-Politik im Nahen Osten darstellt. Den Vereinigten Staaten soll ihre Rolle als einzig relevante Großmacht, die in dieser Region präsent ist, streitig gemacht werden. Nur so ist das Bemühen der EU zu verstehen, die USA in möglichst schlechtem Licht erscheinen zu lassen, um sich dagegen selbst als ehrlicher Makler zu profilieren. Es liegt im Interesse der aufstrebenden Macht EU, den Nahost-Konflikt zu »internationalisieren«. Nur solange der Krieg andauert, gibt es auch Bedarf für eine internationale Lösung. Deswegen darf auch die von der EU unterstützte Seite im israelisch-palästinensischen Konflikt nicht vor dem geplanten Vermittlungsakt der EU aufgeben. Das ist der unmenschliche Zweck der humanitären Hilfe der EU.

Auch wenn man sich in anderen Fragen über die konkrete Ausgestaltung von Konkurrenz und Bündnis mit den USA uneinig ist: In der Frontstellung gegen Israel haben das alte und das neue Europa keinen Dissens, überbieten sich vielmehr in diplomatischen Unfreundlichkeiten gegenüber Israel. Während das friedensliebende Belgien den israelischen Ministerpräsidenten als Kriegsverbrecher anklagen läßt, ist das freiheitsliebende Spanien damit beschäftigt, Zölle auf israelische Waren zu erheben und damit das EU-Handelsabkommen mit Israel zu verletzen. Um allerdings das deutsche Engagement bei der Bedrohung Israels einzuholen – die Ausstattung fast aller arabischen Staaten mit deutschen Waffen – , werden sich die europäischen Partner anstrengen müssen. Die Beispiele zeigen, daß die ideologische Begleitmusik nicht

nur eine geostrategische Konkurrenzhandlung orchestriert. Die europäische Pflege der palästinensischen Volksseele, welche nun mal am antisemitischen Vernichtungswunsch hängt, ist kein bloß instrumenteller Akt des EU-Imperialismus.

Gehen die Mitgliedsstaaten gemeinsam vor, kommen erhebliche Summen zur Unterstützung der PA zusammen. Aus dem Haushalt der EU wird das Flüchtlingshilfswerk für Palästinenser der Vereinten Nationen (UNRWA) gefördert, das in Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten alles tut, das Flüchtlingsproblem offen zu halten. Durch ihre Lebensumstände sollen die Palästinenser jeden Tag daran erinnert werden, wer ihr »Feind« ist. Damit wird der PA ein Mittel in die Hand gegeben, mit der Forderung nach einem »Rückkehrrecht« jede ernsthafte Friedensverhandlung im Ansatz zu torpedieren. Immerhin 57 Millionen Euro ist das der Europäischen Union allein im Jahr 2003 wert.

Als die israelische Regierung Ende 2000 die bisher an die PA weitergeleiteten Steuereinnahmen einfror, weil damit die Mordanschläge gegen Bewohner Israels finanziert würden, sprang die EU in die Bresche. Statt den israelischen Hinweisen auf eine verabredungswidrige Verwendung der Gelder nachzugehen, wurden zusätzliche 90 Millionen Euro als direkte Haushaltsbeihilfe überwiesen. Als die PA im Juni 2001 wieder Geldsorgen hatte, gab der entsprechende Ausschuß des EP die Zahlung von zehn Millionen Euro direkter Budgethilfe frei – und zwar monatlich.

Um den Verbleib der Fördergelder zu kontrollieren, müßte man den gesamten Haushalt der PA überprüfen. Der EU-Kommissar für Außenbeziehungen, Christopher Patten, wird nicht müde zu erklären, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) den PA-Haushalt kontinuierlich überwache: »The IMF continuously monitors the implemention of this budget.«[1] Der IWF selbst behauptet das Gegenteil: »The IMF does not monitor foreign assistance to the Palestinian Authority and simply provides the EU with information about broad developments related to its budget.«[2] Daß selbst dieser offensichtliche Widerspruch keine Konsequenzen nach sich zieht, zeigt, wie sicher sich die EU ihrer Sache ist. Die Europäische Kommission begnügt sich im übrigen mit Hinweisen auf die Unschuldsbeteuerungen der PA, wenn sie gut belegte Vorwürfe entkräften will. Damit nimmt die Angeklagte auf der Zeugenbank Platz.

Die Israelis wollen diesem Zeugen keinen Glauben schenken. Nach Regierungsinformationen stehen Terroristen direkt auf der Gehaltsliste der PA – was die EU-Kommission bestreitet. Vorsichtshalber fügte Patten in einem Schreiben an den EU-Abgeordneten Armin Laschet (CDU) hinzu, daß kein Staat kontrollieren könne, was seine Beamten in ihrer Freizeit tun. Doch die zahlreichen Indizien sprechen weniger für mörderische Aktivitäten einzelner PA-Beamter, als für den systematischen Einsatz von Geld, Organisation und Arbeitskraft der PA zum Zweck, Selbstmordattentäter heranzuziehen, auszubilden und für ihre Aktionen mit dem Nötigen auszustatten.

Um Fördergelder aus ihrem offiziellen Haushalt loszueisen und für andere, nicht kontrollierte Zwecke zu verwenden, hat die PA verschiedene Techniken entwickelt – etwa die Zwangsbeiträge an die Fatah. Jeder Mitarbeiter im öffentlichen Dienst der Palästinenser muß Geld an die Regierungspartei abführen. Eineinhalb bis zwei Prozent der EU-finanzierten Gehälter werden hierfür aufgewendet. Die EU-Kommission rechtfertigt und vergleicht diese Zwangsbeiträge mit Pflichtabgaben für skandinavische und englische Gewerkschaften sowie die Arbeitnehmerkammern in Bremen und im Saarland. Allerdings sind diese Organisationen weder Regierungsparteien, noch verfügen sie über Verbindungen zu völkischen Mörderbanden.

Je erdrückender die Beweislast gegen die Arafat-Behörde und die Europäische Kommission wird, desto heftiger wird auch der Widerstand gegen eine darauf gerichtete Untersuchung im Europäischen Parlament. Meine Fraktion, die Konföderation der Vereinigten Europäischen Linken, hat schon im letzten Herbst die Veröffentlichung von Anzeigen mit dem Spruch »Sponsored by EU? Gegen EU-Hilfen an antisemitische Terroristen« mit dem – für die Finanzierung der Anzeigen durch das Europäischen Parlament notwendigen – Fraktionslogo verboten (siehe KONKRET 1/03). Seitdem der Antrag für einen Untersuchungsausschuß das nötige Quorum an Unterzeichnern bekommen hat, steht nun die mir im letzten Herbst ausdrücklich genehmigte Informationsarbeit unter dem Fraktionslogo zur Disposition.

Es geht im Nahen Osten nicht um Betrug und Korruption: Ein Versickern europäischer Steuergelder lediglich in privaten Swimmingpools und Beamten-Portemonnaies hätte schon längst eine größere Zahl von Abgeordneten zu einer Unterschrift bewegt. Die Investition in antisemitischen Mord und die augenzwinkernde Toleranz der EU dafür, daß Hilfsgelder für die Ermordung von Juden und zur Belohnung von Märtyrerfamilien verwendet werden, haben einen eindeutigen politischen Hintergrund.

Es wäre eine Überschätzung der Möglichkeiten vieler EP-Abgeordneter, zu glauben, sie würden in ihrer Gesamtheit die eigene Parteinahme im Konflikt der EU mit den USA verstehen. Viele wissen nicht, was sie da eigentlich tun, aber sie gestalten diese Konkurrenz tatkräftig mit. Der Bewußtseinszustand eines durchschnittlichen Abgeordneten des Europäischen Parlaments unterscheidet sich kaum von dem eines durchschnittlichen europäischen Friedensdemonstranten. Die ihm eigene Mischung aus Moralismus, Naivität, Antiamerikanismus und Antizionismus bietet aber eine Chance für diejenigen, die genau wissen, wozu sie den Nahen Osten benötigen.

Man wird vom Untersuchungsausschuß, sollte es ihn irgendwann geben, allerdings auch nicht zuviel erwarten dürfen. Die akzeptierende bis unterstützende Haltung der meisten Europaabgeordneten gegenüber dem antisemitischen Terror der

organisierten Palästinenser und anderer völkischer »Befreiungsbewegungen« würde sich auch im Abschlußbericht des Ausschusses wiederspiegeln. *Europe's hidden war against the US,* und damit die Finanzierung antisemitischer Mörderbanden, wäre mit dem Bericht eines Untersuchungsausschusses leider nicht zu Ende. Aber vielleicht könnte man ihn damit ein wenig stören.

1 Schreiben von Christopher Patten an Armin Laschet, MdeP v. 21.01.03.

2 Der hochrangige IWF-Mitarbeiter Thomas C. Dawson in einem Leserbrief an „The Wall Street Journal" (17.06.02)

Ilka Schröder ist parteilose Abgeordnete im Europäischen Parlament. Weitere Informationen: www.ilka.org

Konkret 04/03, S. 35

Matthias Gockel

Little Slobo Kennedy?

Gelegentlich ist zu hören, John F. Kennedy sei ein Opfer des militärisch-industriellen Komplexes geworden, weil er nach seiner (hypothetischen) Wiederwahl die Intervention der USA in Vietnam habe beenden wollen. Das Gegenteil stimmt: Gegen die »rücksichtslose Verschwörung« des Kommunismus setzte er auf Krieg bis zum Sieg und eine militärische Eskalation, der von 1961 bis 1963 Zehntausende von Vietnamesen zum Opfer fielen.

Warum das hierher gehört? Weil Zoran Djindjic 1993 vom Studentenprotestler zum »Kennedy Serbiens« avancierte: »Er schnitt seinen Pferdeschwanz ab und begann, Anzüge zu tragen« (Reuters). Und weil die Reaktionen auf seine Ermordung eine ebensolche Fiktion ausmalen, wie es die These von Kennedys friedlichen Absichten in Südostasien gewesen ist. Djindjic wird als »Emblem der Demokratie« (CNN) gepriesen, obwohl (weil?) er mit »undemokratischen Methoden« das politische System Serbiens »auf sich und seine Gefolgsleute zuschnitt« (dpa), wobei er sich den Spitznamen »Little Slobo« einfing (AP). Er wird als »pro-westlicher« »Pragmatiker« und »Technokrat« ausgerufen.

Dem Schaden folgte der Spott. Nato-Generalsekretär Robertson erklärte Djindjic zum »Reformer, der hart dafür gearbeitet hat, Demokratie und Wohlstand in sein Land zu bringen« (AP). Und der, ist zu ergänzen, damit scheiterte: Die »radikale Schocktherapie«, die sein Techno-Team verordnete, brachte drastische Preiserhöhungen und Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme, aber dafür – Reform! – ein Investitionsgesetz zur »Sicherheit des Kapitals«, wie sich die deutsche Handelskammer freute. Andere Nachrufe kolportierten die Legende von den »westlichen Hilfen« (1,5 Milliarden Euro für Milosevics Sturz, 1,3 Milliarden für die Auslieferung nach Den Haag). Dabei hatte Djindjic selber von einer »Farce« (»Spiegel«, 16.7.01) gesprochen. Es handelt(e) sich keineswegs um Wohltätigkeiten, sondern um Kredite zur Tilgung der Schulden älterer Kredite und zur Subventionierung transnationaler Unternehmen.

Worum es ging und weiterhin gehen wird, offenbarte die »Welt« (13.3.03): Djindjic habe in Serbien die »erste nicht-kommunistische Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg an die Macht« gebracht, sich aber gegen »zahlreiche und mächtige Profiteure der alten Zeit« durchsetzen müssen, auch gegen die »Rückwärtsgewandtheit seiner Landsleute« und ihre »niederen, nationalistischen Affekte«. Jetzt wird Serbien es »schwer haben auf seinem Weg in das Europa der friedlichen Vaterländer«, das, friedlichfriedlich, vor vier Jahren seinen ersten Angriffskrieg ausgerechnet gegen das Land Djindjics führte.

Konkret 04/03, S. 36

David Gall, Thomas von der Osten-Sacken

»Judentum ist unattraktiv«

Interview mit dem Mitgründer der Internetzeitung »Hagalil«, David Gall, über die Wahrnehmung von Juden in den deutschen Medien und Nazis im Netz

KONKRET: Wie kam es zur Gründung von »Hagalil«?

David Gall: Als sich 1995 das Internet zu etablieren begann, fand ich dort zum Thema Juden in deutscher Sprache fast ausschließlich antisemitische oder christlich-missionarische Seiten. Unsere Motivation war, das Internet für Juden und jüdische Themen zu nutzen. Es gibt Juden überall in Deutschland. Aber es ist häufig schwer, einen Ansprechpartner in der jeweiligen Stadt zu finden, mit dem man sich austauschen kann. Die Resonanz auf »Hagalil«, das bald zum Full-Time-Job wurde, war sehr groß.

Wir wollten die Themenwahl weitgehend den Lesern überlassen. Ein Schwerpunkt war allerdings immer die umfassende Information über Israel, denn die Themen der israelischen Politik gehen ja alle Juden an. Häufig kommt es nicht nur im Forum, sondern auch auf den redaktionellen Seiten zu Kontroversen. Wir versuchen, auch Positionen, die nicht im Mainstream liegen, eine Stimme zu geben, etwa der israelischen Friedensbewegung, die oft diskreditiert und diffamiert wird.

Ursprünglich sollte »Hagalil« also allein dem Austausch zwischen Juden in Deutschland dienen.

In erster Linie ja, dem Austausch zwischen deutschsprachigen Juden, natürlich auch aus Israel, Argentinien, USA. In Amerika werden Juden in Deutschland kaum wahrgenommen. Dort sind viele Leute befremdet, wenn wir erzählen, daß wir hier leben. Antisemitische Äußerungen in Deutschland werden dort als viel erschreckender und verletzender wahrgenommen, als wenn sie von sonstwo kämen. Es ist ja auch einfach nicht hinnehmbar, wenn Leute in Deutschland antisemitisches Zeug daherplappern, nachdem ihre Vorfahren Millionen Juden ermordet haben. Kaum, daß man Möllemann halbwegs vergessen hat, kommt Walser, dann Koch, und so geht es weiter. Natürlich bestätigt der manifeste Antisemitismus, daß es notwendig war, »Hagalil« zu machen, auf der anderen Seite ist es stets unerfreulich, wenn sich Befürchtungen bewahrheiten. Unsere Arbeit wurde dadurch beeinflußt, denn ursprünglich wollten wir etwas »für etwas« machen – und machen nun sehr viel »gegen etwas«.

Dazu, daß wir der Nazi-Propaganda etwas entgegensetzen müssen, sind wir eher indirekt gekommen. Die Nazis haben uns angegriffen. Unsere Foren waren vollgeschmiert mit antisemitischem Dreck, und wir erhielten Tausende von E-Mails, antisemitische Propaganda und Drohungen.

Ihr habt euch inzwischen zu einem Organ entwickelt, das Judentum auch nach außen repräsentiert – auch wenn das anfangs gar nicht intendiert war.

Das ist weniger eine Frage der Intention als der Möglichkeit. Was man zu präsentieren versuchen kann, ist die Vielfalt der Meinungen. Es gibt relativ zur Bevölkerung extrem wenige Juden in Deutschland, während das Thema Judentum überall präsent ist. Deshalb hatten wir mit unserem Portal sehr schnell eine große Zahl von nichtjüdischen Lesern. Wir haben im Monat 140.000 Leser – was viel ist für ein Portal, das eher Information und weniger Unterhaltung bietet. Klar sind das nicht alles Juden. Es sind Schüler, Lehrer, Journalisten, eine ganze Menge Leute mit einer ganzen Menge Fragen und auch Ansprüchen.

Ihr kritisiert immer wieder den öffentlichen Umgang mit dem Thema Judentum.

Unsere Kritik richtet sich vor allem gegen die klischeehafte Nahost-Berichterstattung. In Deutschland gibt es einen Abwehrreflex gegen solche Themen und ein Wissensvakuum. Daß Begriffe wie Juden und Israel negativ besetzt sind, zeigt sich zum Beispiel daran, daß es keine einzige nichtjüdische deutsche Firma gibt, die bei uns ein Werbebanner unterhält, obwohl »Hagalil« eines der erfolgreichsten Internetportale in Deutschland ist. Wir hören immer wieder: Wir wollen unsere Werbung in einem attraktiven Umfeld stehen haben. Ohne »Hagalil« gesehen zu haben, wissen Werbefachleute, daß eine jüdische Seite kein attraktives Umfeld sein kann. Judentum ist unattraktiv. Werbeleute haben da ein gutes Gespür. Der Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft ist schlimmer, als man sich das vorstellt.

Dagegen ein lebendiges, pluralistisches, modernes jüdisches Medium zu setzen, ist die große Herausforderung. Oftmals wird Judentum ja präsentiert, als ob das eine Trauer- oder Gedenkveranstaltung wäre. Juden tauchen in deutschen Medien dann auch oft als Garnitur bei Gedenkveranstaltungen auf.

Die Darstellung von Juden in der deutschen Presse, aber auch in der Politik ist stark verbunden mit dem Kontext »Forderungen«. Ich denke an die Debatte um die Zwangsarbeiter – ständig werden irgendwelche Milliardenbeträge

genannt, und das wird in Zusammenhang mit Juden gebracht, ganz egal, ob die überlebenden Zwangsarbeiter mehrheitlich Juden sind oder nicht.

Seit es jüdische Zeitungen gibt, fragt man sich, ob man mit Aufklärung gegen Antisemiten etwas ausrichten kann. Bietet das Internet da neue Möglichkeiten?

Wenn jemand mit dem Begriff »Judentum« im Internet sucht, besteht die Chance, daß er entweder bei uns landet oder auf irgendeiner Nazi-Seite. Und weil wir hundertmal mehr zu diesem Thema haben, ist die Chance, daß er bei uns landet, hundert zu eins.

Wir richten uns zuallererst an unvoreingenommene Leser, an Menschen, die noch etwas lernen wollen. Da spielt es eine große Rolle, ob die auf einer attraktiven Seite landen, die zugleich noch eine Menge Hintergrund bietet. Wer bei uns landet, sieht im Schnitt zwölf Seiten durch, was sehr viel ist. Viele kommen immer wieder zurück, abonnieren Newsletter, empfehlen die Seiten weiter.

Das ist einer der großen Vorteile des Internets im Vergleich zu anderen Medien.

Genau, man erhält Antwort auf eine konkrete Frage. Man kann Leuten Informationen bieten, Zusammenhänge verdeutlichen, selbst wenn die danach gar nicht explizit suchen. Genau so funktioniert auf der anderen Seite aber auch die Nazi-Propaganda, und deshalb ist Nazi-Propaganda im Internet viel gefährlicher als etwa auf einem Flugblatt. Auf einer NPD-Versammlung weiß man, wo man ist, eine Nazi-Zeitung muß man sich kaufen, auf einer rechten Homepage weiß man nicht unbedingt, ob es Information ist oder Propaganda, oder ob beides geschickt vermischt wurde.

Zeigt das Internet, da es unzensiert und anonym ist, nicht besonders deutlich, welche Rolle Nazi-Positionen in der Öffentlichkeit spielen?

Würde man das Internet als Spiegel der Gesellschaft nehmen, müßte man entsetzt sein. Viele artikulieren sich im Internet natürlich freier als etwa in Leserbriefen oder Beiträgen für andere Medien. Was am Stammtisch geredet wird, hören wir ja in der Regel nicht. Insofern ist das Internet tatsächlich ein wichtiger Seismograph. Sicherheitshalber nehmen wir es ernst und tun etwas dagegen.

Außerdem verfolgt ihr Nazi-Seiten juristisch.

Ja, auch wenn es uns nicht um Zensur geht. Die ist im Internet unmöglich. Auch weltweite Gesetzgebungen und ein Wertekonsens sind utopisch. Es geht darum, Leute zur Rechenschaft zu ziehen, die Lügen, Beleidigungen und Drohungen publizieren, die zur Vernichtung anderer aufrufen oder Mordtaten leugnen oder verharmlosen.

Internetnutzer, die derartige Seiten finden, können diese Seiten bei uns melden. Das geht dann an einen Anwalt, der überprüft, ob die Seite strafrechtlich relevant ist. Wir wissen, daß fast die Hälfte aller geahndeten Verstöße über unser Meldeformular erfaßt wurden. Das muß man sich mal klarmachen, denn was ist »Hagalil« im Vergleich zum BKA und zum Verfassungsschutz?

Wieviele Nazi-Seiten gibt es?

Laut Verfassungsschutz liegt die Zunahme 2002 im dreistelligen Bereich. Ich glaube so um 600 Prozent. Diese Zahlen sind auch gar nicht so wichtig, ausschlaggebend ist die Frage, wieviele Leute auf diese Seiten gelangen.

»Hagalil« wurde als innerjüdisches Medium gegründet und ist inzwischen zu einem Repräsentationsportal nach außen geworden, das zitiert wird und über das viele Leute erfahren wollen, wie »die Juden« über etwas denken.

Also »innerjüdisch« sind unsere Ansichten klar – sie sind links. Aber wenn Angriffe auf Sharon mit antisemitischer Intention vorgebracht werden, treten wir dem entgegen. Vergleiche des Nahost-Konflikts mit dem NS-Vernichtungskrieg und der Shoah sind deplaziert. Wer solche Vergleiche bringt, dem geht es nicht um die Palästinenser. Solche Leute sind der Grund dafür, daß man hier nicht so diskutieren kann, wie ich das in Israel tue.

Als jüdisches Medium hat man, wenn man gegen den Antisemitismus kämpft, doch das Problem, als einer wahrgenommen zu werden, der einer Lobbyorganisation angehört, also nicht »objektiv« ist.

Uns geht es darum, klarzumachen, daß es innerhalb des Judentums eine Fülle unterschiedlicher Ansichten gibt. Natürlich gibt es Interessenvertretungen von verschiedenen Gruppen. Das ist doch überall so. Dies den Leuten verständlich zu machen, ist ein ganz wichtiger Punkt im Kampf gegen Antisemitismus. Kurz: Gegen Antisemitismus hilft nur die Präsenz von Semitismus.

Aber dafür bräuchten wir mehr Leute und funktionierende Medien. So etwas gibt es hier einfach nicht. Manches versuchen wir zu ersetzen: Auf unserer Seite kann man zum Beispiel israelische Popmusik, nicht nur Klezmer, hören und herunterladen. Wir ermöglichen den Leuten hier einen Zugang zum Kulturleben in Israel. Denn das genau fehlt: eine lebendige, auch kontrovers präsente jüdische Kultur wie in Israel oder auch in Amerika. Die eigentlichen Entwicklungen des Judentums finden in Israel statt. Vielleicht sind wir auch bald dort. Die politische Entwicklung in der Welt scheint das

nahezulegen.

www.hagalil.com. Interview: Thomas von der Osten-Sacken

Konkret 04/03, S. 36

Ralf Schröder

CIA-Pop

Am 12. März meldeten die Zeitungen, der US-Präsident habe vor, den Krieg gegen den Irak nun mit einer zusätzlichen Argumentation zu begründen. Nachdem UN-Generalsekretär Annan Washington am Vortag vor einem Alleingang ohne Mandat der Vereinten Nationen gewarnt hatte, wolle der Bush-Block nun massiv und nachdrücklich den Hinweis verbreiten, in Ruanda und im Kosovo habe die Uno angesichts der Massaker völlig versagt, und eine solche Zauderei wolle die Welt nicht noch einmal erleben. Da scheint es beinahe verwunderlich, daß britische oder amerikanische Geheimdienste am Tag drauf kein Telefonprotokoll präsentierten, in dem Saddam Hussein etwas sagt wie: Hähähä, die Uno zaudert mal wieder, wie im Kosovo und Ruanda. Wir können weitermachen, Freunde.

Auch für Menschen, die nicht jede Kritik an der Praxis der Geheimdienste für verschwörungstheoretischen Unfug halten, klingt diese Konstruktion ziemlich abenteuerlich; betrachtet man die geheimdienstliche Vorgeschichte, die der Irakkrieg bis Redaktionsschluß zurückgelegt hatte, relativiert sich die Übertreibung allerdings. Damit beauftragt, Saddams Atomwaffenprogramm zu verifizieren, griff etwa der britische Geheimdienst auf eine seit Jahren vorliegende und frei zugängliche Arbeit eines US-Studenten zurück und übernahm daraus ganze Passagen, »sogar meine Fehler«, wie der Verfasser Ibrahim al Marashi zu Protokoll gab. US-Außenminister Powell trug diese Informations-Antiquität mit viel Pathos dem Weltsicherheitsrat vor. Auch präsentierten britische und amerikanische Geheimdienstleute Dokumente, die beweisen sollten, der Irak habe vor zwei Jahren versucht, im afrikanischen Niger Uran zu kaufen. Die Briefköpfe, das Format und die Unterschriften dieser Papiere waren so lässig nachgeahmt, daß sie vom Chef der Internationalen Atomenergiebehörde, Mohammed el Baradei, nach kurzer Prüfung öffentlich als »schlecht gemachte Fälschungen« bezeichnet wurden.

Daß die Geheimdienste in diesem Fall arbeiten, als zählten ihre Agenten zu den Hauptbetroffenen des kapitalistischen Ausbildungsnotstands, scheint erstaunlich. Dies könnte zu dem Schluß verleiten, die offiziell hochgeschätzte Weltöffentlichkeit sei den arroganten Leuten im Weißen Haus scheißegal. In Wirklichkeit aber verhält es sich wohl so, daß die mittlerweile täglich und in jeder Frage zitierten »Geheimdienst-Informationen« heutzutage auf eine ganz spezielle Art wirken: Durch sein Bekanntwerden prägt das traditionell Diskrete den, sorry, politischen Diskurs besonders wirksam. Als Erzähler öffentlicher Geschichten werden die Geheimdienste zu politischen Dienstleistern, deren Waren ihren Wert einzig aus ihrem institutionellen Label ziehen. In diesem Sinne ist Geheimdienst pure Unterhaltung. Und die ist, selbstverständlich auch in Kriegszeiten, keine Frage der Wahrheit, sondern Pop.

Konkret 04/03, S. 38

Volker Weiß

Der Feind stand links

Eine Studie erinnert an Rechtsanwälte der Roten Hilfe in der Weimarer Republik und an die Notwendigkeit politischer Strafverteidigung.

Ist die Geschichte der deutschen Justiz insgesamt schon nur spärlich erforscht – historische Untersuchungen über Strafverteidiger vor 1933 gibt es, abgesehen von einigen Lokalstudien, kaum. *Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands* ist eine Biographiensammlung, mit der weitere Forschungen angeregt werden sollen. Im Vorwort des Buches betont Heinrich Hannover die Tatsache, daß die Weimarer Justiz bereits vor 1933 den Weg für die Naziherrschaft freimachte. Es blieb den Anwälten überlassen, die demokratischen Regeln der Rechtspflege zu verteidigen. Im Gegensatz zum staatlichen Justizapparat, in dem die Mitgliedschaft beim »Republikanischen Richterbund« die Ausnahme und eine stramm antidemokratische Haltung die Regel blieben, waren die Weimarer Ständevertretungen der Anwälte durchaus demokratisch eingestellt. Hiervon zeugen auch ihre ehrengerichtlichen Verurteilungen Roland Freislers.

Die politische Justiz der Weimarer Republik machte, wie die Beiträge des Buches zeigen, eine Gegenwehr nötig. Ihre Rechtspraxis war eindeutig: Der Feind stand links. Dagegen organisierten Rechtshilfe-Komitees 1924, nach einer Anregung der Komintern, die »Rote Hilfe Deutschlands« (RHD). Sie wurde bald zu einer der wichtigsten Arbeiterorganisationen in Deutschland. Ihre Tätigkeit bestand aus Prozeßhilfe für politisch Verfolgte, Unterstützung der Angehörigen und Schulungen.

Der Hauptteil des Buches versammelt 340 Kurzbiographien von Strafverteidigern aus dem ganzen Reichsgebiet, die bis zur Machtübertragung an die Nazis im Auftrag der RHD tätig waren. Als Quellen zog man hierfür eine Zahlungsaufstellung der RHD von 1931, Anwaltsverzeichnisse der RHD, aber auch zahlreiche Einzelpublikationen heran und holte Archivauskünfte ein.

Im Unterschied zur allgemeinen politischen Ausrichtung der nominell überparteilichen Roten Hilfe waren nur die wenigsten der für sie arbeitenden Anwälte Kommunisten. Meist kamen sie aus einer intellektuellen Tradition, die ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert und großen Anteil an den Versuchen einer Demokratisierung der deutschen Gesellschaft hatte. In dieser »linksbürgerlichen Kultur« fanden sich jene Juristen, die statt einer Justizlaufbahn den Weg der Strafverteidigung eingeschlagen hatten. Infolge der Zugangsbeschränkungen in der konservativen staatlichen Administration waren Juden im Kreis der liberalen Anwälte traditionell stark vertreten. So erklärt sich auch ihr hoher Anteil unter den Anwälten, die für die RHD tätig waren.

Der eher bürgerliche Hintergrund der Verteidiger führte dazu, daß beide deutsche Staaten nach 1945, anders als mit der RHD an sich, mit ihnen so ihre Schwierigkeiten hatten. »Nicht nur, weil sie ganz überwiegend Juden oder jüdischer Abstammung waren und antisemitische Geisteshaltungen hier wie dort fortwirkten.« Auch der autoritäre Weg Moskaus wurde nur von wenigen dieser Antifaschisten akzeptiert, was eine angemessene Ehrung der Anwälte in der DDR verhinderte. Eine Lücke im historischen Gedenken, die das Buch nun füllt.

Prominentester Anwalt der RHD war Hans Litten, dessen Biographie zur Zeit in Berlin mit einer Ausstellung gewürdigt wird. »Wir sind jung, die Welt ist offen« wird in der Gedenkstätte im »Haus der Wannsee-Konferenz« bis 31. August gezeigt und bietet einen Einblick in die bewegte Welt jüdischer Jugendlicher zwischen den Kriegen. Wie nur wenige verdeutlicht die Geschichte des Sohnes aus gutem Königsberger Hause die Situation, in der demokratische Strafverteidiger damals ihren »Rechtskrieg« führten. Als 1929 in Berlin die Polizei in eine Maikundgebung schoß und 33 Teilnehmer tötete, erstattete Litten Anzeige gegen den Polizeipräsidenten Zörgiebel. Vor den politischen Sondergerichten Weimars galt er als exzellenter Verteidiger. Er trieb Hitler zur Weißglut und zwang ihn, sich öffentlich von der SA zu distanzieren.

Exemplarisch für die Eingriffe in die Rechte von Strafverteidigern war Littens Ausschluß von der Verteidigung beim »Felseneckprozeß« 1932. Es war eines jener Rote-Hilfe-Mandate, das Litten gegen die Nationalsozialisten annahm und durch das er sich ihren besonderen Haß zuzog. Der Prozeß um einen Überfall der SA auf eine Gartenkolonie endete mit einem jener Urteile, durch welche die Justiz ihr Einverständnis mit dem braunen Straßenterror signalisierte, und wurde nicht zuletzt durch die offensive Strategie der Roten Hilfe zum Skandal. Entsprechend traf Litten die ganze Wut der Nazis. Trotz Intervention der Berliner Anwaltskammer wurde er gleich nach dem Reichstagsbrand verhaftet. Er starb 1938 nach jahrelangen Mißhandlungen und unter nie geklärten Umständen im KZ Dachau. Seine Mutter Irmgard Litten machte 1940 in London mit dem Buch *A Mother Fights Hitler* auf das Schicksal ihres Sohnes aufmerksam.

In der Geschichte der RHD trifft man auf prominente Namen wie Wolfgang Abendroth, Hilde Benjamin und Max Hirschberg, die in der Regel jedoch Inhaber bzw. Anwälte kleiner Kanzleien gewesen sind. Ihre Verbreitung bis in die deutsche Provinz zeigt, daß die RHD eine breite und effektiv arbeitende politische Organisation war.

Die Aufklärungsarbeit der RHD zielte auf Massenwirksamkeit. Der dritte Teil des Buches dokumentiert dies durch ein Faksimile der Schrift von Felix Halle *Wie verteidigt sich der Proletarier?* in der Auflage von 1931. Da derartige Dokumente der RHD schwer zugänglich sind, wertet diese Veröffentlichung das Buch, das sonst einen eher lexikalischen Charakter hat, zusätzlich auf. Die Autoren haben ein Nachschlagewerk erstellt, das nicht nur für lokalgeschichtliche Projekte wertvolle Hinweise bietet. Sie hoffen, mit ihrer Publikation zu weiterer Spurensuche anzuregen und an die Notwendigkeit politischer Strafverteidigung zu erinnern.

Heinz-Jürgen Schneider, Erika Schwarz, Josef Schwarz: *Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik.* Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn 2002, 360 Seiten, 25 Euro

---

Volker Weiß schrieb in KONKRET 12/02 über Karslis Klage gegen den Zentralrat der Juden

Konkret 04/03, S. 39

Heiner Möller

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg? Regierungspazifisten & Demokratiebellizisten

Der Irakkrieg und die deutsche Friedensbewegung.

Spricht man im Zusammenhang eines Irakkriegs von Öl, dessen sich die USA bemächtigen wollen, läuft man Gefahr, des Antiamerikanismus beschuldigt zu werden. Bis weit in die Linke hinein herrscht die Überzeugung vor, über materielle Voraussetzungen in den internationalen Auseinandersetzungen zu reden sei platter Materialismus. Aber auch wer den Krieg nicht auf einen Kampf um die Zapfsäule reduziert, kann nicht übersehen, daß es um die bedeutendste Ölregion der Welt geht, um die Ausübung von Macht und Herrschaft über sie und die Kontrolle zur Sicherung des – nicht nur für die USA – wichtigsten Schmierstoffs der kapitalistische Wirtschaft.

Am wenigsten geht es um die behauptete Beseitigung eines grausamen Diktators, um Demokratisierung in der Region – die selbst als Kollateralnutzen kaum zu erwarten ist – , um Menschenrechte und den Schutz Israels, soweit dieser sich nicht zufällig mit geostrategischen Zielen deckt. Außer Rhetorik gibt es keine Belege für eine Demokratisierungspolitik der USA; sie zu erwarten ist, vor dem Hintergrund weltwirtschaftlicher Entwicklungen, nichts als bürgerlicher Idealismus. Wenn Sprecher der Friedensbewegung daher die USA der Doppelzüngigkeit zeihen, weil sie die Atommacht Nordkorea ungeschoren lassen (sollen sie besser die angreifen?), muß man unterstellen, daß sie gerade das einklagen, was eine deutsche Bewegung vom Krieg erwartet: höhere Ziele als das schnöde Öl. Entsprechend hatte der größte Teil der deutschen Friedensbewegung gegen die sogenannten Menschenrechts- bzw. Antiterrorkriege unter deutscher Beteiligung in Jugoslawien und Afghanistan nichts einzuwenden.

US-Strategen sagen: »Alles zu seiner Zeit.« Die Bekämpfung des Bösen in Asien, die Eindämmung des chinesischen Einflußbereichs, stehe auf der Agenda, sei aber heute nicht vordringlich. Schon der Vietnamkrieg wurde mit dem gleichen Bedrohungsszenario begründet. Das Böse war der Kommunismus, Kriegsgegner waren Antiamerikaner und Gegner der Freiheit – nicht am Hindukusch, sondern in Vietnam wurde damals Berlins Freiheit verteidigt. Der Vietnamkrieg war keiner für Öl und Ressourcen. Daß er für Menschenrechte geführt wurde, wagt meines Wissens heute niemand mehr zu behaupten.

Geändert hat sich nicht das Wesen imperialistischer Weltbeherrschungs- und Kontrollstrategien, sondern die Konstellation. Geändert haben sich daher nicht die Gründe, den Imperialismus und seine Kriege abzulehnen. Geändert hat sich allerdings die subjektive Seite. Es gibt in den derzeitigen und absehbaren Konflikten so gut wie keine emanzipatorische Bewegung von Bedeutung für die Befreiung aus Armut, sozialer Unterversorgung, Analphabetismus, aus Religion und Regression.

An dieser Veränderung haken die Bellizisten ein. Der pauschale Vorwurf des Antiamerikanismus gegen jeden Gegner des imperialistischen Kriegs soll das eigene Ja zum Krieg legitimieren. Spricht Horst Mahler vom amerikanischen Imperialismus, der Wall Street und dem Götzen »Mammon«, dann ist das nicht eine nationalistisch-revolutionäre Demagogie eines Nazis, sondern ein Zeichen, daß der linke Antiimperialismus »Nazi-kompatibel« sei, wie der ehemalige Antiimperialist Matthias Küntzel schreibt. Die »linken« Bellizisten phantasieren sich in eine antifaschistische Allianz zur Rettung Israels hinein, obwohl tatsächlich niemand prognostizieren kann, welche Folgen der Krieg für den gesamten Nahen Osten hat, und obwohl das militärische Übergewicht der USA und Israels unüberwindbar scheint. Die Welt stehe vor einer ähnlichen Situation wie 1939. Nicht »Sozialismus oder Barbarei« laute die Parole, sondern »Zivilisation« – insbesondere US-Zivilisation – »oder islamistische Barbarei«.

Den »Wiedergänger« Hitlers (wie Enzensberger den irakischen Diktator 1991 nannte) unter Führung der USA kriegerisch zu beseitigen habe Priorität vor allem anderen, heißt es aus verschiedenen linksbellizistischen Ecken. Küntzel kommt zu dem Schluß, daß »die Rebellion der Djihadisten der zerstörerischen Wirkung des Kapitalismus etwas Schlimmeres, ein Konzept der Vernichtung, entgegensetzt«. KONKRET-Autor Thomas von der Osten-Sacken findet im Interview mit »Ha'aretz«: »Derzeit sollte der Kampf darin bestehen, die westliche Welt gegen diejenigen zu verteidigen, die ihre Nachfolger werden wollen ...« Daher müsse »man derzeit den Westen – was in diesem Fall Amerika, Großbritannien und Israel bedeutet – in seinem Kampf gegen seine eigenen Geschöpfe unterstützen. Dann kann man besser darüber nachdenken, wie eine bessere Welt geschaffen werden kann.« Und die Hamburger »Antideutsche Gruppe« formuliert: »Ein Angriff der USA auf den Irak ist vor diesem Hintergrund (Schutz Israels und Schwächung Deutschlands) zu unterstützen, auch wenn unklar bleibt, ob sich die Verhältnisse im Irak dann entscheidend verändern. Die Hoffnung dazu besteht immerhin.«

Vorher müssen aber noch einige draufgehen. Die Bereitschaft, für den guten Zweck fremde Opfer in Kauf zu nehmen, ist groß, Zweifel sind nicht erlaubt – ausgenommen der, daß Bush seine Ankündigungen bei der Bekämpfung des Islamismus

nicht »zielgenau und konsequent« (Küntzel) verfolgt. Wer nicht mehr über Interessen reden will, wer eine solche Sicht für »völkischen« Antiimperialismus hält, kommt dann zu so verrückten Einschätzungen, daß »Deutschland mit seinen engsten EU-Verbündeten ... den irakisch-iranischen Regimes in Nibelungentreue die Stange« hält (Küntzel). Nibelungentreue! Chirac, Schröder & Co am Gängelband Saddam Husseins, willige Gefolgsleute eines antisemitischen Despoten. Chirac, Schröder & Co stellen sich also nicht gegen die USA, weil sie Einfluß in der Region gewinnen und ihren mit den USA konkurrierenden Block stärken wollen, sondern weil sie Saddam Husseins Vernichtungswahn folgen. An so was muß man glauben.

Bereits nach dem 11. September hatten Gruppen wie die Redaktion der Berliner Vierteljahresschrift »Bahamas« das letzte Gefecht zwischen Barbarei und Islamismus ausgerufen, den Kampf auf Leben und Tod, Überlebenskampf, antifaschistischen Kampf, denn »das deutsche Wesen rächt sich in Gestalt des moslemischen Selbstmordattentäters doch noch an der Welt«. Hier der exportierte Wahn, dort die Zivilisation, dazwischen nichts. Kein Elend, produziert von kapitalistischer Weltwirtschaft und despotischen Regimes, das Millionen Menschen täglich erniedrigt, entwürdigt, beleidigt, zur Hoffnungslosigkeit verurteilt. Keine Widersprüche, keine unhaltbaren sozialen Zustände, die nach Veränderung schreien, sondern purer Wahn, den aufzuhalten nur eines hilft: Krieg. Der müßte angesichts der Entwicklung demnächst gegen zwei Drittel der Welt geführt werden.

Die »Bahamas«-Redaktion hatte vehement den Krieg gegen die Taliban gefordert (wie überhaupt dem linken Bellizisten der Krieg der Kriegführenden nicht hart und konsequent genug sein kann). Dabei bemühte sie eine krude Befreiungsstrategie für die afghanische Bevölkerung: »Die Beseitigung islamischer Herrschaft hätte eine emanzipatorische Stoßrichtung ... Sie befreite vom Antisemitismus, schützte Israel vor dessen Vernichtungswahn (und) würde die Bevölkerungen dieser Länder dem moslemischen Götzendienst entreißen, um sie mit allen brutalen Konsequenzen dem kapitalistischen Warenfetisch direkt zu unterwerfen.« Womit wohl auch die brutalen Folgen ursprünglicher Akkumulation gemeint waren. Zwar wäre damit der antisemitische Wahn nicht beseitigt und die »vom Wahn Besessenen aufgrund der nicht zu erwartenden Linderung des Elends möglicherweise in ihren barbarischen Intentionen bestärkt«, doch »könnte die militärische Bezwingung des Islamismus den Blick von islamischer Elendsverklärung, Selbstkasteiung und Mordlust fort auf die von der kapitalistischen Vergesellschaftung hervorgebrachten materiellen Potentiale lenken und den Wunsch nach kommunistischer Aneignung aufkeimen lassen«. Daß man diesen Leidensauftrag für die nächsten Generationen nur herbeibomben, aber niemanden von ihm überzeugen kann, leuchtet ein.

Insbesondere vor dem Hintergrund einer Unterentwicklung, die durch die US-islamistische Intervention gegen die Sowjetunion in den achtziger Jahren verschärft worden ist, wirkt eine solche Perspektive etwa für Afghanistan mehr als skurril. 155 Jahre nach dem *Kommunistischen Manifest* von einem Zivilisierungsprozeß zu träumen, in den rückständige Staaten durch die globale kapitalistische Entwicklung unvermeidlich hineingezogen werden, diesen dann noch quasi realpolitisch als Folge einer bewußt herbeigeführten militärischen Intervention anzufordern, ist Esoterik. Auch eineinhalb Jahre nach dem Krieg in Afghanistan denkt niemand an industrielle Investitionen in diesem Land.

Wieviel näher an der realen Politik sind da andere, auch aus KONKRET bekannte Bellizisten. Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken haben zusammen mit Hans Branscheid ihren Berufswunsch geoutet: Politikberater für die deutsche Außenpolitik. In einem »Memorandum zum Irak«, das sich an die NGOs und die Bundesministerien für Außenpolitik und Wirtschaftliche Zusammenarbeit wendet, sorgen sie sich um die »isolierte Position« Deutschlands und die »Glaubwürdigkeit deutscher Nahostpolitik«. Die Berater wissen Rat: Da die USA nur auf militärische Mittel setzten, sollte Deutschland bei der verfassungsmäßigen und föderalen Ausgestaltung des Nachkriegs-Iraks mit seinen Experten zur Stelle sein. Die irakische Opposition warte geradezu auf die Deutschen, schreiben die drei. »Es braucht wohl kaum erneut auf die ideelle Bezugnahme von Irakern auf Deutschland verwiesen zu werden«, liest man staunend und erwartet das Schlimmste, um mit dem Zweitschlimmsten konfrontiert zu werden: »die sich nicht zuletzt in der Vorstellung von Arabiens Preußen äußert«.

Warum muß nun aber auch Hermann L. Gremliza im letzten KONKRET-Heft derlei Blüten noch bereichern? »Wäre gewährleistet, daß Saddam Husseins Regime beseitigt und durch ein menschenfreundliches ersetzt werden könnte, ohne fünfzig-, hunderttausend oder mehr Iraker kollateral umzubringen und zugleich an anderen Orten andere Monster zu entfesseln, hätte ich keinen Einwand.« Erzählt da nun einer Märchen, ist das ein frommer Wunsch? Politisch läßt sich derlei nicht ernsthaft widerlegen, in meiner Kindheit sagte man: »Wenn min Grotmodder Rööd har, brukt wi keen Omnibus.«

Die deutsche Friedensbewegung ist zutiefst deutsch und antiamerikanisch. Sie artikuliert seit Monaten tagtäglich ihren Wunsch nach deutscher (Friedens-) Großmachtpolitik in Abgrenzung zu den USA. In ihrer Masse ist diese Bewegung sozialdemokratisch-grün geprägt, sie trägt die Farben der Regierenden, ist prostaatlich, auf den imperialistischen Staat Deutschland als Speerspitze eines Anti-US-Blocks ausgerichtet. Und in ihrer Masse ist sie alles andere als so prinzipiell

pazifistisch eingestellt, wie sie tut. Sonst würde sie Minister von Parteien, die noch vor vier Jahren Kriegsparteitage abhielten, die Deutschland seither in zwei Kriege und seine Armee auf zahlreiche Konfliktfelder geführt haben, aus einer Demonstration herausprügeln. Sie sind gegen einen US-Krieg, in dem Deutschland selbst bei Teilnahme nicht viel zu gewinnen hätte, sich bei Nichtteilnahme aber eine Gewinnoption offenhält: in einem Konkurrenzblock zu den USA eine einflußreichere Rolle zu spielen.

Die Friedensbewegten sorgen sich um das Durchhaltevermögen ihrer Oberen (»Gerhard bleibe hart«), begrüßen unentwegt »das neuerliche Nein der Bundesregierung zum Krieg« und fürchten zugleich, daß Überflugrechte, Awacs-Besatzungen und Spürpanzer gewährt werden, wo die doch für unsere Kriege da sind; und daß das Nein im Sicherheitsrat zur Disposition steht. Erinnern Sie sich noch an den Jugoslawienkrieg? Der wurde ohne Beschluß des Sicherheitsrats geführt. Vergessen ist, daß die wichtigsten Bündnispartner der Friedensbewegung für den Angriff auf Jugoslawien waren: die Staatsparteien und jene Friedensmeute, die von der Kanzel über den US-Schrecken predigt oder – wie der DGB in Baden-Württemberg – zu fünf Mahnminuten in Betrieben und Verwaltungen aufruft, um zu zeigen »wie stark die Arbeitnehmerschaft die Bemühungen der Bundesregierung zur friedlichen Lösung des Irak-Koflikts unterstützt«. Wer erinnert noch Scharpings Lügen vom »Racak-Massaker«, vom »Hufeisenplan«, mit dem die kriegerische Verhinderung eines »neuen Auschwitz« begründet wurde?

Daß es ungleich mehr Gründe gäbe, den Irak zu überfallen als Jugoslawien, macht die Friedensbewegung nicht mißtrauisch gegen ihre Oberen, denn dieser Krieg wäre kein deutscher Krieg. Während die Regierungspazifisten demonstrieren, beteuert ihr Außenminister auf der Wehrkundetagung mit Verweis auf Afghanistan und Jugoslawien, daß er doch prinzipiell kriegswillig sei; lanciert ihr Kanzler einen Uno-Blauhelm-Plan, der, wenn er nicht bloß eine Propagandafinte gewesen sein sollte, die militärische Besetzung des Irak und den gewaltsamen Sturz Saddams beinhaltete; macht der Verteidigungsminister Vorgaben für neue »verteidigungspolitische Richtlinien«: »Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt«, heißt es da, und: »Der Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr werde auf absehbare Zeit im multinationalen Einsatz und jenseits der Grenzen liegen.« Das friedenspolitische Deutschland rüstet für künftige Kriegseinsätze, die den eigenen Interessen dienlich sind.

Der Friedenspatriotismus der Friedensbewegung speist sich aus der Parteinahme für den eigenen imperialistischen Staat und aus der Ablehnung der US-Interessen – nicht etwa aus antiimperialistischen Motiven. Wenn die »Taz« titelt: »Bundestag auf Antikriegskurs«, ist alles Wissenswerte gesagt. So erfährt man denn – außer in explizit linken Flugblättern – nichts darüber, daß Saddam Hussein nicht einfach nur eine Kreatur der USA ist, sondern ein von Deutschen begehrter Partner. Aus der BRD geliefertes Giftgas wurde für das Massaker an den Kurden in Halabja benutzt. Der irakische Rüstungsbericht an den Uno-Sicherheitsrat vom Dezember 2002 weist 80 deutsche Rüstungslieferanten aus und nur 24 US-amerikanische.

Befürworter des Jugoslawienkriegs wie Habermas und Grass, welch letzterer in Jugoslawien Bodentruppen marschieren lassen wollte, sowie der Antisemit Martin Walser werden von der Friedensbewegung als Redner umworben. Es waren diese und andere Schriftsteller, die bereitwillig die kulturellen Schützengräben aufsuchten, als Donald Rumsfeld das »alte Europa« beleidigt hatte. Keiner kam ohne Goethe aus, um europäische Kultur gegen amerikanische Unkultur zu verteidigen, als hätte Goethe die Deutschen von ihrem rassistischen Ausrottungsfeldzug abgehalten. Der Dichter Durs Grünbein kleidete seinen Kulturpatriotismus in ein antisemitisches Bild: »Heute erst fühle ich mich nach mehreren Amerika-Besuchen wieder als frisch gebackener Europäer. So geht einem die Lieblichkeit Venedigs erst so richtig auf, nachdem man etwa Las Vegas gesehen hat, die aufgedonnerte Hure unter den Städten der Neuen Welt.« Der Sündenpfuhl moderne Großstadt galt den Nazis als typisch jüdisch, nicht volkhaft und bodenständig, als Unkultur.

Während also die intellektuellen deutschen Kriegsgegner die deutsch-europäische Kultur entdecken, ist die Aussage, daß es den unkultivierten amerikanischen »Cowboys« »nur ums Öl« gehe, ein friedensbewegter Allgemeinplatz. »Wir« dagegen haben die »humanitäre Menschenrechtsintervention« erfunden (Ulrich Beck, 1999) und führen unsere Kriege aus edlen Motiven, nicht um Öl und Profit. Wir führen sie nicht unilateral, weil wir das gar nicht können, sondern multinational, wie Strucks Richtlinien formulieren.

Schließlich wissen wir, wovon wir reden, wenn es um Krieg geht. Dresden, zum Beispiel. Jörg Friedrichs Landser-Schmöker *Der Brand* über den Bombenkrieg gegen Deutschland hat der Sichtweise von den Deutschen als Opfer angloamerikanischer Bomberflotten neuen Aufschwung gegeben. Also leiden wir besonders mit den Irakis in Bagdad, ja man könnte fast sagen, die Bomben seien auch gegen uns gerichtet. Der »Spiegel« hatte im Gefolge von Friedrichs Sachbuch-Bestseller in einer vierteiligen Serie über den Luftkrieg die Hoffnung geäußert, daß »die Wechselwirkung zwischen der Debatte über die Kriege der Gegenwart und der bis 2005 anstehenden Kette von Gedenktagen in der Bundesrepublik erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Meinungsklima *entstehen lassen* könnte, in dem eines der letzten Tabuthemen dem Tresor des Vergessens entrissen wird«. In der deutschen Opferdebatte werden dann so »letzte Fragen« gestellt wie: »Ob die Flächenbombardierungen der Angloamerikaner ... tatsächlich alle militärisch unabdingbar und ethisch vertretbar gewesen seien.«

Titelgeschichten des »Spiegel« wie »Als Feuer vom Himmel fiel« oder »Blut für Öl« im Januar tragen zur Entstehung eines entsprechenden Meinungsklimas auch auf der deutschen Linken bei. Eine sich explizit links verstehende Zeitung wie »Neues Deutschland«, die »zum Zeichen des Widerstands« gegen den US-Krieg weiße, den roten, der Aids-Hilfe abgekuckte Schleifen vertreibt und dazu auffordert, »weiße Bänder an Autoantenennen zu binden« und »weiße Tücher von den Balkonen zu hängen«, läßt aus Anlaß des 58. Jahrestags der Bombardierung Dresdens einen Überlebenden warnen, daß die »Kriegspläne der USA denen des Dresdener Bombardements« glichen. Ein nachdenklicher »ND«-Autor fragt: »Darf man Barbarei mit Barbarei vergelten?«, um zu schlußfolgern: »Bombenterror – damals wie heute strafbar«, und zu bedauern, daß bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen der Bombenkrieg – selbstverständlich der »beider Seiten« – nicht zur Anklage stand.

Die Einsicht, daß der Krieg gegen Nazi-Deutschland unvermeidlich und gerecht war, verschwindet hinter der geradezu begeisterten Entdeckung, daß die Alliierten »Kriegsverbrechen« begangen hätten. Natürlich hatten die Alliierten den Krieg nicht aus moralischen Gründen geführt, natürlich verfügten sie ihrerseits über ausreichende Erfahrung im brutalen kriegerischen Umgang mit ihren Feinden in den Kolonien, im Kampf gegen Indianer, im Bürgerkrieg. Das alliierte, antifaschistische Bündnis war nicht aus antifaschistischen, sondern aus machtpolitischen Gründen gebildet worden, der Antifaschismus der Anti-Hitler-Koalition ist so etwas wie eine historische Rekonstruktion, die den Krieg nicht lange überdauerte. Die Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg mehr Menschen und Güter verloren hat als alle andern, hatte sogar 1939-1941 einen als »Hitler-Stalin-Pakt« bekannt gewordenen Nichtangriffspakt mit Deutschland abgeschlossen. Auch der Krieg der Alliierten gegen die deutschen Vernichtungskrieger war brutal, was denn sonst, aber eben kein Vernichtungsfeldzug. Wenn heute möglicherweise der dritte Golfkrieg unvermeidlich ist, weil niemand die Macht hat, die USA daran zu hindern, werden diese einen blutigen, amoralischen Krieg führen, über dessen Opferzahlen man nur spekulieren kann. Aber so wenig wie in Jugoslawien gegen die serbische werden sie gegen die irakische Bevölkerung einen Vernichtungskrieg führen.

Eine besonders unappetitliche linke Variante dieser prodeutschen und antiamerikanischen Friedensbewegung bietet die Tageszeitung »Junge Welt«. Daran ändert auch der Einwand nichts, daß sie verdienstvolle Recherchen und Enthüllungen veröffentlicht. Ich spreche hier von der Hauptlinie des Blattes, alle angesprochenen Antiamerikanismen noch zu verstärken und den eigenen Staatsapparat permanent des »Umfallens« und »Einknickens« gegenüber den USA zu verdächtigen. Die alternative deutsche Strategie der Merkel/Schäuble/Pflüger wird im Brustton der Empörung »Vasallentum« genannt, Merkels USA-Reise als »Pilgerreise« vorgestellt. In Sachen »Demut« befinde sich die Union auf dem »Niveau der Regierung in Sofia«. Schlimmer kann es für Deutschland kaum kommen. Irgendwie fehlte noch der Vorwurf des Landesverrats.

Noch widerwärtiger aber ist das Bemühen der Zeitung, die Ablehnung des US-Krieges mit Solidarität für Saddam Hussein und seine Ba'th-Partei zu verknüpfen. Sie kanzelte den Chef der italienischen Kommunisten, Fausto Bertinotti, wegen »kleingeistiger Abgrenzungsrituale« und »Äquidistanz« als Opportunisten ab, weil der sich geweigert hatte, Iraks Außenminister Tariq Aziz, dem »Vertreter eines vom westlichen Machtkartell geächteten Regimes«, die Hand zu schütteln, als er den Vatikan besuchte. Dafür wurde dann der Gegner des Irak- und Förderer des Jugoslawienkriegs zum »guten Papst« erklärt, weil er geschüttelt hatte. Die Bagdader Korrespondentin der »Jungen Welt« rühmt täglich den »großartigen Überlebenswillen der irakischen Bevölkerung« und ihre Treue zu Saddam Hussein. Herzzerreißend berichtet die Zeitung über leidende Kinder, fehlende Arzneimittel, Krankheiten und andere Folgen des Embargos, nur nicht über eine Herrschaft, die die eigene Bevölkerung drangsaliert und ihr die vorhandenen Reichtümer vorenthält. Höhepunkt dieser von jeglicher Kritik und Aufklärung bereinigten Schreibe war der (nicht unwidersprochen gebliebene) sensationell aufgemachte Bericht über »Bushs erfundenen Genozid«, den Giftgasmord an zirka 5.000 Kurden in Halabja während des Iran-Irak-Kriegs 1988, in dem eine dubiose CIA-Quelle unhinterfragt als Wahrheit genommen und so ganz nebenbei auch die Herkunft des benutzten Giftgases aus Deutschland dementiert wurde.

Angeödet von Bellizisten, die die deutsche Geschichte exportieren, angewidert von Friedensdemonstranten, die den Staatsführern des zweitgrößten kapitalistischen Staates der Welt zujubeln, sucht der radikale Linke nach Kriegsgegnern, die eine politisch und antiimperialistisch, nicht von antiamerikanischen und antisemitischen Ressentiments begründete Position gegen den Irakkrieg und die übrigen imperialistischen Kriege der Gegenwart formulieren und auf die Straße tragen; die die deutsche Position nicht entlasten, sondern ihre Ziele und Taten denunzieren; die die imperialistische Konkurrenz zum Thema machen und Alternativen jenseits imperialer Machtkonstellationen diskutieren; und die nicht einen Despoten wie Saddam Hussein von seinen Mordtaten entlasten und ihm den Nimbus des antiimperialistischen Widerstandskämpfers verleihen.

Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Hamburger Veranstaltung »The good, the bad und the ugly – Deutschland, die USA und der Irak« (4.3.03).

Heiner Möller gehörte zu den Gründern der Zeitschrift »Bahamas«

Konkret 04/03, S. 42

Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg? Dammbruch

Minimalprogramm und offene Fragen: Was will die irakische Opposition?

Der größte Fehler meines Lebens war, den USA vertraut zu haben«, soll Mullah Mustafa Barzani vor seinem Tod gesagt haben. Barzani, einst Führer der irakisch-kurdischen Bewegung und nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1958 im gesamten Irak als Volksheld gefeiert, hatte bis zu seinem Lebensende vergeblich darauf gehofft, einen vertrauensvollen Verbündeten zu finden. Gegen seinen Wunsch standen die Regeln, nach denen die westliche Nahost-Politik funktionierte. Wer immer sich mit einer der beiden Seiten im Blockkonflikt verbündete, war eingebunden in ein Spiel der Interessen, an dem er selbst nicht teilnahm. 1975 mußte Barzani erleben, wie der kurdische Widerstand gegen den Ba'th-Staat im Stich gelassen wurde, als dieser sich im Abkommen von Algier an das Teheraner Schaft-Regime annäherte, dem wichtigsten regionalen Verbündeten der USA zu dieser Zeit. Aus dem Partner Barzani wurde, ohne daß dieser etwas dazu getan hätte, über Nacht für die USA eine Unperson.

Die irakischen Kurden kennen dieses Spiel zur Genüge. Seit 1991 große Teile der kurdischen Region nicht mehr unter der Kontrolle des irakischen Zentralstaates stehen, sind sie darauf angewiesen, die interventionsbereiten Staaten der Region im Gleichgewicht zu halten und die Begehrlichkeiten der Türkei, des Iran und der irakischen Regierung gegeneinander auszuspielen. Daß die kurdische Region trotz des äußeren Drucks und innerer Probleme bis heute überlebt hat, liegt unter anderem darin begründet, daß sich die dort regierenden Parteien jedes weiteren politischen Anspruchs auf den Irak enthalten haben. Der angekündigte Regimewechsel im Irak hat dies nunmehr unmöglich gemacht. Die Kurdenparteien, wie viele andere Oppositionsgruppen auch, haben sich für einen Sturz Saddam Husseins und die Schaffung eines föderalen irakischen Staates ausgesprochen.

Wer die irakische Opposition beobachtet, dem muß es scheinen, als sei seither ein Damm gebrochen, der über die Jahre alle politischen Aktivitäten und Pläne zum Aufbau eines neuen Irak zurückgehalten hatte. Plötzlich haben irakische Juristen damit begonnen, einen Katalog für ein demokratisches Rechtssystem auszuarbeiten, Pädagogen diskutieren über eine Reform des Schulwesens. Fragen, die über Jahre als akademisch galten, werden nunmehr ernsthaft zwischen den irakischen Oppositionsparteien diskutiert. Der erwartete Umsturz zwingt die unzähligen Parteien und Gruppen dazu, ihre Ziele zu formulieren.

Es kann nicht überraschen, daß bei den Oppositionskonferenzen in London im Dezember 2002 und in Salahaddin im März 2003 neben dem Wunsch nach Einheit auch die Differenzen zwischen den Teilnehmern deutlich geworden sind. Fraglich war beispielsweise, welche Politik die islamischen Parteien »Hoher Rat der islamischen Resistance« und »Al-Dawa al-Islamiye« verfolgen wollen. Die ebenfalls in dem Oppositionsbündnis vertretenen Überläufer aus dem Militärapparat der Ba'th-Partei und die nationalistischen Gruppen stehen den kurdischen Parteien gegenüber, die eine strukturelle Entmachtung des Bagdader Militärapparates anstreben. Letztlich haben alle Gruppen mit Ausnahme der Kurden das Problem, daß nicht absehbar ist, auf welche Basis sie sich innerhalb der irakischen Bevölkerung künftig werden stützen können.

Vier Millionen Iraker leben im Exil und sehen sich mit dem Hauptproblem jeder Exilopposition konfrontiert: dem Abgeschnittensein vom eigenen Land und den Konflikten dort. Parteien wie die KP des Irak verfügen zwar nach wie vor über ein dichtes Informantennetz, dessen Mitarbeiter aber stets von drakonischen Strafen bedroht sind und nicht öffentlich agieren können. Auch wenn es daher schwer ist, gültige Aussagen zu machen, welche Parteien und Gruppierungen innerhalb des Irak von der Bevölkerung nachhaltig unterstützt werden, repräsentiert die Opposition, deren Vielfältigkeit hierzulande gerne als Zersplitterung abgetan wird, die irakische Bevölkerung weit mehr als das verhaßte Regime Saddam Husseins. Sollte es zu einem Sturz des Regimes kommen, wird diese Opposition allerdings vor enormen Schwierigkeiten stehen. Das Land ist nach dreißig Jahren Ba'th-Diktatur und Krieg völlig zerstört, ein Wiederaufbau, gar eine Demokratisierung des Landes wäre ein Präzedenzfall im Nahen Osten.

Die bisher erzielte Einigung zwischen den Parteien und Interessengruppen beinhaltet daher vor allem die Festlegung auf ein Minimalprogramm, mittels dessen sich die Oppositionsgruppen auf eine künftige Kooperation verpflichten und Abstand nehmen von allseits gefürchteten Alleingängen. Im Zentrum dieses Programms steht die Frage der Verteilung von Macht – nicht nur unter den beteiligten Gruppen. So beinhaltet der Beschluß der Londoner Konferenz eine Neuordnung des Staatsbürgerrechts, das sich unter der Herrschaft der sich explizit arabisch definierenden Ba'th-Partei als wirksames Instrument der Unterdrückung erwiesen hat. Ein künftiger Irak, so die erklärte Absicht, werde kein »arabischer« Staat sein, sondern ein Staat aller Bevölkerungsgruppen.

Viele offene Fragen bleiben. Nicht alle oppositionellen Parteien sind dem Bündnis beigetreten. Die Kritik beispielsweise der irakischen Kommunisten richtet sich vor allem dagegen, daß ein Umsturz mit amerikanischer Militärhilfe herbeigeführt werden könnte; sie befürchten ein Besatzungsregime. Dem Projekt der Opposition droht aber vor allen von außen Widerstand. Während Saddam Hussein angekündigt hat, Rache an den »Verrätern im Norden« üben zu wollen, sucht die türkische Regierung nach Wegen, den kurdischen Nordirak nach einem Sturz des irakischen Regimes zu kontrollieren. Ein Krieg zwischen den kurdischen Parteien und türkischen Truppen am Rande des erwarteten Irakkrieges würde zu einer erheblichen Destabilisierung der Region führen. Die amerikanische Regierung, dann erst recht zur Intervention gezwungen, müßte sich entscheiden zwischen dem Bündnispartner Türkei, ohne den ein stabile Lösung kaum möglich sein wird, und den irakischen Kurden, gegen deren Widerstand der Irak dauerhaft kaum kontrolliert werden kann.

Das größte Problem der irakischen Opposition jedoch dürfte jenes altbekannte Spiel sein, über dem bereits Mullah Mustafa Barzani verzweifelte. Für Deutsch-Europa ist die irakische Opposition als pragmatischer Verbündeter der USA derzeit ein entschiedener Gegner. Die deutsche Regierung, die sich mit dem sturen Festhalten an Saddam Husseins Regierung selbst jeder alternativen Perspektive beraubt hat, bemüht zur Begründung ihrer proirakischen Haltung vor allem die vermeintliche Schwäche der Opposition. Der von ihr prophezeite ethnische »Flächenbrand« könnte zu einer self-fullfilling-prophecy werden. Nicht mit dem Erfolg der von den Kurden maßgeblich getragenen Opposition, sondern mit deren Scheitern droht ein Bürgerkrieg im Irak. Der nämlich wird kaum zu vermeiden sein, wenn mit einer Rehabilitation oder – was wahrscheinlicher ist – einem Coup d'Etat innerhalb der Führungsspitze die kurdischen Parteien auf die Verteidigung der von ihnen kontrollierten Gebiete und damit auf die Wahrung von territorial/partikularen Interessen zurückgeworfen würden. Dieses Horrorszenario erscheint um so realistischer, je weniger die derzeitigen Bemühungen der irakischen Opposition unterstützt werden. Weil Deutschland derzeit alles tut, damit es bei einem Sturz Saddams tatsächlich soweit kommt, ist sie zum Bezugspunkt der irakischen Regierung und aller reaktionären Gruppen geworden, die einen Umsturz im Irak fürchten.

Nachfolgend werden einige Positionen und Schlüsseltexte der irakischen Opposition vorgestellt beziehungsweise dokumentiert, die sich mit den genannten Schwierigkeiten auseinandersetzen. Dabei handelt es sich selbstverständlich nur um einen kleinen Ausschnitt der Diskussionen, die im Exil und im kurdischen Nordirak geführt werden. Mehr als einen Eindruck davon können sie nicht geben, aber der reicht bekanntlich ja oft schon aus, um im Gegenüber ein Subjekt zu erkennen. Denn darum sollte es gehen: die irakische Opposition in ihren Aussagen ernst zu nehmen und als handelnde politische Kraft anzuerkennen (auch: einen Eindruck davon zu bekommen, was von ihr zu erwarten ist, und was nicht).

Konkret 04/03, S. 44

Rashid Ghewielib, Inga Rogg, Corry Görgü

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg? Lichtblick in der Hölle

Gespräch mit dem Mitglied der Kommunistischen Partei des Irak, Rashid Ghewielib, und der Journalistin und Ethnologin Inga Rogg, die seit Jahren aus Irakisch-Kurdistan berichtet

KONKRET: Die USA begründen einen Krieg ge- gen den Irak damit, daß sie nicht nur eine allgemeine Bedrohung aus der Welt schaffen, sondern vor allem auch das Land von der Diktatur Saddam Husseins befreien wollen – eine Argumentation, die Freunde auch unter hiesigen Linken gefunden hat. Glaubt man Presseberichten, so scheint tatsächlich ein Großteil der irakischen Bevölkerung den Krieg als »Befreiung« herbeizuwünschen. Warum ist die irakische KP gegen den Krieg?

Rashid Ghewielib: Wir denken, daß ein Krieg der irakischen Bevölkerung großes Leid bringen und das zerstören wird, was von der Infrastruktur des Landes noch übriggeblieben ist. Ein solcher Krieg würde weder Demokratie noch Menschenrechte herbeiführen. Die USA sprechen ganz offen von einer militärischen Besetzung bzw. der Einrichtung einer Militärverwaltung. Sie nutzen die Menschenrechtsverletzungen und die brutale Diktatur Saddam Husseins lediglich als Vorwand. Die irakische KP will eine demokratische Alternative im Irak, einen föderativen Staat, in dem die Kurden ihre Rechte bekommen. Die USA dagegen wollen eigentlich nur die Ersetzung der alten Diktatur durch eine neue.

Eines muß aber klar sein: Wenn wir sagen, wir sind gegen diesen Krieg, heißt das nicht, daß wir nicht bereit wären, Gewalt gegen Saddam Hussein einzusetzen. Wir sind keine Pazifisten. Wir haben das Regime jahrelang bewaffnet bekämpft.

Die Äußerungen der kurdischen Organisationen klingen da etwas anders. Im »Spiegel« erklärte ein Sprecher der PUK: »Wir erwarten die USA als Befreier.« Haben die Kurden nicht in der Vergangenheit, z.B. 1991 und 1996, immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß sie von den USA im Stich gelassen werden? Und würde ein Krieg nicht auch die Kurden bedrohen?

Inga Rogg: Die Haltung der Kurden ist ambivalent. Weder die Politiker noch die Bevölkerung in Kurdistan haben mit Hurra-Rufen auf die Ankündigung eines US-Krieges reagiert. Wenn die kurdischen Parteien heute die USA unterstützen, dann muß man berücksichtigen, daß die Kurden keinen eigenen Staat haben, der ihre Interessen durchsetzen könnte. Den einzigen Schutz, den die kurdische Selbstverwaltung genießt, ist die von den USA und Großbritannien überwachte Flugverbotszone. Insofern ist es für die USA leicht, die Kurden zu gewinnen – die kurdischen Parteien haben keine Alternativen. Daß das Ba'th-Regime seine Truppen nach Kurdistan schickt, wenn dieser minimale Schutz entfällt, daran sollte man nicht zweifeln.

Gleichzeitig darf man nicht vergessen, daß die Kurden und die gesamte Opposition seit über 30 Jahren einen bewaffneten Kampf gegen Husseins Regime führen. Die Oppositionellen sind sich einig, daß das Regime nur militärisch gestürzt werden kann. Von ihnen jetzt eine Zustimmung für die sogenannte Friedensoption zu erwarten, ist deshalb absurd. Zumal Frankreich, Deutschland und Rußland in den letzten zwölf Jahren nichts unternommen haben, um die UN-Resolution 688 durchzusetzen, die vom Irak die Verwirklichung von Demokratie und die Einhaltung von Menschen- und Minderheitenrechten verlangt.

Ghewielib: Wir sind nicht grundsätzlich gegen ein internationales Engagement, wir brauchen Unterstützung von außen, aber wir lehnen einen Krieg und die Besetzung des Landes ab. In seiner jüngsten Erklärung fordert das ZK der KP eine internationale Konferenz, ausgerichtet von der Uno, unter Beteiligung der irakischen Opposition.

Im Dezember haben sich in London etwa 300 Vertreter der irakischen Opposition getroffen, um über ein Modell für einen Nachkriegs-Irak zu verhandeln. Die Fortsetzung des Treffens fand kürzlich in Salahaddin (Nordirak) statt. Warum habt ihr euch daran nicht beteiligt?

Ghewielib: Unser Meinung nach handelte es sich bei der Londoner Konferenz um eine Propagandaveranstaltung für die Kriegspläne der USA, deren Ergebnisse bereits im Vorfeld feststanden. Es wurde dort lediglich über die heutige Situation im Irak und über einen Irak nach Saddam gesprochen. Die Frage des Machtwechsels, die Frage, *wie* Saddam Hussein gestürzt werden soll, stand gar nicht zur Debatte. Wenn die USA Saddam stürzen, ist doch klar, daß sie dann auch über die Zukunft des Landes entscheiden.

Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, daß die Zusammensetzung der Konferenz und die Sitzverteilung im Sprecherrat nicht nach politischen Richtungen, sondern einzig entlang religiöser und ethnischer Einteilungen erfolgte. Das halten wir für sehr gefährlich, denn es bereitet den Boden für zukünftige Konflikte, es ähnelt dem Libanonmodell, das die Franzosen 1926 bzw. 1943 in die dortige Verfassung geschrieben haben und das eine der Ursachen für den Bürgerkrieg in den

siebziger Jahren war. Trotz dieser Differenzen haben wir gute Kontakte zu vielen der Kräfte, die in London waren, und arbeiten mit ihnen zusammen.

Die beiden großen kurdischen Parteien PUK und KDP haben an der Londoner Konferenz teilgenommen und waren jetzt auch faktisch »Gastgeber« des Folgetreffens in Salahaddin. Inwieweit konnten sie ihre Vorstellungen dort durchsetzen?

Rogg: In London wurde ein Grundsatzprogramm verabschiedet, das für den zukünftigen Irak eine demokratische und föderale Verfassung vorsieht. Der Föderalismus ist eine zentrale Forderung der Kurden. Daß sich darauf die meisten Oppositionsgruppen geeinigt haben, ist ein wichtiger Schritt – er bedeutet letztlich, daß ein Staat entstehen könnte, der sich vom arabischen Nationalismus, der ethnische und religiöse Minderheiten ausgrenzt, verabschiedet. Darin liegt aber auch das Problem – so einfach werden sich die extremen Nationalisten kaum geschlagen geben. Darüber hinaus wurde beschlossen, daß die Anwendung der Scharia bei der Rechtssprechung in der Verfassung verankert werden soll. Vor allem die Yezidi und die Christen, aber auch die Säkularisten protestieren gegen diesen Beschluß. Die wirklichen Entscheidungen werden erst nach dem Sturz des Regimes gefällt.

In den Berichten sogenannter Nahost-Experten, aber auch in den Planspielen der US-Strategen ist häufig von den verschiedenen Ethnien und Gruppen die Rede. Es wird die Gefahr eines Auseinanderbrechens des Iraks beschworen.

Rogg: Ich glaube nicht, daß nach einem Sturz des Regimes »die Ethnien aufeinandereinschlagen«. Das ist ein Bild, das von den Fachinstituten gemalt wird, die in den Clans und Stämmen die einzigen politischen Machtzentren sehen, anstatt fragen, durch wen sich die Menschen vertreten sehen wollen.

Ghewielib: Die angebliche ethnische Teilung des Irak, von der vor 1991 nie die Rede war, wird von verschiedenen Kräften benutzt, um ihre Ziele durchzusetzen. Die USA nutzen es zur Begründung einer militärischen Besetzung. Saddam Hussein benutzt dasselbe Argument: Wenn ich gehe, bricht im Irak der Bürgerkrieg aus.

Rogg: Dieses Modell eröffnet den Nachbarstaaten Möglichkeiten zur Einmischung. So meldet die Türkei ihre Ansprüche an: Wenn die Kurden ein eigenes Bundesland erhalten, dann wollen wir für die Turkmenen ebenfalls eines. Die Nachbarstaaten Iran, Syrien, Türkei, Jordanien gucken sich Gruppen aus, als deren Schutzmacht sie auftreten – der Iran die Schiiten, die Türkei die Turkmenen usw. – die Ethnisierung des Konflikts wird also von außen betrieben und ist nur zum Teil ein irakisches Problem.

Ghewielib: Saddam Hussein selbst trägt die Verantwortung für diese ethnisch-religiöse Spaltung: Als seine Ba'th-Partei 1991 ihre Basis verlor, versuchte er sich als Vertreter der Sunniten gegen die Schiiten zu profilieren.

Die Türkei betreibt diese Politik besonders massiv. Sogar das Zentrum für Türkeistudien der Uni Essen spricht von zwei Millionen Turkmenen im Irak, in der Türkei wird deren Zahl auf drei, vier oder sogar fünf Millionen aufgeblasen.

Rogg: Nach dem Krieg 1991 bis Mitte der neunziger Jahre herrschte in Kurdistan große Not, die von den Nachbarstaaten ausgenutzt wurde, vor allem von der Türkei, die ein großes Hilfsprogramm auflegte, welches an die Bedingung geknüpft war, daß es nur Turkmenen zugute kam. Das führte dazu, daß viele bedürftige Kurden ein paar Brocken Türkisch lernten und sich als Turkmenen ausgaben, um in den Genuß dieser Hilfe zu kommen, so gab es viele Menschen, die sich als Turkmenen registrieren ließen. Diese Zahlen bilden heute die Grundlage für die türkischen Behauptungen, es gäbe dreieinhalb Millionen Turkmenen. Dabei beträgt die Gesamtzahl der Bevölkerung im Gebiet unter kurdischer Verwaltung dreieinhalb Millionen.

Ghewielib: Auch diese Politik, Kurden oder Turkmenen per Ausweis zu Arabern zu machen oder Kurden zu Turkmenen, wurde zuerst von Saddam Hussein angewandt. Er hat massenhaft Kurden in Kirkuk gezwungen, sich als Araber registrieren zu lassen, um die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung zu ändern.

Dieses Modell schreibt Zugehörigkeiten fest. Wer sagt, daß ein Mensch auch politisch von Vertretern »seiner« ethnisch-religiösen Gruppe vertreten werden will? Gerade die KP hat früher Angehörige fast sämtlicher Minderheiten in ihren Reihen vereint, die Schiiten waren ihre soziale Basis. Jetzt meldet der Sciri, der »Hohe Rat der islamischen Revolution«, das Monopol auf die Vertretung der schiitischen Bevölkerung an.

Ghewielib: Die Schiiten sind die größte religiöse Gruppe im Irak. Dabei muß man zwischen Menschen schiitischer Religionszugehörigkeit und Anhängern der schiitisch-islamistischen Parteien trennen. Die Mehrheit der Schiiten waren vor der Revolution von 1958 arme Bauern, die von den Feudalherren ausgebeutet wurden. Da die irakische KP ihre sozialen Rechte verteidigte, fanden viele von ihnen ihre Heimat in der KP. Sie waren die soziale Basis der Revolution vom 14. Juli 1958.

Während der letzten 25 Jahre sind Parteien erstarkt, die den politischen Islam zu ihrem Programm erhoben haben. Es wäre aber falsch zu denken, daß diese nun die Schiiten vertreten. Ich bin selbst Schiit, es gibt Tausende von Schiiten, die nichts mit den islamischen Parteien zu tun haben. Doch solange es im Irak keine Demokratie gibt, kann man nicht feststellen, welche Partei die Mehrheit hinter sich hat.

Wie stark ist die Opposition, und wie stark ist die KP?

Ghewielib: Man muß unterscheiden zwischen den Gruppen, die im Irak über eine Basis verfügen, und denen, die nach 1991 vor allem im Ausland entstanden sind. Über eine Basis verfügen z.B. die Kurden, die Nationalisten, die Linken, deren Hauptkraft die KP ist, und ferner die Islamistische Partei. Nach 1991 sind weitere Gruppierungen unter den vier Millionen Irakern im Ausland entstanden**,** z.T. mit Unterstützung der USA**.**

Die Kommunistische Partei, die eine führende Rolle im Befreiungskampf und im Kampf gegen die Monarchie einnahm, kann derzeit nur in Irakisch-Kurdistan legal arbeiten. Im Mittel- und Südirak arbeiten wir verdeckt. In der Untergrundarbeit haben wir Tausende unserer Genossen verloren. Deshalb ist es derzeit schwer, Massen zu mobilisieren. Nach 34 Jahren Krieg und Diktatur sind alle Oppositionskräfte geschwächt. Aber wir verfügen nach wie vor über eine starke Basis. Wir Linken kämpfen unter besonders schwierigen Bedingungen, weil wir im Gegensatz zu anderen Fraktionen kein Land haben, das uns unterstützt. In den ländlichen Gebiete im Süden gibt es ein großes Aufstandspotential. Nicht nur Islamisten, wie meist behauptet wird, sondern auch Kommunisten und Unorganisierte haben dort eigene Partisanengruppen gebildet.

Die Kurden bilden zweifelsohne die Oppositionskraft mit der längsten Kampferfahrung und den derzeit intaktesten Strukturen, da sie nicht im Untergrund agieren müssen. Gleichzeitig haben sie wohl am meisten zu verlieren. Welche Bedeutung hat Kurdistan als »Modell« eines demokratischen Iraks?

Rogg: Obwohl die Kurden nach 1991 keine Unterstützung erhalten haben, ist es ihnen gelungen, eine demokratische Regierungsform zu entwickeln. Zwar liegt noch vieles im Argen, aber es ist ein Lichtblick in der Hölle. Das beweist zumindest, daß die Iraker nicht demokratieunfähig sind. Von den letzten zwölf Jahren in Kurdistan sollte man aber auch lernen, daß der Wille zur Demokratie alleine nicht ausreicht. Um zu verhindern, daß es auch im Post-Saddam-Irak zu bewaffneten Auseinandersetzungen um die Macht kommt, braucht es mehr als Lippenbekenntnisse. Die irakische Opposition wird sich überlegen müssen, wie sie Milizen entwaffnen will. Soll die Bevölkerung nicht zum Spielball von Partikularinteressen werden, wird auch die internationale Gemeinschaft für den demokratischen Aufbau Hilfe leisten müssen.

In den türkisch-amerikanischen Vereinbarungen vom Februar wurde der Türkei faktisch die Genehmigung zur Besetzung großer Teile Irakisch-Kurdistans erteilt. Zeigt das nicht, daß die USA doch keine Schutzmacht für die Kurden sind?

Rogg: Washington hatte den Kurden zugesichert, daß es keine Besetzung durch die Türkei geben werde – und jetzt das. Die Türkei führt sich aus Sicht der Kurden wie eine Kolonialmacht auf. Angesichts der türkischen Drohungen wäre eigentlich auch die Friedensbewegung gefordert. Friedensaktivisten fahren aus der Türkei nach Bagdad, um sich dort als »menschliche Schutzschilde« zu engagieren. Warum fahren sie nicht an die Grenze, um gegen den voraussichtlichen Einmarsch der türkischen Armee in Irakisch-Kurdistan zu protestieren?

Ghewielib: Die Türkei bildet derzeit eine große Gefahr, das bestätigt uns in der Ablehnung des Krieges. Aber es gibt massive Proteste gegen einen möglichen Einmarsch der Türkei. In diesem Punkt ist sich die irakische Opposition einig. Im übrigen wird ein türkischer Einmarsch auch die Iraner auf den Plan rufen, die dann ebenfalls Ansprüche anmelden werden.

Für die Erfahrungen der Kurden mit der BRD steht der Name Halabja. Ist es je zu einer Verurteilung der verantwortlichen deutschen Chemiewaffenhändler oder Politiker gekommen, und hat es Entschädigungszahlungen oder andere Formen der »Wiedergutmachung« für die Kurden gegeben?

Rogg: Es hat ein paar Verfahren gegeben, von denen die meisten eingestellt wurden – ein Großteil der Lieferungen wurde dabei als Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftat behandelt. Sofern es überhaupt zu einer Anklage kam, wurde in den meisten Fälle eine Bewährungsstrafe verhängt. Nur in drei Fällen gab es überhaupt Verurteilungen – der Saddam-Fan Anton Eyerle aus Kaufbeuren erhielt fünf Jahre und sechs Monate, vier weitere Manager wurden zu Haftstrafen zwischen zwei und fünf Jahren verurteilt. Als die UN-Waffeninspekteure Anfang der Neunziger präzise Angaben über die Lieferanten für das irakische Waffenprogramm machten, hat sich schnell eine Allianz des Schweigens gebildet, an der sich auch die rotgrüne Regierung und die Justiz beteiligt haben.

Die Forderung nach Entschädigung für die kurdischen Opfer ist von den Grünen, bevor sie an die Regierung kamen, unterstützt worden. Seit sie an der Regierung sind, stoßen kurdische Vertreter bei ihnen auf taube Ohren. Die PDS hat die Forderungen aufgegriffen und wiederholt den Antrag gestellt, das Verbrechen von Halabja als Völkermord anzuerkennen und eine Entschädigungszahlung an die Kurden zu leisten. Der Bundestag hat diesen Antrag (mit den Stimmen der Grünen) abgelehnt.

Was droht der irakischen Bevölkerung im Kriegsfall von Seiten des Regimes?

Ghewielib: Die militärischen Vorbereitungen Saddams richten sich gezielt gegen die Bevölkerung. Er befürchtet, daß es zum Aufstand kommt wie 1991. Jüngst wurde die Degradierung und Versetzung aller höheren kurdischen, schiitischen,

turkmenischen und christlichen Offiziere befohlen, also befürchtet er auch innerhalb der Armee Widerstand. Ehemalige Kommunisten und Familien von Oppositionellen werden verschärft kontrolliert und bedroht.

Das gesamte Militär wurde in und um Bagdad konzentriert, die Verwaltung von Mossul nach Tikrit, der Geburtsstadt Saddams, umquartiert. Die Ausfallstraßen nach Bagdad und die Stadtteile werden jetzt zusätzlich von Spezialeinheiten bewacht. Saddam hat also nicht vor, den Irak zu verlassen, sondern – mit seinen Worten – ein jüngstes Gericht zu veranstalten. Ich fordere daher die Friedensbewegung auf, bei ihrer Ablehnung des Krieges auch die Verurteilung des diktatorischen Regimes im Irak deutlich zu machen.

Rogg: Die Menschen in Kurdistan haben Angst, daß Saddam noch einmal Massenvernichtungswaffen einsetzen könnte – trotz entsprechender Forderungen haben auch die USA keine Gasmasken und Medikamente zum Schutz der Zivilbevölkerung geliefert, auch Deutschland hat die Anfrage abgelehnt.

Sollte Saddam diesmal nicht gestürzt werden, wird das Regime als der eigentliche Sieger dastehen. Saddam und seine Schergen werden es sich dann nicht nehmen lassen, Rache an der Opposition zu üben. Auch innerhalb der Armee gibt es mit Sicherheit Planungen für einen Putsch – sie alle würden das Opfer einer erneuten Säuberungswelle. Sollte der Krieg also doch noch durch ein Veto im UN-Sicherheitsrat verhindert werden, dann müssen sich die Kriegsgegner für einen Regimewechsel einsetzen – andernfalls droht im Irak ein neues Morden. Die heutigen Kriegsgegner sollten dann nicht sagen, das hätten sie nicht gewollt.

Interview: Corry Görgü

Konkret 04/03, S. 46

Barham Salih

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg? »Gemeinsam gegen den Faschismus«

Rede des Premierministers der Regionalregierung Kurdistan im Irak, Barham Salih, gehalten am 20. Januar 2003 vor dem Socialist International Council (SIC) in Rom. Der SCI ist ein internationaler Dachverband sozialdemokratischer Parteien, dem auch die deutsche SPD angehört

Liebe Genossen und Freunde,

ich komme aus dem irakischen Kurdistan zu euch und überbringe euch Grüße von der kurdischen Führung und eine Botschaft unseres Volkes, welches auf Unterstützung und Solidarität im Kampf für Demokratie und Befreiung hofft. Es hat einen ausgesprochenen symbolischen Charakter, daß wir uns hier in Rom treffen. Während die Welt auf den sich zusammenbrauenden Sturm über dem Irak schaut, gibt es keinen besseren Ort für solch ein Treffen als diese Stadt, um ein Schlaglicht auf die Notwendigkeit der Freiheit und der Befreiung von Faschismus und Diktatur zu werfen. Denn am 4. Juni 1944 wurde diese Stadt von alliierten Truppen befreit. Zwei Tage später, am 6. Juni 1944, begann die Befreiung Frankreichs.

Der Feind, damals wie heute, war eine aggressive rassistische Ideologie, die der Welt nichts als Leiden und Schmerzen brachte. Im Jahre 1944 standen Sozialisten, Demokraten und andere Menschen mit gutem Gewissen Schulter an Schulter gegen den Faschismus. Einige, die gegen den Faschismus opponierten, wurden später in ihren eigenen Ländern herausragende Sozialisten und setzten sich für eine gerechte Ordnung ihrer Gesellschaften ein. Für uns Iraker ist der D-Day nahe. Während wir die militärischen Vorbereitungen und das Katz-und-Maus-Spiel, welches die Diktatur in Bagdad mit den UN-Inspektoren spielt, beobachten, spüren und hoffen wir, daß die Befreiung nah ist.

Die Erwartung und Nervosität, die vor fast sechzig Jahren in Rom geherrscht haben muß, ist heute sowohl im irakischen Kurdistan, dem 1991 befreiten Teil des Iraks, als auch in den Gebieten, die immer noch unter der Kontrolle des Ba'th-Regimes stehen, spürbar. In meinem Büro in Suleymaniyya treffe ich fast jeden Tag auf Menschen, die gerade aus Bagdad oder aus anderen Teilen Iraks kommen. Ohne Ausnahme erzählen sie von den andauernden Brutalitäten des irakischen Regimes, von der angstvollen Hoffnung, heimlich genährt durch so viele versklavte Iraker, auf ein freies Leben, auf ein Land, in dem sie ohne Angst und Bestrafung ihre Meinung äußern können.

Heute stehe ich nicht nur als Vertreter des kurdischen Volkes im Irak vor euch, sondern als Botschafter aller unterdrückten Völker des Iraks. Meine irakischen Landsmänner mit den verschiedensten ethnischen und religiösen Hintergründen, schiitische und sunnitische Araber, Turkmenen und Assyrer, Muslime, Christen oder Yeziden, sind durch das, was sie unter der Ba'th-Diktatur erleiden mußten, vereint worden. Der Sturz eines rassistischen Regimes, welches chemische Waffen gegen die Kurden eingesetzt hat und das die natürlichen Ressourcen des Landes eher für Krieg als für Schulen verwendet sowie eine grundlegende Reformierung der staatlichen Verfassung des Irak sind Ziele, die für jeden Sozialdemokraten unterstützenswert sind.

Deswegen kann auch jede Person in diesem Raum auf das bisher im irakischen Kurdistan Erreichte stolz sein: Im freien Irak haben wir die Dörfer, die während der völkermordähnlichen, ethnischen Säuberung, der sogenannten Anfal-Kampagne, 1988 zerstört wurden, wieder aufgebaut. – Wir haben in ein Erziehungs- und Gesundheitswesen investiert, welches die Kindersterblichkeit auf den niedrigsten Level in unserem Land gebracht hat. – Wir haben unsere Anteile der Öleinnahmen gerecht verwendet und sie nicht in Schwerter, sondern in Pflugscharen, nicht in chemische Waffen, sondern in Krankenhäuser investiert. – Wir haben freie und vielfältige Medien. – Wir respektieren die Rechte von Minderheiten. Die ethnischen Unterschiede, mit denen alle Gesellschaften zu kämpfen haben, werden zunehmend als integraler Teil des Landes und nicht als eine Ursache von Konflikten gesehen. Diese Errungenschaften sollten gefeiert werden und für den restlichen Irak als Beispiel dienen.

Aber wir irakischen Demokraten hören von vielen aus Europa, daß wir keine Hilfe von außerhalb fordern sollten, um von der Tyrannei befreit zu werden; daß der Krieg nur wegen des Öls stattfinden würde, daß Kriege immer falsch sind und daß sich die sogenannte arabische und muslimische »Straße« gegen die wenden wird, die den Irak befreien. Laßt mich die Gelegenheit nutzen, um euch zu sagen, wie unangebracht solche Meinungen sein können. Ich weiß, daß viele, die davon überzeugt sind, gute Absichten haben und daß viele von ihnen Menschenrechtsaktivisten sind, die sich unserer Notlage seit langem bewußt sind. Traurigerweise kann uns Beharrlichkeit allein aber nicht von der Diktatur in Bagdad befreien, unter der wir seit über 35 Jahren leiden.

In dieser Hinsicht ähneln wir eher den Italienern, deren überwältigende Mehrheit sich wenig für den Faschismus interessierte, aber über 20 Jahre und auf ausländische Hilfe warten mußte, um von ihm befreit zu werden. Wir haben einen freien Stützpunkt im irakischen Kurdistan, aber wir brauchen internationale Hilfe, um den Krieg, den die ba'thische Diktatur gegen das irakische Volk führt, zu beenden.

Einige der Demonstranten auf der Straße sagen, daß der Krieg nur für Öl geführt wird. Iraker wissen, daß ihre Menschenrechte oft ignoriert worden sind, weil für die Welt irakisches Öl wichtiger als irakische Menschenleben war. Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn nun das Öl der Grund für unsere Befreiung wäre. Sollte dies der Fall sein, warum nicht? Das Öl wäre dann ein Segen und kein Fluch mehr, der es so lange war.

Viele Leute auf der Straße fordern »Kein Krieg!« Natürlich stimme ich dem zu, weil ich keinen Krieg möchte und auch keine zivilen Opfer. Aber der Krieg hat längst schon begonnen. Die Ba'th-Diktatur führt seit Jahrzehnten Krieg und verursachte Hunderttausende zivile Opfer. Während wir hier sitzen findet eine brutale ethnische Säuberung in Kirkuk, Khanaqin, Sinjar und anderen durch die Diktatur kontrollierten Teilen des irakischen Kurdistans statt. Diejenigen die jetzt als menschliche Schutzschilde nach Bagdad gehen, frage ich: Warum war es euch nicht möglich, 1988 in Halabja, als dort 5.000 Kurden im Gas starben, menschliche Schutzschilde zu sein? Warum war es euch nicht möglich, menschliche Schutzschilde 1991 in Najaf und Karbala zu sein, als die schiitischen Araber des Iraks gemordet wurden? Denen, die »Kein Krieg!« fordern, sage ich: Ja, natürlich, aber wir können nur »Keinen Krieg« haben, wenn es auch »Keine Diktatur« und »Keinen Völkermord« gibt. Wir hören viel über die muslimische Solidarität und die sogenannte arabische Öffentlichkeit. Ich kenne die öffentliche Meinung in Bagdad. Ich kann euch versichern, es wird viele jubelnde Iraker geben, sobald die Diktatur verschwunden ist.

Lassen sie uns noch einmal an die Befreiung von Rom im Jahr 1944 denken. Ihre Erfahrungen hier in Italien sind für uns besonders wichtig. Das irakische Regime wird sich als dem Regime Mussolinis ähnlich erweisen, eine falsch kalkulierende Bestie, deren Diktatur angesichts internationaler Entschlossenheit, unterstützt durch eine glaubwürdige militärische Bedrohung, nicht lange andauern kann. Viele werden sich aus ihren Klauen befreien. Andere werden überlaufen. Eine Demokratie, obwohl zunächst chaotisch, könnte in einem Prozeß, der mehr mit dem euren nach 1944 vergleichbar ist, sich entwickeln. Damit dies passiert, brauchen wir eure Unterstützung. Wir brauchen eure Unterstützung nach der Befreiung, um sicherzustellen, daß der Irak nach dem Krieg föderalistisch, demokratisch, friedlich und stabil sein wird. Wir brauchen euer Engagement, um sicherzustellen, daß ein befreiter Irak all seinen Völkern das Wahlrecht garantiert und der Staat für seine Bürger arbeitet.

Freunde, es wird keinen Krieg gegen den Irak geben – der Irak wird befreit, er muß befreit werden. Ihr solltet eine Rolle in dieser Befreiung spielen. Für eure Werte, denn die Werte der sozialistischen Bewegung sind vollkommen konträr zu den Werten von Diktatur und Rassismus. Laßt uns im Geiste der Solidarität zusammenarbeiten, um den Irak und den Nahen Osten zu einem Ort der Freiheit und des Friedens zu machen. Vielen Dank.

Übersetzung: Memri

Konkret 04/03, S. 47

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg? Demokratie und islamische Identität

Deklaration der Schiiten im Irak

(...)

Das Problem der irakischen Schiiten wird mittlerweile weltweit gesehen und beschränkt sich nicht mehr auf das Staatsgebiet des Irak. Es handelt sich nicht um eine bloß regionale Angelegenheit, denn die internationale Gemeinschaft und ihre Organisationen (etwa Amnesty International, Human Rights Watch und der UN-Berichterstatter für den Irak) haben das Problem der verschiedenen Konfessionszugehörigkeiten im Irak öffentlich benannt und ihre Solidarität mit dem Schicksal der irakischen Schiiten und ihr Mitleid mit den ihnen täglich von den irakischen Behörden auferlegten Schikanen ausgedrückt.

Das Problem der unterschiedlichen Glaubenszugehörigkeiten wurde bekannt, obwohl die irakischen Behörden mit ihren politischen und Medienapparaten es zu vertuschen versuchen. Die Rechte der Schiiten sind zu einem zentralen Thema für Gegenwart und Zukunft des Irak geworden und müssen von jetzt an Gegenstand aller Pläne und Programme zur Neuordnung des Irak sein. Gerade weil die Situation so kritisch ist, muß Ruhe und Vernunft in die Debatte über die Rechte und Forderungen der Schiiten einkehren. (...)

Die irakischen Behörden haben ihre diskriminierende Haltung gegenüber den Schiiten zu keinem Zeitpunkt aufgegeben oder auch nur gemildert. Jeder neue Herrscher bekam es anfänglich mit dem Widerstand der Schiiten zu tun, und die übliche Reaktion darauf bestand darin, sie immer weiter an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Die sich ständig verschärfende und ausweitende gewalttätige Diskriminierung der Schiiten hat zwangsläufig zu der jetzigen explosiven Situation geführt. (...)

Obwohl die irakischen Schiiten verschiedenen politischen und intellektuellen Gruppierungen angehören, ist die gegenwärtige islamistische Bewegung der Hauptgrund für die Lage, in der sie sich aktuell befinden. In politischen Kommentaren und Analysen wird heute regional wie international die islamistische Bewegung mit den Bestrebungen der Schiiten gleichgesetzt. Die islamistische Bewegung wird als Reflex schiitischer Ansichten und Ziele dargestellt, und in gewisser Hinsicht gar als ihr Sprachrohr. Das ist nicht angemessen, denn die islamistischen Gruppierungen im Irak sind eher am Islam als solchem als an einer speziellen Glaubensausrichtung orientiert. Darüber hinaus fühlen sich die irakischen Schiiten aufgrund ihrer Lebensbedingungen verschiedenen politischen und kulturellen Bewegungen zugehörig, die nicht unbedingt islamistisch ausgerichtet sind. (...)

Die Geschichte des Irak zeigt eindeutig, daß die Schiiten zu keinem Zeitpunkt einen eigenen Staat errichten wollten oder politische Unabhängigkeit anstrebten. Vielmehr haben sie bei etlichen Gelegenheiten nationale Bewegungen und Organisationen unterstützt, da ihnen die nationale Einheit wichtig ist – vielleicht mehr als anderen Gruppierungen im Irak. Ein gutes Beispiel dafür ist das Engagement der Schiiten im Kampf um die Errichtung eines unabhängigen Staates in den heutigen Grenzen. Sowohl in ihren religiösen als auch in ihren nicht-religiösen Verlautbarungen haben sie stets ihre Treue zu einem ungeteilten irakischen Staat betont. (...)

Sogar in der gegenwärtigen Situation, da die staatliche Repression gegen die Schiiten gewalttätiger denn je ist, sind die Schiiten nicht von ihrer Politik der staatlichen Einheit abgewichen. Das Bestehen auf nationaler Einheit als Voraussetzung für alles weitere ist allen aktiven schiitischen Oppositionellen im Irak gemeinsam, denn sie teilen die Überzeugung, daß die Regierungsverbrechen in einem Staat wie dem Irak – mit einer ethnisch gemischten Bevölkerung und verschiedenen Glaubensrichtungen – am besten von einem einheitlichen Staatsgebilde ausgemerzt werden können. (...)

Die Forderungen der Schiiten können wie folgt zusammengefaßt werden:

1.-Beendigung der Diktatur und Einführung der Demokratie.

2.Einbeziehung Kurdistans in einen föderalen Staat.

3.-Beendigung der Diskriminierung von Schiiten._Die Deklaration der irakischen Schiiten entwickelt eine Perspektive für eine schiitische Selbstentfaltung in einem künftigen Irak. Die wichtigsten Punkte dabei sind:

1.-Beendigung der Diskriminierung von ethnischen und religiösen Gruppierungen und Beseitigung der Auswirkungen dieser fehlgeleiteten Politik.

2.-Einführung einer parlamentarischen Demokratie und einer staatlichen Verfassung, die keine Vorherrschaft einer Religionsgemeinschaft oder ethnischen Gruppierung zuläßt.

3.-Gleichwertige Staatsbürgerschaft für alle Irakis als Grundgarantie für nationale Einheit.

4.-Uneingeschränkte Anerkennung aller nationalen, ethnischen und religiösen Gruppierungen und gleichwertige Staatsbürgerschaft in allen irakischen Regionen.

5.-Anerkennung der einheitlichen Struktur des irakischen Staates und Volkes; Vielfalt und Pluralismus der ethnischen und religiösen Gruppierungen des Irak.

6.-Rekonstruktion und Förderung der Grundelemente einer Zivilgesellschaft und ihrer gesellschaftlichen Strukturen.

7.-Einführung der Organsiationsstrukturen eines föderalen Staates mit einem hohen Grad von Dezentralisierung und echter Machtkompetenz für die gewählten Regionalbehörden und -parlamente.

8.-Volle Anerkennung der international festgeschriebenen Menschenrechte.

9.-Gewährleistung einer islamischen Identität der irakischen Gesellschaft.

Zur Demokratie:

Die Diktatur ist der Hauptgrund für die verhärteten Strukturen und die Diskriminierung von religiösen und ethnischen Gruppierungen; eine verfassungsgestützte Demokratie mit funktionierenden Institutionen wäre die Lösung dieser Probleme. Die Schiiten wollen ihre Probleme als Glaubensgemeinschaft nicht lösen, indem sie anderen welche aufbürdet. Vielmehr suchen sie Abhilfe in einem System, das die Rechte aller verfassungsmäßigen Elemente der irakischen Gesellschaft wahrt und alle gleich behandelt.

Zum Föderalismus:

Ein ganz wesentliches Element der Probleme im Irak ist die fast ausschließliche Machtkonzentration auf Bagdad, die so weit geht, daß die abgelegeneren Regionen kaum je die Möglichkeit haben, ihre Probleme anzugehen, ihre Bedürfnisse, Interessen und Besonderheiten zu vertreten. Hier liegt die Lösung im Zuge einer allgemeinen administrativen Dezentralisierung in der Verteilung von Macht- und Amtsbefugnissen auf die verschiedenen Regionen. Ein föderalistisches System könnte zwischen einer notwendigen Zentralregierung mit effektiver, aber nicht hegemonialer Macht und den verschiedenen Regionen vermitteln, die ebenfalls mit hohen Machtbefugnissen ausgestattet wären – das alles innerhalb eines zu schaffenden Gesetzesrahmens, der die Verantwortlichkeiten zwischen Zentrum und Regionen auslotet. Im Idealfall würde ein föderalistisches System die Gesetzesgrundlage für einen ungeteilten irakischen Staat unter Anerkennung der innerstaatlichen Vielfalt schaffen.

Die föderale Strukturierung des Irak würde nicht auf den verschiedenen Religionsgemeinschaften basieren, sondern nach administrativen und demographischen Gesichtspunkten vorgehen. So würde man die Formierung von religiös motivierten Körperschaften vermeiden, die zu Abspaltungen oder Separatismus führen könnten. Das angestrebte föderalistische System würde die verschiedenen Regionen mit erheblicher Macht ausstatten, inklusive gesetzgeberischer, fiskalischer, judikativer und exekutiver Befugnisse, so daß das Zentrum nicht unter die Vorherrschaft einer speziellen, dominanten Gruppierung geraten könnte, die ihre Hegemonie dann auf das ganze Land ausdehnen könnte. Die föderalistischen Strukturen des Irak sollten die guten Erfahrungen anderer Länder berücksichtigen, die bereits erfolgreich mit diesem System arbeiten.

Zur Abschaffung der religiösen Diskriminerung:

Die Deklaration der irakischen Schiiten fordert eine Beendigung der staatlich sanktionierten Glaubensverfolgung durch die Schaffung von geeigneten politischen und humanitären Rechten, die die Benachteiligung der Schiiten aufhebt.

A Politische Rechte

Um die Diskriminierung zu beenden, die Glaubensgemeinschaften von Seiten der Behörden über Jahrzehnte erlitten haben, müssen zuerst die administrativen Strukturen des irakischen Staates und seiner zivilen wie militärischen Institutionen einer Untersuchung unterzogen werden. Vor allem die Einstellungs- und Beförderungspraktiken der Vergangenheit müssen durch ein System ersetzt werden, bei dem Befähigung, Effektivität und Kompetenz im Vordergrund stehen. Eine Bundesbehörde zur Bekämpfung der Religionsdiskriminierung müßte gegründet werden; sie hätte zu untersuchen, nach welchen Kriterien wichtige Regierungsposten besetzt wurden; gleichzeitig wäre sie dafür zuständig, Klagen wegen religiöser Diskriminierung entgegenzunehmen. Außerdem sollte sie alle Formen der religiösen Diskriminierung im öffentlichen Leben und im Privatbereich bekämpfen. (...)

Die Staatsangehörigkeit muß gesetzlich geregelt werden, wobei die Loyalität zum Irak wichtiger ist als religiöse oder nationale Zugehörigkeit.

B Humanitäre Rechte

Für die Schiiten geht es insbesondere um folgende Punkte:

1.-Das Recht auf freie Religionsausübung bei Riten und Ritualen und die autonome Verwaltung ihrer religiösen Heiligtümer und Institutionen durch legitimierte schiitische Instanzen.

2.-Freie Ausübung ihrer Religion in Moscheen, Versammlungshäusern und anderen Institutionen.

3.-Das Recht auf freie Lehrtätigkeit an den religiösen Universitäten und Institutionen ohne Intervention der zentralen oder regionalen Behörden.

4.-Reise-, Bewegungs- und Versammlungsfreiheit für schiitische Religionsführer, Ulemas und Sprecher; das Recht der Lehrtätigen, der Hawzas, ihre Angelegenheiten so zu regeln, wie sie es für angemessen halten.

5.-Aufnahme der schiitischen Schreine und Städte in die Unesco-Liste der Weltkulturdenkmäler zum Schutz vor willkürlicher Veränderung und Zerstörung.

6.-Das Recht, religiöse Texte und Bücher zu publizieren und religiöse Institutionen und Gemeinden zu gründen.

7.-Das Recht, unabhängige Schulen, Universitäten und andere Lehrstätten und Akademien im Rahmen eines ausgedehnten nationalen Bildungsprogramms zu gründen.

8.-Erweiterung des nationalen Bildungskurrikulums um Elemente des Jafari-Glaubens, vergleichbar der Art, wie Elemente anderer islamischer Gesetzesschulen bereits heute unterrichtet werden.

9.-Revision derjenigen Elemente des Geschichtsunterrichts, die auf eine Verunglimpfung der Schiiten abzielen, und eine authentische Geschichtsschreibung, die antischiitische Vorurteile beseitigt.

10.-Das Recht auf Gründung schiitischer Moscheen, Versammlungshäuser und Bibliotheken.

11.-_Allgemeine Achtung der schiitischen Begräbnisstätten.

12.-Staatliche Anerkennung der wichtigsten Daten im schiitischen Kalender.

13.-Repatriierung aller Irakis, die ausgewiesen wurden oder wegen zu erwartender Repressalien das Land verlassen mußten, und volle Wiedererlangung ihrer verfassungsmäßigen und humanitären Rechte.

Schlußfolgerung

Es ist von größter Bedeutung, daß alle Elemente des politischen Spektrums im Irak sowie auch Repräsentanten aller Regionen in den Prozeß zur Beendigung der unerträglichen gegenwärtigen Situation involviert werden. Alle Gruppierungen müssen an Wandel und Aufbau eines neuen irakischen Staates beteiligt werden, so daß alle für das Endergebnis verantwortlich sind und sich als echte und gleiche Partner verstehen. (...)

Übersetzung aus dem Englischen:_Edith Beleites

Konkret 04/03, S. 49

Nach dem Krieg: Vor dem Krieg?
Das erste und das letzte Wort

Abschlußerklärung der Versammlung des Koordinations- und Nachfolgekomitees der Irakischen Opposition in Salahaddin, Irakisch-Kurdistan, vom 26. Februar bis 1. März 2003

Während sich der Irak in einer kritischen Situation befindet, kam das bei der Londoner Konferenz der Irakischen Opposition im Dezember 2002 gewählte Koordinations- und Nachfolgekomitee im befreiten Teil des Irak zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei dem Treffen waren 54 Mitglieder anwesend.

Die Versammlung gibt dem irakischen Regime die Verantwortung für die gefährdete Sicherheit des Landes. Die Situation resultiert aus Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen, Benachteiligungen diverser Bevölkerungsgruppen, Nichteinhaltung relevanter Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, Aggressionen gegenüber Nachbarländern und der Weigerung, die Massenvernichtungswaffen zu beseitigen. Die Versammlung appelliert an die USA und an die internationale Gemeinschaft, zwischen dem Regime Saddam Husseins und dem irakischen Volk zu unterscheiden, zwischen Massenvernichtungswaffen und der Infrastruktur des Irak. Die Versammlung ist sich einig, daß nach einem Sturz des jetzigen Regimes das Volk und seine wahren Repräsentanten so schnell wie möglich die Macht übernehmen sollen. Sie ist zuversichtlich, daß der Irak ausgewogene Beziehungen zu anderen Ländern unterhalten wird, die auf Gegenseitigkeit und Kooperation basieren, nicht auf Okkupation.

Die Versammlung nahm Berichte zur Kenntnis, nach denen türkische Truppen im Zuge eines unilateralen Vorgehens im irakischen Kurdistan einmarschieren wollen, und hofft, daß es nicht dazu kommt. Wir wissen die internationale Koalition zur Durchsetzung der UN-Resolutionen zu würdigen, desgleichen die Unterstützung für das irakische Volk zum Sturz des diktatorischen Regimes und zur Einführung der Demokratie im Irak, aber wir lehnen eine militärische Intervention der Türkei ab, ebenso wie jede andere Intervention durch regionale Kräfte. Gleichzeitig reicht die Versammlung der Türkei freundschaftlich die Hand und versichert ihr, daß unsere kurdischen Brüder und alle Mitglieder der irakischen Opposition eine Teilung des Irak ablehnen. Die Versammlung bekräftigt ihren Glauben an ein geeintes Land. Sie nimmt die türkischen Sicherheitsbedürfnisse ernst und wünscht sich die Aufnahme bester nachbarlicher Beziehungen mit der Türkei. Wir, die Mitglieder der irakischen Opposition, appellieren an die Regierung der Türkei, mit uns in einen offenen, ehrlichen und direkten Dialog zu treten, unter Einbeziehung der USA; wir wiederholen unser Bekenntnis zu einem geeinten Irak und zu verstärkten Bemühungen um die nationale Einheit des Irak auf der Basis demokratischer, föderaler und gleicher Staatsbürgerschaft für alle Irakis, ganz gleich, ob es sich um Araber, Kurden, Turkmenen, Assyrer oder Chaldäer handelt.

Das irakische Volk soll das erste und das letzte Wort haben bei der Gestaltung seiner inneren Angelegenheiten. Der Irak ist ein Land mit starken arabischen und islamischen Prägungen. Er ist ein Land mit vielen heiligen Stätten, die durch Saddam Hussein aufs übelste zugerichtet wurden – wie vieles, was uns heilig ist. Das Regime Saddams hat Millionen Landeskinder ins Exil getrieben. Hunderttausende wurden in einem Bürgerkrieg getötet und verwundet, der alle Landesteile erfaßt hat. Die Opposition versteht sich als Partner bei der Befreiung des Irak und beim Aufbau eines neuen, demokratischen Irak. Die irakische Opposition wird mithelfen, die Stabilität wiederherzustellen und Anarchie und Chaos zu vermeiden. Dabei wird sie die Unterstützung der irakischen Armee und des irakischen Volkes in Anspruch nehmen, einschließlich religiöser und ethnischer Führungspersönlichkeiten, um gemeinsam Recht und Ordnung wiederherzustellen, sozialen Frieden und Toleranz gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppierungen. Die irakische Opposition will alle militärischen Organisationen rehabilitieren, einschließlich der Kräfte, die unter dem Kommando der irakischen Opposition stehen, und sie in eine künftige irakische Nationalarmee reintegrieren. Sie will die Militarisierung der Gesellschaft beenden, indem sie die Armee in die Baracken zurückschickt, alle Institutionen repressiven Charakters auflöst und das Gedankengut beseitigt, das zur Tyrannei geführt hat. Die irakische Opposition wünscht einen Zustand wiederherzustellen, in dem ein Leben nach verfassungsmäßigen Normen möglich ist und gutnachbarliche Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen mit regionalen, internationalen und arabischen Ländern wiederaufgenommen werden. Ein demokratischer Irak mit rechtsstaatlichen Prinzipien und innerem Frieden ist der beste Garant für die Verbreitung von Frieden und Stabilität im Verhältnis zu anderen Ländern und in der internationalen Gemeinschaft. (...)

Es geht darum, die nationale Befreiung vorzubereiten und zu verhindern, daß ein Vakuum in Politik, Administration und Sicherheitsfragen entsteht. Und es geht um die bestmögliche Vertretung des irakischen Volkes in der internationalen Arena und gegenüber freundlich gesinnten Staaten, die mit ihm kooperieren wollen. Die Versammlung betont die Notwendigkeit

der breitest möglichen Kooperation, um den Wandel im Irak herbeizuführen, auf alle Eventualitäten vorbereitet und für eine Übergangsphase gewappnet zu sein, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Saddam-Tyrannei beginnen wird.

In diesem Zusammenhang beschließt die Versammlung, den Dialog auch mit all den Kräften fortzusetzen, die sich nicht an diesem Treffen oder der Londoner Konferenz der Irakischen Opposition beteiligt haben. Wir appellieren an sie, sich diesem patriotischen Prozeß anzuschließen. Wir appellieren an alle im Irak und im Exil lebenden Menschen, die über spezielle Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, sich an dieser Arbeit zu beteiligen, beim Aufbau eines neuen Irak mitzuhelfen, den Kontakt zur Administration und der vorhandenen Infrastruktur zu halten und die anstehenden Aufgaben während der Übergangsphase zu übernehmen. Darüber hinaus müssen die Nachwirkungen des brutalen Saddam-Regimes beseitigt werden, um den Weg für den Übergang in ein parlamentarisches System und Rechtsstaatlichkeit in einem geeinten, demokratischen, pluralistischen und föderalen Irak zu ebnen, wo islamische Wertvorstellungen respektiert werden und Religionsfreiheit herrscht. Das kurdische Experiment und sein Fortgang haben in elf Jahren bewiesen, was Irakis zu leisten imstande sind. Diesbezüglich würdigen die Delegierten dieser Versammlung die großen Leistungen auf allen Gebieten – die politische und demokratische Entwicklung, die erreichte Sicherheit und Stabilität, die nationale Versöhnung und Transparenz – trotz der schwierigen Umstände, des Drucks und der Angriffe, denen die Region auch nach dem Rückzug des irakischen Regimes im Jahre 1991 noch ausgesetzt war. (...)

Die Versammlung grüßt den Botschafter des Freien Irak, Dr. Zalmay Khalilzad (...) In seiner wichtigen Rede bei der Eröffnungssitzung begrüßte Dr. Khalilzad die Aussagen des (amerikanischen) Präsidenten, daß es den USA nicht darum gehe, einen Diktator durch einen anderen zu ersetzen, daß sie ein demokratisches Regime im Irak unterstützen würden, daß die USA nicht die Absicht hegten, über den Irak zu herrschen und daß die Irakis ihre Regierung selbst wählen sollten. Die Delegierten wußten diese programmatischen Aussagen des Präsidenten der Vereinigten Staaten sehr zu schätzen. Die Versammlung sandte außerdem eine Botschaft an etliche arabische Staaten, in der sie dringend um Unterstützung für das irakische Volk bat, das den arabischen Ländern stark verbunden ist. Des weiteren forderte sie diejenigen auf, die immer noch das bestehende irakische Regime erhalten wollen, von dieser kurzsichtigen Politik Abstand zu nehmen. Die Versammlung unterstützt all jene, die Saddam Hussein unter Druck setzen und auf eine friedliche Übergangsperiode hinwirken, die das brutale Regime und all seine Machenschaften beendet. Wir wünschen diese Bemühungen aufrechtzuerhalten, um einen Krieg zu verhindern und gleichwohl ein grauenvolles Kapitel irakischer Geschichte endlich zu beenden. (...)

Am Ende dieses historischen Treffens ehrten die Delegierten die mutigen Friedenskämpfer, unsere Märtyrer und deren Familien, die politischen Gefangenen, Verbannten und Exilierten, die Vermißten und Verschwunden. Die Versammlung appelliert an das irakische Volk, das unter Unterdrückung, Not und Elend leidet, sich auf den Tag der Befreiung vorzubereiten. Die Delegierten appellieren an die Exilierten, ihre Arbeit zu intensivieren und zu vereinheitlichen, damit wir alle an einer einheitlichen Vision des künftigen Irak arbeiten. Die Versammlung verabschiedet einen Appell an alle (Ba'th-)Parteimitglieder und die zahlreichen Institutionen der Partei: Die künftige Ordnung wird auf Toleranz basieren, auf Vergebung und Versöhnung. Sie wird alle Formen der ethnischen und religiösen Diskriminierung beenden, alle repressiven Gesetze abschaffen, und es wird niemanden mehr geben, der über den Gesetzen steht. Der künftige Irak ist für alle da: Araber, Kurden, Turkmenen, Assyrer, Chaldäer und andere ethnische Minderheiten, Moslems und Christen, Schiiten und Sunniten und alle anderen kulturellen Gruppierungen. Es wird nicht der Irak einer einzigen Person oder Partei oder einer einzelnen ethnischen Gruppierung sein, die den ganzen Rest des irakischen Volkes außen vor ließe.

Übersetzung aus dem Englischen:_Edith Beleites

Konkret 04/03, S. 51

Marit Hofmann

Popkameraden

Kulturkolumne

Wozu braucht der Kanzler eigentlich noch Kanzlerberater? Zur Zeit läuft, ohne das Zutun der Marketingstrategen, die größte Werbekampagne, die es je für die Bundesregierung gegeben hat. »Gerhard Schröder hat es als erster europäischer Regierungschef auf sich genommen, vor diesem Krieg zu warnen«, tönen etwa Manfred Bissinger und Hark Bohm, Günter Grass und Marius Müller-Westernhagen, Peter Sloterdijk und Friedrich Schorlemmer, Klaus Staeck und Martin Walser und noch einige andere Kulturelitesoldaten im Friedenseinsatz. Gleich darauf setzen Rafik Schami, Vicco von Bülow et al. eine Erklärung in die Welt, die den »Irak als Wiege der menschlichen Zivilisation« besingt.

Klingt bloß leider alles viel zu steif und staatsmännisch. Vorbildlich ist es daher, daß die Teilnehmer der »Echo«-Verleihung ihren Event spontan zu einem Wettbewerb umfunktionierten: Wer findet den griffigsten Slogan für die deutsche Außenpolitik? Thomas D. von den Fantastischen 4 wollte sich gleich um einen Posten als Kanzleramtssprecher bewerben: »Das Zeichen, das gesetzt wird dieser Tage und auch gesetzt werden muß, ist, daß sehr viele Menschen nicht für Krieg sind, sondern den Frieden behalten wollen.« Wenig förderlich für seine Politkarriere dürfte allerdings die Einschätzung sein, »daß es ein paar Superwichser auf dieser Welt gibt, die einen Krieg wollen, sie wollen mehr Macht, sie sind geil nach dem Geschmack von Blut zwischen den Zähnen«. Die Deutschen freilich ausgenommen: »Ich bin sehr froh, daß nicht nur die Menschen, die Bürger, das Volk nein sagt, sondern auch unsere Regierung sagt ›Nicht mit uns!‹. Es macht mich stolz.«

Herbert Grönemeyer wiederum findet es »völlig richtig« und zudem »toll, daß das Land sich geschlossen zeigt, daß die Leute gegen den Krieg und die Bevormundung der Amerikaner sind. Ich finde das wunderbar und sehe das genauso.« Und der Mann will Songwriter sein.

Der Rammstein-Musiker Flake Lorenz, den die »Junge Welt« ausgiebig zu Wort kommen ließ, zeigt, »daß ich gegen den Krieg bin, indem ich mit meinem Körper zu den Demonstrationen gehe«. Immerhin räumt Lorenz in einem Anflug von Selbsterkenntnis ein: »Wenn ich mich gut verbal ausdrücken könnte, wäre ich kein Musiker geworden, sondern Redner.« Oder Werbetexter. Sandy von den No Angels »weiß nur« – nur? – , »daß Schröder keinen Krieg will, und da stehe ich vollkommen hinter ihm«. Wladimir Klitschko trinkt Jägermeister, weil »ich die Außenpolitik von Deutschland einfach erstklassig finde«. Auch nicht übel. Doch wo der Hammer hängt, weiß allein der Reggaemusiker Gentleman. Die deutsche Haltung zum Irakkonflikt? »Hammer, es ist genau das Richtige.«

Hartmut Engler von Pur hat sich bereits tiefer in die Materie eingearbeitet und »im Moment schon stark das Gefühl, daß es um Öl geht ... Ich finde, daß unser Bundeskanzler das in der Situation eigentlich richtig macht.« Aber das rappt doch nicht! Immerhin empfiehlt Engler einen Demosoundtrack: »Als der Golfkrieg 1991 ausbrach, haben wir ein Lied gemacht ›Kein Krieg ist heilig, kein Krieg ist gerecht‹, und das ist jetzt genauso.« In einem Punkt hat er natürlich recht: Man kann die vertracktesten Traktate und eingängigsten Parolen ausgeben – welches Werbemedium wäre aber effektiver als die Musik?

Zwar waren als Friedenssänger bislang nur die einschlägigen Weckerwadermey hervorgetreten, die allenfalls die Corega-Tabs-Linke begeistern. Aber als das Triumvirat im Anschluß an die Großdemo am 15. Februar die Aktion »Künstler für den Frieden« an der Berliner Siegessäule wiederbelebte (Wecker: »Es ist ein unheimlich schönes Gefühl, sich an so einem Tag emotional fallen lassen zu können«), solidarisierte sich Paddy Kelly und gab so auch den von Wecker unbeeindruckten Teenies Gelegenheit, ihre pazifistische Ader zu entdecken. Inzwischen ist das Mitglied der Kelly Family nur einer von vielen in einer einigen Musikergroßfamilie.

Während die Deutsch-Amerikanische Freundschaft (DAF) mit ihrem Radiohit »Der Sheriff (Antiamerikanisches Lied)« die Technoszene bedient (siehe Kunst & Gewerbe, S. 52), Rapper antiamerikanisches und antisemitisches Liedgut reimen (siehe S. 79) und Karat und die Puhdys mit dem Sampler »Hey Mr. President – No Bomb« die Ostrockfans befrieden, hat nun auch die Popfraktion ihren Friedenssong bekommen. In einer Hamburger Gemeinschaftsaktion haben sich der Knallcharge Peter Lohmeyer, der Theatermacher Ulrich Tukur und die bislang der Politlyrik abholde Independentband Fink zusammengeschlossen, um »mal bißchen Flagge zu zeigen, bißchen Pep in die Friedensbewegung zu bringen« und nicht zuletzt »einen Kanal zu finden, wo unsere Ohnmacht reingeht« (O-Ton Lohmeyer). Als sie ihren »Bagdad-Blues« (Refrain: »Ja, der weiße Mann aus Texas dreht den Teufel heut am Spieß, und alle, die ein anderes Lied singen, grillt der Mann im Fegefeuer mit«) auf einer Pressekonferenz präsentieren, treibt die Journalisten nur eine Sorge um: Ob die Kollegen vom Rundfunk sich auch trauen werden, so ein mutiges Lied zu spielen?

Immerhin fanden sich genug Sponsoren, um das nach Reinhard Mey meets Truck Stop klingende Countrystück auch gleich zu einem Video zu verwursten, in dem Peter »Peace« Lohmeyer den »Henker aus Texas« gibt. Der Charakterdarsteller wirft dem US-Präsidenten im übrigen »seine Dummheit« vor. »Zum Glück« sei er, Lohmeyer, »mit diesem Charakterzug nicht ausgestattet«.

In einer Zeit, in der die Bundesregierung sich im Machtkampf mit den USA erprobt, in der Hunderttausende gegen einen Irakkrieg demonstrieren, in der sogar die deutsche MTV-Filiale gegen Amerika mobil macht, in der also die Türen für Anti-Bush-Songs sperrangelweit offenstehen, ist das wirklich mutig. Schließlich droht Lohmeyer und Konsorten, die zum deutsch angeheizten und mitgeführten Kosovokrieg geschwiegen haben, mindestens eine Ladung zum Verhör ins Kanzleramt.

Auch die Schlagerfreunde, die seit »Ein bißchen Frieden« auf neue Antikriegssong zum Mitsingen warten, dürfen aufatmen. Bei der deutschen Vorentscheidung für den Grand Prix verfehlte die »Taz«-Gesandte Senait mit einem u.a. von Claudia Roth und Bascha Mika gekürten Text zwar meilenweit das Thema (»Kannst du mein Herz aus Eis berühren, laß mich deine Nähe spüren«). Wie man den politischen Geist der Zeit unmusikalisch umsetzt, wußte der von der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« gecastete Junge mit der Gitarre dafür um so besser. »Heut denk ich nicht an Terror, nicht an Bomben, nicht an Krieg«, trällert er. »Heut denk ich an den Frieden, weil die Sonne den Frieden so sehr liebt.«

Die Gruppe Tagträumer träumt ebenfalls vom »living in a peaceful world« und unterbreitet den Kriegsparteien einen Vermittlungsvorschlag: »Laß uns aufstehen und verändern, denn es fängt bei deinen Nachbarn an.« Geschickt unterwandern sie den Schlagerwettbewerb mit ihrem historischen Wissen: »Gewalt erzeugt Gewalt – das wissen wir doch schon lange hier in Deutschland.« Das hört sich doch gleich viel überzeugender an als die Erklärung der Altherrenriege um Bissinger und Walser (»Zudem wissen wir uns als Deutsche in einer besonderen Verantwortung für den Bestand der Werte, die unsere demokratische Gesellschaft ausmachen«). Die ultimative Losung aber kommt vom Totalitarismustheoretiker Wecker. Die Wiedervereinigung habe schließlich gezeigt, daß eine »Diktatur ... unblutig zu Ende gehen« kann. So stark war sie nie, die Gemeinsamkeit der Demokraten. Jetzt müssen sie nur noch die arbeitslosen Kanzlerberater trösten.

Konkret 04/03, S. 52

Carsten Otte

Kunst & Gewerbe

Singen für den Frieden

Fünfzehn neue Lieder von DAF, und das erste Stück auf dem neuen Album (»Fünfzehn neue DAF-Lieder«, Superstar Records/Universal) heißt: »Der Sheriff (Antiamerikanisches Lied)«. Gut zwei Jahrzehnte kein Ton von der Deutsch-Amerikanischen Freundschaft, und nun wird der Bandname thematisiert: »Der Sheriff ist ein frommer Mann«, spricht Gabi Delgado-Lopez, Sänger und Texter bei DAF, mit gepreßter Stimme ins Mikro. »Alle müssen akzeptieren, was der Sheriff macht.« Alle? Wer ist alle?

Das Stück scheint in die friedensbewegte Landschaft zu passen. Der neue Demoschlachtruf kommt nicht von Franz Alt, sondern von DAF: »Wenn der Sheriff reiten geht, reiten alle mit.« Böser Sheriff, böser US-Präsident. Das Stück trägt allerdings den Untertitel »antiamerikanisches Lied«. Nein, das will der durchschnittliche Antikriegs-Demonstrant nun doch nicht sein: antiamerikanisch. Oder doch? Und wie ist das überhaupt bei DAF gemeint? Ich frage Gabi Delgado bei einem Gespräch im Haus ihrer Plattenfirma, in der schicken Berliner Geschäftszentrale von Universal. Überall schwirren Leute umher, die deutlich jünger sind als ich. Der Elektro-Punk von DAF ist bei den jungen Musikmanagern offenbar beliebt. Die meisten von ihnen haben wahrscheinlich keine Ahnung von den Diskussionen um den »Mussolini«, jenes Stück, das die Zuhörerschaft unter anderem aufforderte, »den Adolf Hitler zu tanzen«. Und die wenigsten werden wohl wissen, daß »Verschwende Deine Jugend« nicht nur der Titel eines aktuellen Jugend-Erinnerungsbuches von Jürgen Teipel ist, sondern eine Art Hymne war in einer Zeit, in der es noch nicht darum ging, als cooler Typ von zweiundzwanzig Jahren einen Job bei einem Medienkonzern wie Universal zu ergattern.

Wir sind beim Antiamerikanismus von DAF. Gabi Delgado: »Selbstverständlich sind wir antiamerikanisch, ich bin ja auch dafür, daß man das Sternenbanner verbrennt. Öffentlich, ist doch klar.« Delgado grinst. Ich habe jetzt die Wahl, dies als ernstgemeintes politisches Statement eines Musikers zu nehmen, was ja immer recht heikel ist; ich könnte aber auch glauben, daß er genau das Gegenteil meint, daß also die Schlichtheit des deutschen Antiamerikanismus Gegenstand seiner Ausführungen ist. Nach dem Motto: Subversion und Provokation durch krasse Affirmation. Zu befürchten ist, daß es dem Mann einfach gefällt, Scheiße zu labern. Warum auch nicht. Delgado setzt noch einen drauf: »Es geht doch darum, daß die Friedensbewegung von ihrem Blümchen-Image loskommt, sich so ähnlich wie die Polizei stylt, allerdings in schwarz. Und sich vielleicht einen roten Blitz auf den Rücken tätowiert. Und erbarmungslos zuschlägt.« Das wird ein nationalistischer Volkssturm, denke ich. Und schweige, denn für diesen Gedanken ist das Gesagte einfach zu bekloppt.

Robert Görl, der bei DAF für den Sound zuständig ist und für die neue Platte offenbar seine alten Musikmaschinen reaktiviert hat, spricht von analogen Kompositionsmustern: »Wir haben etwas gegen Schnörkel. Der Minimalismus ist viel kraftvoller. Es geht bei uns um Gewalt. Wir machen hier eine Front auf.« Da ist er wieder, der mystisch-militärische Duktus des antiimperialistischen Gesinnungskünstlers. Im Jahr 2003 irgendwie auch als Witz verkauft.

DAF hätte sich kaum eine bessere weltpolitische Situation aussuchen können, um nach gut zwanzig Jahren wieder aufzutreten. Und doch scheint die Strategie der Diskursverwirrung nicht mehr zu funktionieren. Die Hal-tung der Gruppe wirkt antiquiert. Man hat den Eindruck, als wolle sie Punk und Postmoderne auf einen Schlag verarbeiten, um doch noch in der Gegenwart anzukommen. Ihre Auseinandersetzung mit der RAF ist daher fast schon symptomatisch bieder. Im neuen Lied »Kinderzimmer« geht es um die Abrechnung mit den Göttern einer rebellischen Jugend. Das Booklet dokumentiert die Textzeilen in feinster raf-kleinschreib-ästhetik: »in meinem schönen kinderzimmer / damals noch im ruhrgebiet / herrschte immer die guerilla / guerilla ist der kleine krieg / ulrike meinhof war für mich / als kind ein echter superstar / an meinem heldenfirmament.«

Wir sprechen noch ein wenig über das Verfallsdatum von Pop-Ikonen und Andreas Baaders Liebe zum Porschefahren. DAF hat sich ein Kapitel in kulturwissenschaftlichen Magisterarbeiten verdient, die sich mit dem Prada-Meinhof-Komplex beschäftigen.

Konkret 04/03, S. 53

Kunst & Gewerbe

Fasten für den Frieden

Glücklicher würde es uns machen, wenn die Friedensaktivisten nicht mehr singen würden und sich ein Beispiel an den (eher) stummen Protestlern nähmen. KONKRET dokumentiert die schönsten Protestaktionen getreu der Maxime von Günther Anders, der in KONKRET 11/83 über die Aktion »Fasten für den Frieden« schrieb, ebensogut hätte man »sich dazu entschließen können, pausenlos nur Schinkensemmeln zu essen. Weder durch das eine noch durch das andere werden sich die militärischen Planer beeindrucken lassen.«

Blinken für den Frieden

Pressemitteilung der »Ideenschmiede Somethink«, www. the-lightwave.

com:

In den unter Denkmalschutz stehenden Grindelhochhäusern in Hamburg haben am Dienstag, den 18. Februar um 20 Uhr mehr als 3.000 Menschen für eine friedliche Lösung des Irak-Konfliktes mit den Fenstern geblinkt. Pünktlich zur ›Tagesschau‹ begannen die Mieter minutenlang das Licht in ihren Zimmern aus- und anzuknipsen. Der Blinkeffekt war so beeindruckend, daß Passanten auf der Straße Beifall klatschten und die Menschen in den Nachbarhäusern ebenfalls anfingen mitzublinken.

Ex-»Tagesschau«-Sprecherin Dagmar Berghoff ist von der Idee genau so begeistert wie ihr Kollege Wilhelm Wieben, der bereits bei dem Start der Aktion am Dienstag Abend mit vor Ort war. »Ich werde heute und an den kommenden Abenden auf jeden Fall bei mir zu Hause mitblinken«, sagte sie.

An alle, die den Krieg verhindern wollen: Blinkt für den Frieden! Je mehr Fenster blinken, desto mehr Beachtung findet unser Wunsch, daß wir Frieden wollen. Unser großer Traum ist es, daß irgendwann die ganze Stadt blinkt, und vielleicht sogar noch andere Städte. Und wenn das Blinken über die Grenzen Deutschlands oder Europas tritt, kann eine Lichtwelle entstehen, die um den ganzen Globus läuft.

Die Botschaft der Blink-Aktion lautet: Das diktatorische Regime des Irak ist gefährlich und muß unbedingt entwaffnet werden. Ein Krieg ist jedoch keine Lösung und verursacht nur noch schrecklicheres Leid. Die Entwaffnung darf nur durch die Uno und ihre Inspektoren erfolgen. Dafür treten wir mit unserem Blinken ein.

Datteln für den Frieden

Aufruf der »Gesellschaft Kultur des Friedens«, www.culture-of-peace.de:

Solidaritätsaktion: Irakische Datteln gegen Embargo und Krieg

Im Irak ist das Leben eines Kindes eine Dattel wert. Seit zwölf Jahren wird das irakische Volk einem Embargo unterworfen, welches das Land in die Knie gezwungen und über anderthalb Millionen Opfer gefordert hat, Opfer, deren einzige Schuld es war, in dem Land des Erdöls auf die Welt gekommen zu sein. Seit nunmehr zwölf Jahren sterben Monat für Monat 4.500 Kinder.

Mit dieser Aktion wollen wir sagen: Es reicht! Es reicht mit den wirtschaftlichen Sanktionen, die für Millionen Tote verantwortlich sind und ein ganzes Volk zu Hunger, Krankheit, Unwissenheit und Tod verdammt haben. Es ist ein Akt der Solidarität, um humanitäre Hilfsprojekte für die irakische Bevölkerung zu finanzieren, und ein Akt des Widerstandes gegen den Krieg um das Erdöl, der seit Monaten gegen den Irak vorbereitet wird und der neue Leiden für den Nahen Osten bringen würde. Geben wir den Kindern des Iraks ihr Lächeln zurück!

Frieden für Eilige

Pressemitteilung der »AnStiftung«, 12. März:

Zehn Minuten gegen den drohenden Irak-Krieg

Kolleginnen und Kollegen, es ist zehn vor zwölf! Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europas auf, am Freitag zehn Minuten vor zwölf mit Aktionen in den Betrieben und Verwaltungen ein Zeichen für den Frieden zu setzen: Mit diesem Protest stärken wir die Regierungen, die im UN-Sicherheitsrat verhindern wollen, daß die Welt in ein gefährliches Kriegsabenteuer gestürzt wird.

Die Regierungen Bush und Blair sollen wissen: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sagen nein zu einem Krieg gegen den Irak!

Stuttgarter versammeln sich um 11.50 Uhr auf dem Schloßplatz.

Höhenangst für den Frieden

Pressemittielung von Greenpeace, 10. März:

Beifall von ungewohnter Seite erhielten am Montag rund 30 Greenpeace-Aktivisten für ihre Aktion am Brandenburger Tor. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit fand die Aktion »inhaltlich in Ordnung«, auch wenn das Brandenburger Tor ja eigentlich nicht zum Raufklettern sei. Dafür erhielt Greenpeace jedoch vom Hausherrn, Kultursenator Thomas Flierl, die offizielle Genehmigung. Auch Berliner Passanten spendeten spontanen Szenenapplaus für die Friedensbotschaft, die seit dem Morgen im Wind flatterte: Ein sieben mal neun Meter großes Banner mit der Aufschrift »Old Europe says: No War!«

In einem Appell an die Bundesregierung fordert Greenpeace Bundeskanzler Schröder auf, am Dienstag in der Sitzung des UN-Sicherheitsrats bei seiner bisherigen Haltung zu bleiben und sich nicht dem Druck der US-Regierung zu beugen.

Bis zum Abend hielten die Aktivisten an der Seite der Quadriga aus. Wie sehr Greenpeace mit dem Appell für den Frieden den Menschen aus der Seele spricht, wurde den ganzen Montag über in Berlin spürbar. Ein lokales Café versorgte die Aktivisten mit heißen Getränken, Passanten lobten die Aktion, und am Abend sorgten die Techniker des Brandenburger Tores für eine ansprechende Beleuchtung. Kurz vor Beendigung der Aktion zog noch der allmontägliche Berliner Friedensmarsch durch das Tor.

Masturbieren für den Frieden

www.masturbateforpeace.com:

Favorite bumper stickers:

Abuse your middel peace, not the Middle East

War is silly, whack your willy

War is heinous, thumb your anus

Touch your sack, not Iraq

Konkret 04/03, S. 54

Gerhard Scheit

Politische Theologie

In seiner »Theorie des Partisanen« hat Carl Schmitt die Rechtfertigung des Selbstmord-Attentats vorweggenommen.

Carl Schmitt war der erste Globalisierungskritiker. Mitten im Zweiten Weltkrieg malte sich der konservative Staatsrechtler und Nazi-Apologet eine Weltordnung aus, die weit über den Kalten Krieg hinauswies: die One World, in der eine einzige Supermacht übriggeblieben ist.

Die mit dem Westen verbündete Sowjetunion spielt in Schmitts Überlegungen schon 1942 kaum eine Rolle mehr. Vermutlich ging er davon aus, daß der Feind im Osten von den Armeen Hitlers bereits so gut wie zerschlagen sei. Damit verliert auch der manifeste Antikommunismus wesentlich an Bedeutung. Um so mehr gewinnt die Westfront: Denn in den Vereinigten Staaten sieht Schmitt einen »Beschleuniger wider Willen«, der letztlich doch nur die Sache der Deutschen besorge. »Das große Thema des gegenwärtigen Weltkrieges liegt gerade in dem Gegensatz gegen eine solche universale Weltmacht und ihren Weltordnungsanspruch. Gegen den Universalismus anglo-amerikanischer Weltherrschaft hat sich der Gedanke einer in kontinental zusammenhängende Großräume sinnvoll eingeteilten Erde durchgesetzt. Es kann keine gelenkte Weltwirtschaft geben.« Jeder aufmerksame Beobachter habe auch »die Selbstwidersprüche bemerkt, an denen die westliche Hemisphäre seit langem krankt und die seit dem Beginn der imperialistischen Zeit, seit 1898, so erstaunlich gewachsen sind, daß der Gedanke einer von dort her kommenden neuen Weltordnung grotesk erscheint« (»Beschleuniger wider Willen«, 1942).

Da wird erkennbar, daß Schmitt in seiner Depotenzierung der Rechtsidee, in der Unterwerfung der Rechtsordnung unter den Begriff der Souveränität, die Ordnung des Kapitals treffen wollte, wie sie ihm als deutschem Staatsrechtler eben erschien. Zu der »imperialistischen Wirklichkeit eines ökonomischen Welthandelsanspruchs ... gehört die grenzenlose, universale Intervention. Die Interessen eines Weltkapitalismus zwingen zu einer allgegenwärtigen, ›ubiquitären‹, Einmischungs- und Nicht-Anerkennungspolitik, die sich anmaßt, zu jeder an irgendeinem Punkt der Erde eintretenden Änderung der Lage von Washington aus das Placet zu erteilen oder zu verweigern.« Die Regierung in Washington agiert Schmitt zufolge nicht als Souverän der Welt, der im Ausnahmezustand aktiv werden muß und soll, sondern als Organ, das lediglich auf die Verletzung des Rechts reagiert – mit dem Staatsrechtler und Schmitt-Antipoden Hans Kelsen gesprochen: das also den Zwangsakt exekutiert, der im Recht selbst vorgesehen ist und wodurch allein der bedingende Tatbestand als Unrecht, der bedingte als Recht qualifiziert wird; mit einem Wort: als Weltpolizist.

Die Vereinigten Staaten »überziehen die ganze Erde mit einem System von Luftstützpunkten und Luftfähren und proklamieren ein ›amerikanisches Jahrhundert‹ unseres Planeten ... Nachdem die letzte dieser globalen Linien, die Linie der westlichen Hemisphäre, in einen grenzenlosen, globalen Interventionismus umgeschlagen ist, hat sich eine völlig neue Situation ergeben. Gegen die Ansprüche einer universalen, planetarischen Weltkontrolle und Weltherrschaft verteidigt sich ein anderer Nomos der Erde, dessen Grundidee die Einteilung der Erde in mehrere, durch ihre geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Substanz erfüllte Großräume ist.« So wie er stets aus der Ausnahme von der Regel seinen Dezisionismus ableitete, so hält Schmitt nun – über die kommende Niederlage Deutschlands hinausdenkend – fest, »daß die Erde immer größer bleiben wird als die Vereinigten Staaten von Amerika und daß sie auch heute noch groß genug ist für mehrere Großräume, in denen freiheitsliebende Menschen ihre geschichtliche, wirtschaftliche und geistige Substanz und Eigenart zu wahren und zu verteidigen wissen« (»Die letzte globale Linie«, 1943).

Theorie des Partisanen

Den freiheitsliebenden Menschen, also den Deutschen, ihre geschichtliche, wirtschaftliche und geistige Substanz und Eigenart zu wahren und zu verteidigen, hieß, immer neue Steigerungsformen von Vernichtung und Krieg herbeizuführen. Nachdem diese Beschleunigung zuletzt aber durch den »Beschleuniger wider Willen« gestoppt, der Großraum der Vernichtung durch die Alliierten des Universalismus gestürmt werden konnte, meinte Carl Schmitt voller Resignation, daß nun auch das wichtigste Organ der freiheitsliebenden Menschen abstirbt: die Souveränität als das Monopol der politischen Entscheidung, die bei Schmitt, wie Karl Löwith bereits früh festgehalten hat, auf der »Bereitschaft zum Nichts, welches der Tod ist«, gründet, auf dem »Opfer des Lebens an einen Staat, dessen eigene ›Voraussetzung‹ schon das Entscheidend-Politische ist«. Die Epoche der Staatlichkeit, so Schmitt, gehe jetzt zu Ende: »Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren. Mit ihr geht der ganze Überbau staatsbezogener Begriffe zu Ende, den eine europa-zentrische Staats- und Völkerrechtswissenschaft in vierhundertjähriger Gedankenarbeit errichtet hat. Der Staat als Modell der politischen Einheit. Der Staat als Träger des erstaunlichsten aller Monopole, nämlich des Monopols der politischen Entscheidung, dieses Glanzstück europäischer Form und occidentalen Rationalismus, wird entthront« (*Der Begriff des Politischen*, Vorwort von 1963). Was Schmitt bereits vor dem Nationalsozialismus befürchtete und dann durch diesen abgewendet sah, das werde

nun doch verwirklicht: »Der Souverän, der im deistischen Weltbild, wenn auch außerhalb der Welt, so doch als Monteur der großen Maschine geblieben war, wird radikal verdrängt. Die Maschine läuft von selbst« (*Politische Theologie*, 1922).

Aber der politische Theologe hörte nicht auf, nach dem Sandkorn im Getriebe zu suchen. Und er fand es trotz seiner politischen Herkunft und bereits mitten im Kalten Krieg – also in jener Ordnung, die er als abstrakte so sehr verabscheute – im Phänomen des Partisanen. Von ihm war er offenkundig fasziniert, ihm widmete er eine eigene Theorie (*Theorie des Partisanen*, 1963) – denn der Partisan erscheint wie der Retter des Politischen in einer Welt, in der die Souveränität des Staates preisgegeben wird. Mit seinem »intensiv politischen Charakter« ist der Partisan für Schmitt gewissermaßen der letzte Vertreter einer Existentialpolitik, die ad personam noch realisiert, was einstmals Sache des »erstaunlichsten aller Monopole«, des Gewaltmonopols, war: die Bereitschaft zur Vernichtung.

Schmitt gibt mehrere Bestimmungen des Phänomens: »Irregularität, gesteigerte Mobilität des aktiven Kampfes und gesteigerte Intensität des politischen Engagements.« Der Partisan ist sozusagen der Einzelkämpfer des Ausnahmezustands, Stellvertreter einer Souveränität, die objektiv verdrängt worden ist. Er ist das Gefährliche, das aus der rechtlichen Sphäre des Staats herausfällt. Allein in der gleichsam persönlichen Feindschaft des Partisanen findet der atomisierte Bürger »den Sinn der Sache und den Sinn des Rechts, wenn das Gehäuse von Schutz und Gehorsam zerbricht, das er bisher bewohnte, oder das Normengewebe der Legalität zerreißt, von dem er bisher Recht und Rechtsschutz erwarten konnte. Dann hört das konventionelle Spiel auf.« Der Partisan als eingeschrumpfter Souverän; er ist der einzige, der weiterhin die Entscheidung um der Entscheidung gegen das Gesetz, um des Gesetzes willen hochhält – aber er tut es doch in einer gewissen Abhängigkeit von den übergeordneten Mächten, er rettet darum den Willen, der das Nichts will, nicht unbedingt.

Zum einen setzt Schmitt mit seinen sehr allgemeinen Bestimmungen verschiedenste Phänomene gleich: den spanischen Kampf gegen Napoleon im frühen 19. Jahrhundert, die Theorie gebliebenen Ansätze der Preußen (Kleist, Scharnhorst, Gneisenau, Clauswitz), die von der spanischen Guerilla sich inspirieren ließen, und die von Lenin, Stalin, Tito und Mao angeleitete Praxis im 20. Jahrhundert. Zum anderen aber differenziert Schmitt nach einem entscheidenden Kriterium: dem zufolge habe der Konflikt zwischen Moskau und Peking seinen »tiefsten Ursprung« in der »konkret-verschiedenen Wirklichkeit eines echten Partisanentums«, das von Mao repräsentiert werde, während Lenins und Stalins Partisanentum indirekt als unecht denunziert wird. Schmitt hebt hervor, daß die russischen Bolschewisten vom nationalen Standpunkt aus eine Minderheit waren, geführt von einer in der Mehrheit aus Emigranten zusammengesetzten Gruppe von Intellektuellen. Mao aber erscheint als der wahre Erbe des preußischen Widerstands gegen Napoleon, als »konsequente und systematisch-bewußte Weiterführung der Begriffe« von Clausewitz. »Im Vergleich zu der konkreten, tellurischen Wirklichkeit des chinesischen Partisanen« habe Lenin »etwas Abstrakt-Intellektuelles in der Bestimmung des Feindes«.

Lenin wird schließlich enttarnt als unechter Partisanenführer, als Agent einer universell ausgerichteten Weltmacht, die der US-Amerikanischen aufs Haar gleicht, die letztlich die Partisanen nur verheizt, deren konkreten Kampf mißbraucht zum Aufbau ihrer abstrakten Ordnung. »Die autochthonen Verteidiger des heimatlichen Bodens, die *pro aris et focis* starben, die nationalen und patriotischen Helden, die in den Wald gingen, alles, was gegenüber der fremden Invasion die Reaktion einer elementaren, tellurischen Kraft war, ist inzwischen unter eine internationale und übernationale Zentralsteuerung geraten, die hilft und unterstützt, aber nur im Interesse eigener, ganz anders gearteter, weltaggressiver Ziele, und die, je nach dem schützt oder im Stich läßt. Der Partisan hört dann auf, wesentlich defensiv zu sein. Er wird zu einem manipulierten Werkzeug weltrevolutionärer Aggressivität. Er wird einfach verheizt und um alles das betrogen, wofür er den Kampf aufnahm und worin der tellurische Charakter, die Legitimität seiner partisanischen Irregularität, verwurzelt war.« Wofür nahm er den Kampf auf, worin war seine Irregularität verwurzelt, und woraus resultierte sein tellurischer, sprich: bodenständig-nationaler Charakter? In der Bereitschaft zum Nichts, im Opfer für einen echten Staat, welche Chancen zu dessen Realisierung auch immer bestehen mögen.

Darum sieht Schmitt auch Mao in einem nahezu tragischen Widerspruch verfangen: in dem Widerspruch, »der einen raumlosen, global-universalen, absoluten Weltfeind, den marxistischen Klassenfeind, mit einem territorial-begrenzbaren, wirklichen Feind der chinesisch-aisatischen Defensive gegen den kapitalistischen Kolonialismus in sich verbindet«. Der marxistische Klassenfeind wird den echten Partisanen vom falschen Universalismus vorgesetzt oder besser: vorgespiegelt; der wirkliche Feind aber entspringt der Notwendigkeit, einen Großraum gegen diesen Universalismus gewaltsam zu besetzen und zu sichern. In diesem Sinn zitiert Schmitt das – von Rolf Schneider übersetzte – Gedicht Maos. »Kunlun«: »Wär mir der Himmel ein Standort, ich zöge mein Schwert / Und schlüge dich in drei Stücke: Eins als Geschenk für Europa, / Eins für Amerika, / Eins aber behaltend für China. / Und es würde Frieden beherrschen die Welt.«

Offen auszusprechen, daß der Universalismus, der dieser himmlischen Zerschlagung der Erde entgegensteht, genau wie vor 1945 als einer des jüdischen Gesetzes zu betrachten sei, vermeidet Schmitt. Er hat es nur dem Tagebuch anvertraut: »Die Emigranten ... führen den gerechten Krieg, das Schauerlichste, was menschliche Rechthaberei erfunden hat.« – »Als wir uns uneins wurden, haben die Juden sich subintroduziert. Solange das nicht begriffen ist, gibt es kein Heil ... Heute erleben diese Subintroduzierten eine Restauration mit kolossalen Entschädigungsansprüchen und Rückzahlungen« (*Glossarium.*

Aufzeichnungen aus den Jahren 1947-1951, 1993).

Theorie des Selbstmord-Attentats

Nun wird die Begeisterung der deutschen Linken 1968 ff. für Carl Schmitt verständlich: Dieser Theoretiker des Ausnahmezustands vereinigte die deutsche Vergangenheit mit der maoistischen Gegenwart im gemeinsamen Kampf gegen USA und Sowjetunion. Die Frage aber ist, wer wirklich die Kraft haben sollte, die Erde dem Universalismus zu entreißen und in drei Stücke zu zerschlagen. »Vorläufig bedeutet der Partisan immer noch ein Stück echten Bodens; er ist einer der letzten Posten der Erde als eines noch nicht völlig zerstörten weltgeschichtlichen Elements.« Aber was wird aus ihm »im Zeitalter der atomaren Vernichtungsmittel? In einer technisch durchorganisierten Welt verschwinden die alten feudal-agrarischen Formen und Vorstellungen von Kampf und Krieg und Feindschaft. Das ist offensichtlich. Verschwinden deshalb auch Kampf und Krieg und Feindschaft überhaupt und verharmlosen sie sich zu sozialen Konflikten?« Hier vertraut Schmitt letztlich doch seinem alten Begriff des Politischen – darauf also, daß es weiterhin eine unbedingte Bereitschaft zum Opfer gibt: »Wie aber, wenn es einem Menschen-Typus, der bisher den Partisanen lieferte, gelingt, sich an die technisch-industrielle Umwelt anzupassen, sich der neuen Mittel zu bedienen und eine neue, angepaßte Art von Partisanen, sagen wir den Industrie-Partisanen zu entwickeln? Gibt es eine Gewähr dafür, daß die modernen Vernichtungsmittel immer in die rechten Hände fallen und daß ein irregulärer Kampf undenkbar wird?«

Wie in einer Anspielung auf die Entwicklung im Nahen Osten schreibt Schmitt: »Im Schatten des heutigen atomaren Gleichgewichts der Weltmächte, unter der Glasglocke sozusagen ihrer riesigen Vernichtungsmittel, könnte sich ein Spielraum des begrenzten und gehegten Krieges ausgrenzen, mit konventionellen Waffen und sogar Vernichtungsmitteln, über deren Dosierung die Weltmächte sich offen oder stillschweigend einigen können. Das würde einen von diesen Weltmächten kontrollierten Krieg ergeben und wäre so etwas wie ein *dogfight*. Es wäre das scheinbar harmlose Spiel einer genau kontrollierten Irregularität und einer ›idealen Unordnung‹, ideal insofern sie von den Weltmächten manipuliert werden könnte.« Daß dieses Spiel nur scheinbar harmlos ist, wie alles auf Regeln beruhende Recht, darauf setzt der positive Theoretiker des Ausnahmezustands wie eh und je seine Hoffnung: »Der Acheron läßt sich nichts vorrechnen ...«

In der Gegenüberstellung von Konkretem und Abstraktem, konkreter deutscher Großraumordnung und abstrakter Weltherrschaft der USA bzw. des Kommunismus antizipiert Schmitt das ideologische Muster der deutschen Friedensbewegung der achtziger Jahre: »Die Feindschaft wird so furchtbar werden, daß man vielleicht nicht einmal mehr von Feind oder Feindschaft sprechen darf und beides sogar in aller Form vorher geächtet und verdammt wird, bevor das Vernichtungswerk beginnen kann. Die Vernichtung wird dann ganz abstrakt und ganz absolut. Sie richtet sich überhaupt nicht mehr gegen einen Feind, sondern dient nur noch einer angeblich objektiven Durchsetzung höchster Werte, für die bekanntlich kein Preis zu hoch ist.«

Wenn Schmitt sich selbst dagegen als Theoretiker des »gehegten Kriegs des europäischen Völkerrechts« darstellt, der den abstrakten unmenschlichen Krieg »revolutionärer Klassen- und Rassenfeindschaften«, den »gerechten Krieg« als äußersten Gegensatz zur konkreten und humanen Großraumordnung perhorresziert, dann schließt genau dieser gehegte Großraum die Feindschaft um der Feindschaft willen, die Bereitschaft zum Nichts ein, da doch der Theoretiker an seinem Souveränitätsbegriff festhält. Darin liegt die Bedeutung, die er dem Partisanen beimißt: Er möchte ihn am liebsten aus der Konstellation des Kalten Krieges herauslösen, befreien von den übergeordneten Mächten und zur Perspektive seiner Großraumordnung machen. Im Jahre 1914 seien »die Völker und Regierungen Europas ohne wirkliche Feindschaft in den ersten Weltkrieg hineingetaumelt. Die wirkliche Feindschaft entstand erst aus dem Kriege selbst, der als ein konventioneller Staatenkrieg des europäischen Völkerrechts begann und mit einem Weltbürgerkrieg der revolutionären Klassenfeindschaft endete.« Es ist kein Zufall, daß Schmitt hier den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg überspringt: Im Übersprungenen liegen nach wir vor seine Hoffnungen, daß sich der Großraum doch noch realisiere: »Wer wird es verhindern, daß in einer analogen, aber noch unendlich gesteigerten Weise, unerwartet neue Arten der Feindschaft entstehen, deren Vollzug unerwartete Erscheinungsformen eines neuen Partisanentums hervorruft? Der Theoretiker kann nicht mehr tun als die Begriffe wahren und die Dinge beim Namen nennen. Die Theorie des Partisanen mündet in den Begriff des Politischen ein, in die Frage nach dem wirklichen Feind und einem neuen Nomos der Erde.«

Die Theorie des Partisanen hat den Untertitel: »Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen«. Und damit hält sie die Hoffnung fest, daß dem Partisanen wieder ein Souverän entspringe; daß aus wirklicher Feindschaft und dem echten Partisanen ein Großraum der Vernichtung hervorwächst. Wäre Schmitt so alt geworden, die Selbstmord-Anschläge in Israel und das Attentat auf das World Trade Center noch zu erleben, er hätte darin die Konsequenz seines Lebenswerks sehen können: Seine Partisanen-Theorie erscheint wie eine Beschwörung des islamistischen Selbstmordattentäters. (Das Glänzen in den Augen Scholl-Latours, wenn er diese Ereignisse kommentiert, gibt einen Eindruck von der Befriedigung, die Schmitt darüber empfunden haben würde.) Der Partisan, der einmal gegen Faschismus und NS-Herrschaft rebellierte, verkehrt sich allmählich in sein Gegenteil; anverwandelt sich dem Feind. Gerade jene rein formalen Merkmale seiner politischen Aktivität, die Schmitt konsequent von allen inhaltlichen Voraussetzungen abgetrennt hatte und in dieser

Abstraktion fetischisierte, werden nun unmittelbar inhaltlich und realisieren, worauf die Theorie vom Ausnahmezustand immer zielte: Opfer und Vernichtung. Suicide attack ist der neue Begriff des Politischen.

So kehrt im Märtyrer des Djihad der »politische Theologe« wieder; er streift die Bindung an die übergeordnete, international agierende, unpolitische Macht, die im Kalten Krieg dominierte, ab – wie Bin Laden nach dem Partisanenkrieg gegen die Sowjetunion in Afghanistan die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten – und besinnt sich auf den tellurischen Charakter seines Kampfes, auf Blut und Boden: Er verliert nicht die Verortung in einem Großraum, sondern nimmt im Gegenteil von diesem Großraum aus den ebenso irregulären wie unversöhnlichen Kampf mit eben jener Macht auf, in deren Dienst er einst stand.

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 1/03 über Traktate zum Fanatismus

Konkret 04/03, S. 56

Jenna L. Brinning

Links & Rights

Daß in den nächsten Wochen der nächtliche Himmel über Bagdad von den Explosionen US-amerikanischer Bomben erleuchtet wird, scheint sicher. John E. Pike, Direktor der unabhängigen, gemeinnützigen Organisation Global Security (http://www. globalsecurity.org) sieht eine 90prozentige Chance, daß der Krieg binnen einer Woche vorüber sein könnte. Daß die Dauer des Krieges durchaus noch kürzer ausfallen könnte als vor zwölf Jahren meint auch James Phillips, ein Sicherheitsexperte der konservativen Washingtoner Heritage Foundation (http://www.heritage.org). Wesentlich brutaler als 1991 könnte es diesmal allerdings auch laufen, so Phillips. Der Grund dafür ist der »Shock and Awe«-Angriffsplan: 800 sogenannte Cluster- oder Superbomben, die binnen 48 Stunden fallen sollen. Diese amerikanische Strategie soll schließlich zum ultimativen »Voilà-Moment« führen der Moment, laut Colin Powell, in dem irakische Bürger erkennen, daß die Bomben gar nicht auf sie gerichtet sind, sondern auf ihre Regierung die sie dann natürlich schnurstracks im Stich lassen werden.

Während die Heritage Foundation auf das Publizieren von Forschungsergebnissen zugunsten Bushs Weltordnungsversuchen spezialisiert ist, konzentriert sich Global Security auf neue Lösungsansätze zu sicherheitspolitischen Herausforderungen. Eins ihrer Ziele ist zum Beispiel, die Anwendungsrisiken von Nuklearwaffen zu reduzieren. Als Gegner der Strategic Defense Initiative (»Star Wars«) wird der Global-Security-Gründer Pike sowohl von der Presse als auch vom US-Kongreß seit den Achtzigern regelmäßig konsultiert. Wie auch auf http://antiwar.com/ steht bei Global Security eine tägliche Nachrichtenbündelung zum Irakkonflikt online zur Verfügung (http://www.globalsecurity.

org/military/ops/iraq.htm). Zum Thema Irak ist ein aktueller Überblick über Truppentransporte mit einer Sammlung von Satellitenfotos und Filmmaterial abrufbar. Auch alle anderen Spezialgebiete Pikes werden auf der Website abgedeckt: von ABC-Waffen, Cyberstrategien, Weltraumforschung bis zu nationaler Sicherheit werden dort alle strategischen Verteidigungsmaßnahmen der USA dokumentiert und analysiert.

Konkret 04/03, S. 57

Georg Seeßlen

Ästhetik des Ungehorsams

In München werden Zeichnungen Paul Klees aus dem Jahr 1933 gezeigt.

1Fast alle Deutschen haben in der Hitlerzeit Juden geholfen und frech gegen den Führer geredet. Sie haben die Nazi-Kunst gleich als furchtbaren Kitsch durchschaut und sind in die Ausstellung »Entartete Kunst«, wo man unter anderem Bilder von Paul Klee sehen konnte, nur gegangen, um dort das Wahre und Wirkliche zu suchen, das sie sich doch von einem verkrachten, talentfreien Maler nicht wollten ausreden lassen. Nur wer das glaubt, kann selig werden in der deutschen Nachkriegskultur. So selig wie die Kunstgeschichte in Deutschland nach dem Krieg, die, zunächst, niemand neu geschrieben hat.

In der Zerfallskultur des bildungsbürgerlichen Zerfallsprodukts, vulgo »Spaßgesellschaft«, dominiert ein hochmanipulativer, wenn nicht mafios organisierter privater Kunstmarkt auf der einen und eine Eventkultur mit gigantomanischen Ausstellungen und einem disneyfizierten Drumherum auf der anderen Seite. Weder für den ästhetischen Eigensinn noch für den künstlerischen Anspruch ist dazwischen viel Raum, und wenn man zuviel davon wagte, wie gelegentlich bei der Documenta, maulte auch das liberale Feuilleton über »Theorielastigkeit« und »Politisierung der Kunst«. Jetzt aber ist Krise. Nicht bloß ökonomisch, sondern auch moralisch. Jetzt müßte die Kunst wieder helfen.

Aber ach! Die Frage nach Kunst und Moral, nach einer wirklich modernen Ikonographie für ein politisches Bewußtsein, ist schwieriger zu beantworten denn je. Die Zeit der künstlerischen Chuzpe ist vorbei. Das »Subversive« ist von der Gegenseite so vollständig integriert und kannibalisiert worden, daß davon nur noch wenig Hoffnung ausgeht. Kein Grund aber, deswegen gleich zum Politkitsch zurückzukehren.

In der Kunst scheint es heute vor allem um Verteidigung und Bewahrung zu gehen: Sich selbst erhalten und dann auch noch einen die elenden Verhältnisse transzendierenden Anspruch, damit hat man alle Hände voll zu tun. Es droht ein Ende der Kunst als Anhang von Sponsoring und Spekulation. In so einer Situation gibt es nichts, was so wichtig wäre wie Vor-Bilder. Paul Klee, einer der Hausgötter einer vorstellbaren ästhetischen Linken, zum Beispiel.

2Wieder also und ganz anders als vordem geht es um eine Ästhetik des Widerstands und darum, historische Bezugspunkte zu finden. Ein Anlaß dafür könnte die Ausstellung in München sein, die die Bilder von Paul Klee zeigt, die er 1933 in Reaktion auf die Machtübernahe der Nazis geschaffen hat. Die Bilder waren lange verschollen und verstreut; 1984 wurden sie katalogisiert, knapp zwanzig Jahre später können wir nun 100 von den 246 katalogisierten Zeichnungen ausgestellt sehen. Dazu 15 Gemälde und farbige Arbeiten.

Verzweifelt und in einer manischen Arbeitswut schuf Klee diese Bilder, die mit einem Publikum zunächst nicht rechnen durften. Eine Arbeit für sich, kann man diese Bilder gleichwohl auch als Ausdruck eines Widerstands sehen, eines Blicks, der sich die Genauigkeit nicht nehmen läßt – als Anwendung einer ästhetischen Methode in der Not. Die Skizzen sind nicht als Teil eines Zyklus gedacht, sie entstanden ohne übergreifendes Konzept. Ein wenig Spekulation und Projektion mag bei ihrer Betrachtung schon im Spiel sein. Warum auch nicht?

Das kleine und wichtige Kapitel aus der Geschichte ästhetischer Opposition beginnt mit einem Besuch des Malers bei einem Freund, dem Bildhauer Alexander Zschokke. Klee hat eine Mappe mit Zeichnungen dabei und erklärt, sie seien seine gezeichneten Kommentare zur »nationalsozialistischen Revolution«. Natürlich ist diese Aussage auch in sich ironisch, denn es ist keine »Revolution«, die die Faschisten durchführen. Und Zschokke bemerkte bereits damals »etwas Komisches« in den Zeichnungen, das sie verbindet. Aber es steckt kein Rückzug in die Karikatur darin. Klee läßt sich nicht einen Moment auf die Sprache, die Symbole und die Ideologie der Nationalsozialisten ein. Er zeichnet eine Groteske. Wenn seine Linien vordem eine archaische Würde des Menschlichen konstruierten, dann gehen diese Zeichnungen nun einen anderen Weg: Sie nehmen gerade das Organische wieder auf, sie setzen das Körperliche gegen das Konstruierte, so wie umgekehrt die Faschisten den Körper gerade als gewaltförmiges Konstrukt erscheinen lassen wollen. Man kann Klees Bilder den faschistischen Körper-Ornament-Bildern gegenüberstellen, um zu sehen, daß hier ein Vorgang sozusagen auf den Kopf (oder eben auf die Füße) gestellt wird, der zwischen dem Körper und seiner Inszenierung nur die Farce zuläßt. Es ist ein Kampf um den Körper (und gegen die Maske).

Zu den neuen Themen kommen aber auch immer wieder die alten. Einen »Plan« als direkte politische Geste gegen die »Machtergreifung« können wir in den Bildern nicht erkennen. Lilly Klee wollte sie nur als Ausdruck »der chaotisch wirren Zeit, die sich durch den Umsturz ankündigte«, gelten lassen. Doch dafür ist der Bruch wohl doch zu heftig gewesen.

3Die meisten Skizzen sind als Reaktionen auf andere Bilder entstanden. Manchmal läßt sich geradezu ein Vorgang der ideologischen Skelettierung nachvollziehen: Aus dem Vor-Bild einer Fotografie, die nationalsozialistische Posen oder Gewalt zeigt, tilgt Klee alles, was an konkreten Zeichen und historischem Bezug vorhanden ist und erhält so die reine Darstellung der faschistischen Situationen. Er setzt der faschistischen Zeichen-Wut eine Technik der Ent-Zeichnung entgegen.

Klee skizziert in diesem Jahr häufig auch ganz »gewöhnliche« Formen sozialer Interaktionen aus einer anderen, inneren Sicht: Disziplinierungen, Gleichschaltungen begegnen in den Skizzen einem unfolgsamen Strich, erweisen sich als Rituale heimlicher Kämpfe und sadistischer Unterwerfungen. Klee sieht in der »nationalsozialistischen Revolution« offensichtlich nicht zuletzt einen Akt schwarzer Pädagogik. Die Unterwerfung des Körpers ist da nicht ohne Lust, ohne die Zustimmung des Körpers möglich. Aber was bleibt dann der Kunst?

So wie in den Bildern von 1904 und 1905, als Klee sich mit antikem und klassischem Maß in der Kunst auseinandersetzte und oft den Menschen gegen die Maske stellte, so ist hier das Körperliche gegen das Bild gestellt, die augenblickliche Bewegung gegen die Pose der Selbstüberhöhung. Jede Skizze ist eine konkrete Geste gegen die neue Ordnung der Bilder. Klee sucht nun nicht länger nach dem neuen Maß, nach den Bildern hinter den Bildern; er widerspricht mit dem ungehorsamen, körperlichen Strich, auch sich selbst (dem, was er an Schönheit bis dahin geschaffen hatte). Damit erst wird die Bildentschlüsselung zur Mehrfachaufgabe: als Auseinandersetzung eines verfemten Malers mit den Nazis *und* mit der Geschichte der Bilder zwischen dem Körperlichen und dem Idealen, der Befreiung und der Repression.

Es lassen sich also womöglich drei Absichten diesen Arbeiten ablesen, die das Karikaturhaft-Kritische nur als Nebenprodukt erzeugen: eine Wiedergewinnung des Körperlichen gegen die Posen des Faschismus (oder auch: in ihnen), die Skelettierung sozialer Situationen der Nazi-Zeit und schließlich eine Befragung des eigenen Werks, Klees »Barbarismus«, ein Kampf gegen den Verlust des »Ursprünglichen« in der Kunst.

4Paul Klee wird eines der ersten Opfer des Wahns der Nazi-Kultur. Man stempelt ihn zum »galizischen Juden«, und nach dem Reichstagsbrand stürmen Polizei und SA am 17. März sein Haus in Dessau. Klee flüchtet in die Schweiz, und am 21. April erhält er die Nachricht von seiner »Beurlaubung« von der Düsseldorfer Kunstakademie. Eine persönliche Katastrophe kommt zur historischen: Am 8. Mai verunglückt seine Pflegetochter in Palästina tödlich. Ein Widerwille gegen jede große Form, die des Malers Sache so recht nie war, ist die Folge. »Klee versucht leise wieder zu arbeiten«, beschreibt seine Frau den Neuanfang. In der Form und in der Technik seiner Arbeiten gibt es eine Demut und eine Wut, die durch Ironie kaum besänftigt ist. »Innerlich abgestellt« verharrt er in Deutschland und erlebt das Jahr 1933 als eines des zunehmenden Terrors. Erst am Ende des Jahres übersiedelt er mit seiner Familie nach Bern.

Vielleicht hat Klee zunächst wirklich versucht, dem Terror mit seiner Waffe, der Ironie, zu begegnen, und damit Distanz zu gewinnen. Er versucht, in seinen Bildern wie in seinen Notizen und Briefen, sich über die grölenden Gewalttäter und ihren Rückhalt in der Bevölkerung lustig zu machen. Er zeichnet »die nationalsozialistische Revolution« in Form eigenartiger Kassiber – Zeichnungen, die eine Katastrophe begleiten; Wiedergaben einer Wirklichkeit, die gleichzeitig überdeutlich wird und sich entzieht. Was technisch auffällt, ist eine Art von Schnelligkeit. Es sind Skizzen, die nicht auf weitere Ausführung drängen, Bleistift und Fettkreide auf Papier. Es geht, wie Klee in einem Brief schrieb, um »unverschämte, grad sein sollende Linien«. Striche, die offen unbotmäßig sind.

Die Skizzen verlangen nicht nach Dauer und Ort. Ihre Entstehung ist ein Akt des Widerstands, auf keine Wirkung berechnet. All das Spielerische und Magische des bisherigen Kleeschen Werks wird in diesem Jahr 1933 in Frage gestellt, das »Glückliche« in Klees Kunst zersetzt sich. Auch die Farben in den wenigen Gemälden werden dunkel, die Striche werden aggressiver und zerstörerisch. Das Gemälde »von der Liste gestrichen« zeigt nicht nur einen »durchgestrichenen« Menschen, sondern auch ein durchgestrichenes Bild.

Die entscheidende Zäsur findet innerhalb dieser Arbeiten selbst statt. Klee wechselt von der karikaturhaften Darstellung von Tat und Tätern zur Perspektive der Opfer, wie in »Menschenjagd«. Er zeigt daneben auch Menschen, wie in »Zwiegespräch über Gott« oder »Die Ratlosen«, die sich in Landschaft und Kommunikation verlieren. Immer wieder blitzt dabei Ironie auf, die aber der Ungeheuerlichkeit nicht mehr Herr wird. Während sich Klees Bilder vordem auf eine nahezu unverschämte Weise zum Betrachter hin geöffnet haben, zeigen sich hier Entfernung und Isolation.

Folgen wir den Bildern in der Reihenfolge ihrer Katalogisierung, so beginnt alles mit einer Erinnerung an das entgrenzte »Soldatische«, das in den Jahren zuvor schon spukte; in »Erneuerung der Mannszucht« scheint tatsächlich ein archaischer Krieger die Figur eines stolzierenden Bürokraten anzunehmen. Mit dieser Verwandlung verändert sich die (gezeichnete) Welt. Die Menschen erhalten eine Gestalt und verlieren ihre Kontur. Die »Anklage auf der Straße« und, heftiger, »Schwer Erziehbare« geben Eindrücke des Straßenterrors wieder, Eindrücke einer Gewalt, die für Klee immer weniger in die ironische Rationalität des Bürgerlichen zu passen scheint. Was hier »Karikatur« ist, widerspricht der »Ironie«; was hier

Ironie ist, widerspricht aller Karikatur. Es ist der Strich des Zeichners, der solche Szenen sowohl von der Karikatur als auch von der impressiven Beschreibung abhebt. Der gezeichnete Körper gerät in eine Bewegung der Auflösung und Zerstörung, die selbst noch häusliche Szenerien und das Erotische erfaßt. Die Menschen haben keinen Halt mehr und finden keinen Platz.

5Worum Klee in diesen Bildern kämpft, ist die Gültigkeit seiner Kunst selbst. Er hat sie über einen Weg durch den Mythos gefunden, in dem, was man leichthin das Barbarische genannt hat, die ersten Gestaltungsversuche der Kinder, in der Natur.

Aber nun greift eine andere Form des Barbarischen nach der Macht. Klee muß die eigene Arbeit befragen, neu erproben gewissermaßen. Immer wieder hat man in den Skizzen dieser Zeit den Eindruck des Überschreibens, des Durchstreichens; Titel wie Skizzen haben häufig ein Scheitern, eine Kritik zum Inhalt: »Schlechter Trommler«, »zu kurz«. Sogar der Kritiker selbst erscheint (mit leeren Augen). Und dann gibt es Skizzen, die nur das Körperliche und Direkte wiedergeben wollen: »Gewalt«. Der Körper krümmt sich und wird deformiert (»hinzurichten«), aber er ist.

Die Wesen in diesen Skizzen sind viel zu nackt, um sich gesellschaftlich genauer zu bezeichnen. Man findet hier weder die Zeichen noch die Selbstinszenierungen der Nazis – und doch ist beides immer wieder darin verborgen: Das Äußere scheint als Inneres wieder auf, wie das Hakenkreuz in Körper und Gesicht. Aber man erwarte hier kein Abbild der politischen Ereignisse oder projiziere allzu viel an Absicht in die Bilder hinein.

Klees Zeichnungen von 1933 lassen die Zeichen und Gesten der Faschisten körperliche Realität werden. In einem Brief vom 30. Januar 1933 beschreibt Klee seine Methode. Er wolle keinen »Leitartikel« schreiben, »aber man macht sich doch seine Gedanken und versucht Stellung zu nehmen, so jammerbar der ganze Schauplatz deutscher Innenpolitik ist und bleibt. Das übrige wird sich dem Neugierigen bald zeigen, insofern es ihn persönlich betrifft. Daß dem Ganzen je zu helfen sei, glaube ich nicht mehr.« Stellung nehmen in einer Situation, in der dem Ganzen nicht mehr zu helfen ist – das ist das Programm.

6In gewisser Weise spiegelt sich in diesen Zeichnungen auch eine Befreiung: Nachdem kein Platz mehr war für Klee in Deutschalnd (von einer neuen Professur zu schweigen), konnte er sich zum ersten Mal als »freier Künstler« empfinden. Der eigenartige Zustand zwischen Angst und Zorn auf der einen, Befreiung und Arbeit auf der anderen Seite ist in seinen Zeichnungen zu spüren.

Es zeigt sich darin nicht nur der Kampf zwischen Abstraktion und Figürlichkeit, sondern vor allem einer um die Frage, ob die Auseinandersetzung mit den Nazis in der Form einer Tragödie oder der einer Farce zu führen sei. Noch zu Beginn des Jahres 1933 scheint in einer Arbeit wie »Versuch zu Antigone« die Möglichkeit der Tragödie auf. Doch in der Tat gäbe das Tragische dieser »Revolution« ein falsches Gewicht. Sie ist nur als grausame Farce zu beschreiben. Mit dieser Entscheidung nimmt Klee die frühe Auseinandersetzung mit den griechischen »Idealen« wieder auf. In ihr revoltiert nun das Organische und Individuelle gegen Ideal und Maschine. Das Komische entsteht dabei auf eine Weise, die mit Karikatur nichts gemein hat. Es macht Lust und Schrecken hinter der Inszenierung sichtbar. Die erotischen und »animalischen« Motive kann man durchaus im Zusammenhang mit jenen Blättern sehen, die die Entstehung von Furcht und Elend beschreiben. Entlarvung und Hoffnung – von einem Blatt, von einem Strich zum anderen.

Klee kehrt zu einem Punkt seiner künstlerischen Entwicklung zurück, an dem er sich von der antiken und klassischen Formensprache befreite. Eine Radierung aus dem Jahr 1904 trägt den Untertitel »der Witz hat über das Leid gesiegt«. »Witz« ist dabei, mehr als das Komische, der Geist und das Leben, das hier vor die Maske des Ideals tritt.

Die Blätter von 1933 sind also zugleich Geste ästhetischer Opposition und bildnerische Recherche: die klassischen Formen, mit denen Klee Zeit seines Lebens einen, sagen wir: gewitzten Kampf führte, werden von den Nazis verbindlich gemacht und zugleich so verkitscht, daß sich der gewitzte Kampf damit nicht lohnen würde. Witz und Leid müssen sich neu arrangieren, denn eines ist im Jahr 1933 unübersehbar geworden: Der Witz hat nicht über das Leid gesiegt.

Die Beschäftigung mit diesen Kleeschen Zeichnungen ist bedeutsam für die Beantwortung der Frage, warum es uns so selten gelingt, angemessene Bilder für das Wirken des Faschismus zu finden. Auch bieten sie Material für eine neue Ikonographie des Widerstands. Wir haben schließlich nicht umsonst einen Horror vor »gutgemeinter« oder nur korrekter politischer Kunst, die immer in Gefahr ist, auf die Ikonographie des Gegners hereinzufallen, diesen Gegner fatal zu verkleinern oder zu vermenschlichen.

Die Tragödie geht von dem aus, was Klee das »Tödlichfaktische« nennt: Der Ausgang ist gewiß. Selbst in der Anklage mag da noch ein Stück Unterwerfung liegen. Daß Klees Zeichnungen nicht »deutlicher« werden, ist so vielleicht auch dem Versuch geschuldet, die Kunst ihrem aktuellen Gegenstand nicht zu opfern. Denn was tun, wenn sowohl die Tragödie als

auch das Ironische als bürgerliche Notausgänge verstellt sind? Sich auf die Suche nach dem unbotmäßigen Strich machen, unter anderem.

Die Ausstellung »Paul Klee 1933« läuft noch bis zum 4. Mai im Lenbachhaus, München (Luisenstr. 33, Di-So 10-18 Uhr). Danach ist sie in Bern (Kunstmuseum, 4.6.-17.8.), Frankfurt (Schirn, 18.9.-30.11.) und Hamburg (Kunsthalle, 11.12.03-7.3.04) zu sehen. Der Katalog (Verlag der Buchhandlung Walther König) hat 328 Seiten und kostet in der Ausstellung 28 Euro.

Georg Seeßlen macht neuerdings zusammen mit Markus Metz ein Filmmagazin im Radio: »Nachtblende« auf SWR 2

Konkret 04/03, S. 60

Armin Schreiber

Art goes Science

Unter dem Titel »Science + Fiction« präsentiert das ZKM in Karlsruhe eine neue Begegnung von Wissenschaft und Kunst.

Daß Kunst und Wissenschaft nur schwerlich unter einen Hut zu bringen sind, gehört zur Geschichte diesbezüglicher Bemühungen seit 200 Jahren. Bereits Kleist notiert im Hinblick auf mögliche Ursachen dieser Schwierigkeiten, »man könnte die Menschen in zwei Klassen abteilen; erstens in solche, die sich auf eine Metapher, und zweitens in solche, die sich auf eine Formel verstehen«: Eine Feststellung, die in modifizierter Form bis heute Annäherungs- und Distanzierungsdebatten zwischen Geist- und Naturwissenschaftlern begleitet – albernste Invektiven wie etwa Mommsens Titulierung seiner Chemiker-Kollegen als »Apotheker und Mistfahrer« inbegriffen.

1959, forciert durch die These des englischen Romanciers und Physikers C.P. Snow von den zwei Kulturen, verschärft sich die Auseinandersetzung. Sein provozierender Satz, Shakespeare zu lesen, sei Kultur, den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik zu kennen, offenbar nicht, zieht eine Fülle von Repliken nach sich. Noch dreißig Jahre später, im Zuge einer hochkarätig besetzten Ringvorlesung an der Uni Konstanz, ist das folgende Lamento zu hören: »Es gibt zwar Romane, die sich im Hotel oder im Bordell abspielen, es gibt auch Romane, deren Handlungen durch Rechtsanwälte oder Buchhalter vorangetrieben werden, es gibt weiter Romane mit Hausfrauen, Waffenhändlern und vieles mehr. Nur Romane, die in einem Institut spielen oder bei denen Wissenschaftler im Mittelpunkt stehen, die sucht man nahezu vergebens.«

Ob hier noch der »Mythos von den zwei Kulturen« wirksam ist oder die Fixierung auf kanonisierte Kunst das Blickfeld verengt, ist schwer zu sagen. Zu jenem Zeitpunkt jedenfalls hätte der Befund durchaus schon anders lauten können. Zwar stößt man erst später auf strukturelle Übereinstimmungen zwischen moderner Physik und Literatur (etwa von Broch, Carl Einstein, Musil) oder auf die sogenannte Vorwegnahme modernster Ergebnisse der Hirnforschung durch Picassos kubistische Porträts. Doch abgesehen von landläufig bekannten Tatsachen, daß sich Futurismus und weitgehend auch die abstrakte Kunst auf die durch Naturwissenschaftler evozierten Weltbild-Veränderungen berufen, daß ein Wort wie *experimentell* zum Leitbegriff und Gütesiegel in Kunst, Literatur und Musik avancierte und das Feuilleton mit Vokabeln wie *Materialstruktur, Rastermodulation, Mikroartikulation* etc. versorgte (Enzensberger, 1962), präsentiert gerade die Kunst- und Literaturproduktion der achtziger Jahre überaus deutliche Versuche, den von Snow konstatierten Graben zwischen den zwei Kulturen zu überwinden.

In der Novelle *Moos* von Klaus Modick (1984) z.B. versucht ein Biologe den Brückenschlag von der »gnadenlosen Eindimensionalität des nutzenorientierten Beobachtens« zur künstlerischen Sicht der Dinge. Del Giudices Roman *Der Atlas des Westens* (1987) führt einen Schriftsteller und einen Atomphysiker zusammen. Die abschließende Schilderung eines Feuerwerks – sie erinnert an das Wissenschaftstheater Peters des Großen, in dem, inszeniert von Pyrotechnikern, das kopernikanische Weltsystem am Himmel erscheint vermittelt das poetische Bild einer augenbetörenden Erscheinung und diese zugleich als gedachte Spiegelung einer Teilchenkollision, bei der subatomare Partikel unter der Wucht des Zusammenpralls zerstieben. Zu nennen wäre Fritz Koch, dessen lupengenaue Zeichnungen im Blick auf einen Quadratmeter Monokultur ein verändertes, von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen infiltriertes Natur- und Landschaftserlebnis zum Ausdruck bringen: Man steht vor dem Bild eines Rübenackers, und durch die Art der Umsetzung ergeben sich Verbindungen zu Modellen, wie sie von Molekularbiologen oder Atomphysikern erstellt werden, und zugleich meint man, durch Superteleskope den »Tarantel«- oder »Krebsnebel« zu erkennen. Oder Dieter Asmus: Sowohl thematisch (»Vitaminbombe«, »Froschtest«, »Zuchtferkel«) als auch formal (Raum und Zeit u.a. als konstituierende Elemente seiner Bildsprache) zeigen sich Korrespondenzen zu naturwissenschaftlichen Vorstellungs- und Forschungsinhalten. Schließlich die Agrar- und Industrielandschaften Heiner Altmeppens, die mit extraterrestrischer Raumwirkung, Konturenschärfe, Farbbrillanz jene Klarheit und Leuchtkraft ins Bild bringen, von der Astronauten nach ihrer Rückkehr aus dem Orbit berichten.

Inzwischen sind derartige an Naturwissenschaftler adressierte Trostworte nicht mehr erforderlich. Nachdem Eduardo Kac vor drei Jahren seine transgene Kreation »Alba«, ein grün schimmerndes Kaninchen, als lebendes Artefakt vorgestellt hat, entlassen nicht nur Biotechniker ihre Chimären als Kunstwerke in die Medienwelt, um so die Akzeptanz für genetisch veränderte Organismen zu fördern, sondern zunehmend wollen auch Künstler ihr täglich Brot selber klonen. Klonen kommt in Mode, scheint in ähnlicher Weise zu reüssieren wie weiland *das* Experiment. Wer noch kein DNS-Opus programmieren kann, nutzt wenigstens das Avantgarde-Image bzw. Skandalpotential des Begriffs: Geklont werden Shakespeares Liebessonette, Picassos Stierkopf. Der Künstler A. Zet kombiniert Tachismus und Minimal Art und betitelt das Ergebnis »Klonen 2«. Das Bemalen eines Blattes mit identischen Figuren nennt Klaus Eichenberg »Klonen« ...

Und natürlich geht es ums Klonen auch in der Ausstellung im Sprengel Museum: »Gutes Morgen, Dr. Mad« heißt die von Weis und De Mattia aufgebaute Videoinstallation, in der ein aus Fragmenten diverser SF-Filme »gesampelter«

Wissenschaftler und sein keimfrei-androgyner Homunkulus ein endloses Gespräch um Alltag und Mythos der Wissenschaft führen. »Auch ein Stück Science-Fiction« versprechen die Autoren. Von phantastischen Androiden allerdings, von Bio-Robotern, Mutanten, Architektur- und Maschinenentwürfen, um deretwillen man in SF-Filme rennt, keine Spur! Dafür eine bis ins letzte Detail durchdachte, in sich durchaus stimmige Darstellung: mit einem gezielt phrasenhaften Dialog allerdings, der kaum auszuhalten ist. Dem man sich entziehen sollte, sobald die verfremdende Wirkung der Kanak-Sprak-Anleihe im Titel nachläßt, und statt dessen den instruktiven Interview-Text der beiden Künstler lesen.

Das wissenschaftliche Avantgarde-Thema Nano-Technik soll der Besucher über eine interaktive Installation von Sommerer & Mignonneau, ihrem Selbstverständnis nach Avantgarde-Künstler*,* kennenlernen, muß zuvor aber bestätigen, daß er weder Telefon- und Kreditkarten noch Handy und Herzschrittmacher mit sich führt. »Nano-Scape« heißt die unsichtbare Skulptur; sie besteht aus elektromagnetischen Feldern, die mittels Interface zu ertasten sind und sich im Zuge der Annäherung verändern (Force-Feedback-Technologie). Daß bei diesem durchaus unterhaltsamen Experiment tatsächlich Wissen über den Nano-Bereich »durch intuitive Erfahrung spürbar« wird, ist allerdings zu bezweifeln. Denn mikrokosmische Vorgänge waren zunächst ja gerade deshalb so schwer zu verstehen, weil man sie mit »intuitiven Konzepten« nicht erfassen konnte.

Das Atelier van Lieshout – 2001 in den Medien wegen der Gründung des Freistaates »AVL-Ville« im Rotterdamer Hafen mit eigener Währung, Schnaps- und Waffenproduktion – präsentiert eine Arbeit zur »Dynamik und Adaptivität neuronaler Systeme«, zu Prozessen also, die u.a. bei der Kompensation von Gehirnschäden von Bedeutung sind. »Hirnpavillon« lautet der Titel der Installation, an deren Außenwänden die wissenschaftliche Perspektive visuell dokumentiert ist, während der Innenraum den subjektiven Empfindungen vorbehalten bleibt. Die zeigen sich über »Zeichnungen, weil diese schon eine Abbildung meiner Seele sind«. Und was sein Porträtfoto nicht verrät: in Joep van Lieshouts Seele – der nackte Grüß-August am Eingang avisiert Ironie und bereitet den Besucher vor – geht's zu wie im Swinger-Club.

»Science + fiction«, heißt es im Katalog, »ist eine Ausstellung, die unser Bild der Wirklichkeit in Wissenschaft und Kunst zum Thema macht.« Diese Formulierung allerdings, das wird schon beim ersten Rundgang klar, ist reinster Etikettenschwindel. Ausdrücklich verkünden die Kuratoren Iglhaut und Spring, daß Kunst gewiß nicht zur Illustration wissenschaftlicher Lehrsätze herangezogen werden könne. Genau das aber passiert in der Schau. »Gutes Morgen, Dr. Mad« ausgenommen, denn da handelt es sich – tendenziell zumindest – um Kunst, sind sämtliche Arbeiten, auch der noch nicht erwähnte »Expeditionsbus« von Christoph Keller und das überdimensionale Kartenspiel »Wild Cards« von Dellbrügge & de Moll über Prognosen zum Wissen der Zukunft, als Info-Design anzusprechen. Durchaus instruktiv, überraschend, inspirierend (Wild Cards), im Prinzip jedoch identisch mit schulischer und vorschulischer Wissensvermittlung.

Eine Begegnung zweier im Sinne der von Nils Bohr formulierten Komplementärtheorie unterschiedlicher, aber gleichermaßen richtiger bzw. wahrer Weltsichten findet nicht statt. Es dominiert die wissenschaftliche Perspektive; von der Kunst ist nur deren Schrumpfstufe im Rennen und erbringt die gewünschte Dienstleistung: PUSH (Public Understanding of Science and Humanities) zu fördern, auf daß sich die »Asymmetrien zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit abbauen«. War mehr zu erwarten?

Kaum! Kunst, so Heisenberg, ergibt sich aus dem Wechselspiel zwischen dem Geist der Zeit und dem Künstler. Wie Kochs Rübenacker zeigt, bringt nicht das Motiv, sondern die Form den Zeitgeist ins Bild. Erst der spezifische Einsatz bestimmter Bildmittel führt zur assoziativen Vernetzung – hier: zwischen Rüben, Mikro- und Makrokosmos und damit zu einem Natur-Bild der Gegenwart. Während Kunst – kurz gesagt – die Totale anpeilt und ihre Wahrheit als Gestalt offeriert, ist Naturwissenschaft auf Teilgebiete fixiert und vermittelt Ergebnisse als Berechnungen: zwei komplementär zueinander stehende Perspektiven auf die Welt. In der Kunst gibt es kein Äquivalent für E=mc2. Desgleichen würde jeder Versuch scheitern, den semantischen Gehalt der Courbetschen Steinklopfer mit Darstellungsmöglichkeiten der Physik zu erfassen. Aber man kann »Die Steinklopfer« bewundern und im Kopf haben, daß es die Einsteinsche Formel gibt – und umgekehrt!

Die Ausstellung startete im Sprengel-Museum, Hannover, und läuft vom 12.4. bis 7.8. im Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe. Anschließend ist sie in Dresden zu sehen. Der Katalog kostet 7,95 Euro, außerdem ist ein Begleitbuch im Jovis Verlag, Berlin, erschienen: »Science Fiction«, 19,80 Euro.

Armin Schreiber schrieb in KONKRET 8/02 über die Documenta 11 in Kassel

Konkret 04/03, S. 62

Marit Hofmann

FilmTheater

Soloalbum

Regie: Gregor Schnitzler; mit Matthias Schweighöfer, Nora Tschirner; BRD 2003 (Concorde); 87 Minuten; seit 27. März im Kino

Finden Sie es komisch, wenn Thomas D höchstpersönlich den liebeskummergeplagten Redakteur eines angesagten Musikmagazins niederschlägt, weil der die letzte Platte der Fantastischen Vier verrissen hat? Oder wenn der liebeskummergeplagte Redakteur eines angesagten Musikmagazins mit verstellter Stimme seine Ex-Freundin anruft, den »Telefonstreich aber abrupt« beendet, »als sie doch seine Stimme erkennt. Autsch!« (Presseheft)? Eben.

Immerhin ist »Soloalbum«, gedreht nach der gleichnamigen Drucksache des Benjamin von Stuckrad-Barre, endlich mal eine adäquate Literaturverfilmung.

Konkret 04/03, S. 62

René Martens

FilmTheater

Hans Kafka: Hollywood Calling. Die Aufbau-Kolumne zum Film-Exil. Conference Point, Hamburg 2002, 132 Seiten, 25 Euro

Nachdem sich Hans Kafka 1974 in München aus dem Fenster seiner Wohnung zu Tode gestürzt hatte, weil er verzweifelt darüber war, nach mehreren Herzinfarkten ein Pflegefall geworden zu sein, nahm das in den deutschen Feuilletons niemand zum Anlaß, sein Wirken zu würdigen. Verständlich zwar insofern, als Kafka, oft genug von ökonomischen Zwängen getrieben, als Drehbuch- und Romanautor sowie als Hans-Albers-Biograph recht heterogene Arbeiten abgeliefert hatte. Von Belang war jedoch, was er zwischen 1941 und 1947 als Kolumnist der deutsch-jüdischen Wochenzeitung »Aufbau« leistete. Unter dem Titel »Hollywood Calling« berichtete Kafka – 1933 aus Deutschland geflohen, nachdem er als »Nichtarier« seinen Job bei Ullstein verloren hatte – über Erfolge der rund 800 in Hollywood tätigen jüdischen Emigranten, stellte Kontakte her zwischen Geflüchteten, die sich in alle Welt verstreut hatten, und verbreitete Nachrichten aus der Filmindustrie.

Jetzt sind Auszüge aus den in englischer Sprache verfaßten Kolumnen erstmals in einem Buch versammelt. An Bedeutung gewinnen im Rückblick vor allem jene Passagen, in denen es nur am Rand um Film ging: Da griff er rücksichtslos jene Künstler an, die sich mit den Nazis mindestens arrangierten, und er verschonte auch jüdische Kollegen nicht, die schon 1944 den Wunsch geäußert hatten, in ein wie auch immer geartetes demokratisches Deutschland zurückkehren zu wollen.

Was aus Nachkriegsdeutschland werden würde, war Hans (John) Kafka egal, was ihm wichtig war, illustriert eine Kolumne aus dem September 1943. »Die gewaltigen Pläne, den nachkriegsamerikanischen Film zu so etwas wie einer moralischen Weltmacht zu entwickeln«, seien von »reichlich gutem Willen und sogar Uneigennützigkeit« geprägt, berichtet er. »Sogar wenn nur ein kleiner Teil davon umgesetzt werden würde, wäre Hollywood ein besserer Ort – und die Welt ebenfalls.« Nach Deutschland kehrte er 1958 nur zurück, weil ihn das US-Magazin »Variety« als Korrespondenten schickte. »Ich fühle mich als Amerikaner«, schrieb er 1972, obwohl er nur 18 Jahre (von 1940 bis 1958) in den USA gelebt hatte.

Kafkas Kolumnen waren von seiner konsequent antideutschen Haltung ebenso ge-prägt wie von einer immensen Lust an

Klatsch und Gags. So überlieferte er auch, wie man am effektvollsten einen von Lubitsch geprägten Regisseur bezeichnet: als »son of a Lubitsch«.

Konkret 04/03, S. 62

Jan Pehrke

FilmTheater

Die g□ ttliche Intervention

Regie: Elia Suleiman; mit Elia Suleiman, Manal Khader; Frankreich/paläst. Autonomiegebiete (Alamode); 92 Minuten; ab 3. April im Kino

Feindseligkeit bestimmt das Alltagsleben in Nazareth: Ein Autofahrer nickt zwar den entgegenkommenden Passanten freundlich zu, bedenkt sie für sich aber mit Verbalinjurien; ein Mann wirft immer aufs neue seinen Hausmüll auf das Nachbargrundstück.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse ist man automatisch geneigt, als Konfliktparteien jeweils arabische und jüdische Israelis auszumachen. Dabei bedauert der Film des 1960 in Nazareth geborenen arabischen Israeli Elia Suleiman gerade, daß es nicht so ist. Der Regisseur zeigt erst nach einiger Zeit Formen von Haß, die keinen Zweifel mehr an der Zuordnung lassen. Ihnen gegenüber erscheint der dumpfe und reflexhafte Groll der Nazarether als unpolitische Sublimation. Im Presseheft kritisiert Souleiman das Verhalten der Israelis arabischer Herkunft mit den Worten: »Wir, die Palästinenser, die in Israel leben, sind die Schüchternen ... Wir outen uns nicht als Palästinenser. Unsere palästinensischen Schwestern und Brüder in der West Bank entzünden in der Regel als erste die Aufstände, und wir schließen uns nur an, mit unserer zusätzlichen Ghetto-Ästhetik von brennenden israelischen Kaufhäusern.«

Wie richtiger Haß aussieht, demonstriert der Regisseur, der selbst eine Hauptrolle spielt, mit einem emblematischen Bild. Er muß mit seinem Auto an einer Ampel stoppen und sieht neben der Straße ein Plakat mit der Aufforderung »Schieß, wenn du Mut hast!« Da hält neben ihm ein anderer Wagen. Suleiman wendet sich um, identifiziert den Fahrer als Israeli und schaut ihm lange starren Blicks in die Augen. Als musikalische Untermalung läuft dazu »I put a spell on you« in einem arabischen Arrangement.

Gewalttätiger gestaltet sich die Konfrontation am Grenzübergang bei Ramallah, wo Suleiman sich regelmäßig mit seiner Freundin, die nicht nach Israel einreisen darf, auf einem Parkplatz trifft. Mit ihren Maschinengewehren fuchtelnd verweigern israelische Soldaten Palästinensern die Einreise. Sie zerren Fahrer aus den Wagen und beleidigen sie mit höhnischen Sprüchen.

Bei der Premiere von »Göttliche Intervention« in Ramallah bezeichnete Elia Suleiman die Situation an den Grenzübergängen als »fruchtbares Feld für Selbstmord-Attentäter« – und verkehrte so Ursache und Wirkung. Gleichwohl trägt das Grenzregime des israelischen Militärs zu den aktuellen Spannungen bei. Im palästinensischen Kino bilden Filme mit diesem Schauplatz schon ein eigenes Genre, das der französische Journalist Jean-Sebastien Chauvin »Roadblock-Movies« getauft hat. Aber auch israelische Werke kritisieren mittlerweile die Vorgänge an den Checkpoints.

Suleiman weicht auch bei diesem Sujet nicht von seiner verhaltenen, indirekten Erzählweise ab. Das kollektive Fußabtreten dreier Soldaten vor dem Kontakt mit der Heimaterde inszeniert er wie eine stumme Musicaleinlage. Die Scharmützel zwischen Israelis und Palästinensern filmt er nicht in dem aufgeregten, appellativen Gestus des »Schau her, Welt, was die Israelis mit uns machen«, er verkoppelt sie vielmehr mit den Blicken der beiden stummer Zeugen auf dem Parkplatz. Erst ihre unerschütterlichen Mienen sind es, die den Bildern ihre Spannung verleihen.

Die Lakonie Suleimans ist nicht diejenige Bressons, Straubs oder Kaurismäkis. Man merkt immer, daß darunter etwas schwelt. Und mehrmals bricht sich das Zurückgehaltene dann auch Bahn. Am spektakulärsten gibt der Regisseur seinen Aggressionen nach, wenn er die Zielscheibe einer israelischen Spezialeinheit sich in eine leibhaftige palästinensische Ninja-Kämpferin verwandeln läßt, die ihre Gegner mitsamt einem Kampfhubschrauber in einem Martial-Arts-Exzeß bezwingt.

Die dem Film zugrundeliegende Dialektik aus Zurückhaltung und Entladung beschreibt der Regisseur als das Konzept, die Reduktionen Bressons mit den Actionszenen von »Matrix« zusammenbringen zu wollen. Die moralische Rechtfertigung dieser Ästhetik leitet sich dagegen unausgesprochen aus dem verklärenden »David und Goliath«-Mythos ab. In Ramallah hat es funktioniert: Gerade die Ninja-Sequenz riß das Publikum zu Begeisterungsstürmen hin.

In manchem, etwa seiner Ablehnung der Vereinbarung von Oslo, trifft sich Suleiman mit Hardlinern der anderen Seite wie Sharon, was Klaus Theweleits These von der Internationale der Fundamentalismen zu bestätigen scheint. Trotzdem wird man mit Suleimans Film nicht so leicht fertig. Eine künstlerisch avanciertere Zumutung war lange nicht mehr im Kino zu sehen.

Konkret 04/03, S. 63

Andreas Busche

Film des Monats

Dem Himmel so fern

Regie: Todd Haynes; mit Julianne Moore, Dennis Quaid; USA 2002 (Concorde); 107 Minuten; seit 13. März im Kino

Die Frage, welche Gewalten die sozialen Verhältnisse in der gehobenen Mittelklasse konstituieren und unter welchen Bedingungen diese wirksam werden, hatte Todd Haynes 1987 mit seinem Kurzfilm »Superstar – The Karen Carpenter Story« schon mit pragmatischem Zynismus beantwortet: Er sperrte Karen Carpenter, die traurige Sängerin des Wasp-Familienpopbetriebs The Carpenters, in ein Puppenhaus. Das öffentliche Leben der Karen Carpenter, zeigte Haynes, ist ein gesellschaftlich sanktioniertes gewesen, und darum mußte sie in ihrem nicht-öffentlichen Leben auch so fatal scheitern. Karen Carpenter starb depressiv, magersüchtig und viel zu jung. In Haynes Film hatten Barbiepuppen die Rollen von Unterdrücker und Unterdrückter übernommen.

In »Safe« (1995) wirkten die Repressionen bereits struktureller. Eine neurotische All-American-Hausfrau verfällt einer Keim-Phobie, bis sie sich komplett isoliert hat. Haynes hat damals über sein antiseptisches Kammerdrama gesagt, daß er auf der Seite der »Krankheit« stehe, nicht auf der der »Normalität«.

Die Dialektik von Krankheit und Normalität bestimmt auch Haynes' neuen Film »Dem Himmel so fern«. An der Position Haynes' hat sich nichts geändert, nur am Ton. Die Beklemmungen haben sich etwas gelöst, in Bild und Sprache und sind umgeschlagen in eine stumme Hysterie. Normalität ist in »Dem Himmel so fern« so überhöht, daß ihre Krankheit sich schon in jeder Geste, jeder Bewegung der Menschen zueinander ausdrückt. Haynes fand Spuren einer solch schleichenden Soziopathie in den Fünfziger-Jahre-Technicolor-Melodramen Douglas Sirks. Aber auch wenn der Retro-Charme von »Dem Himmel so fern« unvermeidlich eine nostalgische Verklärung mit sich bringt, hat Haynes seinem Film die Nostalgie gründlich ausgetrieben. Das Zitat, das Haynes hier anführt, hat eine ganz bestimmte Funktion: In den Filmen Sirks konnte Normalität eigentlich nur noch über eine karthatische Symbolik (Flugzeugabstürze, Selbstmordversuche, Autounfälle) wiederhergestellt werden. Auch Sirk ist nie auf der Seite dieser Normalität gewesen, nur verfügten seine Figuren noch nicht über die Mittel, die gesellschaftlichen Konventionen erfolgreich zu überwinden.

Kathartische Momente sind auch in »Dem Himmel so fern« Symptome eines Krankheitsbildes, aber die Gesellschaft hat selbst bereits spezifische Krankheiten ausgebildet, die einen Normalzustand bewahren: Rassismus und Homophobie. So eine Normalität läßt sich in »Dem Himmel so fern« zur Not auch medizinisch-wissenschaftlich wiederherstellen: mit Elektroschock- und Hormontherapien gegen die »unnatürliche« Libido. Innerhalb dieses »normalen« sozialen Gefüges ist dagegen alles so sauber, strahlend und klinisch, daß die Menschen unter der Anspannung der permanenten Selbstkontrolle fast zu ersticken drohen. In der Diskrepanz zwischen diesem Innen und Außen liegt das Melodrama von Haynes' Figuren.

Hieß es bei Sirk immerhin noch »All that Heaven allows«, sind die Menschen in Haynes' Film bereits hoffnungslos »far from heaven« (so der Originaltitel). Dennis Quaid und Julianne Moore sind Frank und Cathy Whitacker, ein Bilderbuch-Ehepaar im kleinstädtischen Hartfort, Connecticut, der fünfziger Jahre: dem Amerika der Sirk-Melodramen. Und Sirk ist bei Haynes in jeder Sekunde präsent, ob in der Farbregie von Kameramann Ed Lachmann (lichtdurchflutete Bilder in leuchtenden Herbsttönen) oder der Musik von Elmer Bernstein zwischen orchestralem Pathos und Kammermusik. Das Melodram hat seine Bilder wiedergefunden, und in dieser »Over the Top«-Dramaturgie der ästhetischen Mittel steht die panische Verzweiflung der Menschen wie die bonbonfarbenen Wohlstandskarossen zwischen den sauber abgezirkelten Vorgärten.

Sirks »All that Heaven allows« liefert die Grundlage, auf der »Dem Himmel so fern« lose basiert. Haynes hat die Geschichte um die unmögliche Liebe zwischen einer ältlichen Witwe und ihrem jungen Gärtner an zwei entscheidenden Punkten verändert. Im Gegensatz zu Jane Wyman ist Julianne Moore mit einem Mann verheiratet, den es nachts in Schwulenbars treibt, und der Gärtner Rock Hudson wird bei Haynes von Dennis Haysbert gespielt: einem Schwarzen. In Haynes' Film staut sich das Konfliktpotential fast wie in einer Soap, aber es hat nichts Lächerliches, weil der soziale Druck kaum noch kompensiert werden kann.

Julianne Moores Gesicht ist unter der gesellschaftlichen Zwangsetikette zu einer einzigen Maske erstarrt, ihr entstelltes Dauerlächeln trägt regelrecht hysterische Züge. Hysterie ist mehr noch als in »Safe« eine permanente Grundstimmung, und nur manchmal noch bricht es aus den Menschen heraus. Haynes liegt ganz richtig, wenn er dem Pomp anstelle eines Realismus den Vorzug gibt: Rassismus und Homophobie als Zivilisationskrankheiten ist nur noch mit der Groteske beizukommen, und noch nie hat ein Regisseur das Pathologische dieser sozialen Defekte so grandios konterkariert. Haynes läßt die Farben sprechen.

Raymond Deagon (Haysbert) hat diese semiotische Determiniertheit der Verhältnisse schon sehr gut verstanden, wenn er Cathy ihren Schal mit den Worten »die Farbe paßt« zurückgibt. Es ist nur die Farbkombination ihrer Liaison, die im

puritanischen Connecticut so überhaupt nicht »paßt«. Wie als sarkastischer Kommentar sind die Farben in »Dem Himmel so fern« dafür um so genauer aufeinander abgestimmt: das Herbstlaub, die Kostüme, die Autos, die Einrichtungen – selbst Miami: »Everything's so pink!«

Was es heißt, unter solchen Bedingungen wieder einen Normalzustand herzustellen, zeigt Haynes in letzter Konsequenz. Am Ende muß ein schwuler Ehebruch erst gegen eine vermeintliche Affäre aufgerechnet werden, damit wieder Ruhe herrscht. Die Gesellschaft hat sich ein Minimum an Toleranz abgerungen, denn: Natürlich hat niemand Vorurteile. Haynes zeigt sehr genau, wie diese elitäre Gemeinschaft sich selbst am Leben erhält. So sehr sie sich nach außen hin auch abgeschirmt hat, durchzieht eine fast totalitäre Überwachungsstruktur die Privatleben: von alten Damen mit zu großen Hüten herausgegebene Gesellschaftsmagazine, das Kaffeekränzchen, die beste Freundin.

Das Scheitern ist im Sirk-Zitat bereits angelegt. Wie die Kamera die Moore oder Quaid immer wieder alleine im Bild stehen läßt, machen auch ihre verbotenen Leidenschaften einsam. Haynes bringt dabei ein Höchstmaß an Verständnis für seine Figuren auf, aber letztlich steht »Dem Himmel so fern« doch den Filmen eines anderen Sirk-Epigonen näher: Rainer Werner Fassbinder. Auch Haynes gönnt seinem Film keine Sentimentalitäten.

Konkret 04/03, S. 64

Sabine Lueken

Forschungsziel Nestbeschmutzung

Eine Kommission untersucht die Beteiligung der Kaiser-Wilhelm-Institute, dem Vorläufer der Max-Planck-Gesellschaft, an den Nazi-Verbrechen.

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) mit ihren Instituten gilt als renommierteste Großforschungsgemeinschaft der Bundesrepublik, sozusagen als »deutsches Oxford«. Sie hatte einen mörderischen Vorläufer, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Eine Kommission beim Präsidenten der MPG untersucht seit vier Jahren die »Verstrickung« der Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) in die Verbrechen der Nazis. Die Forscher haben »mittlerweile wissenschaftliche Befunde vorgelegt, die eine geistige Miturheberschaft und zum Teil aktive Mitwirkung von Direktoren und Mitarbeitern mehrerer biowissenschaftlich ausgerichteter Institute an den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes historisch zweifelsfrei belegen«, heißt es in einer Broschüre *Biowissenschaften und Menschenversuche an KWI – Die Verbindung nach Auschwitz*. So ließ sich zum Beispiel Otmar von Verschuer als Direktor des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik von Mengele aus Auschwitz Präparate schicken. Im Sommer 2001 bat der damalige Präsident der MPG, Hubert Markl, Überlebende der Menschenversuche während eines öffentlichen Treffens um Verzeihung.

Aus dem »Fall Verschuer« ist inzwischen der »Fall Butenandt« geworden. Wieviel der berühmte Hormonforscher und Nobelpreisträger von 1938 über die Medizinverbrechen und den Massenmord in Auschwitz wußte, ist immer noch nicht restlos geklärt. Butenandt war NSDAP-Mitglied seit 1936 und von 1960 bis 1972 Präsident der MPG, danach ihr Ehrenpräsident. Nur die Mitglieder der Forschungsgruppe haben bisher Zugang zu seinem Nachlaß. Die verschiedenen Formen der Verdrängung des Unrechts sind darin mustergültig zu studieren: Ausblenden des politischen Umfelds, verdinglichende Wortwahl in den Briefen, sorgfältiges Verschweigen, rechtzeitige und gezielte Vernichtung von Dokumenten. Butenandt, ein bis heute anerkannter Wissenschaftler, Wegbereiter der Antibabypille von Schering, sagte im IG-Farben-Prozeß aus, von Menschenversuchen an KZ-Häftlingen »niemals auch nur andeutungsweise gehört« zu haben. Er hielt seine Ausführungen zur Sache auch 1988 noch für wahr und richtig. Jusos in seinem Geburtsort Bremerhaven fordern seit Jahren, die Adolf-Butenandt-Straße dort umzubenennen.

Biowissenschaften

Vier KWI-Institute stehen im Mittelpunkt der Kritik: Das KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem, das unter seinem Leiter Eugen Fischer nach 1933 einen gewaltigen Aufschwung nahm, nachdem es bei der Gründung 1927 noch – aus Angst vor Mißbrauch durch rechte Kräfte – umstritten war. Die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München (DFA/KWI), das KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch und das KWI für Biochemie unter ihrem Leiter Adolf Butenandt.

Die Verbindung von Forschungsprojekten an KWI zu den tödlichen Menschenversuchen des Josef Mengele in Auschwitz ist inzwischen zweifelsfrei festgestellt worden (Verschuer, Magnussen). Die Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern des KWI für Hirnforschung Julius Hallervorden, Hugo Spatz und Willibald Scholder mit der psychiatrischen Landesanstalt Brandenburg-Göhrden, die zu einem Zentrum der »Euthanasie«-Morde wurde, ist erwiesen. Die Tötungsstätten und die dort tätigen Ärzte bildeten mit dem KWI ein effizientes Netzwerk und lieferten mehr als tausend Gehirne dorthin. »Bestellungen« waren da gar nicht erforderlich, man kannte sich und wußte auch so, was die Forscher brauchten (H.W. Schmuhl: *Hirnforschung und Krankenmord*). Sehr wahrscheinlich hat Günther Hillmann, Mitarbeiter am KWI für Biochemie, anhand von Blutpräparaten von KZ-Insassen TBC-Resistenz- und Rassenforschung betrieben; Butenandt behauptete, davon nichts gewußt zu haben. Dies ist eine bisher offene Frage, um deren Beantwortung sich eine ganze Forschergruppe bemüht. Für den Sanitätsdienst der Luftwaffe, Außenabteilung Gehirnforschung, experimentierte Hugo Spatz. Am KWI München war Fritz Roeder für die Luftwaffe an Höhenversuchen beteiligt. Unterdruckversuche, erst an weißen Kaninchen, dann an epileptischen Kindern, machte Hans Nachtsheim, Abteilungsleiter für Experimentelle Erbpathologie am KWI für Anthropologie. Mit ihm zusammen arbeitete Dr. Gerhard Ruhtenstroth-Bauer vom KWI für Biochemie an diesem Projekt.

Hugo Spatz war nach 1945 Direktor der Neuroanatomischen Abteilung des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung in Gießen. Hans Nachtsheim erhielt 1955 das Bundesverdienstkreuz, 1956 wurde er Mitglied im Bundesgesundsheitsrat. Für alle diese Stützen der deutschen Nachkriegsgesellschaft gilt, daß sie Schäden an Leib und Leben ihrer Probanden billigend in Kauf nahmen. Bestraft wurde keiner.

Ergebnisse

Inzwischen liegen schriftliche Ergebnisse auch aus anderen Forschungsbereichen des auf fünf Jahre angelegten Projektes vor. In dem Sammelband *Autarkie und Ostexpansion* finden sich Beiträge zum Thema »Ost- und Lebensraumforschung«. Die »Ostraumforschung« betrieben die Nazis im Zusammenhang mit ihrer Eroberungspolitik. Sie sollte ihre Autarkiepläne wissenschaftlich fundieren und die praktische Umsetzung ermöglichen. Hier ging es zum Beispiel um die Züchtung besonders resistenter Pflanzen für die eroberten Ostgebiete oder um den Raub von ganzen Samen-Sammlungen der renommierten sowjetischen Pflanzenforschung. Ein zweiter Band, *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus,* versammelt Beiträge über Waffenentwicklung, Rohstoffnutzung und Ersatzstoffentwicklung für militärische Zwecke. Selbst das kleine KWI für Lederforschung in Dresden forderte seine Opfer: Auf der »Schuhprüfstrecke« im Konzentrationslager Sachsenhausen mußten sich zum Ausprobieren von Lederersatzstoffen Hunderte von Gefangenen buchstäblich zu Tode laufen (Anne Sudrow, a.a.O).

Nach 1945

Andere Mitglieder der Forschungsgruppe beschäftigen sich mit der Bürokratie der KWG/MPG. Der Umgang mit den jüdischen Kolleginnen und Kollegen (bekanntester Fall: Lise Meitner) war ein weiterer Schandfleck der Institute. Kürzlich zeigte ein Vortrag der US-amerikanischen Wissenschaftlerin Ruth Lewin Sime, daß auch Otto Hahn, eine Ikone der deutschen Wissenschaft, zu den Verdrängern gerechnet werden muß. Wie Butenandt gehörte er zu denjenigen, die die »Reinheit« der Wissenschaft jenseits der Politik proklamierten, nach dem Motto: »Nicht wir waren Schuld, die Nazis sind's gewesen«, wobei sie als »Grundlagenforscher« sogar heimlich Widerstand geleistet hätten, indem sie Freiräume schufen oder zur Rettung der Wissenschaft sogar extra in die Partei eintraten – so argumentierten sie bei der Entnazifizierung. Haben sich die Generalverwaltung der KWG und einzelne Institutsdirektoren nach 1945 bzw. 1948 bemüht, ihre entlassenen und vertriebenen Mitarbeiter zurückzuholen? Die Antwort auf diese Frage könnte ein Gradmesser sein für ihre »Verstrickung«. Die Emigranten sprechen für diese Zeit von einer zweiten »Vertreibung«. »Hahn und seine Generation haben die Juden, die aus ihrer Mitte verschwunden waren, nie betrauert und nie vermißt«, sagte Professor Sime.

Im Gegenteil. Marianne Ufer, die Tochter Max Ufers, des Pflanzengenetikers am KWI für Züchtungsforschung, der sich nicht von seiner jüdischen Frau scheiden lassen wollte und deshalb emigrieren mußte, berichtete folgendes: Nach der Rückkehr der Familie nach Deutschland gab Wilhelm Rudorf, vormals SS-Mitglied und Direktor am KWI für Züchtungsforschung, Ufer den Rat, nicht auf dem Campus zu wohnen wegen einer möglichen Diskriminierung seiner Frau. Das war im Jahr 1953.

Otmar von Verschuer, Eugen Fischers Nachfolger auf dem Chefsessel des KWI für Anthropologie wurde reingewaschen und bekam 1951 eine Professur als Leiter des Instituts für Humangenetik in Münster. Karin Magnussen, NSDAP-Mitglied seit 1931 und Verfasserin eines rassenpolitischen Lehrbuchs, die an heterochromen Augen der Kinder einer »Zigeunersippe« forschte, und sich später von Dr. Mengele die Augen von getöteten Kindern aus Auschwitz schicken ließ, gab ab 1950 an einem Bremer Gymnasium bis zu ihrer Pensionierung wieder Biologieunterricht.

»Verdrängung« nach 1945, das war nicht nur ein psychologisches Phänomen, wie die Projektleiterin Carola Sachse schreibt, sondern auch ein kommunikativer Prozeß »der sich rekonstituierenden wissenschaftlichen Eliten«. Man vereinbarte eine gemeinsame Sprachregelung, z. B. die »Reinheit« der Wissenschaft, stellte sich gegenseitig »Persilscheine« aus, und manchmal »verdrängte« man auch buchstäblich, indem man sich von allzu »Belasteten« und »Entgleisten« trennte oder sie weglobte, wie Verschuer. Die negativen gesellschaftlichen Folgen dieser energiereichen Verdrängungsleistung – sozusagen der Fluch der bösen Tat – wirken bis heute.

50 Jahre später können viele Dinge nicht mehr rekonstruiert, die Versäumnisse der Justiz nicht durch die Geschichtswissenschaft nachgeholt werden. Schuld oder Unschuld der beteiligten Wissenschaftler sind nicht mehr zweifelsfrei festzustellen. Das sei auch nicht Aufgabe der Geschichtswissenschaft, die mehr und anderes leiste, so Carola Sachse. Kontextualisierung heißt das Stichwort: Durch den Vergleich mit Forschungen in anderen Ländern, insbesondere den USA und der Sowjetunion, hofft sie, das spezifisch Nationalsozialistische an den KWI-Forschungen und ihrer Kooperation mit der Politik herauszuarbeiten. So gab es Eugenik und »Rassenhygiene« nicht nur bei den Nazis, in den USA wurden über 60.000 Menschen zwangssterilisiert; ein Vorbild für Hitler.

Ein Beispiel, wie die NS-Machtübernahme ganze Forschungsrichtungen bis heute beeinflußt, zeigen die spannenden Untersuchungen von Helga Satzinger, Gastwissenschaftlerin im Forschungsprogramm: Als Butenandt den Juden Goldschmidt als Direktor ablöst, fallen auch dessen Theorien der Nicht-Eindeutigkeit der Gene ins Vergessen. Butenandts völkisch-national geprägte Ideologie von genau definierbaren Rassenmerkmalen, von Höherzüchtung und klarer Geschlechterdifferenz ließ nur die Eindeutigkeit der Gene zu, Goldschmidts Modell war zu komplex. Mit der – später – »ein-Gen-ein-Enzym-Hypothese« genannten Vorstellung der Wirkungsweise der Gene prägten er und der Zoologe Alfred Kühn ihr Fach bis heute. Erst jetzt werden auf der Basis neuester experimenteller Befunde die Arbeiten von Goldschmidt auf ihre Brauchbarkeit abgeklopft.

Jedes Dokument, jede Autobiographie, jede Publikation, jede Erinnerung muß genau geprüft werden, um die historischen Tatsachen von Apologien trennen zu können. Denn »die Vergangenheit selbst ist ein Opfer der Nazis geworden«, so sagte Ruth Lewin Sime. Daß sie nicht ganz der »historischen und moralischen Amnesie« anheimfallen, ist Autoren wie Ernst Klee zu verdanken. Er hat – ohne Karriererücksichten nehmen zu müssen – die Nazi-Verbrecher beim Namen genannt. Die Max-Planck-Gesellschaft dagegen hat sich ihre Geschichte noch 1990 in einer Festschrift zum 75jährigen Bestehen (*Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft*) auf über 1.000 Seiten weitgehend unkritisch aufbereiten lassen.

Dabei ist über die Rolle der Wissenschaften im Nationalsozialismus seit etwa zwanzig Jahren verstärkt geforscht worden. Öffentlicher Auftakt der Kritik war – parallel zum Ärztetag – der Gesundheitstag 1980 in Westberlin. Vor allem aus der Medizingeschichte und der Frauen- und Geschlechterforschung kamen viele Arbeiten, die sich mit Rassen- und Sexualpolitik befaßten. Darin gab es auch Bezüge zu Forschungen an KWI, aber keine Gesamtschau. Die Mitarbeiterinnen der Forschungsgruppe kommen zum Teil aus diesen Zusammenhängen, dazu Gastwissenschaftler aus Frankreich, den USA und anderen Ländern sowie Naturwissenschaftler, die auch Wissenschaftshistoriker sind. Sie sind jünger, akribischer und differenzierter und werden hoffentlich bessere Ergebnisse erzielen.

Fern jeder Sachkenntnis sagte der damals neue MPG-Präsident Peter Gruss in einem »Spiegel«-Interview: »Es ist ja nun wirklich nicht so, daß unsere Labors von lauter Frankensteins bevölkert sind.« Hoffentlich hat er mittlerweile die Ergebnisse seiner Präsidentenkommission zur Kenntnis genommen.

Literatur

Susanne Heim (Hg.): *Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus. Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus.* Bd. 2, Wallstein Verlag, Göttingen 2002, 306 Seiten, 20 Euro

Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandaufnahmen und Perspektiven der Forschung.* Bd. 1. Wallstein Verlag, Göttingen 2000, 776 Seiten, 40,90 Euro

Ernst Klee: *Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945*. Fischer_Verlag, Frankfurt/M. 2001, 416 Seiten, 25 Euro

Helmut Maier: *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften. Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.* Bd. 3. Wallstein Verlag, Göttingen 2002, 432 Seiten, 29 Euro

Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.(Hg.): *Symposium in Berlin. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kai-ser-Wilhelm-Instituten – Die Verbindung nach Auschwitz. Ansprachen der Eröffnungsveranstaltung.* München 2001

Carola Sachse, (Hg.): *Ergebnisse 1-9. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft«*

Ergebnisse 1: Hans Werner Schmuhl: *Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937-1945*. Berlin 2000

Ergebnisse 2: Robert N. Proctor: *Adolf Butenandt (1903-1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlaß.* Berlin 2000

Ergebnisse 3: Carola Sachse/Benoit Massin: *Biowissenschaftliche Forschungen an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes.* Informationen zum gegenwärtigen Wissensstand. Berlin 2000.

Carola Sachse: »Persilscheinkultur«. In: Bernd Weisbrod (Hg.): *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit.* Göttingen 2002

Die Vorabdrucke können beim Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft«, Glinkastr. 5-7, D-10117 Berlin, bezogen werden.

Sabine Lueken schrieb in KONKRET 8/02 über Schicksale von NS-Zwangsarbeitern

Konkret 04/03, S. 66

Peter O. Chotjewitz, Marit Hofmann

Absurdität des Denkens

Interview mit Peter O. Chotjewitz über seinen neuen Roman »Machiavellis letzter Brief«, die Aktualität der Politik der Neuzeit und Dichtung und Wahrheit

K*ONKRET: Was hast du mit Machiavelli am Hut? Das soll doch ein ganz fieser Machtstratege gewesen sein, der mit seinen Schriften* (Il principe) *die Tyrannei rechtfertigte. Machiavellismus ist schließlich immer noch ein Schimpfwort. Alles Unfug?*

Chotjewitz: Tatsächlich geht Machias schlechter Ruf vorwiegend auf diesen kleinen Traktat zurück, der in der Reclam-Ausgabe eben mal hundert Seiten umfaßt, aber die meisten, die mit dem *Principe* argumentieren, haben nicht mal den gelesen. Diese negative Rezeption beginnt schon zu seinen Lebzeiten, also bevor das Werkchen 1532 gedruckt wurde. Die ersten, die es verbrannten, waren die Jesuiten von Regensburg. Man verübelte ihm seine Kritik an der Religion und den Päpsten seiner Zeit.

Ab Christopher Marlowe, der ihn in *Der Jude von Malta* auftreten läßt, war Machia zusätzlich der Inbegriff des bösen Juden. Im ersten Schritt dichtet Marlowe ihm bestimmte Ansichten an, die Machia nie geäußert hat, im zweiten macht er ihn zum Vorbild des bösen Juden und gibt dieses Konstrukt als philosemitisch aus, indem er behauptet, der Jude sei nicht von Natur aus schlecht, sondern nur den bösen Einflüsterungen des bösen Machiavelli erlegen.

Man kann feststellen, daß fast die ganze antimachiavellistische Literatur so operiert. Der Machiavelli, den sie kritisiert, attackiert, diffamiert etc. hat nie existiert, sondern ist ein Konstrukt seiner Gegner. Keine politische Schrift der Neuzeit wurde von so vielen Staatstheoretikern so widersprüchlich ausgelegt.

Wie kommt dann beispielsweise die »Frankfurter Rundschau« darauf, Lothar Matthäus als »Franken-Machiavelli« zu bezeichnen?

Da ich nichts von Fußball weiß und mich nicht für Journalisten interessiere, die über Fußballer schreiben, kann ich nicht beurteilen, warum jemand einen Niemand, den ich nur aus der »Bildzeitung« kenne, mit Machiavelli vergleicht. In der Ratgeber-Literatur ist es seit langem üblich, Machiavelli als Alleskleber zu verwenden. Am Anfang standen die Bändchen *Gedanken Machiavellis*, *Machiavelli – Mensch und Staat* etc. Heute lauten die Titel: *Machiavelli für Manager, Machiavelli für Ehefrauen, Machiavelli für Kindergärtnerinnen*.

Mich hat die Diskrepanz gereizt zwischen dem, was man über Machia zu wissen meint, und dem, was rauskommt, wenn man sich ein bißchen mit dem Gesamtwerk beschäftigt – dazu mit der Person, mit seiner Tätigkeit als zweiter Staatssekretär von Florenz, mit der Epoche, dem Verhalten der damaligen Weltmächte, vor allem der Konfrontation Frankreich/Habsburg, den politischen Zuständen in Italien. Ich konnte da etliches reinarbeiten, was mich seit dem Studium beschäftigt hat – z.B. die tendenzielle Absurdität des Denkens, die mit der gesellschaftlichen Wirkung des Denkens zunimmt.

Ein weiterer Witz scheint darin zu bestehen, daß wir, was die Privatisierung der Politik und des staatlichen Handelns betrifft, wieder da angekommen sind, wo wir vor fünfhundert Jahren zu Zeiten Machiavellis mit dem politischen Denken angefangen haben. In der Romanhandlung spielen diese Dinge allerdings nur eine periphere Rolle.

Kommen wir zum eigentlichen Thema. In deinem Roman macht sich ein junger Philosoph 1664 auf die Suche nach dem letzten Brief Machiavellis.

Philosoph und Schriftsteller, ja, geboren 1642 in Zittau, später Schulmann und Verfasser von cirka 80 Schul-Kommödien, darunter eine über Machiavelli.

Das ist der Rahmen, der mehr als die Hälfte des Romans ausmacht – also die Erlebnisse des Erzählers Christian Weise, der 1665 im Auftrag des Herzogs August des Jünge- ren von Braunschweig-Wolfenbüttel nach Sant'Andrea in Percussina reist, um sich diesen umfangreichen »letzten Brief« Machiavellis anzuschauen und – falls das dickleibige Manuskript hält, was die Verkäuferin verspricht – für die Bibliothek des Herzogs zu erwerben.

Anfangs wollte ich gleich mit Sant'Andrea anfangen, aber dann merkte ich, daß ich zwar viel über Machia, Renaissance, Humanismus, Florenz, die ersten Jahrzehnte der Neuzeit etc. wußte, aber so gut wie nichts über die Lebensverhältnisse: Wie reiste man, gab es schon so was wie einen Tourismus, was aß man, was konnte man unterwegs erleben?

Ich hab' also noch mal von vorne begonnen und alle diese Dinge recherchiert, es gibt darüber wirklich eine reichhaltige Primärliteratur – berühmtes Beispiel: die *Badereise* von Montaigne. Wenn man da mal ein paar Monate schmökert, kriegt man unweigerlich Lust, ein Roadmovie im siebzehnten Jahrhundert anzusiedeln. Das Reisen damals war ungleich

spannender als heute, und das Spannendste daran war vielleicht, daß die Reisenden das gar nicht gemerkt zu haben scheinen, sondern fast gleichgültig blieben.

Machiavellis letzter Brief war zunächst also nur ein Anlaß, auf Reisen zu gehen – wobei es aber nicht blieb. Es gab da – authentische Figur – eine Ippolita Machiavelli, Ur-Enkelin, die schreibt 1663 an den Bücheragenten Anckel in Augsburg, sie hätte ein Manuskript zum Verkauf anzubieten, und Anckel – ebenfalls authentische Figur – leitet den Brief dieser Ippolita natürlich sofort an seinen Brötchengeber August den Jüngeren weiter.

Und lohnt sich die strapaziöse Reise, nur um diesen Wisch zu ergattern?

Dickes Manuskript, nicht Wisch. Doch bekanntlich eröffnet die alte Ippolita Christian Weise schon am Tag seiner Ankunft, daß sie die Rarität inzwischen verkauft habe.

Hast du dir diesen letzten Brief also nur ausgedacht? Sähe dir ähnlich.

Machiavellis letzter Brief ist vermutlich eine Fälschung, aber vielleicht ist der ganze Bericht, den Weise post festum seinem Dienstherrn erteilt, eine Fälschung. Aufmerksame Leser werden Anzeichen darauf finden.

Der Verlag preist dein Roadmovie sogar als Krimi an. Ein Marketingtrick, um den historischen Stoff unters Volk zu bringen?

Es gibt einen Raubüberfall und zwei Morde. Trotzdem: Solange die Branche festhält an den formalen Schwachsinnigkeiten, die das Genre definieren, kann man meinen Roman nicht als Krimi bezeichnen. Ich hasse Krimis. Es gibt ja kaum ein Genre, das so sehr von den Erwartungen einer schwachsinnigen Leserschaft abhängt. Schon deshalb würde ich nur für viel Geld einen Krimi schreiben. Ob ich einen historischen Roman vorlege, ist auch noch die Frage. Kipphardt meinte mal, man schreibe immer über sich selber und die Gegenwart.

Die teutschnationale Haltung deines Protagonisten klingt aber gar nicht nach dir. Weise sagt ja im Buch z.B.: »Wozu sollen die vielen Kriege in unserem Jahrhundert gut gewesen sein ..., wenn sie uns nicht gelehrt haben, stolz zu sein, auf unser teutsches Land ...?«

Das sind so Gedanken, die sich der Autor überzieht wie ein historisches Kostüm, um vor den Spiegel zu treten und amüsiert festzustellen, wie er vor 350 Jahren ausgesehen beziehungsweise gedacht hätte. Ich bin darauf gekommen, als ich bei der Lektüre einiger Texte aus dem siebzehnten Jahrhundert feststellen mußte, daß es in der damaligen Dichtung deutsch-nationale Töne gab – inklusive Xenophobie, Antisemitismus und *O du wunderschöner deutscher Rhein*. Mein Erzähler kann das nicht in Frage stellen – das wäre unhistorisch.

Worin bestehen dann aber Gemeinsamkeiten zwischen deinem Erzähler und dir?

Gemeinsamkeiten entstehen zwangsläufig dadurch, daß der Autor sich selbst nicht ausklammern kann. Dann im Detail: Christian Weise ist vorwiegend wegen seines Alters zu der Ehre gekommen, in meinem Roman den Erzähler zu spielen. Nachdem der Aufhänger, Ippolitas Angebot, feststand, war Weise der einzige teutsche Jungdichter, den ich nach Italien schicken konnte.

Das koinzidiert nun aber mit meiner Biographie. Ich habe als Student in Weises Alter mehrfach einige Monate lang in Italien gearbeitet und die Gegend bereist. Natürlich habe ich Weise nur das erleben lassen, was in etwa der Überlieferung entspricht, aber es gibt genügend Lücken, die ich mit eigenen Erfahrungen auffüllen konnte. Die Methode des nachempfindenden Erfindens also. Zum Glück scheint die Wissenschaft sehr wenig über Weise zu wissen, so daß auch der notorische Nörgler nicht viel wissen kann, was meiner Darstellung widerspricht. Das gilt auch für manches, was ich über Machiavelli geschrieben habe. Da gibt es nämlich ebenfalls Lücken und Ungereimtheiten.

Der Herzog beauftragt Weise außerdem, Erkenntnisse über den »Dreißigjährigen Krieg« zu sammeln. Lernen wir daraus auch etwas über das heutige scheinbar durch und durch pazifistische Deutschland?

Aus der Geschichte lernen? Machia glaubte zunächst in seinem jugendlichen Leichtsinn, man könne aus der Geschichte Lehren ziehen und Herrscher seien belehrbar. Er wußte, daß er den Fürsten und Gelehrten seiner Zeit turmhoch überlegen war und sagte das auch, zum Beispiel in der Vorrede zum *Principe* und zu den *Discorsi*. Er war ziemlich eingebildet, was ihn so sympathisch macht. Man kann den laufenden Schwachsinn nur mit einer gehörigen Portion Arroganz und Zynismus ertragen.

Was Machiavelli dann aber im Laufe von mehr als drei Jahrzehnten als politischer Beamter und Wissenschaftler lernte, war, daß die Herrscher eben nicht belehrbar sind. Ich habe über Machia geschrieben, weil er als erster politischer Wissenschaftler der Neuzeit die Wirkungslosigkeit – zum Teil sogar die Absurdität – seines Tuns und Denkens erkennen mußte. Althusser nannte es »La Solitude de Machiavel« und meinte: »Dieser Intellektuelle glaubte nicht, daß die Intellektuellen Geschichte machen. Nur ein anderes Denken, daß ihm in seiner Verweigerung und seiner Position nahekam, konnte ihn aus dieser Einsamkeit erlösen: das Denken Marx' und das Gramscis.«

Das können wir nun auch auf die Moralisten unserer Tage anwenden, einerlei ob sie als notorische Arschkriecher die sogenannte Friedenspolitik Schröders begrüßen und mit Kerzen in den Händen die irren Fundamentalisten im Weißen Haus zur Umkehr aufrufen oder die bevorstehenden Verbrechen gegen die Völker des Irak begrüßen, weil das dortige Regime seinerseits verbrecherisch und antisemitisch sei. Der Krieg wird stattfinden, egal ob wir dafür sind oder dagegen und ob unsere Argumente was taugen.

Ich schätze mal, daß Machia auch daran verzweifelt ist, daß Kriege und andere Verbrechen von Staats wegen so ganz ohne Theorie auskommen – natürlich auch ohne Marx und Gramsci.

Im Verlagsprospekt tauchst du unter dem Etikett »Neue deutsche Autoren« auf. Ob du auch noch mal zum Popliteraten ernannt wirst?

They never come back. »Popliterat« war ich schon mal in den Sechzigern, nur daß damals das Schwergewicht auf »Literat« lag. H. C. Artmann war einer, Hubert Fichte, Uwe Brandner – lauter Mißverständnisse. Die Medien brauchten schon immer solche Brandzeichen. »Neu« hab ich so verstanden, daß ich noch jung bin, und daß der Roman was ziemlich Neues ist.

Die deutsche Literatur sieht momentan ziemlich alt aus, egal, ob ihre Verfasserinnen dreißig sind oder ihre Verfasser dreiundsiebzig. Also: Ich fühle mich geschmeichelt und sitze seit sechs Wochen am nächsten Buch: »Alles über Leonardo«. Das ganze Material, das eigentlich in den Machiavelli reinsollte, aber der ist so schon zu dick geworden.

Peter O. Chotjewitz: *Machiavellis letzter Brief.* Europa Verlag, Hamburg 2003, 448 Seiten, 22,90 Euro

Interview: *Marit Hofmann*

Konkret 04/03, S. 66

Gert Ockert

Lyrik mit Hau

Robert Gernhardt ist ein großer Dichter, ein bedeutender Essayist, ein mittelmäßiger Zeichner, kein guter Maler und momentan nicht ganz bei Groschen. Am 4. März überließ er der »Süddeutschen Zeitung« ein »Sonett vom Gebet des George W. Bush zu seinem Gott«, und das hätte man lieber nie gelesen. Was da nämlich als Satire in nicht so zierlichen Zeilen zelebriert wird, würde jedem einfallen, dem nie was einfällt, also dem Leitartikler. Aber beim Meister des Wörtersees ist so was ein Ausfall sämtlicher guten Geister: »My Lord! DU siehst den Bastard das verschrotten, / weshalb wir ihn, von DIR bestärkt, verteufeln«, hebt George W. Gernhardt an. Und schmarrt so weiter: »Läßt DU DEIN Volk an DEINEM Rat verzweifeln, / wird alle Welt den Frieden so vergotten, / daß nichts mehr läuft: Ganz ungenutzt verrotten / die besten unsrer Waffen. Es verstummen« nun aber erst mal Mr. Bush und sein Ghostwriter. Denn es ist zum Verzweifeln, wie schlicht Gernhardt sich die Welt zusammenreimt.

Wollte die US-Regierung wirklich nur deshalb in den Krieg ziehen, weil sie Angst hat, ihre Laserbomben könnten andernfalls verrotten, wäre sie in der Tat noch bescheuerter als sie in der Tat ist. Bush ist nicht geil auf Krieg. Sondern auf Sieg. Er will den Frieden ebenso wie die deutsche Friedensbewegung und Robert Gernhardt ihn wollen, aber der Präsident will ihn zu seinen und seines Landes Bedingungen, und die lassen sich nicht ohne einen Krieg durchsetzen. Wenn Bush zu seinem Gott spricht, und er soll das ja recht häufig tun, wird er darum bestimmt nicht so beten: »Es verstummen / die schlausten unsrer Köpfe. Sie verdummen / fortan nicht mehr. An ihrer Statt verspotten / dreist Friedenstauben Falken, die versessen / versuchten jeden Frieden zu verhindern.«

Natürlich ist niemand verstummt, so schön es auch wäre, von Donald Rumsfeld nie wieder etwas hören zu müssen. Und die Tauben verspotten die Falken leider nicht dreist, sondern dumm, weil die schlausten Köpfe eben doch noch sehr effektiv arbeiten: »My Lord! Wenn ich DICH bitte, zu verbitten, / dem Krieg das letzte Schlupfloch zu verkitten, / dann deshalb: Die zum Weich-Gott DICH vermindern, / soll□n nicht den Gott des Schlachtens, MICH, vergessen.« Wo aber Löcher statt gestopft verkittet werden, da hat der Reimzwang, dieser Gott des Umnachtens, den einen Gedanken, der schon kein kluger war, überwunden und einen Weich-Keks produziert. Robert Gernhardt, seit Jahren aufs bedenklichste bemüht, ein großer Dichter nicht nur zu sein, sondern auch einen darzustellen, hat sich in Arnold Hau verwandelt, jene Figur, die er vor bald vier Jahrzehnten erfand, um solche Leitartikel-Lyrik zu verscheißern. Hoffentlich ist er diesen Hau bald wieder los.

Konkret 04/03, S. 72

Magnus Klaue

Der Kneifer des Kommissars

Im März 1900 wurde im westpreußischen Konitz ein Schüler ermordet. Zwei Studien zeigen, wie das Verbrechen zum »jüdischen Ritualmord« umgelogen wurde.

Bis heute widmet sich die Antisemitismusforschung vorwiegend den ökonomischen und psychodynamischen Strukturen, die judenfeindliche Haltungen begünstigen. Selten wurde indes anhand konkreter Fallstudien untersucht, wie Antisemitismus mit dem Alltagshandeln verwoben ist und im Medium von Gerüchten tradiert wird, die sich schließlich in Pogromen entladen. Einem »mikrohistorischen« Ansatz folgend, sind nun die Historiker Helmut Walser Smith und Christoph Nonn unabhängig voneinander dem Fall eines »jüdischen Ritualmords« im deutschen Kaiserreich nachgegangen.

Im März 1900 wurde in der westpreußischen Kleinstadt Konitz der Torso des Schülers Ernst Winter entdeckt, dessen Körper laut Aussage des Arztes von einem Schlächter oder Chirurgen fachmännisch zerteilt worden war. Noch ehe die übrigen Gliedmaßen des Jungen gefunden wurden, verbreitete sich, unterstützt durch die Propaganda der antisemitischen Presse, das Gerücht, Winter sei von Juden ermordet worden, die sein Blut für ihre »Rituale« benötigt hätten. Etliche Zeugen meldeten sich mit abstrusen Geschichten, die beweisen sollten, daß Adolph Lewy, der jüdische Schlachtermeister der Kleinstadt, Winters Tod verschuldet habe. Trotz Widerstands der örtlichen Behörden, die zeitweise das Militär zu Hilfe riefen, um sich des antisemitischen Mobs zu erwehren, kam es bis zum Sommer 1900 im gesamten Landkreis zu Pogromen. Jüdische Bürger wurden beschimpft und verprügelt, ihre Geschäfte und Wohnungen zerstört. Die Synagoge der Konitzer Juden wurde in Brand gesteckt. Obwohl weder Lewy noch den übrigen Beschuldigten etwas nachgewiesen werden konnte und viele Denunzianten wegen Meineids verurteilt wurden, endete der Fall, dessen Hintergründe unaufgeklärt blieben, mit einer Niederlage für die Juden. Viele von ihnen, darunter Lewy, verließen aus Angst vor weiteren Übergriffen die Stadt. Obgleich die Lüge vom »Ritualmord« offiziell für nichtig erklärt wurde (später stellte sich heraus, daß Winter erstickt worden war, bevor man seinen Leib zerstückelte), führte die Affäre zur Stärkung der längst nicht mehr schweigenden judenfeindlichen Mehrheit.

Welche gesellschaftlichen Schichten waren für die Aktualisierung der Legende vom »Ritualmord« verantwortlich, und auf welche Art waren sie es? Grob lassen sich zwei Gruppierungen unterscheiden. Zur fast täglichen Entstehung neuer Gerüchte über »verdächtige Handlungen« Lewys, seines Sohns Moritz, des Abdeckers Wolf Israelski und anderer Konitzer Juden trugen vor allem Angehörige des Kleinbürgertums sowie übel beleumdete »Lumpenproletarier« und »Dorfdeppen« bei, deren Wort im bürgerlichen Alltag nichts galt, nun aber ungeahnte Autorität gewann. Der wichtigsten Denunziantengruppe, den Dienstmädchen, widmen sich Nonn und Walser Smith ausführlich. Während Nonn die Verleumdung jüdischer Bürger durch ihre Bediensteten aber lediglich als »Rache des ›underdog‹« versteht, bezweifelt Walser Smith mit Recht, daß sich derlei Handlungen auf den Versuch einer »Umkehr von Machtverhältnissen« reduzieren lassen. Eher haben sie die tatsächlichen, unter der Oberfläche »staatsbürgerlicher Gleichberechtigung« verborgenen Machtstrukturen enthüllt.

Gewiß wollten viele Dienstmädchen, aufgrund von Geschlecht, Alter und Bildung benachteiligt und ohne Rechte gegenüber ihren Herren, die Gunst der Stunde nutzen, um diese symbolisch zu »entmachten«. Interessanter ist jedoch, daß die Mehrheit der Bevölkerung lieber den Lügen einer deklassierten, als tratschsüchtig verschrieenen Gruppe Glauben schenkte als den sozial bessergestellten, gebildeten und assimilierten »deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens«. Erst der »Ritualmord« brachte diese keineswegs mit den ökonomischen Herrschaftsverhältnissen identische Konstellation ans Tageslicht, in der die verrufensten Angehörigen der »Volksgemeinschaft« mehr galten als die einheimischen Juden.

Waren Kleinbürgertum und »Pöbel« zuständig für die Erfindung antijüdischer Klatschgeschichten, sorgten die Honoratioren der Stadt, Lehrer, Ärzte und Anwälte, assistiert von der antisemitischen »Staatsbürgerzeitung«, für die überregionale Anerkennung der Gerüchte. Ausführlich zeichnet Walser Smith den Prozeß nach, in dessen Verlauf mündlich kursierende Spinnereien zunächst zu Parolen auf Flugblättern und schließlich zu journalistischen »Fakten« transformiert wurden. Während er jedoch suggeriert, daß die Gerüchte ohne Hilfe der Presse nicht zu verbindlichen »Handlungsanweisungen« geworden wären, widmet sich Nonn auch den Versuchen liberaler Journalisten, den Denunziationen durch Verbreitung von »Gegengerüchten« entgegenzutreten. So kursierten über den ebenfalls ins Visier der Fahnder geratenen christlichen Schlächter von Konitz, Gustav Hoffmann, der als Altlutheraner eine Außenseiterstellung in der Stadt innehatte, kaum minder abenteuerliche Spekulationen. In ihrem Zentrum stand seine vierzehnjährige Tochter Anna, der sexuelle Beziehungen zu zahlreichen Männern, darunter zum ermordeten Ernst Winter, nachgesagt wurden. Einige Konitzer versuchten, unterstützt durch Journalisten und den »Verein zur Abwehr des Antisemitismus«, aus diesen Gerüchten ein Mordmotiv für Hoffmann zu konstruieren, so daß die Ermittlungen zum Zweikampf zwischen beiden Schlächtern gerieten, den Hoffmann für sich entschied. Daß vorwiegend die Meinungsmacht der antisemitischen Presse für

diesen Sieg verantwortlich war, stellt Nonn unter Hinweis auf die vielfältige Presselandschaft jener Zeit zu recht in Frage. Vielmehr verweist die Deutungshoheit, die die Antisemiten nach wenigen Wochen erlangten, auf judenfeindliche Dispositionen der Bevölkerungsmehrheit, die nur einen Anlaß suchten, um aktualisiert zu werden.

Dieser unter der formellen Wertschätzung der »jüdischen Mitbürger« verborgene Judenhaß paarte sich mit provinziellem Ressentiment gegenüber den Vertretern der preußischen Ordnungsmacht, den »Herren aus Berlin«, die zur Untersuchung des Mordfalls in die Kleinstadt gekommen waren. Sowohl Kriminalkommissar Arthur Wehn wie sein Kollege Johann Braun betrachteten die »Ritualmord«-Gerüchte als »unglaubwürdiges Geschwätz«. Wehn, der ebenfalls zu judenfeindlichen Ausfällen neigte, behauptete später, er habe aufgrund seiner Erfahrungen in Konitz »aufgehört, Antisemit zu sein«. So stand nicht einfach eine Mehrheit »Volksdeutscher« der jüdischen Minderheit gegenüber, sondern die Antisemiten kämpften ebenso gegen die jüdische Bevölkerung wie gegen die preußische Obrigkeit, die als »Schutzmacht« der Juden angesehen wurde. Die jüdischen Bürger konnten deshalb den Staat im Rückblick als »die einzige Schranke zwischen uns und den Äxten unserer Nachbarn« bezeichnen.

Anders als Walser Smith belegt Nonn ausführlich, daß das projüdische Engagement der preußischen Beamten strategische Gründe hatte. Da antisemitische Bewegungen in Westpreußen und Pommern vom Katholischen Zentrum sowie von der oppositionellen Polenpartei gestützt wurden, empfand man Ausschreitungen in diesen Regionen als Protest gegen die Bismarcksche »Germanisierungspolitik« und »Rebellion gegen die deutsche Herrschaft«. Nicht die Juden wurden in Konitz vom Militär verteidigt, sondern die eigene nationalistische Politik.

Die »Schranke« zwischen ihnen und ihren potentiellen Mördern konnte unter veränderten Bedingungen denn auch problemlos fallen. Die Konitzer interessierten sich freilich nicht für die Gründe der Allianz von einheimischen Juden und Berliner Beamten. Ihnen galt die Beamtenschaft als Symbol einer anonymen Bürokratie. Nonn weist darauf hin, daß die Ermittler, die Hochdeutsch sprachen und die Konitzer zum Verhör ins Büro luden, in zeitgenössischen Quellen als Repräsentanten der »Großstadt«, ja selber als »Juden« figurieren. Moritz Lewy, heißt es einmal, sehe mit seinem Kneifer aus »wie der Kriminalinspektor Braun aus Berlin«. Demgegenüber verstanden es die Honoratioren, die sich als »alternative Elite« exponierten und eigene »Ermittlungen« aufnahmen, dem Lokalpatriotismus zu schmeicheln und die »offiziellen« Untersuchungen zu unterminieren.

Wenig später waren solche Umstände nicht mehr nötig. Als 1939 die Wehrmacht in Polen einmarschierte, organisierte sich ein »volksdeutscher Selbstschutz«, unter dessen Führung die Konitzer innerhalb eines Jahres 208 Insassen einer psychiatrischen Klinik sowie mehr als 900 Juden und Polen ermordeten.

Helmut Walser Smith: *Die Geschichte des Schlächters. Mord und Antisemitismus in einer deutschen Kleinstadt.* Wallstein Verlag, Göttingen 2002, 302 Seiten, 29 Euro

Christoph Nonn: *Eine Stadt sucht einen Mörder. Gerücht, Gewalt und Antisemitismus im Kaiserreich.* Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2002, 248 Seiten, 19,90 Euro

---

Magnus Klaue schrieb in KONKRET 2/03 über Georg Kreislers Musical »Adam Schaf hat Angst«

Konkret 04/03, S. 74

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Herman Melville: Pierre oder Die Doppeldeutigkeiten. Neu □ berset□ t von Christa Schuenke. Hanser, M□ nchen 2002, 741 Seiter 34,90 Euro

Oh und Ah! Pomp und Pathos! Großes Weh und großes Ach! In Melvilles *Pierre* herrscht kein Mangel an fundamentalem Fühlen bzw. Sehnen.

Der Held, Pierre Glendinnig, glaubt Teil einer idyllischen Familiengeschichte zu sein. Doch eine uneheliche Schwester macht sich plötzlich im Nähkränzchen des Dorfes bemerkbar und löchert sein Vaterbild. (Vater ging bereits vor langer Zeit zu den Würmern.) Pierre muß sich entscheiden. Er will ein Mann werden. (Konsequenzen: Schlaflosigkeit, Weltekel, Todessehnsucht. Nur ein großer Stein hält zu ihm.) Von nun an kein ödipales Klopfen mehr an pflaumenweichen Frühstückseiern – Mutter und Sohn müssen ihre Kopulationswünsche verscheuchen. (Autor bringt Mutter später unaufwendig um die Ecke.) Abgemeldet wird auch die Verlobte Lucy. (Ein blonder Engel. Zeichnet gern mit Kohle. Wird später nochmal aus den Kulissen geholt.) Pierre bekennt sich, nachdem er Shakespeares *Hamlet* und Dantes *Inferno* in kleine Fetzen gerissen hat, zu Schwester Isabell. (Heldenfüße stapfen ganz doll auf Klassikerfetzen herum.) Pierre und Isabell fliehen nach New York. (Unheimliches Kopfsteinpflaster. Ist da zu viel leichtlebig-amüsiertes Gesindel in der Stadt?) Er arbeitet als Schriftsteller. (Schweres Los! Faßtinte gefriert im Winter.) Sie schlägt zuweilen die Gitarre an. (Pling.) Ihre Haare und Augen sind ebenholzfarben. (Symbole – siehe Lucy!) Getrennte Betten, klare Verhältnisse: kein Sex vor dem Tod. Auch werden überdies die Kohlen langsam knapp. Großes Löffelabgeben am Ende. (»Finis«, schreibt Melville.) Vorhang.

Herman Melville veröffentlichte *Pierre or The Ambiguities* 1852, ein Jahr nach *Moby Dick*. Die zeitgenössische Kritik reagierte negativ. Ein Rezensent erklärte den Autor kurzum für bekloppt. Damit war Melville aus dem Rennen. Die für den amerikanischen Markt produzierte Ausgabe des *Pierre* verwandelte sich in einen Ladenhüter, Melvilles britischer Verleger war nicht bereit, den Roman unbearbeitet zu publizieren.

Pierre ist ein unsicher konzipierter, gehetzt hingeworfener, mißlungener Roman. Wer sich allerdings für die genaue Bedeutung des Brotbrechens und die Vorzüge »unbefleckter«, devoter Frauengestalten interessiert, wird den christelnden Ton des Buches zu schätzen wissen. Auch die Anhänger von Kitsch und »Tiefsinn« könnten bei der Lektüre auf ihre Kosten kommen. Und wer schließlich schon immer einen Fuß in »die Schweiz seiner Seele« setzen wollte, sollte dieses Buch ganz fest an das Sankt Gallen seines Herzens drücken.

Konkret 04/03, S. 74

Werner Jung

Buch & Deckel

Gerd Fuchs: Die Aus□ anderer. Edition Nautilus, Hamburg 2003, 256 Seiten, 19,90 Euro

Amerika – das war einmal, wie Gerd Fuchs' neuer Roman verdeutlicht, eine vage Hoffnung und Sehnsucht, eine undeutliche Vorstellung; nicht einmal eine Idee, bloß der Wunsch, eine belastende Vergangenheit und perspektivlose Zukunft hinter sich lassen zu können, um einen Neuanfang mit ungewissem Ausgang zu versuchen. »Ein Erwachen ist es schon, plötzlich zu wissen, wieviel Stunden es noch sind bis zur Ankunft, doch kein beruhigtes. Wo kommt man denn an? fragen sich viele, und vielen wird auf einmal klar, daß Amerika nur ein Wort ist für sie, nicht mehr.«

Aber jetzt, unmittelbar vor der Ankunft in New York, gibt es kein Zurück mehr. Eigentlich ist es ein buntes Völkchen, das sich da zusammengefunden hat, doch Armut und Not drängen es zur grauen Masse zusammen. In diesem Auswandererheer begegnet eine jüdische Familie, nur knapp einem Pogrom entkommen, Proleten ohne Zuversicht, der Zuchtrute im eigenen Land jemals zu entlaufen, Abenteurern und Ganoven, schließlich einem jungen Arzt, der vor einer gesicherten bürgerlichen Zukunft und Heirat geflohen ist, und einer Nonne, die bereits in Afrika einschlägige Erfahrungen mit Armut und Hunger gemacht hat.

Fuchs bietet einen ganzen Reigen von Geschichten und Schicksalen an, erzählt mal auktorial, dann in personaler Manier; er vernetzt diese unterschiedlichen Biographien in der allen gemeinsamen Zielvorstellung. Dabei gelingt es dem Text nicht nur, Lokalkolorit des mittleren und ausgehenden 19. Jahrhunderts zu veranschaulichen, sondern auch beschwerliche Lebens- und Existenzverhältnisse deutlich zu machen. Fuchs reduziert die erzählte Zeit auf die verschiedenen Phasen vor und während der Überfahrt in die Staaten, wobei zugleich die gesamte historische Situation in verschiedenen europäischen Ländern aufscheint. Insofern böte die Lektüre dieses Romans auch den passenden Einstieg für Scorseses »Gangs of New York«, wo das fernere Schicksal europäischer Auswanderer geschildert wird.

Überaus gelungen ist das Ende des Fuchs'schen Text mit dem tausendäugigen Blick auf das gelobte Land – allerdings: kein Abschluß, bloß der Abbruch einer (mehr oder minder offenen) Geschichte, die sich bruchlos ins 20. Jahrhundert weiterschreiben und sogar noch -dramatisieren ließe: »Der Tag ist gekommen, der Tag der Ankunft ... und endlich dürfen sie an Deck ... Und dann stehen sie dichtgedrängt und blicken. Sie blicken alle in eine Richtung, Hunderte von Gesichtern, verzweifelte, hoffnungsvolle, kranke, stumpfe, blöde, traurige Gesichter. Ein Drittel von ihnen wird das erste Jahr nicht überleben. Viele werden bald sagen, daß sie es zu Hause besser hätten. Sie starren schweigend. Am Himmel ein schmaler, brauner Streif. Amerika.«

Konkret 04/03, S. 74

Michel Raus

Buch & Deckel

Philip Roth : Das sterbende Tier. Hanser, München 2003, 164 Seiten, 16,90 Euro

Lange schon ist von allen US-amerikanischen Autoren dem literarischen Lustgreis MRR Philip Roth bei weitem der liebste. Daran hat sich nach dem nun in deutscher Übersetzung vorliegenden Roman *Das sterbende Tier* nichts geändert. Roths Alter ego, der aus *Professor der Begierde* bereits bekannte Ich-Erzähler David Kepesh, bringt es als TV-Kulturkritiker zu akademischen Ehren. Kepesh geht auf die 70 zu und erinnert sich wortreich an Consuela, die (vorläufig) letzte in einer erzlangen Serie von Studentinnen, die er zum Abschluß seiner Seminare auf dem Umweg über seine beeindruckende Bibliothek ins Bett zu lotsen vermochte.

Der berüchtigte Erotomane kann von den Brüsten Consuelas nicht genug kriegen. Und weil er auch noch lange nach dem Ende seiner Liaison mit der Tochter von Exilkubanern immer wieder auf diesen formvollendeten Busen zu sprechen kommt, ist leicht zu erahnen, daß von daher ein Verhängnis naht. In der Tat meldet sich die Ex-Geliebte Jahre später, weil bei ihr Brustkrebs diagnostiziert worden ist. Spätestens jetzt, wenn Consuela David bittet, ihr die Hand auf die von Amputation bedrohte Brust zu legen und ihr Karzinom zu ertasten, schrammt Roths Roman haarscharf vorbei an altersgeilem Kitsch.

Zugegeben, die Geschichte läßt sich dank Roths Erzählroutine leicht weglesen, sie bietet sogar einige skandalträchtige Highlights in jenen Passagen, in denen sich Kepesh zum Sexsklaven erniedrigt. *Das sterbende Tier* reicht jedoch an Roths letzte Romane (*Der menschliche Makel*, etwa) nicht heran. Selbst der Rekurs auf die in den USA Mitte der sechziger Jahre ausgebrochene sexuelle Revolution macht den Fall Kepesh nicht plausibel; sie wirkt wie eine nachgereichte Entschuldigung für das Verhalten des Romanpersonals. Vieles an diesem »Tier« mutet schon deshalb aufgesetzt an, weil es – vor dem Hintergrund des seit Jahren anhalten den sexualpolitischen *backlashs* in den USA – letztlich auch zum Sterben nicht reicht. Vermutlich schwebte Roth eine Variante des Eros-Thanatos-Motivs vor. Doch leider hat er, wie der Franzose sagen würde, den Fisch im Wasser ertränkt.

Konkret 04/03, S. 75

Marit Hofmann

Buch des Monats

Robert Walser: Europas schneeige Boa. Texte zur Schweiz. Hg. von Bernhard Echte. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2003, 352 Seiten, 23 Euro

»Mir fiel heute früh ein, mir zu sagen, niemand, wer er sei, dürfe sich herausnehmen, den Staat an die Wand zu malen, ein Gebilde seines Vaterlandes zu zeichnen, seine Heimat zu lobpreisen, weil hinter solchem unpassenden, unangemessenen Lob der Teufel lauere.«

Robert Walser

Was vom Bombenkrieg der Alliierten gegen Deutschland zu halten ist, wußte Robert Walser schon im Januar 1944. Dem Schriftsteller Carl Seelig, der meinte, die »Tatsache, daß Hitler-Leute London bombardiert hätten, berechtige die Alliierten nicht, die gleiche unmenschliche Taktik anzuwenden«, widersprach der Heilanstaltsinsasse Walser heftig, Seelig »urteile da zu subjektiv und sentimental. Wer so bedroht sei wie die Briten, müsse sich auf die schonungsloseste Realpolitik besinnen. Die Hitler-Hunnen hätten keine bessere verdient« (Seelig: *Wanderungen mit Robert Walser*).

Daß es für seine Art von Literatur in Nazi-Deutschland keine Publikationsmöglichkeit geben würde, war dem Schweizer Schriftsteller, der bis dahin mehr in Deutschland als in seinem eigenen Land veröffentlicht hatte, ebenfalls früh klar. »Meine Welt wurde von den Nazis zertrümmert« – so begründet er später seinen Entschluß, nicht mehr zu schreiben. »Die Zeitungen, für die ich schrieb, sind eingegangen; ihre Redaktoren wurden verjagt oder sind gestorben.« Auf seine Landsleute ist er allerdings auch nicht gut zu sprechen, und das nicht nur, wenn »die ›gute‹ Gesellschaft ... sich da wieder mal ein großkalibriges Talmitalent vom Dritten Reich (hat) aufschwatzen lassen«. Die Zürcher beispielsweise »haben von meinen Gedichten überhaupt keine Notiz genommen. Die schwammen damals doch alle in der Begeisterung für Hesse. Auf seinem Buckel ließen sie mich lautlos runterrutschen.« Eine kunstfeindliche Gesinnung macht er für das Ende seiner schriftstellerischen Laufbahn verantwortlich: »In meiner Umgebung hat es immer Komplotte gegeben, um Ungeziefer wie mich abzuwehren. Vornehm-hochmütig wurde immer alles abgelehnt, was nicht in die eigene Welt paßte.«

Was Walser in der Rückschau verbittert zuspitzt, wußte er in seiner Literatur auf äußerst vergnügliche Weise zu verarbeiten, wie einer Anthologie mit Texten zur Schweiz zu entnehmen ist. Immer wieder begegnen dem Erzähler auf seinen literarischen Spaziergängen gesetzte Mitbürger, die ihn ermahnen, etwas zu leisten und dem Vaterland zu dienen. »Sie sollen arbeiten«, verlangt etwa ein Beamter. »Man sieht sie häufig flanieren, was sich nicht gut ausnimmt.« Als der Beschwerdeführer abtritt, scheint »die Straße unter seinen gewichtigen Schritten zu kichern«, und Walser bemerkt schalkhaft: »Vielleicht kommt es zum ersten Male in der Geschichte der Belletristik vor, daß eine Straße gekichert habe ... Arbeiten soll ich? Aber das sage ich mir ja täglich selbst.« Schon diese Passage dürfte beweisen, daß der Autor tatsächlich hart gearbeitet hat – auch wenn er die Leser durch vorgeblich naives »Drauflosschriftstellern« zu provozieren liebte und auch wenn er bedauerte, daß die meisten nicht »ohne tägliche Arbeit (glücklich) zu sein vermögen«.

Klare tagespolitische Statements finden sich in der Prosa so gut wie nie. Wie Walser es stets abgelehnt hat, sich belehren zu lassen, will er auch niemand anderem seine Standpunkte aufzwingen. Der Leser wird in seinen Texten ständig aufgefordert, Behauptungen zu prüfen und Überkommenes zu hinterfragen. Wenn Walser überhaupt ein politisches Programm verfolgt, dann besteht es in der »Verhudelung alles Ideellen«. In der Anthologie dekonstruiert er Schweizer Nationalepen und zivilgesellschaftliche Werte wie Patriotismus und Bildung. Er läßt zum Beispiel einen Schuljungen so naiv vom »riesig netten« Militär schwärmen, daß dem Leser angst und bange wird.

Etwas konkreter wird der Erzähler in einem Bleistiftentwurf und stellt die Frage, ob ein Krieg nützlich sein könne. »Die Konstellationen sind heute so, daß ich eine so unsäglich harte Frage ... gar nicht zu beantworten wage. Nur aufgeworfen haben möchte ich sie.« Man könnte meinen, es habe die Friedensbewegung damals schon gegeben: »Denn ich halte nichts für so verderbenbringend wie Gewohnheitsphrasen, deren Sinn sich unmerklich langsam, aber mit einer Absolutheit im Lautlosen ihres uhrwerkhaften Ganges in ihre Gegenteiligkeit verwandeln kann.« Wie ernst man die folgende Verteidigung der Kolonialkriege zum Schutze »unserer Kultur« nehmen darf, wollen wir angesichts von Walsers üblichem Spott über derlei Begriffe (»Was sind sie für Barbaren, die von Kultur reden«) »der Bequemlichkeit halber offenstehen lassen«. Oberstes Ziel bleibt auch hier, »Lebende zum Denken nötigen«.

Den Ruf des Heimatdichters, der dem frühen Walser wegen seiner Landschaftssujets irrtümlich anhaftete, zerstreute er besonders in seiner späten Prosa nachhaltig. Selbst wenn der Erzähler seinen Glauben an die Schweiz angeblich täglich entdeckt, »wenn ich frühmorgens aus dem Möbel steige, das unter der Bezeichnung Bett weltbekannt ist«, dann zweifelt man doch sehr an seiner Glaubwürdigkeit. Das Verfahren, Hehres mit Profanem zu verknüpfen und dadurch zu entwerten, wendet Walser auch bei seinen »Stadtbesichtigungen« an. Nach den historischen Sehenswürdigkeiten widmet er sich

übergangslos den Würsten, »die sich im Schaufenster einer Schweinemetzgerei aufhielten«. Daß hierüber »vielleicht irgendein Leser seine Achseln« zuckt, nimmt der vergnügte Erzähler offenbar ebenfalls achselzuckend in Kauf.

Daß Walsers Texte heute noch gegen Vereinnahmungsversuche resistent sind, hat der Bürgermeister von Biel, wie der Herausgeber Bernhard Echte zu berichten weiß, am eigenen Leib erfahren. Als der Sozialdemokrat Walsers »Brief aus Biel« rezitieren wollte, den er für eine Hommage an seine Heimatstadt hielt, bemerkte er erst während des feierlichen Vortrags, daß der Autor nationales Pathos parodiert: »Wie ist unser Heimatland reich an landschaftlicher Schönheit. Ich zweifle nicht, daß es herrlich ist, Bürger dieses Landes zu sein und so stark wie möglich zu seinem Gedeihen mitbeizutragen.« Der Stadtpräsident des wunderschönen Biel mußte sich verlachen lassen.

Suhrkamp veröffentlicht außerdem eine Gesamtedition der Mikrogramme *Aus dem Bleistiftgebiet* (2.276 Seiten, 78 Euro) sowie einen Band mit neuentdeckten Texten, *Feuer* (144 Seiten, 16,90 Euro).

Veranstaltungen zu Walsers 125. Geburtstag am 15.4., siehe www.walser-archiv.ch und www.suhrkamp.de

Bei Arche erscheint zum Thema Jürg Amann: *Verirren oder Das plötzliche Schweigen des Robert Walser* (128 S., 14,80 Euro).

Konkret 04/03, S. 76

Frank Schulz

EIN SCHÖNER LAND - Leichtes Pragma, schweres Los

Eine Odysse des spinalen Schmerzes.

Wer morgens in die Vertikale muß, ist schon schlimm genug dran. Und wer erst, der dazu verdammt ist, sich regelrecht sportlich zu betätigen. Am schlimmsten aber, wer darüber hinaus die Begleiterscheinungen des Breitensports haßt: *indoor* miefende Umkleideräume, miefende Fremdkörper, triefen-de Gemeinschaftsduschen; *outdoor* Gegenverkehr, kackende Köter und was nicht sonst noch alles.

Müßte ich zwecks Erhalt von Arbeitskraft und Lebenslust nicht meine seit dreißig Jahren chronischen Muskelverspannungen lindern, würde ich dem Geturne, Geradel und Geplansche eine motorisierte Fortbewegung vorziehen. Das gebe ich zu. In meiner Krankenakte steht vermutlich der Vermerk *c.p.* (= caput piger, »fauler Sack«; vgl. *Ärztelatein im Klartext. Was Ärzte ihren Patienten nicht sagen*). Ohnehin ist der menschliche Organismus ja zutiefst anachronistisch – allerspätestens, seit er ein Wildschwein bloß per Mausklick zu bestellen braucht, anstatt es persönlich anpirschen, jagen und erlegen zu müssen. Folglich ist der rezente Homo erectus überhaupt anachronistisch. Für den heute gern gesehenen Homo oeconomicus reichte es ja dicke hin, erschöpfte sich dessen Verkörperung in Finger zum Klicken, Arsch zum Hocken und Kreditkarte; die Umstellung auf Produkte der Ani- und Maniküre würden die Kräfte des Marktes – darauf verwette ich meinen vergilbten Kaufmannsgehilfenbrief – spielend bewältigen.

Aber das ist Zukunftsmusik in den geknickten Ohren der new economists. Noch verfügen die meisten Zeitgenossinnen und -genossen über eine Wirbelsäule. Meine verfügt allerdings über mich, sofern sie nicht ausgiebig gewartet wird. Dann muß sie mir nämlich, so leid es ihr selber tut, sehr wehtun: *extreme Bewegungsstörungen der LWS, ziehende Schmerzen L5/S1 sowie L4/L5 nach distal re. bei Muskeldysbalance der LWS, HWS und BWS, Taubheitsgefühl Vorderseite re. Oberschenkel sowie Außenseite re. Oberschenkel, Armhebeschwäche li., Umfangsverminderung re. Oberschenkel um 1 cm gegenüber li.,* kurzum: *Bandscheibenprotrusion C5/C6, interlig. Bandscheibenvorfall LWK 4/5, LWK 5/S1*.

Andere Ärzte sehen das ein wenig anders: *Kyphosierung der mittleren HWS nach seitlicher Projektion, Streckhaltung im cranialen Bereich. Geringe Stufe zwischen HWK 3 und 4. Linkskonvexe Skoliose mit geringer Torsion. Nach seitlicher Projektion Verdacht auf geringe Deformation von HWK 5 mit etwas verminderter Höhe rechts, die Abschlußplatte und die Processus uncinati lassen sich relativ gut abgrenzen. Dens unauffällig. Regelrechte Dornfortsätze.* Kurzum: *Linkskonvexe Skoliose der HWS, unphysiologische Kyphosierung im mittleren Bereich. Verdacht auf Gefügelockerung im Segment _. Allenfalls diskrete oder beginnende spondylophytäre Ausziehung ventral bei HWK 5.*

Wenn ich’s nicht schriftlich hätte, wäre mir von all dem Gemurmel der Paracelsus-Jünger nur im Gedächtnis geblieben, was der Jahrhundertkabarettist Heino Jaeger in etwa wie folgt zusammenfaßte: »Wenn ich hier drücke, Herr Schulz, tut das dann weh? Hmm? Na ja, *das* ist ja auch, weil ich gedrückt habe, nicht? Hm ja, leichte Fossilien, Pekinese, Vertikale zwei bis vier; Vasen, Gamben, Belladonna ... Da oben seeehr schöne Korona, hier unten ganz leichtes Pragma, na ja Gott ... Der Schatten da hat nichts zu sagen, das haben alle, aber der da könnte als Fidibus angesprochen werden ... hm ... Rauchen Sie?«

»Es gibt«, so steht es geschrieben beim Neuroendokrinologen Jean-Didier Vincent, »keine privatere Manifestation der Wirklichkeit als den Schmerz«. Nach meiner Schätzung leiden 98,7 Prozent der Deutschen unter dieser privatesten Wirklichkeitsmanifestation, die jedoch eher selten privat, sondern meist in aller Öffentlichkeit bekämpft wird: in sogenannten Well- und Fitneß-Studios, in Massage- und Rehabilitationspraxen, in Schwimm- und Turnhallen, auf Trimmpfaden und Fahrradwegen. Auch ich war da schon überall. Ich bin der Odysseus des spinalen Schmerzes. Ich habe das Kamasutra der Unlust durchgehechelt von A bis Z.

A wie orthopädisches Turnen Anno 1966 ff. Nicht nur, daß man noch gar keine Schmerzen hatte, geschweige chronische; nicht nur, daß man nach meiner Erinnerung mindestens zweimal wöchentlich je eine Stunde länger in dieser graupädagogischen Anstalt verbleiben mußte als die angeblich intakten Schulkameraden – nein, man wurde aufs übelste auch aktiv gedemütigt. Gekleidet, wie man im Pollutionsalter nicht mal mehr seiner Mutter begegnen möchte, hatte man unaussprechliche Figuren zu machen. Die sanitätsblauen, schwitzenden Gummimatten stanken wie ranzige Kotze, beim Felgaufschwung erlitt man Schleudertraumata, und wenn mich nicht alles täuscht, galten sowieso sämtliche Übungen Jahre später als ungesund.

Irgendwann dann begann der Therapietourismus. Wartezimmer gehörten fortan zur Topographie meines Lebens. Grünpflanzen, die einem Reminiszenzen an das Paradies ermöglichen sollen. Bilder an den Wänden, die einen darin erinnern sollen, daß dies hier doch noch nicht alles gewesen sein kann. Lesering-Mappen, die einem zeigen, wie gesund Geldhaben ist und wie ungesund das Gegenteil. Ächzende Mitsieche. Schneeblind kommt man aus dem

Behandlungszimmer, die Röntgen- und computertomographischen Fotos unterm Arm, die Diagnose schon vergessen, aber das Rezept geknifft in der Brieftasche.

Einer meiner Orthopäden verdiente sein Geld mit sanftem Henken. Das Hinterzimmer seiner Praxis war in ein Dutzend Waben aufgegliedert. In jeder stand ein höhenverstellbarer Hocker. Von der Decke baumelte je ein sadomasochistisches Geschirr, in welches der Schädel des Patienten (bekanntlich abgeleitet aus dem lateinischen Begriff für »Geduld«) geschnallt und vergurtet wurde. Dann kurbelte eine Zofe, bis man lotrecht hing. Fünfzehn Minuten lang. Als ich eine neuerliche Sechser-Serie ablehnte, jammerte der um die Amortisation seiner Folterkammern besorgte Medizinalunternehmer: »Was kann *ich* denn dafür, wenn *Sie* ein HWS-Syndrom haben!« Nichts; aber ich würde auch nicht behaupten wollen, er hätte sich nicht bemüht.

Legion die Masseurinnen und Masseure, Wüste die Fangopackungen! Und vor allem: Inferno das Geschwätz. Die Willkür in der Themenwahl des von seiner eigenen Handgreiflichkeit gelangweilten Physiologen ist schwindelerregend. Verklappt in eine windelweiche Sphäre aus Babyöl und Frottee, bäuchlings hingestreckt, rücklings verprügelt, muß man sich die tausendfach gekäute Alltagswurst reinziehen – direkt vom Peiniger oder aus der Preßspanzelle nebenan oder beides. Man bräuchte Lider für die Ohren. Auch das hat der Naturgesetzgeber nicht für möglich gehalten, daß der Mensch die Sprache dereinst derart mißbrauchen würde. Und bis heute schreit die Ungerechtigkeit zum Himmel: Wer einen tritt, den darf man verklagen, aber wer einen zum Hörsturz treibt, den darf man nicht mal wiedertreten.

Dabei ist man krank! Kranke brauchen Ruhe!

Die eingleisige Kommunikation bei der Krankengymnastik beschränkt sich im Gegensatz zur Massage zwar auf Anweisungen. Doch nun, körperlich unterfordert, macht die Eintönigkeit seiner Direktiven den Zeremonienmeister leiern statt anfeuern. Da turnt man eine Übung, die im Tai-Chi vielleicht »Linksstrullender Hund, der gleichzeitig Faschisten grüßt« genannt würde, und muß sich dazu auch noch müde »Rückgrat, Rückgrat!«-Mahnungen anhören.

Das Perfide bei Rückenproblemen ist, daß Gymnastik sie tatsächlich lindert, dafür jedoch, weil so unermeßlich öd, seelische Probleme zeitigt. Außerdem trainiert sie zu schwach den wichtigsten Muskel, das Herz. Kondition aber braucht man, um Gymnastik ausüben zu können, sonst wird einem zusätzlich zu den Depressionen schlecht. Man hat also Rückenprobleme, die man durch Gymnastik lindern kann, wofür man Kondition braucht, kann aber nicht jeden konditionsfördernden Sport ausüben, weil der eventuell die Rückenprobleme beförderte, was wiederum höhere Gymnastikfrequenz erzwänge. Ein klassischer Teufelskreis. Alles, was Spaß macht – also Gegenspieler und Ball – , ist kontraindiziert, weil es einen zu für die Wirbelsäule ungesunden abrupten Bewegungen verleitet. Kicken im Stadtpark, auch wenn man, wie ich, meist rauchend im Tor stand, war also kontraindiziert. Aber ach, wie war das schön Montags nachmittags – Fußball intellektuell, bei dem man auch schon mal gegen die Kneipenmannschaft der psychologischen Fakultät antrat, den 1. FC Überich: »Hans-Jürgen, deck du mal den Thomas, zumindest implizit!« Das ist doch ein anderer Schnack als »Blutgrätsche«-Gebrüll! Den nächsten Morgen freilich sühnte ich mit Gymnastik bis zum Abwinken.

Eines Tages war ich weichgeklopft. Ein Bekannter empfahl mir die »unorthodoxe Methode« eines Bekannten: »Touch for health«. Als ich ankam, sagte der: »Komm erst mal an.« Dann räumte er sein Federbett von der Matratze, bezog sie frisch und kniff mich. Anderthalb Stunden lang. Ganz unorthodox, aber immerhin schweigend. Anschließend lag er fix und fertig neben der Matratze. Ich, grün und blau, hinterließ achtzig Mark, schwarz. Resultat des For-health-Getouches: ein Toter, ein Verletzter. Der Bienenwachs-Buddha auf dem flachen Nachttischchen feixte sich eins.

Schweigen wir von Rückenschulen und Sitzbällen. Schweigen wir von Spritzen, Strom und chiropraktischen Kniffen. Schweigen wir von Autogenem und Beckenboden-Training, von Akupunktur und Akupressur, von Shiatsu und craniosakraler Therapie. Reden wir von Yoga, Körpertherapie nach Moshe Feldenkrais und Bioenergetik: Hinterhof Treppe rauf, Schuhe ausziehn du, Bastmatten, ganze Urwälder an Flyern zur Feier der esoterischen Weltanschauung bzw. -erblindung und 90 Prozent Linksknöpfer, die nach drei Minuten »Fenster zu!« winseln, den Mief aber in vollen Zügen genießen.

Beim sog. Rolfing nach Ida Rolf brauchte man sich wenigstens bloß hinzulegen, die sog. strukturelle Integration besorgte – vorausgesetzt, man zahlte, weil die Krankenkasse sich weigerte, insgesamt 1.400 Mark aus eigener Tasche – die Rolferin: hier zupfen und zappeln, dort zwicken und zwacken. Nach zehn Terminen war man strukturell integriert. Zumindest für zehn Tage, dann war alles wieder beim alten. Ergo hatte die Krankenkasse recht: *Unsere Mitglieder haben Anspruch auf Kostenübernahme für Heilmittel gemäß §17 Abs. 1 der Versicherungsbedingungen (VB) in Verbindung mit §182 Abs. 1 Ziff. 1 b Reichsversicherungsordnung (RVO – alte Fassung). Dieser Anspruchsrahmen wird ausgefüllt durch die »Richtlinien über die Verordnung von Heilmitteln und Hilfsmitteln in der kassenärztlichen Versorgung (Heilmittel- und Hilfsmittel-Richtlinien)«. Sie sind als Anlage 4 in den Arzt-/Ersatzkassen-Vertrag eingeflossen. Buchstabe b der Heil- und Hilfsmittel-Richtlinien zählt die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung möglichen Therapieformen (Heilmittel) auf. Die Rolfing-Methode fällt nicht in diesen Bereich. Sie ist auch nicht als medizinische oder therapeutische Heilbehandlung anzusehen. Sie ist eine Lernmethode.*

Und was lernt uns die? Daß wir uns wieder auf Schulzing verlegen: Heimgymnastik und Radeln. Ich erstand einen bequemeren Sattel, Radlerhosen mit Schaumgummieinlage und eine Hupe. Dann radelte ich hupend los. Doch immer wenn der Winter kam, hatte es sich was mit *outdoor cycling.* Wie wär's denn folglich mal mit *indoor cycling?* Nichts wie hin zu »Meridian Spa«! Rauf aufs Rad ohne Räder, abgeschwitzt und *well* gefühlt!

Zwar hätte ich mir allein aufgrund des Hochglanzprospekts denken können, daß da ein anderer Wind weht als in den kalten oder überheizten öffentlich-rechtlichen Hallen, die etwa »Sport-Spaß« für ihre Mitglieder zum Monatsbeitrag von 8 Euro freihalten, zum Beispiel zwecks Pingpong-Angebot. Aber daß ich mit meinen 1-Euro-Gummilatschen von Budnikowski *derartig* weit den *dress code* verfehlen würde, hätte ich denn doch nicht gedacht.

Täppisch irrte ich von der Ritz-artigen Rezeption aus treppauf, treppab durch diesen urbanen Tempel der Körperertüchtigung. All die Petras und Allegras! All die jungen Römer! Und dieser innenarchitekturästhetische Overkill! Allein die Klosette! Hier hat niemand was verloren, der nicht Mozartkugeln pupt.

Nachdem ich das ganze Check-in- und Check-out- und Check-Card-Spind-System halbwegs gecheckt hatte, verlief ich mich erst einmal im Maschinenpark. Wenn das *men's health* ist, was ich da sah, dann möchte ich nie von *men's insanity* befallen werden.

Jeder unter neununddreißig.

Jeder herkulanisch fleißig:

Hanteln wuchten, Bänke drücken.

Breit wie'n Porsche jeder Rücken.

Jeder zeigt die Schenkelmuskeln

oder seine Halskorpuskeln.

Dick wie'n halber Arsch der Bizeps

(dito, vice versa, Trizeps).

Stemmen tut man Riesenbatzen,

bis ein'm fast die Adern platzen.

Trotzdem ist man gar kein Streber,

sondern blöd wie'n Tortenheber.

War ich nur neidisch auf diese wie Zeppeline aufgepumpten Tabaksteuerhinterzieher? Klar doch, aber von der Beschallung kriegte ich Herz-Rhythmus-Störungen. Einer der Kraftmeier ähnelte denn auch allen Ernstes Mahagonischnepfe Thomas Anders Anno 1983.

Weiter trottete ich, bis ich endlich in einen rundumverspiegelten Saal gelangte. Dort, wo doch eine Herde vollverchromter Steckenpferde stand, im Halbkreis ausgerichtet um den Leithengst, lag mein Ziel. Das Pult an dessen Seite hätte mich allerdings stutzig machen sollen ...

Nun, zunächst stieg ich in die Steigbügel und versuchte, es mir bequem zu machen. Was mißlang, denn der Sattel ... Tja, so etwa mußte sich ein Dildo anfühlen. Allmählich meinte ich zu ahnen, weshalb meine MitradlerInnen sich so aufgebrezelt hatten. Egal, jetzt war ich mal hier und entschlossen, es zu genießen.

Der Träger des gelben Trikots verteilte leihweise Pulsuhren der Firma Polar. Hier handelte es sich nämlich nicht um das schlichte *indoor cycling,* sondern um das *indoor cycling »cycle own zone«,* so daß man auf seinem individuellen Leistungsniveau strampeln konnte. Ausgezeichnet! So, dachte ich, beugte man dem Überforderungskollaps vor.

Doch ich hatte nicht mit dem Vorreiter gerechnet. Der schwang sich in seinen Sattel, setzte ein *head-set* auf und begann, das bevorstehende Procedere zu erläutern. Leider verstand ich kaum etwas, weil der Hall in der Halle alles verzerrte, und *was* ich akustisch verstand, verstand ich inhaltlich nicht – wieviel und welche Pulsuhr-*buttons* ich wievielmal drücken sollte, und wenn ja, in welcher Reihenfolge weshalb; in welchem Verhältnis zum Sattel der Lenker justiert werden mußte und ob wir lieber ein *Up-tempo-Abba-best-of* oder die bewährte *Techno-Collection* hören wollten. Noch bevor ich begriff, schob Albert, wie ihn seine Freunde nannten, eine CD in den *player* unterm Pult. Die Hölle brach los, Albert grölte einpeitschend dagegen an, und alles trat wie verrückt in die Pedale. Ohnehin am Spann gefesselt und geknebelt durch 360 bpm, machte ich, daß ich Anschluß ans Hauptfeld fand. Ging ich nach der Pulsuhranzeige, hatte ich bereits nach zwei Minuten mein Leistungsniveau um 300 Prozent überschritten, die Bässe paukten mir auf den Gehörnerven herum, und als Albert immer häufiger in meine Richtung schrie, ohne daß ich auch nur ein Wort verstand, geriet ich in Panik, schnallte mich mit fliegenden Fingern los und entpfropfte meinen Hintern. Reizüberflutet floh ich. Man ist doch kein Jackass. Ich beschloß, künftig wieder dem guten alten Schwimmbad den Vorzug zu geben.

Welches freilich auch seine Tücken besitzt. Deswegen durchrieselte mein verspanntes Muskelkorsett neulich eine Vorahnung von Erlösung, als ich in Hamburg-Niendorfs Hallenbad ein Serviceangebot mit dem Slogan »Rent a lane« entdeckte: Man mietet einfach eine Schwimmbahn ganz für sich allein, und zwar jenseits des »Spaßbads« in der direkt angeschlossenen, am Wochenende eigens zu diesem Zweck nutzbaren Schul- und Vereinshalle! Nie wieder quiekend querschießende Otter noch schräg kreuzende, schnatternde Gänsepärchen; nie wieder dümpelnde Schildkröten, denen man beim Rückenkraulen die Flosse in die Ledernacken haut, noch tätowierte Hammerhaie, die einem in den Scheuermann hechten ...

Zu schön, um preiswert zu sein. Auf Minuten umgerechnet fast sechsmal so teuer wie im plebejischen Aquarium: halbe Stunde rund sieben Euro. Macht wöchentlich 14 Euro. Andererseits: Versuch mal, mit wöchentlich 14 Euro, sagen wir, Taxi zu fahren, da kommst du nicht mal bis Dienstag.

Also betrachten wir’s als *happy end.* Und wenn ich nicht ersoffen bin, dann kraule ich noch heute.

Frank Schulz ist Autor des Romans »Morbus fonticuli« (Eichborn)

Konkret 04/03, S. 79

Hannes Loh

»Kraß wie die Hamas«

Wenn ein deutscher HipHopper gegen »die Amerikaner« wettert, sind antisemitische Stereotype nicht weit.

Es gab eine Zeit, da hat sich jeder Poplinke über Rap-Songs gefreut. Soviel Text per minute, soviel Inhalt pro Strophe – das roch nach Aufbegehren und Subversion. Rapper hatten was zu sagen; ganz im Gegensatz zum schnöden Mainstream-Geplänkel, das die ewigen Klischees nur wiederholte und in einen klebrigen Endlosloop schickte. Als die junge HipHop-Szene hierzulande Anfang der Neunziger dazu überging, deutsch zu reimen, schien sich das zu bestätigen: Viele MCs rappten über die Brandanschläge in Rostock, Mölln und Solingen und thematisierten den Rassismus der deutschen Gesellschaft. Mit dem Erfolg des Projektes »Deutschrap« jedoch verschwand die soziale und antirassistische Perspektive aus der öffentlichen Wahrnehmung. Vor allem Rapper mit migrantischem Background kamen im Diskurs über die »Neue Deutsche Reimkultur« kaum mehr vor. Statt dessen entdeckte das Feuilleton von »Welt« bis »SZ« den heimischen Dichternachwuchs und attestierte ihm seine Zugehörigkeit zur deutschen Kulturnation. In der »Zeit« stellt 1999 Thorsten Stecher erleichtert fest: »Schön, daß HipHop in Deutschland zur neuen Mitte gefunden hat.« Und im »Stern spezial« weiß Christian Seidl mittlerweile, daß die jungen deutschen Rapper Menschen sind, »denen man mit Formeln wie ›Zweiklassengesellschaft‹ oder ›Rassendiskriminierung‹ wirklich gestohlen bleiben kann.«

Weniger Aufmerksamkeit schenkten die engagierten Leitartikler den neuen Inhalten ihrer Schützlinge. Vor allem im Battlerap (ursprünglich ein spielerischer Wettkampf um Anerkennung, die beste Metapher und den schlausten Reim) trieb die Suche der Deutschrapper nach derben Vergleichen kuriose Blüten. Mal war ein MC so »kraß wie die hamas«, mal reimte man »tellerminen« auf »tel aviv«, mal wurden Gegner »geburnt wie synagogen« – und natürlich entdeckte man den Holocaust als vernichtende Metapher: Feindliche Rapper trieb man »in die gasduschen«, »kinder ins kz« und die eigene Platte betitelte man mit »mein kampf«. Aber das war natürlich alles nicht so ernstgemeint. Ist ja nur Sprache, hat doch mit Politik nichts zu tun. So reagierten Zwanzigjährige, als man sie fragte, ob ihnen bei der Wahl ihrer Sprachbilder nichts auffiele.

Und was passiert, wenn sich solche Deutschrapper vorsätzlich politischen Themen zuwenden? Zum Beispiel der Irakkrise? Das hört sich dann so an: »george bush, du hurensohn, du bist adolf hitlers nachfolger in person / das was der führer früher hat nicht erreicht, versuchst du jetzt zu erreichen mit deinem vierten reich / amerikanischer gott ist der dollar und cent, der gott hat auch eine kirche, der world trade center / kein wunder, daß es ziel war für den dschihad, für den heiligen krieg der islamischen macht.« Gerappt werden diese Zeilen von Igor K aus München, der seinen Song »Fuck USA« auch im Internet veröffentlicht hat und sich über zahlreiche Downloads freut. Igor selbst sieht sich als Vorkämpfer der »Wahrheit« und hält seinen Text für mutig.

Dummen reaktionären Dreck als couragierten Tabubruch verkaufen – das können Deutschrapper ziemlich gut; das haben sie schon in der Diskussion um Nazi-Rap bewiesen, als sie ihre rassistischen und homophoben Punchlines als kühn und innovativ verteidigten. »Wollen wir doch mal sehen, ob das Recht auf freie Meinung und künstlerische Freiheit wirklich das hält, was es verspricht«, schreibt Igor augenzwinkernd auf seiner Homepage, um dann »den Amerikanern einen Denkzettel« zu verpassen: »the american way of life ist das einzig wahre auf erden / die ganze welt soll nach dem prinzip leben und sterben / dieser weg führt uns alle ins verderben, diese lebenseinstellung darf die welt nicht erben / bei dem system kann nur einer glücklich werden, alle anderen müssen als sklaven leben und sterben.« Und um den Kampf gegen das böse, die Welt versklavende Finanzkapitel anzutreiben, appelliert Igor gar an eine antiamerikanische Internationale: »alle länder dieser erde, vereinigt euch / der grund, warum die welt an amerika verreckt, ist der, daß amerika den krieg nie erlebt.«

Igors Song wird in den Foren der großen HipHop-Onlinemagazine diskutiert. Einige Fans distanzieren sich von seinen Statements. Viel zu viele nehmen die Inhalte hin und reden über Musik und Style. Und genug Zustimmung gibt es auch: »Einen wahren Kern hat die Message auf jeden Fall ... macht total Spaß zuzuhören«, freut sich ein Forums-Besucher. Igor ist nicht der einzige, der in seinen Lyrics die Irakkrise anspricht. Eine andere HipHop-Crew namens Delta hat einen Song ins Netz gestellt, der sich differenzierter mit dem Thema auseinandersetzt. Hier spiegelt sich eher die Regierungslinie wieder: »hält europa bush noch auf?« fragen die Rapper. An einer anderen Stelle taucht der Gedanke auf, daß die »amis eigentlich selbst schuld« seien, und man macht sich Sorgen über die Zukunft des eigenen Landes: »wir stecken da mit drin, denn wenn wir nicht helfen und irgendwann hilfe brauchen, wird keine abmachung gelten, und deutschland wird ausrauchen.«

Wo empört und laut gegen »die Amerikaner« gewettert wird, da sind antisemitische Stereotype nicht weit. Die USA-Kritik von Igor K unterscheidet sich inhaltlich nicht wesentlich von der typischen deutsch-nationalen Hetze gegen den »entarteten jüdisch-amerikanischen« Lebensstil. Man muß dazusagen, daß der plumpe Antiamerikanismus innerhalb der HipHop-

Szene nicht mehr und nicht weniger ausgeprägt ist als im Rest der Gesellschaft. Igor Ks Text repräsentiert sicher nicht die Mehrheit der Rap-Community. Allerdings haben seine Lyrics weder einen Aufschrei der Empörung hervorgerufen, noch zu einer kritischen Debatte über Antiamerikanismus geführt. Das überrascht um so mehr, da die letzte Strophe des Songs unverhohlen dazu aufruft, die deutsche Kultur gegen Überfremdung zu schützen: »deutsche, hört endlich auf den amis nachzulaufen! deutsche hört auf ihre lügen abzukaufen / deutsche, warum laßt ihr es euch gefallen, daß man euch eurer uralten sprache beraubt? / deutsche, warum laßt ihr euch das gefallen, daß man eure kultur gegen die amerikanische tauscht? / ich sag's euch jetzt ganz konkret, ohne schlechtes gewissen, die deutsche jugend will von deutschland nichts mehr wissen / alles was amerikanisch ist, ist hip und cool, alles deutsche ist total langweilig und schwul / ich hab's gefühl, die amis wollen alles deutsche ausradieren, damit die nazi-verbrechen nie wieder passieren / so was kann man doch nicht sagen, so was darf man doch nicht machen, das was du sagst ist ja rassistisch / alter, hör endlich auf zu schlafen, fahr mal rüber in die staaten, und dann weißt du, was rassismus ist.« So hatten sich die linken HipHop-Fans das sicher nicht vorgestellt, als sie eine »Repolitisierung« des Rap verlangten und die jungen MCs dazu aufforderten, sich doch endlich wieder um gesellschaftliche Themen zu kümmern.

Igor K ist mehr als alle dummen Nazi-Metaphern im Battlerap ein Fall für die neue Rechte. »HipHop wird schneller weiß, als man denkt«, titelte vor einem Jahr begeistert das Nazi-Magazin »Rocknord«. Daß es so schnell geht, beweist unter anderem, daß die Irakkrise nicht nur als Katalysator antiamerikanischer Ressentiments funktioniert, sondern auch die Suche nach deutscher Identität beschleunigt. Die Parole »Kein Blut für Öl« entpuppt sich momentan als gemeinsame Forderung der Linken und der extremen Rechten. »Nur weil die USA wieder mal die Weltpolizei spielen müssen, sollen deutsche Soldaten der Bundeswehr in den Tod geschickt werden?« fragt ein Volksgenosse bei »Rocknord«. Igor K und viele andere aufrechte Kriegsgegner werden ihm da beipflichten. Und sollte ein Redakteur der »Jungen Freiheit« auf Igors Song stoßen, dann lesen wir bald den Satz: »Schön, daß HipHop nach Deutschland heimgefunden hat.«

Hannes Loh hat zusammen mit Murat Güngör das Buch »Fear of a Kanak Planet. HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap« (Hannibal) veröffentlicht

Konkret 04/03, S. 80

Thomas Behlert

Melodie & Rhythmus

Franz Josef Degenhardt: Quantensprung. Koch Music
Kai Degenhardt: Briefe aus der Ebene. Plattenbau

Das gerade in den vierten Monat gehende Jahr scheint das Jahr der Liedermacher zu werden. Nicht nur das militärische Techtelmechtel zwischen George Bush und Saddam Hussein animiert so manchen Gitarrenzupfer zu neuen Taten, sondern auch allerlei Geburtstage und Bühnenjubiläen. Dieter Süverkrüp (jawoll, den gibt es auch noch) überrascht seine Fans mit seinen gesammelten Werken von 1963 bis 1985 ff. in einer kostspieligen 5-CD-Box (»Süverkrüps Liederjahre«, Conträr/Indigo). Aber die Leute, die gemeinsam mit Süverkrüp von Demo zu Demo tänzelten, sind heute als Politiker, Bankkaufmann und Bestsellerautor beschäftigt und könnten sich die Anthologie locker leisten, wenn sie denn noch wollten.

Vater und Sohn Degenhardt brachten fast gemeinsam, jeder für sich, ein neues Album auf den Markt. Bei beiden sollte man wirklich nicht nach dem Äußeren des Tonträgers gehen. Während das Cover von Franz Josef Degenhardts »Quantensprung« schmuck- und farblos ausfällt, zeigt die CD-Hülle von Sohn Kai dem Käufer, was die Natur für Farben bereit hält und daß bei der Bahn AG so manches Gleis im Nirgendwo endet. Aber wer geht schon nach dem Äußeren?

Vater Degenhardt singt auf eindringliche Weise, nur mit einer Gitarre bewaffnet, Lieder, die das Leben schreibt. »In der Glitzerpassage« präsentiert er die schwer angeschlagenen Psychogramme der deutschen Linken. Am Ende steht dann zwischen dem Erzähler und einer Ex-Geliebten sogar eine Versöhnung an, das verbindende Klassenkampfideal ist schließlich im wieder erstarkten FC Schalke 04 gefunden. Für den letzten Song hat sich Franz Josef Degenhardt etwas Besonderes ausgedacht. Er komponierte, vertonte und besingt eine Interpretation des Gemäldes »Jugendfreunde« von Carl Spitzweg. Muß man immer wieder hören.

Produziert hat »Quantensprung« sein Sohn Kai, der ihn seit Jahren auch als Gitarrist und Melodikaspieler auf Tour begleitet und auch mit einem neuen Album aufwartet: »Briefe aus der Ebene«. Er geht alles etwas härter und elektrischer an. Am Anfang rumpelt die Gitarre und knirscht der Sänger. Alles ist so schön fies. Die nachfolgenden Songs werden dann auf der Normalspur gefahren: ein wenig elektrische Gitarre, maßvoll eingesetztes Schlagzeug, Chor, Perkussion, Violine und Bandoneon. Mitteilen kann uns Kai immer etwas. Mal mischt er sich intelligent in die Politik ein, dann knallt er uns einen Agitprop-Song vor den gut genährten Latz. Degenhardt und Degenhardt bleiben uns als Aufklärer, Mahner und Moralisten erhalten.

Konkret 04/03, S. 80

Michael Klarmann

Melodie & Rhythmus

Michael Moynihan/Didrik Soderlind: Lords Of Chaos. Satanischer Metal: Der blutige Aufstieg aus dem Untergrund. Prophecy, Zeltingen-Rachting 2002, 420 Seiten, 20 Euro

Seltsam. Die Autoren nörgeln über die reißerische Berichterstattung der Boulevardpresse in Sachen Black Metal. Und dann dieser Untertitel (*Der blutige Aufstieg aus dem Untergrund*) oder Stilblüten wie »giftige, scharfkantige Splitter hörbaren Hasses«. Gerissen zitiert der Klappentext zudem den Mörder Varg Vikernes: »Er starb durch einen Messerhieb in den Kopf ... Ich mußte das Messer richtig herauszerren.« Aua.

Der Black Metal hat seinen Ursprung im Heavy Metal. Berüchtigt wurde der oft rasant schnell gespielte und durch den kehligen Grunz- oder Kreischgesang geprägte düstere Musikstil Anfang der neunziger Jahre. Damals radikalisierten sich in Norwegen Stars und Fans jener Subkultur, die ein Faible für Satanismus, Heidentum und Rechtsextremismus entwickelte. Letztlich brannten Kirchen, Friedhöfe wurden geschändet und Menschen umgebracht. Wahrhaft ein gefundenes, unterdessen weltweit expandiertes Fressen für die Boulevardpresse. In ganz Skandinavien, den USA, Deutschland und Osteuropa gibt es heute radikale Vertreter des Black Metal. Die Fans kleiden sich düster und schminken ihre Gesichter mittels »Corpsepaint« ähnlich Totenmasken.

Lords Of Chaos dürfte eines der ersten Bücher sein, das ausführlich die Geschichte und Ansichten jener Szene nachzeichnet. Michael Moynihan (Portland, Oregon) und Didrik Soderlind (Oslo) bedienen sich dazu einer Mischung aus Bericht und Interviewpassagen mit Kriminalisten, dem Sektengründer Anton LaVey (»Church Of Satan«) und Musikern. Zwar verdeutlichen unkommentierte, lange Aussagen der Letztgenannten, zu welch menschenfeindlichem Irrsinn Okkultismus führen kann. Indes verbreiten ebenso führende »Märtyrer« des rechtsextrem-heidnischen Black Metals, wie die Mörder Vikernes und Hendrik Möbus, übelsten Nazischeiß. Verschwörungstheorien werden da referiert, in denen das »jüdische Implantat namens Christentum« fast noch eine reizende Umschreibung ist.

Zwar gelingt es den Autoren darzustellen, wie es zu Mord und Brandstiftung kommen konnte. Indes fragt man sich bei Moynihan, zu welchem Zweck. Er ist Kopf der rechtslastigen Dark-Wave-Band Blood Axis und vertritt rechts-esoterische sowie ariosophische Ansichten. Seine vermeintlich journalistische Objektivität ist womöglich nur ein Propagandatrick.

Konkret 04/03, S. 80

Ren Martens

Melodie & Rhythmus

Diverse: Tape 10. Ware/Efa

Wer in dem schwer abzugrenzenden Feld zwischen Ambient und Electronic Listening arbeitet, gerät stets schnell in den Verdacht, er produziere doch bloß Klangtapeten für verkappt bourgeoise Zielgruppen. Wie man es vermeidet, solche Assoziationen auszulösen, zeigen die Musiker, die bei einem gemeinsamen Projekt des Kölner Plattenlabels Ware und der Frankfurter Galerie Tape 10 mitwirken. Aufs erste Hören produzieren sie zwar Hintergrundmusik. Doch sie erzeugen auch Schlüsselreize und erzwingen so auf angenehme Art, daß man die Tracks bewußt rezipiert.

Die zehn Stücke beziehen sich auf Fotos, die allesamt im Booklet abgebildet sind. Markus Güntner auch an der stilistisch verwandten Compilation-Reihe »Pop Ambient« beteiligt hat sich vor eineinhalb Jahren schon einmal auf ein ähnliches Experiment eingelassen. Zusammen mit zwei Kollegen übersetzte er in Köln einen Raum des Museums für angewandte Kunst in Musik. Angesichts solcher Kollaborationen tönt es aus diversen Meckerecken, die Beteiligten wollten sich bloß neue Weihen erschleimen die Galerie- und Museumskünstler bei der Pop- und die Soundkünstler bei der Hochkulturfraktion , doch die »Tape10«-Compilation läßt solche Einwände schal wirken.

Die Musik dient hier mal als Bildbeschreibung, mal als -interpretation. Benjamin Brunn setzt Frank Hülsbömers Bild »Propeller« um, indem er ein ruhiges Element steht für die feste Installation eines Propellers und ein beschleunigendes steht für die Bewegung, die er erzeugt miteinander kombiniert. Markus Güntner macht aus der »Markthalle«, die Adrian Bischoffs in der Morgendämmerung aufgenommen hat, mittels dezent sakaralem Sound ein monumentales Bauwerk. Und gänzlich frei wirkt die Interpretation von Losoul, die von Oliver Rüthers »Acker I« ausgehend zu dezentem Computerjazz findet.

Die Fotos sind im Original zwischen 100 x 250 und 180 x 310 cm groß, und auch wenn das anhand des Booklets man darf auch Katalog dazu sagen nur schwer nachvollziehbar sein mag, wirken sie dank ihrer klanglichen Pendants unmittelbarer als sie es im Museum je könnten. Weil viele der Musiker sich im Clubkontext bewährt haben, bringen sie die Fotos nein, nicht zum Tanzen, aber durchaus in Bewegung.

Konkret 04/03, S. 81

Alexander Kasbohm

Platte des Monats

Wayne Shorter: Alegria. Verve/Universal

Wo Kalifornien auf den Pazifik stößt, da ist das Abendland nicht nur geographisch zu Ende. Kalifornien stellt in vielerlei Hinsicht die Randzone dessen dar, was wir als »abendländische Kultur« bezeichnen. Als es Europa nach Nordamerika zog, war manch Auswanderer froh, den gelobten Kontinent überhaupt zu erreichen, ließ sich an der Ostküste nieder und lebte dort seinen europäischen Lebensstil. Andere fuhren weiter, bis das Meer den neuen Kontinent beendete. Nirgendwo wurde Amerika so amerikanisch wie hier. »Kalifornisches Denken« ist »Offenheit« und die gefürchtete Macher-Mentalität. Über Einwände und Konsequenzen kann später nachgedacht werden. Der New Yorker ist für Kalifornier ein vergrübelter Halbeuropäer.

Eines Tages im September 1964 klingelte bei Wayne Shorter in New York das Telefon. »Komm nach Kalifornien«, bat Miles Davis und schickte ihm ein Erste-Klasse-Ticket. Davis hatte vorher bereits mehrfach erfolglos versucht, Shorter an die Westküste zu locken. Shorters damaliger Bandleader Art Blakey reagierte inzwischen gelassen: »Es ist Miles. Er versucht mir meinen Saxophonisten zu stehlen.« Doch dem Angebot, Nachfolger seines großen Idols John Coltrane zu werden, konnte Shorter nicht widerstehen. Als er, noch während seiner Militärzeit, ein Club-Engagement hatte, kam eine Dame zu ihm und sagte: »Hallo, meine Name ist Alice. Mein Mann möchte dich gerne treffen.« Ihr Mann war John Coltrane und begeistert von dem Spiel des jungen Saxophonisten. Dieses Treffen kam für Shorter einer göttlichen Begegnung gleich. Für ihn war Coltrane der einzige, der im Jazz etwas bewegte. Er aß mit den Coltranes, der Abend wurde immer länger, John spielte Klavier, und die beiden Männer unterhielten sich über Saxophone und alte Mundstücke. Coltrane sollte für Shorters Stil immer prägend bleiben.

Wayne Shorter nahm das Ticket von Miles Davis und flog quer über den Kontinent. Das Ostküstenkind Shorter nahm eine Offenheit an, eine Vorurteilslosigkeit, die zu vielen Projekten außerhalb des Jazz führte. Darunter großartige Alben wie Steely Dans »Aja« und fast alle Joni Mitchell-Alben seit »Don Juans Reckless Daughter« (1977). Andererseits führte sie auch dazu, daß er mit Scheintoten wie Carlos Santana Leichen befleddert. Shorter ist neugierig. Er möchte neue Stile, Instrumente und Ideen nutzen. Jede Form der Kategorisierung widerstrebt ihm. Doch der Wegfall aller Beschränkungen ist nicht gleichbedeutend mit einem Maximum an Freiheit. Manchmal sind Berührungsängste ein wertvoller Ratgeber.

Die kalifornische Ideologie basiert auf dem Glauben an die Freiheit des Einzelnen. Das führt bei den einen zu einem fanatischen Radikalkapitalismus, bei anderen zu einem libertären Individualismus. Bei wieder anderen zum unterschiedslosen Nebeneinander sich ausschließender Alternativen. Zu gesichtslosem Daddeljazz oder zum musikalischen Abenteuer.

Wayne Shorter spielte in Miles Davis' legendärem Quintett der späten Sechziger mit Herbie Hancock, Ron Carter und Tony Williams und setzte Meilensteine wie »E.S.P.«, »Nefertiti« oder »Pinocchio«. Das Quintett hatte einen ungeheuer lebendigen, geradezu federnden Sound und führte zum elektrischen Miles. Shorter spielte auf »Bitches Brew«, Davis' bahnbrechendem elektrischen Album, das Jazz mit Rock fusionierte, bevor »Fusion« zu einem muffigen Hauch aus einem fensterlosen Raum wurde. An diesem Verfallsstadium war er später dann mit seiner Band Weather Report maßgeblich beteiligt. Das war zu Beginn der siebziger Jahre, als die kreativen Sechziger im Mainstream versandeten. Zahllose Errungenschaften wurden während dieses Prozesses zu grotesken Zerrbildern ihrer ursprünglichen Gestalt. In manchen Bereichen führte dies zu einer faszinierenden, schweren, abgestandenen Ästhetik. Der Jazz dieser Zeit war leider nur schwer und abgestanden.

In den Achtzigern spielte Wayne Shorter ergebnislos mit Elektronik und mit der Idee von Elektronik. Wie auch für den Soul waren die Achtziger für den Jazz ein Katastrophen-Jahrzehnt. Shorter verlor die Orientierung, daddelte vor sich hin und seine späten Soloalben interessierten zu Recht niemanden.

Auf »Alegria« spielt er nun zum ersten Mal seit 1967 mit einer rein akustischen Band. Und, in diesen bewußt gezogenen Grenzen blüht eine Kreativität, die Shorter vor etwa 30 Jahren verlassen zu haben schien. Auf dem Album ist mit »Sacajawea« nur eine einzige neue Komposition. Der Rest besteht aus Fremdkompositionen und, zum Teil radikalen, Neubearbeitungen von Titeln aus der eigenen ruhmreichen Vergangenheit. »Orbits«, ein Stück von Davis' 66er Album »Miles Smiles«, spielt er in stark gedrosseltem Tempo, gelassen und reif.

Shorter erlebt mit 70 Jahren noch einmal einen kreativen Schub. Er stößt keine Tore zu neuen Welten auf, aber das hat im Jazz seit 30 Jahren niemand mehr getan. Und darum geht es zur Zeit auch gar nicht. Nach der notwendigen Phase der neoklassizistischen Konsolidierung im Jazz, dem Festhalten an Traditionen, dem Beharren auf »Skills«, fangen einige Musiker vorsichtig an, das Terrain neu zu sondieren. Nichts, was die Musikwelt erschüttern könnte, aber doch mit Freude und Abenteuerlust. Er nimmt sein Saxophon, dessen Klang den meisten von vielen Pop-Platten der Siebziger vertraut ist, und

stellt diesen Klang wieder in einen Jazz-Zusammenhang. In den Zusammenhang, aus dem er ursprünglich kam. Trotz der Beschränkung auf akustische Instrumente ist »Alegria« sehr »heutig«. Die Platte klingt eben nicht, als hätte sie genau so gut 1967 entstehen können. Sie konnte nur 2003 entstehen.

Bei drei Stücken läßt er sich von Brad Mehldau am Klavier begleiten. Mehldau versucht auf seinen Soloplatten, auf ganz andere Weise als Shorter, neue Wege. Bewegt sich vom Jazz weg, hin zu einem jazzigen instrumentalen Rock, der »Jazzrock« diametral entgegengesetzt ist. Mehldau wird mit jedem Album besser, auch wenn er noch nicht beim Meisterwerk geschaffen hat. Mit alten Hasen wie Wayne Shorter zu spielen, kann ihm nur helfen.

Die herausragende Eigenschaft Shorters war es vielleicht immer, andere zu Höchstleistungen zu führen. Mit seinem eigenen Schaffen stand er häufig im Schatten anderer, Größerer oder vielleicht auch nur Auffälligerer. Shorter war nie eine Legende, er war nie ein Mann für die erste Reihe, nie einer der ganz großen Stars. Kein Coltrane, kein Rollins. Trotzdem ist er einer der wichtigsten Jazzkomponisten. »Alegria« ist nicht das große kalifornische Meisterwerk des anbrechenden 21. Jahrhunderts, aber doch mehr, als man erwarten konnte. Und in den Nuancen, in denen Shorter sich darauf Neues erarbeitet, vielleicht doch wichtiger, als sie zunächst scheint.

Konkret 04/03, S. 82

Georg Knepler, Christian von Borries

»Es geht stets um mehr als Ästhetik«

Jetzt, da er 96jährig gestorben ist, gilt Georg Knepler als der bedeutendste deutschsprachige Musikhistoriker des 20. Jahrhunderts. Auszüge aus zwei Gesprächen, die der Berliner Dirigent und Produzent Christian von Borries 1996 mit Georg Knepler in dessen Haus in Berlin-Grünau führte

Knepler: Wir wohnten in einer bescheidenen Gegend des Ersten Bezirks. Der Erste Bezirk heißt auch die Stadt, oder die innere Stadt. »Ich gehe in die Stadt.« Das ist das Wien, wo auch Mozart gelebt hat. Im Ersten Bezirk lebten viele jüdische Rechtsanwälte, Kaufleute, Ärzte und Intellektuelle. Es gab da zwei Gymnasien. Im Akademischen Gymnasium waren wir mehr Juden als Nichtjuden, weil das andere, das Schotten-Gymnasium, Juden nur in beschränktem Umfang aufnahm. Es gab da, was Sie einen Numerus clausus nennen.

Von Borries: Numerus clausus ist eine höfliche Umschreibung für Antisemitismus.

Ja, sicher. Es war ein sehr vornehmes und, ich glaube, was die Lehrkräfte angeht, auch gutes Gymnasium. Ich weiß das aber nur vom Hörensagen. Im Akademischen Gymnasium waren wir eine sehr bunte und intellektuell recht anspruchsvolle Menge junger Menschen mit einigen sehr guten Lehrern. Manche von uns reagierten auf soziale Dinge. Mein Schlüsselerlebnis war, daß ich auf dem Stephansplatz hinter der Stephanskirche, ich weiß heute noch die Stelle, eine Frau sah, offensichtlich eine Arbeiterfrau, mit einer schwarzen Einkaufstasche, wie man sie damals trug, die weinte still vor sich hin, während sie ging. Ich war noch ein Kind, und ich fragte, warum weint die, und bekam keine Antwort.

Dann kam der Krieg. Wir waren im Sommerurlaub in Tirol, ich war siebeneinhalb. Wir fuhren mit der Eisenbahn nach Wien, der Zug wurde dauernd aufgehalten. Es gab kriegswichtige Transporte, die man vorbeilassen mußte. Es war der 31. Juli 1914, der Tag, an dem Österreich mobilisiert hat. Und auf den Bahnhöfen eine begeisterte Menge. Und die besorgten Mienen meiner Eltern. Mein Vater hatte den Einberufungsbefehl in der Tasche.

Im Krieg, als Kind, habe ich, ich muß es gestehen, gedichtet. Die Gedichte sind scheußlich. Ein paar haben sich erhalten. Es gibt zwei Zeilen drin, die sind bemerkenswert, denke ich. Ich habe natürlich Herz auf Schmerz gereimt, aber die Zeilen, die sich auf Herz reimten, lauteten: »denn es fühlt ja seinen eigenen, wenn nicht der anderen Schmerz«. Da war ich vielleicht zehn. Ich habe dieses Gefühl für die armen Leute, um es primitiv zu sagen, schon als Kind gehabt. Das könnte von meiner Mutter gekommen sein. Sie kam aus einer großbürgerlichen Familie, hatte viele Geschwister, ihr Vater hatte eine Kleiderfabrik, die im Krieg pleite ging. Bis dahin war es ihm sehr gut gegangen. Meine Mutter hatte trotz dieser Herkunft oder vielleicht wegen ihr, weiß der Teufel, wie das zusammenhing, Verständnis und Mitgefühl mit armen Leuten. Politisch war sie monarchistisch oder konservativ.

Meine Mutter hatte zwei gute Perioden in ihrem Leben. Da erschien sie mir als Mensch ausgeglichener und auch sympathischer: im Ersten Weltkrieg, als sie die Buchhandlung, die meinem Vater gehörte, übernahm; und im Zweiten Weltkrieg, als meine Eltern in London in der Emigration lebten, zwar wiederum nicht arm, aber in sehr bescheidenen Verhältnissen. Da hat sie gearbeitet, hat Handschuhe gehäkelt, sich eine Strickmaschine angeschafft und zu Hause Pullover gemacht. Wenn sie arbeitete und sich selbst erhalten hat und die Familie, das waren ihre besten Zeiten. Da rückte sie automatisch aus dieser bürgerlichen Mittelschicht, die sich so wichtig nimmt und ihr ganz eigenes Leben hat, das mit dem Leben der meisten Menschen überhaupt nichts zu tun hat.

Ich wollte Kapellmeister werden. Mein Vater, der ein begeisterter Wagnerianer war, aber natürlich auch Mozart kannte und liebte, hatte mich in die Oper mitgenommen. Ich bin aufgewachsen in einer Tradition, die von Mozart bis Wagner reichte, und bis Richard Strauss, der damals Direktor der Wiener Oper war. In diese Welt brachen drei Ereignisse ein: Das erste war Debussys »Pelleas und Melisande«, das zweite war Mussorgskis »Boris Godunow«. Also, daß es das gab! Wenn man nur Mozart bis Wagner kennt, ist Debussy ein Erlebnis. Mussorgski, ist bis heute eines. Ich halte ihn für einen ganz großen Komponisten. Und das dritte Ereignis waren die Mahler-Sinfonien. Oskar Fried war damals der Mahler-Dirigent. Ich habe mehrere Sinfonien zuerst von ihm gehört.

Erinnern Sie sich noch an Frieds Aufführungen?

Ich glaube, ich höre sie immer noch so, wie ich sie damals gehört habe, obwohl das ganz schwer zu beurteilen ist. Es war ein so neues Erlebnis. Ich glaube auch nicht, daß ich damals Aufführung und Werk sehr auseinandergehalten habe, ich kann dazu nichts Vernünftiges sagen. Es waren überwältigende Erlebnisse. Und es fällt mir heute schwer zu sagen, was der Aufführung zuzuschreiben ist und was dem Werk. Präzision war sicher nicht Frieds Stärke. Die ist bei Mahler auch mit großer Vorsicht zu behandeln. Ich kann mir Mahler dirigiert von Toscanini schwer vorstellen.

Adorno bringt das, wenn ich mich richtig erinnere, in die Formulierung, das Leiden an diesem Widerspruch, das müsse man haben, sonst könne man nicht richtig musizieren, und Toscanini hatte dieses Leiden eben nicht. Nun würde ich zwar glauben, daß Mozart nicht besonders gelitten hat, wenn er so etwas gemacht hat.

Es ist ganz schwer zu sagen, wie wir damals musiziert haben. Ich weiß, Eduard Steuermann war einer, der auf Tempoeinhalt geachtet, ihn aber flexibel gehandhabt hat, also Übergänge und auch Schlußwirkungen hat er schon zugelassen. Man ist ja kein Unmensch, so ungefähr, wissen Sie.

Ich weiß, daß ich in der Zeit, als ich bei Steuermann Klavierunterricht hatte, sehr streng war. Ich hatte den Grundsatz: Im Leben muß man ja dauernd Konzessionen machen, warum soll ich sie auf dem Klavier machen? Da mache ich sie eben nicht, da spiele ich streng im Takt. Das wäre sozusagen eine motorische Komponente, eine, die vom motorischen System des Körpers gelenkt wird, wo eine bestimmte Regelmäßigkeit so wie beim Atmen oder wie beim Herzschlag oder wie beim Gehen konstitutiv ist. Das wäre die eine Komponente. Und die andere ist das vom vegetativen System gesteuerte Ausdruckssingen, die Melodie, die eben nicht notwendigerweise irgendeinem bestimmten Rhythmus sich hingibt. Die kann auch schwelgen. Man bleibt nicht nur aus Eitelkeit auf hohen Tönen stehen, sondern das hat auch eine bestimmte innere Logik, daß man nachgibt, daß man schneller wird und so weiter.

Ich fand mich dann mehr und mehr damit beschäftigt zu erklären, warum ein Musikhistoriker auch Historiker sein muß, warum man also die Geschichte heranziehen muß, wenn man etwas von Musikgeschichte verstehen will.

Und umgekehrt wahrscheinlich auch: daß man, wenn man sich mit der Musik einer Zeit beschäftigt, auch über die Musik hinaus etwas über die Zeit erfährt.

Absolut. Historiker, die nichts von Kunst verstehen, sind keine Historiker. Als ich mich dauernd dabei ertappte, daß ich den Leuten erklärte, ich müsse Geschichte treiben, habe ich gesagt, zum Teufel, warum soll ich nicht gleich richtig Geschichte treiben. Und ich versuche darzustellen, wie die Klassengesellschaften das Denken, das Musikmachen und die Künste verzerren. Unter diesem Aspekt haben die alten Pharaonen und die Monopol-Herren und Aufsichtsratsvorsitzenden von heute eine bestimmte Ähnlichkeit miteinander. Man kann nicht Geschichte betreiben, wenn man nicht versucht zu verstehen, was das Ästhetische ist. Und für mich ist das Ästhetische ein Transfer im psychologischen Sinn. Transfer bedeutet in der Psychologie Übertragung von Erfahrungen, die man bei einem Lernprozeß gemacht hat, auf einen neu zu leistenden Lernprozeß. Das ist alles. Nehmen Sie Gustav Mahler, diese Sphäre der niederen Musik oder des Volkstümlichen.

Deshalb hat man das auch lange nicht gespielt. Man hat gesagt, das sei trivial, es berühre uns peinlich.

Das wurde so gesagt und wird auch heute so gesagt. Aber das ist ein bürgerlicher Standpunkt, also ein beschränkter. Die Frage ist: Für wen musiziere ich, für wen schreibe ich, wer sind meine Hörer? Daß die Elite anders denkt und andere Kunst betreibt oder fördert als die große Menge des Volkes, ist in Klassengesellschaften nun mal so. Aber große Künstler bemerken das. Ein Unbehagen, daß das, was er sagt, nicht an die Massen dringt, kann sich dem Künstler auf verschiedene Weise bemerkbar machen, ohne daß es ihm bewußt werden muß. »Seid umschlungen, Millionen« – wie viel Millionen haben Beethoven gehört? Damals wahrscheinlich nur einige Tausend, keine Millionen. Erst später gab es überhaupt die technische Möglichkeit, daß Millionen ihn hören können. Aber auch heute, wo wirklich Millionen gute Musik hören können, kommen immer noch Milliarden nicht an das heran, was für sie gedacht sein mag. In der Zweiten Wiener Schule hat Hanns Eisler, den Schönberg neben Berg und Webern zu seinen wichtigsten Schülern zählte, dieses Problem thematisiert und sich damit ideell aus der Schönberg-Sphäre entfernt.

Schönberg hat gesagt: »Ich bin allerdings kein Demokrat, ich halte Demokratie für veraltet.«

Ja, so war Schönberg. Er war bestimmt kein Demokrat.

Ist das nicht eigentlich erschreckend?

Nein. Und in gewissem Sinne doch. Schönberg war, politisch gesprochen, ein Reaktionär. Er hat nur in Kategorien der Bürgerwelt gedacht, war argwöhnisch, hat Dienstmädchen beschuldigt, daß sie seine Partituren stehlen, hat seiner Umwelt mißtraut. Daß Eisler sich 1926 aus der Schönberg-Atmosphäre wegbegeben hat, hat damit zu tun. Und doch hat Eisler sein ganzes Leben hindurch immer wieder betont, was für ein großer Komponist, was für ein wunderbarer Lehrer Schönberg war. Aber auch in Schönbergs politischer Haltung gab es Wandlungen zum Besseren. Gegenüber Hitler hat er eine eindeutig antifaschistische Position bezogen.

Man muß ja ein bißchen was von Musik wissen und bereit sein, etwas Ungewohntes über sich ergehen zu lassen, um überhaupt irgendwo in die Nähe von Arnold Schönberg zu kommen. Das konnte man bei den Massen nicht voraussetzen. Dieses Dilemma spielt bei Eisler die entscheidende Rolle. Er hat sich entschieden, für die Arbeiterschaft zu komponieren.

Aber wissen Sie, bei wem das Problem noch eine Riesenrolle spielt? Bei Adorno. Er hat ja dieses Problem, von dem wir hier sprechen, genau gekannt. Ich weiß nicht, ob Sie sein Mahler-Buch kennen. Er vindiziert Mahler mit, wie ich meine, gültigen Argumenten. Und was er zu der niederen Musik, der Musik aus den Palmengärten und aus den Militärmusikkapellen sagt, halte ich für sehr profund und sehr richtig. Auch im jämmerlichsten Schlager steckt ja doch irgendein Bedürfnis nach etwas anderem. Man kann das Problem dieser Kitschmusik, der flachen Musik nicht verstehen,

wenn man nicht merkt, daß sie die Stelle einnimmt, an der wirkliche Kunst sein könnte und müßte. Das hat Adorno richtig verstanden. Und ich halte sein Mahler-Buch für ein ganz wichtiges und kaum richtig verstandenes.

Karl Kraus hat im Ersten Weltkrieg erfahren, daß die Gebrechen, die er schon immer gesehen hat, Symptome eines Systems sind und daß dieses System bürgerliche Gesellschaft heißt und daß bürgerliche Gesellschaft Kapitalismus, eine kapitalistische Struktur hat. Kraus hat gelernt, daß der Krieg mit der Profitsucht der Kapitalisten zu tun hat. Und das hat bei Alban Berg ähnliche Gedanken mobilisiert, dafür sind seine gesellschaftskritischen Operntexte ja sehr charakteristisch. Webern hat sich für Eisler interessiert, hat Eisler aufgeführt. Und Rankl, auch ein von Schönberg sehr geschätzter Schüler, war erklärter Kommunist.

Man darf aber auch die politische Naivität und die politische Dummheit dieser Menschen nicht übersehen. Was Schönberg zu Politik sagt, ist, man kann das gar nicht anders nennen, einfach dumm. Sie merken das Primitivste nicht. Sie wissen nicht, was Ausbeutung ist, sie wissen nicht, wie die Kapitalisten die Gesellschaft nach ihrem Bild formen, das alles wissen sie nicht und können daher leicht zur Beute werden.

Ich hasse den Opportunismus und habe jetzt in anderen Zusammenhängen Gelegenheit genug, solche opportunistischen Haltungen zu sehen und zu verachten. Ich habe auch mit zwei, drei Leuten, mit denen wir früher ganz gut standen, aus diesem Grund gebrochen, weil ich die Anpassung an den Kapitalismus nicht mitmachen will. Die strukturelle Charakterlosigkeit des Bürgertums, sich an die Herrschenden anzupassen, ist abscheulich. Das gilt, glaube ich, für alle Zeiten, nur wird das Bemühen, sich eine Stufe hinaufzuarbeiten, und die Furcht, eine Stufe oder mehrere Stufen hinunterzufallen, immer ausgeprägter, je fester die Kapitalisten im Sattel sitzen.

Ich habe die ersten Wochen unter Hitler noch hier in Deutschland mitgemacht. Erst dachte man: noch ein Reaktionär. Vier Wochen später ging der Reichstag in Flammen auf. Das war das Startzeichen für die richtige Nazi-Herrschaft. Am 1. April war ich auf dem Bahnhof, das war dieser Tag des Judenboykotts. Das war so eine Generalprobe für die spätere sogenannte Kristallnacht. Es war aber schon schlimm genug. Man hat den jüdischen Geschäften die Fensterscheiben eingeschlagen und draufgeschmiert »Kauft nicht bei Juden«. Ich war ohne feste Anstellung, aber das war ich schon den ganzen Winter. Ich war in Wiesbaden gekündigt worden, zusammen mit Rankl, ich als Sparmaßnahme und Rankl wahrscheinlich aus politischen Gründen. Jedenfalls gingen wir im Herbst 1932 nach Berlin, wo ich als Freischaffender bleiben wollte. Ich lernte Eisler und Brecht kennen, und zwar im Zusammenhang mit Beschäftigung, also dem Chordirigieren. Ich begleitete Helene Weigel am Klavier, dirigierte zwei Arbeiterchöre und gab ein paar Klavierstunden nebenbei. Und in der Woche vor dem Reichstagsbrand bin ich noch mit der Helene Weigel aufgetreten, das letzte Mal, vor 300, 400 Leuten. Die Weigel hat die »Lieder einer proletarischen Mutter« gesungen. Die Polizei saß auf der Bühne, hinter einem Vorhang, mit den Helmen im Schoß. Als wir so herausgingen, um da zu spielen, sah man diese Kerle in einem Halbrund sitzen, vielleicht sechs oder acht. Und als sie zu der Stelle kam, »Deine Mutter, mein Sohn, hat dich nicht betrogen, daß du etwas ganz Besonderes seist, aber sie hat dich auch nicht mit Kummer aufgezogen, daß du einmal im Stacheldraht hängst und nach Wasser schreist«, hat die Helene Weigel diese Worte mit all ihrer schauspielerischen Kraft geschrieen, in höchster Erregung. Da sprang der Polizeioffizier auf und sagte: »Ich löse die Versammlung auf.« Die Polizisten kamen nach vorne, die Leute gingen nach Hause. Helene Weigel wurde von den Polizisten, die reaktionär waren, aber noch keine Nazis, festgenommen. Ich rief Brecht an und sagte, kommen Sie, da ist etwas passiert. Und er kam und sprach mit den Polizisten, ich weiß nicht, was, ich war nicht dabei, und hat sie wirklich freibekommen. Am Tag darauf gingen sie aus Deutschland weg, ließen ihre wunderschöne Wohnung in der Hardenbergstraße mit allen Möbeln stehen und liegen und taten das einzig Richtige: Sie verschwanden.

Waren Sie überrascht? Erinnern Sie sich daran?

Ich war ein unbekannter kleiner Musiker, ich war nicht gefährdet. Aber Brecht war natürlich sehr gefährdet, und Helene Weigel. Ich habe das durchaus verstanden. Ich sollte zwei wertvolle Ringe, die sie versetzen wollten, aus ihrer Wohnung holen und jemandem übergeben. Das habe ich auch gemacht, es war für mich ganz ungefährlich, keine große Heldentat, das war eine kleine Hilfe. Ich kriegte einen Brief, der leider verloren gegangen ist, der einzige Brief, den ich von Brecht hatte, in dem er sich bedankt hat, daß das geklappt hat.

In den ersten Jahren gab es innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung verschiedene Strömungen, eine davon hat sich selbst als sozialistisch gesehen. Der Begriff Sozialismus stand ja bekanntlich auch im Parteinamen, das war ja eine der Voraussetzungen der Bewegung, die sich nicht nur auf Kleinbürger beschränken, sondern in die Arbeiterschaft eindringen wollte. Das war eine absolute Notwendigkeit für die Bourgeoisie, wenn die revolutionäre Situation, die in Deutschland 1918 sehr stark war, abgefangen werden sollte.

1934 war ich einige Zeit hindurch zusammen mit Nazis im Gefängnis in Wien, in einer Zelle mit acht oder zehn Leuten. Da konnte man die verschiedensten Typen sehen. Die Schlägertypen sangen, als sie merkten, wer ich bin: »Wenn das Judenblut vom Messer spritzt.« Und da habe ich dann protestiert und kam für eine Nacht zu einem hohen Nazi, der eine Zelle für sich hatte, mit einem Telefon. Das war so ein »Sozialist«. Es würde mich nicht wundern, wenn er zu dieser Röhm-

Gruppe gehört hätte. Er hatte hohe Ideale von Deutschland und Sozialismus. Am nächsten Morgen sagte er: Ich schätze Ihre Auffassungen, aber Sie müssen verstehen, daß ich nicht mit einem Juden in einer Zelle bleiben kann. Er telefonierte, und ich kam dann wirklich in eine Einzelzelle, ohne Telefon.

1946, ich war damals Kulturreferent der KPÖ, kam Karajan zu mir. Die Kommunistische Partei war damals eine sozusagen staatserhaltende Kraft, sie hatte zwei Minister in der Regierung, den Ernst Fischer und einen Minister für Energiewirtschaft. Fischer war mein Vorgesetzter. Wir haben da eine Politik gemacht, als ob wir die Zukunft Österreichs mitzugestalten hätten. In dieser Zeit also kam Karajan, um zu fragen, wie wir seine Zukunft, seine Entnazifizierung sehen. Ich wußte nicht so genau, wie tief er verbunden war mit der Nazi-Zeit, das habe ich erst später erfahren. Ich war zwölf Jahre in England gewesen und kam da in dieses zerstörte Wien und hatte natürlich meine Freunde, die alle in der Kommunistischen Partei waren. Ich habe eine Tante wiedergefunden, die dort diese zwölf Jahre als Jüdin, also illegal, existiert hat. Aber sonst kannte ich ja niemanden außer Kommunisten.

Ich habe Karajan also gesagt, er soll sich in einer öffentlichen Erklärung von den Nazis distanzieren. Er sagte danke schön, und ging wieder, und hat es natürlich nicht gemacht. Ich wußte damals nicht, was für ein elender Bursche er war, einer der Widerlichsten und einer der Begabtesten.

Das Bürgertum ist intellektuell verkommen, und zwar seit seinen Anfängen, der Französischen Revolution und der amerikanischen Revolution, also Ende des 18. Jahrhunderts. Mit diesen beiden Revolutionen hat das Bürgertum sich etabliert, aber von Anfang an sowohl in Frankreich als auch in den USA mit allen geistigen Gebrechen, Unzulänglichkeiten und Widersprüchen zwischen dem, was sie auf dem Papier schrieben, also Freiheit und Gleichheit und was weiß ich was, und ihrer Praxis. Die Heuchelei ist dem Bürgertum von allem Anfang an fest eingeschrieben. Heuchelei und Bürgertum ist eigentlich gleichbedeutend. Ein Bürger, wenn er nicht ein bewußter Außenseiter ist wie Heine, Marx und Engels, muß ein Heuchler sein.

Heute berufen sie sich nicht mehr auf die Revolution. Abraham Lincoln, der 70 Jahre nach der Revolution Präsident war, hat sich immer noch auf die Revolution, auf die founding fathers berufen. Aber das hat aufgehört. Wenn man sich auf die Revolution beriefe, könnte man ja mit den Kommunisten verwechselt werden. Das hat sich geändert. Aber die Heuchelei ist ihnen geblieben. Sie berufen sich auf Gott oder sonstwas, aber worauf immer sie sich berufen, ist purer Schwindel. Auch jetzt, wo die deutsche Regierung in Jugoslawien bekanntlich eine Friedensmission erfüllt.

Das gehört in das Kapitel bürgerliche Heuchelei.

Christian von Borries hat gerade die CD »Replay Debussy« bei Universal Music veröffentlicht

---

Kasten Seite 83

Der Musikwissenschaftler Georg Knepler, 1906 in Wien geboren, begleitete als Student von 1928 bis 1931 die Offenbach-Vorlesungen von Karl Kraus auf

dem Klavier. Als Jude und linker Intellektueller fand er von 1934 bis 1946 Asyl in England. Zurück in Wien, erhielt er 1949 die Einladung, in der DDR eine Hochschule für Musik (die heutige Hochschule für Musik Hanns Eisler)

zu gründen, deren Rektor er bis 1960 war. Danach war Knepler bis 1970

Direktor des Musikwissenschaftlichen Instituts der Humboldt-Universität und bis 1982 Chefredakteur der »Beiträge zur Musikwissenschaft«. Georg Knepler starb am 14. Januar 2003 im Alter von 96 Jahren.

Buchveröffentlichungen u.a.: »Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts« (1961), »Karl Kraus liest Offenbach« (1984) und »Wolfgang Amadé Mozart« (1991),

von der »FAZ« als »das einzig wirklich aufregende Mozart-Buch dieses Jahres« vorgestellt.

Konkret 04/03, S. 84

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Hi, Brigitte, *4.6.51, 5'55 MEZ, Ulm

Hier ist mein bis weit hinterm Komma korrektes Protokoll Ihres am 12. März 03 geführten Gesprächs mit dem »Astrofon«-Frontman und Eigner der »Firma Astromarketing«, Madenburgstraße 26, 68219 Mannheim, Martin Schmid. Brigitte! Sie sind Schwäbin, haben es mit der Kultur und sind arbeitslos. Wären das nicht drei brave Gründe, auf einen (nebenbei antisemitischen) Spökenkieker, der die Vermehrung seines Vermögens per Verarschung Kopfloser betreibt, nicht hereinzufallen? Sie haben doch, bevor Sie, nach reichlich Warteschleifengeld, ans Ohr dieses Hallodris gelangten, gewiß öfters »Astrofon« (auf Kanal B.TV. euroweit über Astra-Satellit) geschaut. Machte Sie da überhaupt nichts stutzig? Da sitzt doch lediglich ein C&A-eingeschweißtes Männlein mit Knopf im Ohr an einem obstkörbchendrapierten Tischchen und tippt die ihm zugerufnen »Daten« zehnfingerblindhurtig in seinen Astrolabtop mit dem Burdaschnittmusterwirrwarr auf dem blauen Schirm, und in weniger denn zehn Prozent der Zeit fürs Tanken oder einen Treppensturz serviert diese Karikatur eines hellenistischen Hanussen den Damen aus Zagreb und Wien und Sachsen und Baden-Württemberg das Libido- und Lotto-, oder, wie Ihnen, das Job-Futurum. Ist das nicht zum Himmel schreiende Hütchenspielerei? Ja! Solch eine »Beratungs-Talkshow« ist weder BGB-, noch StGB-kompatibel geschweige Bergpredigt-konform, sowas ist einfach nur Scheiße frech hoch drei. Brigitte! Wenn einer weiß, wie's weitergeht mit Ihnen, dann bin ich es! Rufen Sie mich an! Noch vor »Zwofünf«!

Schmid: Frau Brigitte, ich grüße Sie

Brigitte: Guten Abend, Herr Schmid

Brigitte, Ihre Daten

Meine Daten sind der vierte sechste Neunzehnhunderteinundfünfzig

Uhrzeit

Fünfuhrfünfundünfzig

Und wo

In Ulm

Im schönen Ulm, jaa, und Ihre Frage

Meine Frage bezieht sich auf meinen Beruf, ich habe vor acht Monaten meine Arbeit verloren, und es ist sehr sehr schwer im Moment, ich hab noch kein Glück und wüßte grad gern, was sich da tut

Ja, Sie haben eine sehr schwierige Zeit gehabt und sie wird im Grunde genommen nicht einfacher, also, also im Moment haben Sie einfach zu viele Probleme, Sie haben den Saturn in Spannung zu Saturn, Sie haben Saturn Jupiter Quadrat, das wird sich ab Herbst dieses Jahres ergeben bis Frühjahr nächstes Jahr, also beruflich schaut's ehrlich gesagt nicht gut aus, mit den Jobs könnte ich mir vorstellen, ja, 'n paar Jobs, wo Sie sich über Wasser halten, aber so'n richtig doller Job, nicht vor Frühjahr Zwofünf

Nicht vor Frühjahr Zwofünf, mhhm, ja

Also Zwofünf würd ich wieder Land sehn bei Ihnen, ja, ich könnt mir schon, ja, Zwofünf, es wird Zwofünf, ja, es ist momentan eben einfach die Sauregurkenzeit, nä

Jaa

Wir sehn ja auch, wie's im, äh, weltweit ausschaut, es schaut weltweit nicht gut aus, nä

Ja

Und ich meine, für Sie ist es eben einfach wichtig zu wissen, das Blatt wird sich wieder wenden, Sie haben halt im Moment eine sehr schwierige Lage

Ja

Aber ich versichere Ihnen, auch diese schwierige Lage ist zwischen Ende des nächsten Jahres und Anfang Zwofünf vorbei

Gut

Also eine begrenzt schwierige Zeit

Ja, mhmm

Ja, Brigitte, wir kriegen die Welt nicht anders wie se ist, nä

Ja

Trotzdem, ich denke trotzdem, ist es für Sie wichtig zu wissen, ähm, Jobs sind in dieser Zeit möglich

Ja

Also ich seh zum Beispiel Jobs jetzt ab Mai Juni bei Ihnen, ja, des is möglich

Ja

In welchem Bereich haben Sie denn gearbeitet

Im Kulturbereich

Mhhm

Das is natürlich genau der Punkt, wo auch die Kürzungen am meisten eingeschlagen haben

Leider ja, aber es kommt noch mal ne dolle Zeit, ab Zwofünf seh ich bei Ihnen wirklich, wissen Sie, es gibt eben Zyklen, wissen Sie, wie Tag und Nacht, und mal is mer gut drauf, und jetzt im Moment hatten sie eben einfach zu viele Spannungen

Ja

Zu viele, und es werden Sie sehen, Saturn Saturn im Quadrat, das erreicht erst gegen Juli den Höhepunkt

Mhhm

Also es ist ’ne Zeit, wo man einfach kein Land sieht

Ja

Trotzdem darf ich Ihnen sagen, Sie haben ein Horoskop, wo Sie schon wieder Land sehen ab Ende nächstes Jahr

Ja

Also da sehn Sie schon wieder Land

Gut

Ab Zwofünf gehts Ihnen gut, ich versprechs Ihnen, Brigitte

Mhhm, danke, danke Herr Schmid

Gern geschehen, und Ihr Glücksstein

Ja

Das wolln wir auch nicht vorenthalten

Nein, den möcht ich

Also Ihr Glücksstein, Sie haben Saturn und Merkur im guten Winkel, also ein Smaragd am Mittelfinger rechts

Aha, Mittelfinger rechts

Und was noch als gerade, ähm was Ihren Job angeht, gut kommt, ist der Granat als Anhänger

Granat als Anhänger

Ja, Brigitte, toi toi toi

Danke

Und geben Sie nicht auf, auch wenn jetzt momentan wirklich die Nacht dunkler ist wie sonst

Mhm, ja, danke Herr Schmid

Gern geschehn

Guten Abend

Guten Abend

(Ja, die Brigitte, eine Zwillingsfrau, eine quirlige kontaktfreudige Zwillingsfrau mit, ja, wahnsinnig viel Phantasie und ab und zu mit einer Riesenportion Glück, im Moment schaut es nicht ganz so nach Glück aus, okay, aber es kommt wieder das Glück, bestimmt, wir starten die nächste Hot-Button-Runde ...)

Astro-Antisemit Schmid im Internet

(www.martin-schmid.com)

»In seinem neuen Buch *Klartext* rächt sich der Ex-Top-FDP-Politiker an Guido Westerwelle – der soll angeblich vom israelischen Geheimdienst erpreßt worden sein. Der Mossad habe eingegriffen, um ihn, Jürgen W. Möllemann, politisch kalt zu stellen ... Ich halte das nicht für starken Tobak, wahrscheinlich ist die Behauptung sehr nahe an der Realität. In der Art und Weise, wie die jüdische Regierung bei uns hier offensichtlich in die Politik eingreifen kann, macht eine*m* sehr *N*achdenklich .Möglicherweise sind doch noch nicht alle Kriegschulden aus dem letzten Weltkrieg vor fast 60 Jahren getilgt?«

Konkret 04/03, S. 86

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Kennen Sie Angelica Domröse? Eine Zeitung aus dem Axel Springer Verlag stellt sie als

die DDR-Bardot der sechziger Jahre

vor, ein Wort, das besser als Günter Mittags Pläne und Markus Wolfs Memoiren erklärt, warum aus dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat nichts hat werden können. Das Zonen-Trampel als die DDR-Bardot! Und Joschka ist unser Handkäs-Kennedy.

Sie hatte im November 1989 begonnen, die Reise ans Ende der Zukunft, doch Rudolf Augsteins Wort am Grab der Gräfin Dönhoff:

Wir werden ihresgleichen nicht mehr sehen!

hat den Glauben an den Fortschritt in mein wundes Herz zurückgebracht.

Wissen möchte man schon, wo die »Frankfurter Allgemeine« in den sauren Wochen politischer Korrektheit den Kolumnisten versteckt, den sie am Sonntag auf die Völker der Welt losläßt. Berlin, schreibt der, verfolge

die Entstehung einer afghanischen Verfassung – eine Regelung des Zusammenlebens also, die über das ortsübliche Handgreifliche hinausginge. Im ausgedünnten Herings- und Gorilla-Atem postkarnevalesken Freudentaumels wurde darauf hingewiesen, daß man einer entsprechenden Kommission als »Orientierungshilfe« Übersetzungen von Verfassungen »moderner« (duffdää, duffdää) islamischer Staaten übergeben habe. Die Ablösung des landesüblichen Ehrenkodexes Paschtunwali – vergleichbar den Übereinkünften der Mafia oder der Hell's Angels, die damit das Verhalten untereinander regeln – , dessen zentrale Begriffe »Ehre« und »Schande« auch in der Gedankenwelt albanischer Hütchenspieler neben »Bist du schwul« und »Ich mach' dich Krankenhaus« eine große Rolle spielen, dürfte indes nicht leichtfallen, schließlich ist man am Hindukusch stolz auf die eigene Überlieferung, wie die Gastfreundschaft für den Bauunternehmer Usama Bin Ladin zeigt.

Ein Rassist? Schon, aber doch einer, dessen Abneigung die widerwärtigste der Landsmannschaften nicht entgeht:

Diesen Stolz

der besagten Afghanen

zeigten die schier endlosen Karawanen sogenannter ausgelassener Menschen in deutschen »Großstädten«, die eine geistig-moralische Trümmerlandschaft bomberharrishaften Ausmaßes im brackigen Bugwasser ihres als Spaß verkleideten Daseinsekels hinterließen.

Schade, und ein bißchen billig auch, daß solcher Geist, als er den von den Herausgebern der »Zeitung für Deutschland« aufgespielten deutsch-albanischen Totentanz auf serbischen Gräbern hätte stören können, in jener Flasche geblieben ist, die aber vielleicht der bevorzugte Aggregatzustand dieses Kolumnisten ist.

Der Deutschlandfunk aus Köln, der von den Römern künstlich geschaffenen Stadt in der Nähe von Nippes, nennt die polnische Stadt Nova Huta

die von den Kommunisten künstlich geschaffene Industriestadt in der Nähe von Krakau.

Wie tief der antikommunistische Reflex doch sitzt. Kommunisten sind ihm, wie dem antisemitischen Ressentiment die Juden, eine entbehrliche Zugabe.

Im Gegensatz zum Irak ist in der Bundesrepublik die Zensur verboten, und so kann man jetzt überall Meldungen wie diese (in Springers »Hamburger Abendblatt«) lesen:

Saddam soll nach Presseberichten seine Familie kürzlich gefragt haben, was wohl geschehe, wenn er zu Gunsten von Kusai (einem seiner Söhne) zurückträte. Udai (sein anderer Sohn) soll wütend zurückgefragt haben, warum er nicht zu seinen, Udais, Gunsten zurücktrete.

Von unserem aufs Familienklo entsandten Reporter. Journalismus ist ein Scheißberuf.

Pflicht des Zeitschriftenverkäufers ist es, den Zeitschriftenverkauf zu machen, weshalb er, weil kein Schwein die »Stern Spezial Biographie« über »Che Guevara – Revolutionär, Arzt, Traumtänzer« kaufen will, mit einer Zugabe winkt:

Sie haben nur Vorteile: Lieferung frei Haus. Volle 10 Prozent gespart. Milchschäumer gratis.

Für den deutschen Reihenhausrebellen. Statt einer Kalaschnikow.

Eine tragische Geschichte, wie sie die Zeitung immer mal wieder schreibt:

Der Schuß ging nach hinten los. Nach seinem verunglückten Witz über die Bundesregierung ist der Schatzmeister des Nationalen Olympischen Komitees, Josef Ambacher, zurückgetreten. Ambacher hatte bei der Bezirksversammlung der schwäbischen Schützenvereine gesagt, es gehe wieder aufwärts mit Deutschland, »wenn Bundeskanzler Stoiber auf der Beerdigung von Fischer die Witwe von Schröder fragt, wer den Trittin erschossen hat«. Die bayerische SPD sprach von einem »Aufruf zur Lynchjustiz«. Ihren Rücktrittsforderungen hatte sich auf Anweisung von Bundeskanzler Gerhard Schröder auch SPD-Generalsekretär Olaf Scholz angeschlossen.

Wenn einer einen guten Witz macht, sagt Tucholsky, sitzt Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel. Bei mir fängt der Witz übrigens so an: »Auf der Beerdigung von Fischer erscheint der Geist von Stoiber und fragt Schröders Witwe ...« Muß ich jetzt auch zurücktreten? Und wovon?

Weil in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, die Kommunistische Partei mit ihrem Kandidaten Ernest Kaltenegger bei den Wah- len 20,8 Prozent der Stimmen erhalten hat, schmeichelt sich der Landesrat Hirschmann von der Österreichischen Volkspartei mit dem Satz an:

Die steirische ÖVP ist in ihrem Herzen immer eine kommunistische Partei gewesen, aber eine mit menschlichem Antlitz.

Dubcek, Havel, Kaltenegger, Hirschmann, zu böser Letzt noch Angela Merkel – wo bleibt, den Schwindel zu enden, die menschliche Partei mit kommunistischem Antlitz?

Alle mal herhören! Ich sag’s einmal nicht zweimal:

Dieser Text folgt einer Spur von Rissen, die zwischen den großen Segmentblöcken race, class, gender, sexualities verlaufen, innerhalb derer in den cultural studies Macht verortet wird. Der afro-britische Theoretiker Kobena Mercer hat diese Beschreibungsnormalität, mit der über die Spalten zwischen den historischen Machtsedimentierungen hinweg gesprungen wird, einmal als »Mantra von Rasse, Klasse und Geschlecht« beschrieben. Folgt man aber der Spur dieser Risse, werden vielfache Verbindungen unterschiedlicher Machtverhältnisse und die Familiarität zwischen Begehren und Unterwerfung deutlich, also die Art und Weise in der ein a-subjektiv gedachtes Begehren in einer reterritorialisierenden Rückwendung die sich in ihr aufrichtende Macht begehrt. Am Horizont dieser Perspektive zeichnet sich die Möglichkeit einer molekularen Geste ab, die in dieser Reterritorialisierungsbewegung eine minoritäre Intensität produziert.

Verstanden? Und daß mir keiner hinter dem Rücken der Verfasserin dieses holden Unsinns molekulare Gesten, etwa mit dem Mittelfinger, macht! Ich geh glatt hin und sag's ihr, der Katja Diefenbach.

Worin sich die »Süddeutsche Zeitung« denn doch von der Konkurrenz, etwa von »Auto, Motor und Sport«, unterscheidet, ist ihre profunde Bildung. Die läßt ihr auch im Brummbrumm-Ressort »Mobiles Leben« Sätze einfallen, welche das kleine ADAC um miles and more transzendieren:

Stellvertretend für die vielen Änderungen am Motor sei hier ihres wunderschönen Namens willen die neu entwickelte Mikrosackloch-Einspritzdüse erwähnt – Karl Kraus hätte sein Vergnügen gehabt.

Titel des vierspaltigen Beitrags:

Karl Kraus hätte seinen Spaß gehabt

Den neuen »Dreier-BMW« sehen und mitten auf der Kärntnerstraße schnaderhüpferln wär' ihm eins gewesen. Wie ich ihn so vor mir sehe, den mobilen Gaudibursch, find' ich's eigentlich ein bissel schad', daß er den Löffel, lange bevor ihm die »Süddeutsche Zeitung« was Gutes tun konnte, so sang- und klanglos abgegeben hat.